

**Herstellung von Sicherheit und Produktion von Kontroll-
räumen im Kontext von Großevents:
Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Hamburg**

Dissertation

**Zur Erlangung des Doktorgrades der Naturwissenschaft
im Department Geowissenschaften der Universität Hamburg**

vorgelegt von
Stefanie Baasch
aus Hamburg

Hamburg

2009

Als Dissertation angenommen vom Department Geowissenschaften der Universität Hamburg

Auf Grund der Gutachten von Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge
und Prof. Dr. Bärbel Leupolt

Hamburg, den 21.01.2009

Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge
Leiter des Departments für Geowissenschaften

Dank

Zu Beginn möchte ich den Menschen danken, die mich in den letzten Jahren bei der Erstellung dieser Forschungsarbeit auf unterschiedliche Weise unterstützt haben. Dabei gilt zunächst ein besonderer Dank den Menschen, die bereit waren, mir für die Experteninterviews zur Verfügung zu stehen und die damit einen großen Anteil an der Existenz dieser Arbeit haben.

Für die Diskussionen, Anregungen, kritischen Anmerkungen und die vielen motivierenden Worte danke ich vor allem Dr. Sybille Bauriedl, Dr. Christoph Haferburg und Dr. Heidi Ittner.

Für die Betreuung dieser Arbeit und die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes gilt ein besonderer Dank Professor Dr. Jürgen Oßenbrügge.

Für die Korrekturarbeiten gebührt ein großer Dank Kathrin Eilert und Mathias Schieweck.

Darüber hinaus danke ich allen Menschen meines sozialen Umfeldes, die für nötige Ablenkung von der Schreibtischarbeit gesorgt haben, insbesondere Sandra Kötterheinrich und Dr. Kristina Hackmann. Ein spezieller Dank gilt der frühesten Förderin meiner Forschungsinteressen, meiner Mutter Margot Baasch.

Inhaltsverzeichnis

0.	Einleitung	1
I	GROSSEVENTS, STADTENTWICKLUNG UND STÄDTISCHE SICHERHEIT	
1	Theorieansätze zu Kontrollgesellschaft und Raumproduktion im Kontext städtischer (Un-)Sicherheit	7
2	Stadtentwicklung und Großevents	14
2.1	Trends aktueller Stadtentwicklung	14
2.2	Großevents als Instrument der Standortpolitik	18
3	Sicherheit und Ordnung in städtischen Räumen	28
3.1	(Be-)Deutungen des öffentlichen Raumes	28
3.2	Der öffentliche Raum als Konfliktort.....	35
3.2.1	Die Renaissance der Angst als Argument der Stadtpolitik	41
3.2.2	Die Broken-Windows-Theorie als Grundideologie für städtische Ordnungspolitiken	44
3.2.3	Sichere Stadtgestaltung?.....	48
II	SPEZIFIKA VON FUSSBALLGROSSEVENTS	
4	Bilanz der Fußball-WM 2006: Ökonomische Effekte, Imagewirkung, mediale Dimension und Sicherheitsaspekte	52
4.1	Ökonomische Effekte der Fußball-WM 2006 in Deutschland	53
4.2	Imageeffekte der Fußball-WM 2006.....	57
4.3	Das Medienereignis Fußball-WM 2006.....	60
4.4	Sicherheitsaspekte und -bewertungen im Fußballzusammenhang	63
4.4.1	Fußballspezifische Sicherheitsrisiken	63
4.4.2	Forschungsergebnisse zu Sicherheitsaspekten der Fußball-WM 2006.....	68
III	AUSWIRKUNGEN DER FUßBALL-WM 2006 AUF KONTROLL- UND SICHERHEITSPOLITIKEN	
5	Die Welt zu Gast in Hamburg	72
5.1	Das Leitbild „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“	73
5.2	Kontroll- und Sicherheitspolitiken in Hamburg	75
6	Untersuchungsaufbau	81
7	Auswirkungen der Fußball-WM in Hamburg aus Sicht lokaler ExpertInnen	84
7.1	Untersuchungsdesign der Experteninterviews	85
7.2	Ergebnisse der Experteninterviews.....	89
7.2.1	Aussagen zu Großevents, Fußball-WM und Stadtentwicklung.....	89

7.2.2	Kontroll- und Sicherheitseffekte der WM aus Expertensicht.....	97
7.2.3	Expertensicht auf die Presseberichterstattung zur Fußball-WM 2006.....	118
7.3	Zusammenfassung der Interviewergebnisse und Zwischenfazit	122
7.3.1	Bewertung des WM-Mottos.....	122
7.3.2	Einschätzung von Auswirkungen der Fußball-WM 06 in Hamburg: Wirtschaft, Infrastruktur, Marketing, Lebensqualität.....	122
7.3.3	Einschätzungen zur Nutzbarkeit öffentlicher Räume während der WM.....	124
7.3.4	Einschätzung und Bewertung von Risiken, Sicherheit und Sicherheitsmaßnahmen zur Fußball-WM 06.....	125
7.3.5	Expertenbewertung der medialen Darstellung zur WM-Sicherheit in der Hamburger Tagespresse.....	129
7.3.6	Festivalisierungseffekte aus Sicht lokaler ExpertInnen	130
8	Diskursanalytische Betrachtung der medialen Darstellung von „Sicherheit“ im Kontext der Fußball-WM 2006 in der Hamburger Lokalpresse	134
8.1	Diskursstrukturierende Sicherheitsthemen.....	140
8.1.1	Hooligans unter Kontrolle?.....	140
8.1.2	Terrorismusgefahr zur Fußball-WM	153
8.1.3	No-Go-Areas und die WM als Plattform für Rechtsextreme	162
8.1.4	Verfassungsänderung dank WM? Die Debatte um Bundeswehreinätze im Inland	175
8.1.5	Rückblick der lokalen Presse auf die Sicherheitslage der Fußball-WM.....	182
8.2	Zwischenfazit und Zusammenfassung der Ergebnisse der Medienanalyse .	186
8.2.1	Akteure in der Hamburger Presseberichterstattung zur WM-Sicherheit	186
8.2.2	Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Bedrohungsszenarien und Themenfelder	189
8.2.3	(Gefahren-)Raumkonstruktionen zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in der Presseberichterstattung	193
9	Dokumentenanalyse im Kontext WM-Sicherheit	196
9.1	Regierungsgarantie „Sicherheit“	197
9.2	Nationales Sicherheitskonzept FIFA WM 2006	197
9.3	Abschlussbericht der Bundesregierung	201
9.3.1	Finanzierung der Sicherheit.....	201
9.3.2	Abschlussbewertung der Bundesregierung zur Sicherheitslage.....	202
9.4	Verfassungsschutzbericht 2006.....	205
9.5	Polizeibericht Hamburg 2006.....	205
9.6	Zwischenfazit und Ergebniszusammenfassung der Dokumentenanalyse	206

IV	FESTIVALISIERUNG STÄDTISCHER SICHERHEITSPOLITIK?	
10	Ergebnisdiskussion	210
10.1	Auswirkungen der Fußball-WM 2006 auf den Veranstaltungsort Hamburg ..	210
10.2	Bewertung der Sicherheitsdebatten im Kontext der Fußball-WM 2006	218
10.3	(Stadt-)Räumliche Dimensionen des Sicherheitsdiskurses im Kontext der Fußball-WM 2006	226
10.4	Abschließende Anmerkungen: Unbenannte Selbstverständlichkeiten des Sicherheitsdiskurses.....	228
11	Dokumentenverzeichnis	230
	Literaturverzeichnis	231

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 4-1	International Perception of Germany	59
Abbildung 4-2	Außer-Haus-Nutzung von Spielübertragungen	62
Abbildung 8-1	Akteursverteilung im Themenfeld Hooliganismus	141
Abbildung 8-2	Akteursverteilung im Themenfeld Terrorismus.....	154
Abbildung 8-3	Akteursverteilung im Themenfeld Rechtsextremismus.....	163
Abbildung 8-4	Akteursverteilung im Themenfeld Bundeswehr	176
Abbildung 8-5	Hauptakteure in den einzelnen Themenfeldern.....	187
Abbildung 8-6	Häufigkeit von Akteuren der Landespolitik/-ministerien in einzelnen Themenfeldern	189
Abbildung 10-1	Wirkung von Großevents auf Sicherheitspolitiken.....	225

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1	Potentiale und Risiken von Großevents	25
Tabelle 8-1	Anzahl der Artikel pro Themenfeld.....	137
Tabelle 8-2	Häufigkeiten von Akteursbereichen im Themenfeld Hooliganismus	141
Tabelle 8-3	Häufigkeiten von Akteursbereichen im Themenfeld Terrorismus	153
Tabelle 8-4	Häufigkeiten von Akteursbereichen im Themenfeld Rechtsextremismus	163
Tabelle 8-5	Häufigkeiten von Akteursbereichen im Themenfeld Bundeswehreinsatz	175
Tabelle 8-6	Angaben über die Hauptakteure	188

0. Einleitung

Die Veranstaltung von Großevents ist in den letzten Jahrzehnten in Deutschland ein fester Bestandteil von Stadtkultur geworden. Neben „traditionellen“ Veranstaltungen, wie z. B. dem Hamburger Hafengeburtstag (mit 1,5 Millionen BesucherInnen in 2008¹) oder dem Münchner Oktoberfest (mit 6 Millionen BesucherInnen in 2008²), erfreuen sich insbesondere Sportgroßveranstaltungen wachsender aktiver wie passiver Beteiligung. Hierzu zählen auch die regelmäßig stattfindenden Marathonläufe und Radrennen mit einer großen Zahl an TeilnehmerInnen und ZuschauerInnen. Darüber hinaus lässt sich ein großes Interesse von Städten an der Austragung von internationalen Großevents, wie Olympische Spiele, Weltausstellungen und Fußball-Weltmeisterschaften feststellen. Die Ausrichtung solcher Veranstaltungen wird dabei seitens der Austragungsorte eng mit Hoffnungen auf ökonomische Gewinne, infrastrukturelle Verbesserungen bzw. Impulse und einer Steigerung des Stadtimages verbunden, welches vor allem durch hohe Besucherzahlen und (positive) internationale massenmediale Darstellungen erreicht werden soll. Sportevents als Openair-Veranstaltungen mit freiem Zuschauerzutritt auszutragen, hat in den letzten Jahren für Großstädte besondere Attraktivität gewonnen. Die Stadt selbst ist damit Teil des Events geworden.

Aus Perspektive der Stadtforschung gelten Großevents ebenso wie Großprojekte als Beschleuniger von Stadtentwicklungsprozessen, die als Instrument der Stadtpolitik dienen, um spezifische Maßnahmen und Projekte zu begründen. Dieses Phänomen ist unter dem Begriff „Festivalisierung der Stadtpolitik“ (Häußermann & Siebel 1993) bereits Anfang der 1990er Jahre auf einen Begriff gebracht und in einer Reihe von Studien untersucht worden. Dabei sind vor allem erhoffte Effekte, wie die Steigerung von Steuereinnahmen durch steigende Umsätze in den Bereichen Gastronomie, Tourismus, Einzelhandel, die Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen und als Folge des Events, der Ausbau von Verkehrsinfrastruktur und erzielte Imageeffekte untersucht worden. Bislang haben sich diese Forschungen auf die ökonomischen Aspekte von Großevents konzentriert und sich intensiv mit den (Nicht-)Realisierungen solcher Effekte befasst. Ein weiterer zentraler Bereich städtischer Politik im Rahmen von Großevents blieb bisher unberücksichtigt: Festivalisierungseffekte und Festivalisierungsdynamiken für die Kontroll- und Sicherheitspolitik. Entsprechende Anknüpfungspunkte sind insbesondere bei Großevents augenfällig, denn Sicherheit ist ein zentrales Thema bzw. die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Veranstaltung. Somit ist Sicher-

¹ Hamburger Abendblatt vom 2.10.2008

² http://www.muenchen.de/Rathaus/raw/Tourismusamt/oktoberfest/262722/w71_08_schlussbericht.html

Einleitung

heit im Kontext von Großevents auch Grundlage für die Realisierung der erhofften positiven ökonomischen Effekte.

Generell gilt die Durchführung von Großevents aus verschiedenen Gründen als risikobehaftet und ist mit einem erheblichen Sicherheitsaufwand verbunden. Die Risikobereiche sind dabei äußerst vielfältig. So wird von Veranstaltern zunächst per se die Ansammlung vieler Menschen auf einer begrenzten Veranstaltungsfläche als ein Risikofaktor bewertet, insbesondere wenn dies mit Alkoholkonsum einhergeht (z. B. durch die Gefahr von Schlägereien oder Unfällen). Ein weiterer Aspekt - vor allem im Zusammenhang mit Fußballveranstaltungen - sind negative Erfahrungen mit gewalttätigen oder gewaltbereiten ZuschauerInnen (u. a. Hooligans), denen insbesondere in medialen Darstellungen oft ein erhebliches Gefahrenpotential zugeschrieben wird.

Darüber hinaus ist die Möglichkeit terroristischer Anschläge im Kontext von Großevents ein zunehmend präsenteres Thema, was sich nicht nur auf abstrakte Bedrohungslagen bezieht, sondern auch auf konkrete Ereignisse. So wurden die Olympischen Spiele bereits zweimal Ziel terroristischer Anschläge (1972 in München und 1996 in Atlanta), was zu einer erheblichen Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen bei internationalen Sportereignissen geführt hat. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York City lässt sich eine weitere deutliche Zunahme von Sicherheitsmaßnahmen auch bei internationalen Großveranstaltungen feststellen, die explizit mit der Abwehr von terroristischen Anschlägen begründet werden. Dies gilt nicht nur für ausgewiesene Veranstaltungsflächen, wie Stadien oder Sportarenen, sondern auch für innerstädtische Räume, die als zunehmend wichtiger Veranstaltungsbereich mit in die Veranstaltungsplanung einbezogen (z. B. Rahmenveranstaltungen wie Public Viewings) und auch als touristische Anziehungspunkte beworben werden. D. h. Sicherheitspolitiken im Rahmen von Großevents haben in diesem Zusammenhang zwei Interessensperspektiven, die von unterschiedlichen Akteuren ausgehen. Erstens, das Interesse lokal agierender Akteure, ein Festival mit einem positiven Image einer sicheren Stadt mit hoher Aufenthaltsqualität durchzuführen. Zweitens, das Interesse international agierender Akteure, Terroranschläge auf Großveranstaltungen abzuwehren.

Dabei lässt sich feststellen, dass eine Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen an Veranstaltungsorten im Kontext von Großevents zu dauerhaften Verschärfungen von Sicherheitspolitiken und -maßnahmen beitragen können. Ein markantes Beispiel sind die Olympischen Spiele 2004 in Athen. Hier wurden die mit den Spielen legitimierten Sicherheitsmaßnahmen, u. a. eine flächendeckende Videoüberwachung der Athener Innenstadt und eine Verstärkung von Personenkontrollen in öffentlichen Räumen, auch nach Beendigung der Spiele weiter

Einleitung

aufrecht erhalten - ohne dass eine veränderte Sicherheitslage nach den Olympischen Spielen festzustellen war (Samatas 2008, Ladis 2005). Dieses Beispiel lässt vermuten, dass Großevents von der Stadtregierung gezielt für die Durchsetzung von Sicherheits- und Kontrollinteressen genutzt werden.

Auch unabhängig von Großevents ist Sicherheit ein seit Jahren bedeutendes und kontrovers diskutiertes Themenfeld in der Stadtpolitik, wobei sich bei näherer Betrachtung die unter diesem Schlagwort verhandelten Themenstellungen als äußerst vielfältig erweisen. So taucht „Sicherheit“ beispielsweise häufig als Argument im Kontext mit der Nutzung bzw. Nutzbarkeit von öffentlichen (oder generell öffentlich nutzbaren) innerstädtischen Räumen auf. Dabei bleibt der konkrete Begriff in der öffentlichen Debatte zumeist undefiniert. Er erfüllt eine Legitimationsfunktion bei der Durchsetzung von Ordnungspraktiken und Normierungen, deren direkter Bezug zu Sicherheit häufig umstritten ist. Darüber hinaus ist die Debatte um innerstädtischen öffentlichen Raum äußerst konfliktgeprägt, sei es hinsichtlich seiner stadtpolitischen Bedeutung, wie auch seiner Gestaltung und Nutzbarkeit. Vereinfacht lassen sich hierbei zwei Pole identifizieren: Auf der einen Seite steht das Bemühen um Attraktivitätssteigerung von innerstädtischen Räumen, denen starke ökonomische Interessen (z. B. von Geschäftsinhabern aber auch von Kommunen selbst) zugrunde liegen und die mit spezifischen Ordnungs- und Sicherheitsforderungen verknüpft sind. Kommunale Sicherheitspolitiken bzw. deren Legitimationen beziehen sich dabei häufig auf eine kausale Verknüpfung von inhaltlich sehr weit gefassten „Unordnungen“ im Stadtbild mit Kriminalität bzw. Kriminalitätsfurcht (in Anlehnung an die „Broken-Windows-Theorie“). Auf der anderen Seite findet sich die Kritik an einer Entwicklung von Innenstädten zu ausschließlichen Konsumzonen. Diesem Argument liegt die Beobachtung der Folgewirkungen von Sicherheitspolitiken zu Grunde, wie Ausgrenzung von Randgruppen, Privatisierungsprozesse und Privatisierungstendenzen von öffentlichen Räumen sowie ein Abbau demokratischer Verfahrensweisen in der Stadtpolitik, z. B. durch Public Private Partnerships.

Das Spannungsfeld von ökonomisch orientierten Stadtentwicklungsprozessen und städtischer Sicherheitspolitik sowie ihren Wechselwirkungen bilden den Hintergrund und die thematische Einbettung der vorliegenden Forschungsarbeit. Dabei verfolgt diese Studie das Ziel, die bereits angesprochene Forschungslücke zu schließen und folgende Fragen zu beantworten: *Lässt sich eine Festivalisierungsdynamik städtischer Politiken auch für Sicherheitspolitiken nachweisen? Wenn ja, in welchem Maße tragen Großevents zu einer Beschleunigung und Ausweitung von Sicherheitspolitiken und -maßnahmen in Städten bei und mit welchen Nutzenfunktionen werden diese legitimiert? Lassen sich sozialräumliche Manifestationen dieser Sicherheitspolitiken erkennen?*

Einleitung

Hierzu wird am Beispiel des größten und medienwirksamsten Events der letzten Jahrzehnte in Deutschland - der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 - untersucht, welche Dynamisierung von städtischen Kontroll- und Sicherheitspolitiken sowie -praktiken im Kontext des Events auftreten. Dabei sollen Aussagen über die diskursiven Herstellungsweisen von Sicherheit bzw. Unsicherheit im Rahmen von Großereignissen generiert und die möglichen Auswirkungen von eventinduzierten Sicherheitsdiskursen auf städtische Raumstrukturen dargestellt werden. Darüber hinaus sollen auch Aussagen zu den Legitimierungsstrategien von Sicherheitsvorkehrungen ermöglicht werden, die im Kontext von Großveranstaltungen bisher nicht systematisch untersucht wurden. Dies wird für den Veranstaltungsort Hamburg exemplarisch durchgeführt. Zunächst werden dessen spezifische Ordnungs- und Sicherheitsdiskurse im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungsansatz „Leitbild Hamburg - Wachsende Stadt“ betrachtet, um anschließend mögliche Festivalisierungseffekte im Zuge der WM darstellen zu können. Bei der Bearbeitung dieser Zielstellung werden verschiedene wissenschaftstheoretische Perspektiven unterschiedlicher disziplinärer Traditionen berücksichtigt: Erstens werden diskursanalytische Ansätze der Stadtgeographie und der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung aufgegriffen, die die diskursive Verknüpfung neoliberaler Politiken mit Kontroll- und Sicherheitspolitiken in den Blick nehmen lassen. Zweitens werden kriminologische Ansätze berücksichtigt, insbesondere in Anlehnung an Deleuze (1993), die eine kontrollgesellschaftliche Perspektive einnehmen lassen.

Den zuvor beschriebenen Fragestellungen wird mit drei empirischen Untersuchungsschritten nachgegangen: eine Analyse der Risiko- und Wirkungseinschätzung von Sicherheitsmaßnahmen durch lokale ExpertInnen, einer Analyse des allgemeinöffentlichen Sicherheitsdiskurses in der lokalen Berichterstattung und eine Analyse des Maßnahmenkatalogs der Sicherheitspolitik in nationalen und kommunalen Dokumenten. Der erste Untersuchungsschritt besteht in der Durchführung von leitfadengestützten Interviews mit lokalen ExpertInnen, die am Untersuchungsort Hamburg in ihrem beruflichen oder ehrenamtlichen Kontext mit der Durchführung von WM-Veranstaltungen befasst sind bzw. sich im Rahmen ihrer Tätigkeiten mit dem Thema Fußball-WM auseinandersetzen. Dazu gehören Angehörige der Hamburger Polizei und Verwaltung sowie privater Sicherheitsdienstleister, Beschäftigte aus dem Sportbereich, FanbetreuerInnen sowie Beschäftigte und politisch Aktive aus dem Bereich Stadtteilarbeit. Die Interviewten wurden im Vorfeld der Fußball-WM hinsichtlich möglicher Risikopotentiale im Kontext der Fußball-WM und den Auswirkungen des Events auf die Stadtentwicklung sowie auf Sicherheitspolitiken in Hamburg befragt. Ziel dieses Untersuchungsschrittes ist die Ermittlung von Spezialwissen, welches den unterschiedlichen Berufsgruppen und stadtteilpolitisch Aktiven zur Verfügung steht. Dieses soll in Vergleich gesetzt werden mit den Erkenntnissen des zweiten Untersuchungsschrittes, der sich auf die Analyse

Einleitung

der öffentlichen Sicherheits- und Ordnungsdiskurse zur WM bezieht. Die Presseanalyse dient der Untersuchung der im öffentlichen Sicherheitsdiskurs auftretenden Themenstellungen und ihrer stadträumlichen Implikationen im Kontext der Fußball-WM 2006. Hierfür wird die Hamburger Presseberichterstattung anhand von drei Tageszeitungen aus verschiedenen Verlagshäusern und mit verschiedenen Lesergruppen (Hamburger Morgenpost, Hamburger Abendblatt und die tageszeitung) in einem Zeitraum von sechzehneinhalb Monaten analysiert. Diese lange Untersuchungsdauer ermöglicht dabei eine umfassende Analyse von Beginn des Confederation Cups, der ein Jahr vor der WM ausgetragen wird und auch hinsichtlich der Organisation der WM als Testlauf gilt. Der Analysezeitraum endet drei Monate nach der WM, um auch unmittelbare und mittelbare Folgewirkungen im öffentlichen Diskurs in die Analyse einbeziehen zu können. Drittens erfolgt eine Analyse von staatlichen Dokumenten und Publikationen, die sich inhaltlich mit Sicherheitslagen und -konzepten zur WM 06 befassen. Dabei werden sowohl Dokumente, die sich explizit mit der Fußball-WM befassen, berücksichtigt, wie das Nationale Sicherheitskonzept zur FIFA WM 2006 und der Abschlussbericht der Bundesregierung sowie auch sicherheitsbezogene Publikationen, in denen die Fußball-WM als Sicherheitsaspekt thematisiert wird, wie den Verfassungsschutzbericht 2006 und den Hamburger Polizeibericht 2006. Hierbei sollen sowohl Aussagen zur Bewertung der Sicherheitslage vor und nach der WM seitens staatlicher Sicherheitsorgane generiert als auch eine Darstellung von geplanten und angewendeten Sicherheitsmaßnahmen ermöglicht werden.

Der methodische Schwerpunkt bei den empirischen Untersuchungen liegt auf qualitativ-inhaltsanalytischen Analyseverfahren, die sich durch Gegenstandsorientierung, Offenheit und methodische Flexibilität auszeichnen, wodurch eine hohe Inhaltsvalidität und ein tiefer Informationsgehalt der Ergebnisse erreicht werden soll. Die Verwendung qualitativer Methoden bietet sich an, da hier Kausalzusammenhänge empirisch identifiziert und anschließend verallgemeinert werden sollen, insbesondere geht es hierbei um das Beschreiben, Interpretieren und Verstehen von Zusammenhängen. Aus den so gewonnenen Erkenntnissen lassen sich die relevanten Beurteilungskriterien für den fraglichen Sachverhalt und intervenierende Folgemaßnahmen ableiten. Die Experteninterviews werden leitfadengestützt durchgeführt und mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet. Dadurch soll gleichzeitig die erforderliche Fokussierung auf das Themenfeld gewährleistet und eine Vergleichbarkeit der Interviews hergestellt werden. Für die Analyse der Presseberichterstattung werden sowohl quantitative Analysen zur Auswahl und Eingrenzung des Analysematerials, wie auch qualitative Analysen zur inhaltsanalytischen Auswertung in Ansatz gebracht, um so hoch strukturierte Ergebnisse bei gleichzeitiger inhaltlicher Offenheit zu erzeugen. Die Dokumentenanalyse von Publikationen staatlicher und kommunaler Organe wird ebenfalls inhaltsanalytisch ausgewertet. Für

Einleitung

das methodologische Vorgehen werden für die spezifische Fragestellung angemessene qualitative und quantitative Methoden kombiniert.

Die vorliegende Forschungsarbeit gliedert sich in folgende Kapitel: Ausgangspunkt ist eine kurze Einführung in theoretische Konzepte im Kontext von städtischen (Un-)Sicherheiten und den dort in Ansatz gebrachten Raumkonzeptionen, die hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit auf die eigene Forschungsarbeit geprüft werden (Kapitel 1). Im Anschluss daran wird der Forschungsstand zu den Impulsen städtischen Wandels, insbesondere im Hinblick auf Großveranstaltungen als strategisches Instrument der Stadtpolitik, aufgearbeitet (Kapitel 2). Hierdurch soll die Grundlage geschaffen werden, das Großevent Fußball-WM 2006 vor dem Hintergrund stadtpolitischer Entwicklungsprozesse zu analysieren. Anschließend werden städtische Ordnungs- und Sicherheitsdiskurse (Kapitel 3), insbesondere im Kontext eines Bedeutungswandels von öffentlichen Räumen, aufgegriffen. Darüber hinaus werden kommunale Sicherheits- bzw. Kontrollpolitiken betrachtet, die sich zumeist auf Ansätze der „Broken-Windows-Theorie“ zurückführen lassen. Dadurch soll eine Kontextualisierung von Sicherheitsmaßnahmen und -konzepten im Zusammenhang der WM mit bestehenden Trends von städtischen Kontroll- und Sicherheitspolitiken ermöglicht werden. Um die Dimensionen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 im Hinblick auf Stadtentwicklung, ökonomische Effekte und den Umfang und die Bedeutung der WM-Medienpräsenz angemessen bewerten zu können, werden die hierzu vorliegenden Untersuchungen analysiert (Kapitel 4). Darüber hinaus werden hier auch Ergebnisse anderer Studien zum Themenfeld WM-Sicherheit aufgearbeitet. Um diese angemessen bewerten zu können, werden im Vorfeld fußballspezifische Sicherheitsaspekte und -maßnahmen dargestellt.

Danach erfolgen im fünften Kapitel die Betrachtung der Stadtentwicklungsprozesse und -leitbilder des Untersuchungsortes Hamburg sowie deren Auswirkungen auf die lokalen Ordnungs- und Sicherheitsdiskurse. Dadurch soll die Interpretation der Ergebnisse auch im Hinblick auf die spezifischen lokalen Bedingungen am Untersuchungsort möglich werden. In den folgenden vier Kapiteln (6 bis 9) werden die Konzeption, der methodische Ansatz und die Ergebnisse der eigenen Untersuchungen dargestellt: Zunächst erfolgt die Darstellung und Begründung der gewählten Methoden (Kapitel 6). Im Anschluss daran werden die Ergebnisse der drei empirischen Untersuchungen dargestellt, bestehend aus der Akteursstudie zur Risikowahrnehmung und Bewertung von Sicherheitsmaßnahmen (Kapitel 7), der Medienanalyse zum lokalen Sicherheitsdiskurs (Kapitel 8) sowie der Dokumentenanalyse zu den Begründungszusammenhängen von Sicherheitsmaßnahmen (Kapitel 9). Die Interpretation der empirischen Ergebnisse wird eingebunden in interdisziplinäre Stadtforschungs- und Sicherheitsdebatten (Kapitel 10).

I STADTENTWICKLUNG, GROSSEVENTS UND STÄDTISCHE SICHERHEIT

1 Theorieansätze zu Kontrollgesellschaft und Raumproduktion im Kontext städtischer (Un-)Sicherheit

Untersuchungen, die sich mit dem Themenfeld (Un-)Sicherheit in städtischen Räumen befassen, legen - mehr oder weniger explizit - verschiedene gesellschaftstheoretische Konzepte und Raumkonzeptionen zugrunde. An dieser Stelle soll daher für die vorliegende Forschungsarbeit diskutiert werden, welche Untersuchungsebenen diese Konzepte ansprechen, welche gesellschaftstheoretischen Verortungen für die angestrebten Erkenntnisziele geeignet sind und welche erkenntnistheoretischen Implikationen sie für den Aussage- bzw. Interpretationshorizont der eigenen Ergebnisse haben.

Bei näherer Betrachtung erweist sich das Themenfeld städtische Sicherheit als äußerst komplex: Im Kontext städtischer Politiken sind Sicherheitsdebatten häufig verknüpft mit der Frage nach dem subjektiven Befinden („Wohlfühlen“) in öffentlichen Räumen. Weitere Aspekte von räumlicher Sicherheit sind verbunden mit der Definition „gefährlicher Orte“, die von „Subkulturen“ oder „Parallelgesellschaften“ genutzt werden und / oder zum Gegenstand staatlicher Intervention werden (sollen). Darüber hinaus gibt es seit Jahren Debatten um innerstädtische „Angsträume“ und der Notwendigkeit ihrer (baulichen) Umgestaltung. Mit der Vielfältigkeit dieser Themenstellungen ist die enge Verknüpfung von räumlichen und sicherheitsrelevanten Aspekten im stadtpolitischen bzw. städtischen Alltag offensichtlich. Es sind Räume, in denen Bedrohungshandlungen stattfinden und in denen man bzw. frau sich bedroht fühlt / bedroht wird. Räume werden zum Gegenstand von Sicherheitskonzepten, die sich sowohl auf bauliche Gestaltungen (wie *defensible spaces* vgl. 3.2.3) als auch auf den Ausschluss von Menschen oder Gruppen, die als bedrohlich oder unerwünscht gelten, beziehen (siehe 3.2). Des Weiteren finden sich Maßnahmen, die auf Verhaltensnormierungen in öffentlichen Räumen wirken und bei denen durch den Einsatz von Kontrolltechniken (Videoüberwachung, Sicherheitspersonal etc.) unerwünschte Verhaltensweisen reglementiert werden sollen (ebd.). In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit städtischer Sicherheit wird daher eine begriffliche Konkretisierung bzw. Differenzierung relevant, die die alltagspraktische Anwendung unterschiedliche Raumkonzeptionen aufzeigen lässt. Hierfür sind die unterschiedlichen Raumperspektiven der aktuellen Debatte mit handlungstheoretischen Ansätzen auf der einen Seite und konstruktivistischen Ansätzen auf der anderen Seite

aufschlussreich. Ein entscheidender Streitpunkt ist hierbei, ob der Ausgangspunkt der analytischen Betrachtung des Raums seine materielle Form und Funktion sein sollte oder ausschließlich die soziale Praxis diese herstellt. Diese recht weitreichende Debatte soll und kann an dieser Stelle nicht detailliert aufgearbeitet werden. Für die Nachvollziehbarkeit und als Begründung der im Kontext der eigenen Forschung verwendeten konzeptionellen Verortung soll hier jedoch zumindest kurz auf die „Hauptströmungen“ der Debatte eingegangen werden.

Positionen, die sich für Raum lediglich als Bestandteil sozialer Praxis interessieren, beziehen sich zumeist auf Konzeptionen von Foucault und Lefebvre. Belina und Michel fassen als Begründung zusammen: *„Foucault richtet sich, ebenso wie Lefebvre, gegen einen Raumfetischismus, der dem Raum ‚an sich‘ bestimmte Eigenschaften zuschreibt. Raum ist vielmehr nur als soziales Verhältnis und im Rahmen sozialer Praxis bedeutsam“* (Belina & Michel 2007, S. 22). Insofern können mit dieser Raumperspektive auch nur soziale Praktiken Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung und Analyse werden. Diese Position ist in ihrer Ausschließlichkeit in der Humangeographie umstritten, da sie in ihrer Konsequenz einem Verschwinden von Raum als Wissenschaftsgegenstand gleichkäme. Die britische Geographin Massey versucht diese Positionen zu verbinden, indem sie auf die Bedeutung von räumlicher Materialität bei gleichzeitiger Akzeptanz eines konstruktivistischen Raumverständnisses verweist. Raum wird in dieser Perspektive zwar als relational, dynamisch und als abhängig von sozialen Konstruktionsprozessen verstanden, jedoch wird gleichzeitig eine Eigenständigkeit räumlicher Konstruktionen und Wirkungen betont, denen wiederum (quasi als Kehrseite der Medaille) eine Wirkungsmacht auf soziale Konstruktionen zugeschrieben wird (Massey 2007, S. 116). Aus einer erkenntnistheoretisch-gesellschaftshistorischen Perspektive leitet sie ihr Argument ab, dass eine sozialwissenschaftliche Raumanalyse notwendigerweise die Wechselwirkungen von Gesellschaftsorganisation und Raumproduktion mit den entsprechenden Konstruktions- und Konstitutionsprozessen in den Blick nehmen muss:

„Während es sicherlich richtig ist anzunehmen, dass Raum sozial konstruiert ist, legt die einseitige Formulierung nahe, dass geographische Formen und Verteilungen lediglich das Ergebnis, der Endpunkt sozialer Erklärungen seien. [...] Die Ereignisse, die in den 1980er Jahren um uns herum stattfanden, die massiven sowohl inner-, als auch internationalen räumlichen Restrukturierungen, die zentraler Bestandteil sozialer und ökonomischer Veränderungen waren, machten auf die eine oder andere Weise klar: ‚Geographie ist von Gewicht‘. Damit trat zum Aphorismus der 1970er Jahre, dass Raum sozial konstruiert ist, in den 1980er Jahren die andere Seite der Medaille hinzu, dass auch das Soziale räumlich konstruiert ist. [...] In anderen Worten und in der weitestgehenden Formulierung heißt

das, dass Gesellschaft notwendigerweise räumlich konstruiert ist, und dass diese Tatsache - die räumliche Organisation von Gesellschaft - relevant dafür ist, wie diese funktioniert“ (ebd.).

Solche integrierende Sichtweisen von materiellem und konstruiertem Raum finden sich in dieser expliziten Thematisierung nicht nur in der Geographie, der als Raumwissenschaft ein nahe liegendes Interesse an einer sehr eigenständigen Existenz ihres Forschungsgegenstandes unterstellt werden könnte, sondern auch in Wissenschaftsbereichen wie der Geschlechterforschung oder den postkolonialen Studien.

Zur Veranschaulichung der empirisch problematisch zu differenzierenden Ausgangspunkte und Effekte von Konstruktions- und Konstitutionsprozessen soll folgendes Beispiel aus der Stadtsoziologie dienen: *„Der Investitions- und Verwertungsprozess wird durch die vorhandene Baustruktur behindert, woraus sich die Forderung nach Abriss und Neubebauung ergibt“* (Häußermann et al. 2008, S. 117). In dieser Formulierung wird deutlich, dass der baulichen Struktur eine bestimmte eigenständige Wirkung zugeschrieben wird („Behinderung“), die zu bestimmten Handlungskonsequenzen führt („Abriss und Neubebauung“). Auch wenn die Baustruktur als Ergebnis sozialer Praktiken verstanden wird, wird hier doch lediglich mit ihrer materiellen Bedeutung argumentiert. Ein nicht unwesentlicher Teil dieser Materialitäts-Konstruktivismus-Debatte mag dennoch auch der Verortung in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen mit ihren verschiedenen (tradierten) Perspektiven geschuldet sein. Die hier dargestellten unterschiedlichen Pole unterscheiden sich also darin, ob Räumen eine Eigenbedeutung (also eine eigenständige materielle Wirkmächtigkeit) zugeschrieben wird oder ob sie lediglich eine von vielen abhängigen Variablen in einem sozialen Ordnungssystem sind. Im Kontext der vorliegenden (geographisch verankerten) Forschungsarbeit wird Raum, vor allem in der Betrachtung als Stadtraum, als etwas Hergestelltes, von Menschen Produziertes angesehen, der veränderlichen individuellen und gesellschaftlichen Wahrnehmungen und Konstruktionsprozessen unterliegt. Raumnutzungen und Subjektpositionen in spezifischen Räumen werden durch den ihnen eingeschriebenen Bedeutungen limitiert. Darüber hinaus wird Raum hier in Anlehnung an Massey als Träger eigenständiger Wirkmächtigkeit definiert, insbesondere im Hinblick auf bestimmte Nutzbarkeiten, die je nach räumlicher Gestaltung Handlungen ermöglichen / erleichtern oder verwehren / erschweren können.

Nach diesen eher generellen Überlegungen zu Raumkonzeptionen soll im Folgenden stärker auf den Forschungskontext städtischer Ordnungs- und Sicherheitskonzepte und den jeweiligen zugrunde liegenden räumlichen und gesellschaftstheoretischen Ansätzen eingegangen werden. Die eingangs erwähnten gesellschaftlichen Wandlungsprozesse und ihre räumlichen Wirkungen werden hierbei in verschiedenen Forschungsdisziplinen und -richtungen mehr

oder weniger explizit vor dem Hintergrund unterschiedlicher gesellschaftstheoretischer Verankerungen betrachtet. Hierbei werden die für den eigenen Forschungskontext aktuell relevante Ansätze kurz dargestellt (auf die entsprechende Literatur wird bei der Aufarbeitung des Forschungsstandes näher eingegangen). Den Schwerpunkt der folgenden Darstellung bilden Ansätze von Foucault (2008, im Original 1975) und Deleuze (1993) sowie ihrer Analysen von Disziplinar- bzw. Kontrollgesellschaften, die den empirischen Untersuchungen dieser Arbeit zugrunde liegen.

In den letzten Jahren hat sich eine Forschungsrichtung entwickelt, die sich mit den erkenntnistheoretischen Problemen einer gesellschaftswissenschaftlichen Raumforschung zu Sicherheitsdiskursen explizit aussetzt. Eine neuere geographische Perspektive bei der Betrachtung von Sicherheitsthemen bzw. deren räumlichen Implikationen stellt die „Kritische Kriminalgeographie“ dar. In ihrem Plädoyer für eine „konstruktivistisch informierte Kritische Kriminalgeographie“ wird eine Zunahme von raumbezogenen Sicherheitsstrategien und -politiken postuliert, die sich in der öffentlichen Auseinandersetzung vor allem als Diskussion um (Un-)Sicherheiten in Städten zeigt und verbunden ist mit einer Regionalisierung von Kriminalität und Unsicherheit und der Konstruktion von kriminellen und unsicheren Räumen (Glasze et al. 2005, S. 13). Die sich konstituierende Kritische Kriminalgeographie betrachtet Räume als sozial hergestellte Konstrukte und wird damit von ihren Autoren von einer „traditionellen“ Kriminalgeographie³ abgegrenzt. In der „traditionellen“ Perspektive wird dabei ein „deterministisches Containerraumverständnis“ (Glasze et al. 2005, S. 24) erkannt, welches (analog zur mittlerweile vorherrschenden Wissenschaftsmeinung in der Geographie⁴) als unzureichend kritisiert wird: „[...] *die raumbezogene Perspektive verstellt den Blick auf die soziale, ökonomische und psychische Komplexität und Ursachen von abweichendem Verhalten oder des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung*“ (Rolfes 2003, zitiert nach Glasze et al. 2005, S. 24). Die Ausrichtung der Kritischen Kriminalgeographie „*sollte daher darin liegen, die Verschränkung der Regionalisierung von (Un-)Sicherheit und Kriminalität auf der Ebene von Sprache bzw. Zeichensystemen mit dem Ensemble von (häufig regionalisierten) Praktiken, Artefakten und Organisation der Sicherheitspolitik zu analysieren*“ (Glasze et al. 2005, S. 47). Die Begrifflichkeit „Kritische Kriminalgeographie“ scheint sich somit mehr aus der Abgrenzung gegenüber einer kritisierten traditionellen Kriminalgeographie und der Betonung

³ Es ist jedoch anzumerken, dass „traditionelle Kriminalgeographie“ kein feststehender Begriff, sondern eine Konstruktion der Autoren des Plädoyers für eine Kritische Kriminalgeographie ist und von ihnen zu Analyse Zwecken verwendet wird (Glasze et al. 2005, S.16).

⁴ So wird mittlerweile auch bei der Vermittlung von Raumkonzepten im Schulunterricht der Containerraum als überholt dargestellt (vgl. Wardenga 2002).

der Eigenständigkeit in Bezug auf die „Kritische Kriminologie“ (vgl. Krasmann 2003, S. 43f.) herzuleiten, denn thematisch oder analytisch begründet zu sein. Die bisherigen Publikationen betrachten einen sehr eingeschränkten Untersuchungsbereich und beziehen sich zu meist auf Kritiken an (städtischen) Sicherheitsmaßnahmen und -politiken sowie den Herstellungs- und Betrachtungsweisen städtischer (Un-)Sicherheiten. Räumlich-gesellschaftliche Analysen z. B. zu der Entstehung von Kriminalität fehlen bislang. Insofern ließe sich derzeit eher von einer „Kritischen Sicherheitsgeographie“ sprechen, so denn eine eigene begriffliche Fassung notwendig erscheint.

Die hier vorliegende Arbeit betrachtet zwar auch Geographien und Sicherheit, versteht sich aber eher Beitrag zur kritischen Stadtgeographie, die sich mit neoliberalen Trends der Stadtentwicklung am Beispiel von Sicherheitspraktiken auseinandersetzt. Hierbei wird auf die gesellschaftstheoretische Debatte zu den im Folgenden dargestellten Konzeptionen der Kontroll- und Sicherheitsgesellschaft Bezug genommen und ergänzend ein soziales und auch materielles Verständnis von Raum in Ansatz gebracht. Hierdurch soll ein perspektivisch umfassendes Forschungsdesign realisiert werden, welches sowohl Aussagen auf gesellschaftlicher Ebene ermöglicht, wie auch Raumproduktionen abbildet und vorhandene bzw. entstehende Raumstrukturen mit in die Analyse einbeziehen lässt.

In Arbeiten zu Stadt und Sicherheit kommt in unterschiedlicher Trennschärfe die Begriffstrias Disziplinar-, Kontroll- und Sicherheitsgesellschaft zum Einsatz, die hier differenziert werden und deren analytische Eignung diskutiert werden soll. Forschungsarbeiten zu Fragen der Sicherheit und Kontrolle müssen sich mit den angewandten Sicherheitstechniken auseinandersetzen. Hierbei sind nicht nur die technischen Geräte, die als Kontrollinstrumente eingesetzt werden, von Interesse, sondern auch die gesellschaftlich legitimierten Techniken des Kontrollierens. Außerdem ist der gesellschaftliche Sinn des Kontrollierens für eine sozialwissenschaftliche Analyse von Interessen, der geknüpft ist an eine Regierungsform, die auf Disziplinierungspraktiken beruht. Zu diesen Blickpunkten hat Michel Foucault zahlreiche Arbeiten vorgelegt, die aktuell die meistrezipierteste Grundlage für Forschung zu Stadt und Sicherheit darstellen. Daher soll an dieser Stelle seine argumentative Herleitung nachgezeichnet und die wesentlichen Anschlüsse für die Stadtforschung aufgezeigt werden.

In seiner historischen Betrachtung von Disziplinar- oder Überwachungsgesellschaften beschreibt Foucault die prinzipielle Technik *Einschließung* in gesellschaftliche Institutionen mit dem Ziel einer Disziplinierung des Individuums. Er beschreibt die Form der Einschließung in sozialen Räumen als verbunden mit Zuweisung von physischen Räumen. Am Beispiel der Institution Gefängnis hat er diese Disziplinierungstechnik exemplarisch analysiert. Das

Gefängnis des 19. Jahrhunderts hatte ein architektonisches Konzept zur Überwachung, welches einem Panoptikum mit Raumteilungen gleicht, das die Individuen räumlich-funktional trennt und eine Überwachung von oben in diese Räume ermöglicht (Foucault 2008, S. 181, Original 1975). Es findet eine Form der Disziplinierung ohne körperliche Gewalt statt und es wird ein andauernder Ausnahmezustand des Überwachtwerdens erzeugt. In einem ähnlichen räumlichen Setting sind heute Kaufhäuser und Bahnhöfe gestaltet: Diese Räume haben vorgegebene Nutzungsmöglichkeiten und sind mit Kameras ausgestattet, die eine Überwachung von oben ermöglichen. Die Kameras dienen als zielgerichtete Überwachungsautomaten. Die NutzerInnen wissen - wie im Panoptikum - nie, wann sie tatsächlich überwacht werden.

Der französische Philosoph Gilles Deleuze überträgt diese Form der Überwachung auf den öffentlichen Raum. Überwachungsinstitutionen wie das Gefängnis haben an Bedeutung verloren, indem sie universell geworden sind. Das Gefängnis ist jetzt überall und nirgends und jeder ein Verdächtiger, mittels Videoüberwachung wird der gesamte öffentliche Raum zum Gefängnishof. Deleuze beschreibt Indizien des Wandels der Disziplinargesellschaft zur Kontrollgesellschaft, die er wie folgt definiert⁵: *„Wir treten ein in Kontrollgesellschaften, die nicht mehr durch Internierung funktionieren, sondern durch unablässige Kontrolle und unmittelbare Kommunikation“* (1993, S. 250). Die Überwachungskamera des Kaufhauses nimmt nicht mehr nur den Ladendieb ins Visier, sondern auch die Verkäuferin. Dabei korrespondiert *„Der Übergang von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft [...] auffällig mit dem Aufkommen der neoliberalen Ideologie und dem Bedeutungsverlust des Politischen insgesamt“* (Riethmüller 2005, S. 492). Nicht mehr primär staatliche Institutionen disziplinieren das Individuum, sondern ein fortschreitender Aufbau einer neuen Herrschaftsform, die sich auf den Markt ausrichtet, d. h. auf kurzfristigen und schnellen Umsatz, was von dem Individuum eine permanente Selbstkontrolle erfordert, um am gesellschaftlichem Leben teilhaben zu können (Riethmüller 2005, S. 463). Die Kontrollgesellschaft ist kein hierarchisch geordnetes Ganzes mit dem überwachenden, disziplinierenden Staat. Die Kontrolle durch Überwachung ist auf verschiedene staatliche und nichtstaatliche Akteure verteilt worden. Ihr ist es im Prinzip egal, ob Menschen illegale Drogen konsumieren. Nicht egal ist ihr aber, wo das

⁵ Wobei erwähnt werden muss, dass Deleuze's Konzept eher als Skizze, denn als ausführlich ausgearbeitetes Konzept vorliegt.

geschieht⁶. Für den Forschungskontext der vorliegenden Arbeit liegt der Schwerpunkt auf potentiellen (stadt-)räumlichen Wirkungen der Kontrollgesellschaft. Diese bestehen in einer Konzentration auf Politiken, die das Funktionieren von Städten nach ökonomischen Gesichtspunkten in den Mittelpunkt stellen. Solche als neoliberal zu bezeichnenden Stadtpolitiken (vgl. Kapitel 2) fußen u. a. auf sozio-technischen Formen der Überwachung, deren Ziel nicht länger die Identifikation von Individuen und die Sanktionierung ihres Verhaltens ist, sondern die auf eine Exklusion potentieller Störfaktoren für raumspezifische Gesellschaftsnormen zielen. Dies geht einher mit Politiken, die den Ausschluss aus Räumen und Verdrängung von gesellschaftlichen Randgruppen verfolgen (vgl. bspw. Drogenpolitik in Hamburg bei Krasmann & de Marinis 1997 oder die Debatten um Bettelverbote in Innenstädten vgl. Kapitel 3.2 und 5). Im Zuge von Rationalisierungsprozessen staatlichen Kontrollhandelns münden diese Politiken in der Konstruktion gefährlicher Gruppen (ebd., Prömmel 2002, vgl. 2.2). Ziel dieser Praxis ist die räumliche Segregation der Mitglieder der als gefährlich eingestuften Gruppen, die so als potentielle Gefahr aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden sollen: *„Die Kontrolle wird also nicht nur mit der Auflösung der Grenzen konfrontiert sein, sondern auch mit dem Explodieren von Slums und Ghettos“* (Deleuze 1993, S. 260). Diese von Deleuze erwähnten Slums und Ghettos fungieren dabei als räumliche Auffangbecken für jene, die den normierten Bedingungen der Kontrollgesellschaft nicht folgen können oder wollen und damit den zuvor beschriebenen räumlichen Exklusionsprozessen ausgesetzt sind. Eine Weiterentwicklung des Ansatzes von Kontrollgesellschaften findet sich bei Legnaro (1997), der unter dem Begriff „Sicherheitsgesellschaft“ eine Entwicklung fasst, die sich von reaktiven Kontrollstrategien hin zu präventiven Konzepten verlagert und die sich nicht länger auf Individuen, sondern auf den sozialen Raum richtet (vgl. Michel 2005, S. 67f.). Legnaro bezieht sich dabei auf Entwicklungen im Kontext mit kommunalen Kontroll- und Sicherheitspolitiken, die sich auf die von Wilson und Kelling (1983) entworfene „Broken-Windows-Theorie“ beziehen (vgl. 2.2.2).

⁶ Diese Aussagen gelten für den „Idealtypus“ einer Kontrollgesellschaft. In der gesellschaftlichen Realität lassen sich Entwicklungen in Richtung Kontrollgesellschaft aufzeigen, derzeit existiert aber durchaus noch ein grundlegender Anspruch z. B. an die Einhaltung von Gesetzen. Allerdings ist die Durchsetzung dieser gesetzlichen Bestimmungen (wie z. B. das Verbot des Konsums illegaler Drogen) in verschiedenen Stadträumen durchaus unterschiedlich.

2 Stadtentwicklung und Großevents

Kontroll- und Sicherheitspolitiken in städtischen Räumen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit gesellschaftlichen und stadtpolitischen Entwicklungen, daher soll zunächst eine kurze Bestandsaufnahme der aktuellen Entwicklungsprozesse der Konsum- und Wissensgesellschaft und ihren diagnostizierten Prozessen wie Fragmentierung, Konsumismus, symbolische Aneignung und Diversifizierung von Lebensstilen erfolgen. Hierbei werden die für den eigenen Untersuchungskontext einschlägigen Trends der aktuellen Stadtentwicklung vorgestellt sowie relevante gesellschaftliche Entwicklungen und ihre Wirkung auf städtische Prozesse skizziert. Im Anschluss werden Entwicklung und Bedeutung bzw. Bedeutungszuschreibungen von Großevents als Bestandteil von städtischer Standortpolitik, städtischem Konsum und ihren möglichen Potentialen und Risiken dargestellt.

2.1 Trends aktueller Stadtentwicklung

Stadtpolitik ist mit einer Reihe von aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen konfrontiert, die zu veränderten Politikformen sowie zu neuen Aufgabenstellungen und Schwerpunkten in der Stadtentwicklung geführt haben und führen. Als ursächliche Entwicklungstrends werden in der internationalen Stadtforschung insbesondere Aspekte der wirtschaftlichen Globalisierung (Castells 2001, Sassen 2000), neoliberale Politikstile (Brenner & Theodore 2002) und demographische Wachstums- bzw. Schrumpfungsprozesse (Killisch & Siedhoff 2005, Kress 2005) genannt. Vor dem Hintergrund von Globalisierungsprozessen sind die grundlegenden Merkmale der europäischen Stadt hohe Interaktionsdichte, Heterogenität, plurale Lebensstile und hohe Differenziertheit (Korff 1991, S. 357). Eine - insbesondere im Hinblick auf städtische Kontroll- und Sicherheitspolitiken auch in Deutschland - wichtige Debatte bezieht sich auf eine wachsende Heterogenität von Städten in kultureller, ethnischer⁷ und sozialer Hinsicht, die sich in einer zunehmenden Differenzierung von (Lebens-)Ansprüchen und (An-)Forderungen an die Stadtpolitik äußert. Diese divergierenden Interessen lassen sich nur schwer in mehrheitsfähige Politiken umsetzen, was zu stadtpolitischen Steuerungsproblematiken führt (Häußermann et al. 2008, S. 246ff.). Eines der Hauptprobleme in diesem Kontext wird in der Zunahme sozialer Ungleichheiten gesehen, die sich durch ein zunehmendes Auseinanderklaffen von Einkommensverteilungen und einem wachsenden Anteil sozial

⁷ Wobei Häußermann et al. den Begriff „ethnisch“ nicht genauer ausführen. Es bleibt also unklar, ob z. B. Migrationsprozesse oder ein zahlenmäßiges Wachstum von bereits in Deutschland lebenden Bevölkerungsgruppen (oder beides) gemeint ist.

schwacher StadtbewohnerInnen ausdrückt (ebd., Dangschat 1994). Diese qualitativen Herausforderungen an die städtische Politik finden dabei vor dem Hintergrund sinkender städtischer Einnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben statt. Insbesondere handelt es sich hierbei um sinkende Steuereinnahmen, u. a. durch Suburbanisierungsprozesse (Abwanderung einkommensstärkerer Familien ins Umland) und unternehmensfreundliche Gewerbesteuern bei steigenden Sozialausgaben. Dies bedeutet für Städte im Ergebnis einen verkleinerten finanziellen Handlungsspielraum bei gleichzeitig steigenden Anforderungen⁸. Gegenmaßnahmen vorherrschender so genannter neoliberaler Politiken setzen sowohl bei der Senkung von städtischen Ausgaben an, was sich verstärkt als Personalabbau im öffentlichen Sektor, durch die Abschaffung und Ausgliederung von Aufgaben (auch im Sozialbereich) sowie der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und dem Verkauf städtischen Eigentums niederschlägt. Gleichzeitig wird versucht, der Stadt zu vermehrten Einnahmen zu verhelfen, was sich in einem mittlerweile verschärften nationalen und internationalen Standortwettbewerb ausdrückt. Ziel dieses Wettbewerbes ist es, möglichst viel Konsum und wirtschaftliches Potential innerhalb der Stadt(-grenzen) zu binden. Im Zuge der eben skizzierten Entwicklungen hat der städtische Raum als Ort der Wertschöpfung an Bedeutung gewonnen. Standortpolitiken, einhergehend mit einem städtischen Wettbewerb um ökonomische Vorteile (Ansiedelung von Unternehmen und einkommensstarken BewohnerInnen), definieren die Stadt in erster Linie als Wirtschaftsraum, der nach oder in Anlehnung an betriebswirtschaftlichen Grundsätzen bewirtschaftet werden soll (Jessop 1997, Harvey 1989). In Hamburg drückt sich diese neoliberale Strategie durch die Formulierung von Leitbildern wie „Das Unternehmen Stadt“ von 1981 des ehemaligen Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi und durch das Senatsprogramm „Leitbild Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“ unter dem derzeitigen Bürgermeister Ole von Beust aus⁹ (ders. 2004, vgl. Kapitel 5).

Insbesondere aus Sicht einer neoliberalkritischen Stadtforschung wird seit den 1990er Jahren Konsum als ein zentraler Auslöser für Stadtentwicklungsprozesse angesehen, die sich vor allem in innerstädtischen Aufwertungsprozessen äußern. Konsum wird hierbei eine

⁸ Die Debatte um eine allgemeine Finanzkrise von Städten und Kommunen wird seit den 1990er Jahren äußerst intensiv geführt und erreicht ihren Höhepunkt kurz nach dem Jahrtausendwechsel: <http://www.staedtetag.de/10/presseecke/pressediens/artikel/2002/11/06/00050/zusatzfenster4.html>

⁹ Seit der Wahl 2008 und der daraus resultierenden CDU-GAL Koalition lautet das Leitbild: "Lebenswerte Stadt". Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit steht dieses neue Leitbild noch sehr am Anfang, daher wird hier kein weiterer Bezug auf die "Lebenswerte Stadt" genommen.

zunehmend identitätsstiftende Bedeutung bei der Wahrung bzw. Demonstration der gesellschaftlichen Stellung zugeschrieben¹⁰. Damit verknüpft sind Veränderungen in den individuellen Zeiteinteilungen bzw. Tagesabläufen, wie eine zunehmend stärkere Verbindung von Einkaufs- und Freizeitaktivitäten. Diese veränderten Bedürfnisstrukturen schlagen sich in der Nutzungsstruktur von Städten nieder - der Konsum formt die Stadt (Ronneberger et al. 1999 S. 75ff.). Im Zuge von Suburbanisierungsprozessen verlagern sich die Wohnviertel der einkommens- und konsumstärkeren Schichten verstärkt an den Stadtrand, während die Kernstädte zunehmend nur noch als KonsumentIn oder als touristischer Anziehungspunkt aufgesucht werden. Dadurch besteht die Gefahr, dass sich innerstädtische Orte zunehmend in Kulissenlandschaften und Freizeitanlagen mit angestrebter sozialer Homogenität verwandeln (ebd.). Für die Ausrichtung auf Konsum sollen in städtischen Räumen infrastrukturelle (z. B. Erreichbarkeit, attraktives Waren- und Konsumtionsangebot) und atmosphärische Bedingungen (wie eine angenehme, ästhetische Gestaltung) geschaffen sowie Ordnungsaspekte wie Sauberkeit und Sicherheit durchgesetzt werden (vgl. Kapitel 3). Dabei zeichnet diese drei Faktoren aus, dass sie sich in ihrer Qualität gegenseitig verstärken bzw. schwächen.

Aufwertungsprozesse betreffen nicht nur die Kernstädte als Konsumorte, sondern auch angrenzende Nutzungsgemischte Stadtviertel, in denen eine sozialräumliche Polarisierung stattfindet. Diese drückt sich durch Prozesse der Gentrifizierung und Ästhetisierung von Stadtteilen aus, die einhergehen mit Prozessen sozialer Ausgrenzung wie Segregation und Verdrängung von sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten aus den aufgewerteten Stadtteilen (u. a. Werheim 2002, S. 24, Krämer-Badoni 1992, S. 19f.). Gentrifizierung beschreibt einen Prozess der ökonomischen Wertsteigerung von vernachlässigten innerstädtischen Altbaugebieten, die zunächst von einer „alternativen“ Szene genutzt werden und die dort neben den Quartiersstrukturen der ansässigen Bevölkerung eine alternative Viertelkultur (Läden, Kneipen, lebendigem öffentlichen Raum etc.) erschaffen. Dadurch werden diese Viertel auch für weitere Bevölkerungsgruppen attraktiv und es rücken „neue“ Haushaltstypen (vor allem Singles und kinderlose Paare) nach (Alisch & Dangschat 1996, Kecskes 1996) bzw. entstehen urbane Identitäten, die eine urbane Nutzungsmischung und die funktionelle Vielfalt des Viertels dem Suburbanen vorziehen (Haubold 1997, S. 31). Diese Lebensstile

¹⁰ Generell ist Konsum zur Demonstration gesellschaftlicher Stellung kein neues oder originär städtisches Phänomen, sondern lässt sich ebenso in den ständischen Gesellschaften des Mittelalters, absolutistischen Staaten aber auch in bürgerlichen Gesellschaften nachweisen. Nach Ende des zweiten Weltkrieges folgten in der BRD zunächst die „Fresswelle“, dann die „Reisewelle“ und die „Freizeitwelle“.

nutzen den öffentlichen Raum zur „Selbstdarstellung und demonstrativen Konsum“ (Häußermann & Siebel 1987, S. 17, Zukin 1995). Den ersten sozialen Aufwertung folgen i. d. R. kommunal geförderte Stadterneuerungsmaßnahmen (z. B. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Sanierungen), die zu einer verbesserten Wohnumfeldqualität führen und neue Gruppen von Wohnraumsuchenden anziehen. Durch die verstärkte Nachfrage nach Wohnraum durch dieses zahlungskräftigere Klientel kann der Mietenspiegel steigen, werden Investitionen in den Hausbestand lukrativ und es kommt zu einer Verdrängung der alternativen Szene, aber auch der alteingesessenen QuartiersbewohnerInnen (und GeschäftsinhaberInnen) mit niedrigem Einkommen durch die neuen Haushalte. Die Angebotsstruktur verändert sich, umsatzstärkere Läden und Kneipen verdrängen den alten Bestand, Mietwohnungen werden in Eigentumswohnungen umgewandelt und die Mieten steigen weiter. Die Kritik an Gentrifizierung zielt zumeist auf den Segregationseffekt solcher Verdrängungsprozesse, durch den sich „eine vorherrschende gesellschaftliche Entwicklung, städtische Territorien nach hierarchischen Mustern zu ordnen und ausgewählte Gruppen zu verdrängen oder auszugrenzen“ vertieft (Ronneberger et al. 1999, S. 73).

Ein wichtiger Bestandteil ökonomisch ausgerichteter Stadtpolitiken ist die systematische Nutzung von projektorientierter Stadtentwicklung und die Durchführung von Großprojekten sowie Großevents als politisches Mittel. Diese Politikform wird in der Stadtforschung seit Anfang der 1990er Jahre mit dem Begriff „Festivalisierung der Stadtpolitik“ (Häußermann & Siebel 1993) betitelt. Die zentralen Merkmale dieser Politikform bestehen in der gezielten Nutzung von Großereignissen seitens der Kommunalpolitik zur erleichterten Umsetzung städtischer Umgestaltungsmaßnahmen (zumeist unter Beteiligung von Public Private Partnerships), die mit der Hoffnung auf eine Attraktivitätssteigerung im Hinblick Städtewettbewerb und auf Tourismus sowie einer Steigerung der lokalen Identität verbunden sind. Sowohl Freizeit- als auch Einkaufsmöglichkeiten gelten im stadtpolitischen Handeln als wichtige Faktoren erfolgreicher Standortpolitik, was vor dem Hintergrund des bereits erwähnten Wettbewerbs dazu führt, dass Städte bei der Verbesserung ihres Freizeitwertes und als Einkaufsstädte konkurrieren (Naßmacher 2006, S. 121) - auch im Hinblick auf entsprechende Investitionen in Großprojekte. Die Wirkung solcher Politiken ist dabei umstritten, entsprechende, vor allem ökonomische, Bewertungen in stadtgeographischen und stadtsoziologischen Fallstudien fallen zumeist verhalten aus (vgl. 2.2.).

2.2 *Großevents als Instrument der Standortpolitik*

Ein Mittel sowohl für die Befriedigung von Konsumansprüchen als auch als gezielte Maßnahme für Stadtentwicklung stellen Großevents dar. Die Nutzung von städtischen Räumen für öffentliche Inszenierungen, Veranstaltungen, Demonstrationen etc. mit mehr oder weniger öffentlicher Zugänglichkeit ist dabei keineswegs ein neues oder neuzeitliches Phänomen (ausführlicher Überblick u. a. bei Kröniger 2005), hat aber in den letzten dreißig Jahren für die Stadtentwicklung erheblich an Bedeutung gewonnen.

Großveranstaltungen, oder synonym auch Großevents genannt, umfassen eine erheblich Spannweite öffentlicher Veranstaltungen. Sie werden teilweise in der Literatur nach Hallmark-Events, Special-Events und Mega-Events differenziert (u. a. Heyne 2006, S. 6ff.):

Hallmark-Events sollen die touristische Aufmerksamkeit oder die Freizeitgestaltung auf einen bestimmten Ort lenken. Es handelt sich um einmalige oder wiederkehrende Ereignisse mit begrenzter Dauer, wie das Münchner Oktoberfest oder den Hamburger Hafengeburtstag, Festspiele etc.

Ein **Special-Event** kann ebenfalls einmalig oder wiederkehrend stattfinden. Es ist außerhalb des normalen Angebotsspektrums angesiedelt, häufig in überregionalen und nationalen Kontexten und kann auf freizeithlicher, gesellschaftlicher oder kultureller Ebene stattfinden, z. B. die Verhüllung des Reichstages in Berlin oder die Ausrichtung einer Tour de France Etappe.

Mega-Events definieren sich durch ihre Größe bzw. (Massen-)Popularität und / oder durch ökonomische Wirkungen sowie dem Prestige eines „must-see-events“. Sie weisen eine vom Veranstaltungsort unabhängige, hoch standardisierte Organisationsform (unter Beteiligung von privaten und öffentlichen Akteuren) auf, d. h. sie lassen sich an unterschiedlichen Orten der Welt nach dem gleichen Regelwerk durchführen (Schindler & Steib 2005, S. 24). Charakteristisch für Mega-Events sind neben dem hohen organisatorischen Aufwand auch hohe Investitionskosten, die Hoffnung auf bedeutende wirtschaftliche Effekte an den Austragungs-orten, hohe Zuschauerzahlen (vor Ort und medial), umfangreiche nationale und internationale Aufmerksamkeit und damit verbundene Medienberichterstattung (Freyer 2005, S. 59ff.). Es gibt vier Veranstaltungen, die derzeit den Mega-Events weltweit zugerechnet werden: Weltausstellungen, Olympische Sommer- und Winterspiele sowie die FIFA Fußball-Weltmeisterschaften. Fußball-Europameisterschaften könnten in naher Zukunft aufgrund der wachsenden Popularität und Ökonomisierung ebenfalls in diese Kategorie aufgenommen

werden (vgl. Rahmann et al. 1998, S. 66ff.). Trotz ihrer konkurrenzlosen Sonderstellung (Fanelisa 2003, S. 39f.), ist auch der Erfolg von Mega-Events nicht unabhängig von der Akzeptanz am Austragungsort (Schurack 2003, S. 53).

Häußermann und Siebel (1993) identifizieren die Durchführung von Großevents als Mittel beschleunigter Stadtentwicklung und erkennen darin einen neuen Politiktypus als „Politik der großen Ereignisse“. Mittels der Events werden verschiedene politische Ziele verfolgt bzw. deren Umsetzung beschleunigt oder erst ermöglicht. *„Die Inszenierung großer Ereignisse ist [...] gekennzeichnet durch die räumliche, zeitliche und thematische Konzentration der Stadtpolitik auf einen Punkt, eben das Projekt.“* (ebd., S. 9). Dazu gehören die Nutzung großer Ereignisse als Motor zum Umbau der Stadt, der Ausbau der (Verkehrs-)Infrastruktur und die Nutzung von Großevents als Antrieb für die regionale Wirtschaftsentwicklung. Als weitere konkretere Merkmale werden genannt (ebd.): die Größe (das Projekt prägt die weitere Entwicklung der Stadt sowie das Image), die Sonderorganisation (Projektgruppen, Gesellschaften außerhalb der öffentlichen Verwaltung o. ä.), die Organisationsform durch Private Public Partnerships, die Umsetzungsorientierung (mittels projektförmiger Organisation, d. h. einer Verknüpfung von öffentlichen und privaten Akteuren im Management), die Wettbewerbsorientierung (Instrumente der Städtekonkurrenz) und häufig auch die Nutzung von Industriebranchen (Nutzung von innerstädtischen Branchen im Gegensatz zur Nutzung des Umlandes) .

Die Gründe für diese Entwicklung liegen dabei in der politische Funktion von Großereignissen, d. h. in ihrem Potential für eine Inszenierung städtischer Politik (Häußermann et al. 2008, S. 263f.). Die Festivalisierung der Politik soll als Antwort auf ein grundlegendes Problem (kommunaler) Handlungsschwierigkeiten dienen, welches darin besteht, dass Städte nicht mehr als ein von allen geteilter Ort des Alltags funktionieren. Die zugrunde liegenden Fragmentierungsprozesse zeichnen sich aus in der räumlichen Zersplitterung des Alltags in verschiedene Orte des Wohnens, Arbeitens und der Freizeitgestaltung sowie der stärkeren Individualisierung und Vielschichtigkeit städtischer Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen (Häußermann & Siebel 1993, S. 23, Sassen 2004). Diese Fragmentierungen werden als eine Ursache für eine geringe Identifikation der Stadtbevölkerung mit der Stadt angesehen, welche mittels eines verbindenden Gemeinschaftserlebens im Zuge eines Großevents zumindest temporär hergestellt werden soll.

Die Ursachen für eine Festivalisierungspolitik werden in der in den 1980er Jahren postulierten *„Unregierbarkeit der Städte“* gesehen, verursacht durch zunehmende Komplexität und Divergenzen von Interessenlagen, die durch das Großevent gebündelt werden und so zur Überbrückung (oder zum Übertünchen) von Differenzen beitragen sollen. Das Gemein-

schaftsgefühl soll gestärkt werden, indem die Bewältigung des Großevents als gemeinsame Aufgabe definiert wird. Dabei wird das Ziel verfolgt, eine steigende Identifikation der BürgerInnen mit Stadt und Stadtpolitik (d. h. regionaler Identität) zu erlangen, indem die bestehenden Divergenzen zumindest zeitweise dem gemeinsamen großen und primär bedeutsamen Ziel untergeordnet werden. Misslingt diese Bündelung der Interessen, so birgt ein umstrittenes Großevent auch das Risiko einer Verstärkung von sozialem Dissens in sich, wie z. B. die Berliner Olympiabewerbung 2000 gezeigt hat (vgl. Klein 1996). Weitere soziale Wechselwirkungen zwischen Bevölkerung und BesucherInnen bestehen in einem positiven oder negativem Einfluss auf die Entwicklung sozialer und kultureller Traditionen durch den veranstaltungsbedingten Tourismus, was im ungünstigsten Fall zu Konflikten zwischen Einheimischen und BesucherInnen (z. B. Nationalismus) führen kann (Zemann 2005, S. 35). Darüber hinaus können je nach Veranstaltungszusammenhang verschiedene Potentiale von Vandalismus und Kriminalität auftreten.

Die zeitliche Begrenzung von Großevents ermöglicht kurzfristig sichtbare Erfolge und eignet sich damit als Demonstration von Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit sowie der Milderung von Legitimitätsproblemen in der Kommunalpolitik, indem das Großevent zum zentralen Argument für die Umsetzung von Maßnahmen wird. Das Großereignis wirkt somit als „Kristallisationspunkt“, auf den hin divergierende Interessen jenseits eingefahrener Konflikte gebündelt werden können. Diese politische Handlungsstrategie ist kein grundsätzlich neues Ziel einer neoliberalen oder globalisierten Stadtpolitik, sondern tritt z. B. bereits bei der Durchführung der Olympischen Spiele in München 1972 in Erscheinung, bei der argumentiert wurde, *„lokale Widerstände gegen den Umbau der Stadt erscheinen als kleinkariertes Eigennutz“* (Häußermann & Siebel 1993, S. 23). Zumindest kurzfristig lassen sich so Handlungsmacht und Konsensbildung im politischen Handeln im Kontext von Großevents realisieren. Auch die relative *„Unsichtbarkeit von politischen Erfolgen“* (ebd.), insbesondere bei komplexen und langwierigen Problemlösungsprozessen sowie einer gegenwärtigen Krise der regulativen Politik (siehe 2.1.), erzeugen bei politischen Akteuren den Wunsch nach kurzzeitig sichtbaren Erfolgen, die einer Wählerschaft gut vermittelbar sind.

Mögliche positive Effekte von Großevents auf die Stadtentwicklung des Austragungsortes liegen insbesondere in folgenden Bereichen: Erstens im Infrastrukturbereich, wo das Ereignis auf die Beschleunigung und Umsetzung von Erneuerungen und Ausbauten wirken kann. Zweitens können positive Effekte im Hinblick auf Wettbewerbsvorteile erzielt werden. Hierzu zählen positive Imageeffekte, die zu einer Attraktivitätssteigerung des Standortes und auch zur Erhöhung des Tourismusaufkommens (während und im besten Fall auch über den Zeitraum des Events hinaus) beitragen können. Letzteres hängt dabei im Falle von Sport-

größereignissen stark von einer internationalen Medienpräsenz ab, die dem Austragungsort zu überregionaler und internationaler Bekanntheit verhelfen kann. Drittens kann ein wachsendes Identifikationspotential und eine Mobilisierung der EinwohnerInnen zur aktiven (und oft ehrenamtlichen) Teilnahme erzeugt werden (Häußermann et al. 2008, S. 264). Im Hinblick auf Infrastrukturmaßnahmen gelten die Olympischen Spiele 1972 in München als gelungenes Beispiel für die Nutzung eines Großereignisses für eine langfristige Stadtplanung. Im Kontext des als „Zugpferd der Stadtentwicklung“ (Geipel et al. 1993, S. 302) bezeichneten Events sind eine Reihe von Maßnahmen durchgesetzt bzw. erheblich beschleunigt worden, u. a. der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, die Aufwertung des nördlichen Stadtgebietes und die erfolgreiche und für die Stadt München gewinnbringende Nachfolgenutzung des Olympiageländes (vor allem der Sportanlagen).

„Dabei bot Olympia vor allem die Chance, ohnedies notwendige Investitionen und Planungen schnell, umfassend und mit einem für die Stadt selbst minimalen finanziellen Aufwand durchzuführen. Was deshalb die Münchner Olympischen Spiele kennzeichnet, ist nicht eine Festivalisierung im Sinne von Inszenierung der Stadtpolitik, sondern die *Instrumentalisierung der Spiele für die Belange der Stadt*“ (ebd., Hervorhebungen im Original).

Eine Schwäche dieser rasanten Beschleunigung liegt allerdings in der langfristigen Festbeschreibung einer monozentristischen Stadtentwicklung, die auf die Kernstadt ausgerichtet ist (vgl. Geipel et al. 1993). Als positive Beispiele für die Inszenierung von Städten gelten die Olympischen Spiele in Barcelona 1992, die mit dem Ziel verbunden war, die Stadt zu einer der bedeutendsten Metropolen im Süden Europas und im Mittelmeerraum auszubauen und entsprechend zu vermarkten (Ehrenberg & Kruse 2000) und die EXPO 1986 in Vancouver.

„Durch die Expo '86 ist Vancouver für kurze Zeit in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt, was insofern von Bedeutung war, als Vancouver durch seine geographische Randlage im pazifischen Wirtschaftsraum diese Publicity dringend gebraucht hat, um sich als Wirtschaftsstandort behaupten zu können“ (Birkhuber 1993, S. 106).

Den genannten Chancen steht erhebliches Potential an Nebenwirkungen und Risiken entgegen, die sowohl zu kurz- wie auch zu langfristigen Belastungen von städtischer Politik und Stadtentwicklung führen können (Häußermann et al. 2008, S. 264). Unter finanziellen Gesichtspunkten kann sich ein Großevent zu einer Schuldenfalle entwickeln, wenn sich die Belastungen des städtischen Budgets (d. h. Investitionen) für die öffentlichen Haushalte durch zusätzliche Steuereinnahmen und / oder Bundeszuschüsse nicht amortisieren lassen. Dieses Risiko wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass es meist aufgrund von Kalkulationsunsicherheiten von Großevents kurz vor Eröffnung der Veranstaltung durch den erheblichen

Zeitdruck zu einer explosionsartigen Erhöhung der Kosten kommt (zu den ökonomischen Effekten der Fußball-WM 2006 vgl. Kapitel 4).

„An dieser Stelle soll nur nebenbei darauf hingewiesen werden, dass die Prognosen über Kosten und Nutzen, die üblicherweise zur Rechtfertigung großer Ausgaben angestellt werden, nicht seriös durchgeführt werden können. Meist explodieren unter Zeitdruck die Kosten, langfristige Wirkungen sind monetär kaum zu bewerten“ (Häußermann et al. 2008, S.265).

Infrastrukturell bergen Großveranstaltungen die Gefahr, dass sich die Planungen einseitig bzw. zu stark an dem Event orientieren und dabei längerfristige und städtische Bedürfnisse ignorieren. Die Hauptrisiken bestehen hierbei sowohl hinsichtlich der durchgeführten Maßnahmen, wie z. B. Modernisierungen im Umfeld des Veranstaltungsortes, als auch in der Bindung von (finanziellen) Mitteln, die dadurch nicht für andere Maßnahmen zur Verfügung stehen (vgl. Ehrenberg & Kruse 2000, S. 315; Obermair 1993, S. 216ff.).

Die festivalisierungsorientierte Stadtpolitik richtet sich im Kontext des Events stark auf ein sichtbares und vermarktbare Image¹¹ aus, dadurch kommt es zur Verdrängung von unliebsamen, nicht marktfähigen Themen aus stadtpolitischen Diskursen (z. B. Sozialpolitik). Das Event wird als einmalige Chance für die Stadt zur strategischen Repräsentation stilisiert, denen sich langwierigere und nicht repräsentative Problemlösungen unterordnen müssen. Die Planungen und die Durchführung von Großevents weisen eine Reihe von Besonderheiten auf bzw. finden unter spezifischen Rahmenbedingungen statt. So sind vor allem internationale Großevents mit einem erheblichen kostenintensiven Sicherheitsaufwand verbunden, der insbesondere das Risiko terroristischer Anschläge minimieren soll. Organisatorisch ist die Planung und Durchführung von Großevents vergleichbar mit projektbezogenen Arbeiten (vor allem städtischen Großprojekten), d. h. in der Regel gibt es eine außerhalb von klassischen Verwaltungshierarchien bestehende Organisationsform bzw. Organisationseinheiten, die zumeist aus Public Private Partnerships bestehen. Grundsätzlich ist eine projektbezoge-

¹¹ Der Begriff Stadtimage wird zwar häufig verwandt, selten aber definiert. Diese Arbeit stützt sich auf die folgende Definition von Gamm (2006, S. 117).

"Stadtimage basiert nicht nur auf menschlicher Meinungsbildung, sondern stützt sich auch auf die Standortfaktoren, die Wohn- und Standortqualität und die Reputation der Stadt auf landes- und bundespolitischer Ebene. Ein Stadtimage ist somit ein in sich fragmentiertes Ganzes, das aus subjektiver Empfindung, Emotionen und aus der Bereitstellung von symbolischen Objekten an unterschiedlichen Orten besteht. Eine Stadt kann auch mehrere Images aufweisen. Die Zusammenführung sämtlicher Images prägt schließlich die Reputation der Stadt."

ne Politik weder neu noch auf Stadtpolitik begrenzt. Häußermann und Siebel (1993, S. 15) verweisen in diesem Zusammenhang auf ein breites Spektrum von Beispielen, die von den umherziehenden kaiserlichen Höfen des frühen Mittelalters über Weltausstellungen, Olympische Spiele oder moderne Wahlkampagnen reichen. Die von den Autoren diagnostizierte Festivalisierungstendenz der Stadtpolitik hat allerdings erst seit den 1970er Jahren steigende Bedeutung erlangt. Die Stadtverwaltungen spielen bei der Organisation von Großveranstaltungen zumeist nur eine untergeordnete Rolle, die Planungen des Events werden i. d. R. mittels einer Projektstruktur durch Expertengruppen durchgeführt. Diese komplexen Planungsstrukturen bergen dabei auch eine hohe Korruptionsgefahr, die durch die vielfältige Vernetzung der Akteure meist nur sehr schwer zu entdecken ist (Häußermann et al. 2008, S. 263). So wurde im Zuge der Fußball-Weltmeisterschaft ITALIA'90 ein Schmiergeldskandal aufgedeckt, der vor allem die Vergabep Praxis von Bauaufträgen betraf (die sich auch über das Event hinaus erstreckten). Erleichtert wurde in diesem Fall die Korruption auch dadurch, dass für Aufträge im Rahmen der WM die öffentliche Ausschreibung außer Kraft gesetzt und durch das Rechtsmodell einer Privatverhandlung (*trattativa privata*) ersetzt wurde, die ansonsten im städtischen Handeln nur für außergewöhnliche und unvorhergesehen Fälle, z. B. nach Naturkatastrophen, vorgesehen ist (Obermair 1993, S. 214).

Die Kritik an solchen Organisationsformen von Großevents (und analog auch städtischen Großprojekten) verweist auf deren mangelnde Einbettung in demokratische Strukturen und der daraus resultierenden mangelnden öffentlichen Kontrolle (u. a. Simons 2003, Ehrenberg & Kruse 2000, Ronneberger et al. 1999). Die „*Politik der großen Ereignisse*“ unterläuft demnach die Regeln demokratischer Konsensbildung durch eine Kombination aus elitärem Korporatismus und Populismus (Häußermann & Siebel 1993, S. 30): Eine innovative und entschlossen handelnde Führungsgruppe (Projektmanagement, Veranstaltungsgesellschaft, Stadtregierung etc.) versucht, eine von institutionalisierten Entscheidungsprozessen ausgeschlossene und dadurch artikulationseingeschränkte Masse zu begeistern und deren Folgebereitschaft zu erzeugen (ebd.), d. h. deren Akzeptanz und Teilnahme zu erreichen. „*Im Zusammenhang mit Großereignissen und der Rolle von privaten und öffentlichen Akteuren bei ihrer Vorbereitung stellt sich also insbesondere die wichtige Frage: Wem gehört die Stadt?*“ (Häußermann et al. 2008, S. 267). Diese seit den 1990er Jahren vorherrschende Strategien werden als neoliberale Politiken identifiziert und als Verlust sozialer Qualität von Stadt und Region kritisiert: „*das Setzen auf ‚Große Ereignisse‘ als Motor von Stadtentwicklung [führt] zur Gefahr einer Unterminierung der sozialen Qualität der Städte*“ (Ehrenberg & Kruse 2000, S. 314). Je näher das Großereignis rückt, umso stärker wird unter dem Fertigstellungsdruck der Kontrollverlust städtischer Akteure und die Zunahme des Einflusses privater oder externer Akteure (am Bsp. Olympischer Spiele: Burbank et al. 2001; Lenskyj

2002). So wurde die Entscheidungsgewalt bei der Ausgestaltung der Olympischen Winterspiele in Salt Lake City 2002 weitgehend vom Staat Utah übernommen und damit der Kontrolle und Gestaltung durch lokale (städtische) Akteure entzogen (Lenskyj 2002).

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass der erhoffte Imagegewinn durch Medienpräsenz ausbleibt und die Austragungsorte kaum von der medialen Aufmerksamkeit der Veranstaltung profitieren, d. h. der Veranstaltungsort unterliegt der Gefahr der Beliebigkeit. Die gilt vor allem für internationale, in regelmäßigen Abständen an unterschiedlichen Orten stattfindende Großveranstaltungen (Fußball-Weltmeisterschaften, Olympische Spiele, EXPO, Kulturfestivals), die als „footloose industries“ (Häußermann & Siebel 1993, S. 29) weltweit nach dem gleichen Muster durchgeführt werden. Deren Organisationsstruktur weist einen hohen Grad der Standardisierung auf und auch die Anforderungen an die verschiedenen Veranstaltungsorte sind bereits durch die jeweiligen Bewerbungsverfahren stark normiert (im Falle der Fußball-Weltmeisterschaft wird u. a. eine schriftliche Regierungsgarantie für die Gewährleistung der Sicherheit im Austragungsland gefordert, vgl. Kapitel 9). Dieser Standardisierungsgrad widerspricht der Hervorhebung einer lokalen (einzigartigen) Identität - ein Phänomen, was sich in europäischen Städten nicht nur im Kontext von Großevents, sondern als Trend der Stadtentwicklung ohnehin deutlich zeigt. Insbesondere bei Fußball-Weltmeisterschaften, bei denen das Turnier in verschiedenen Städten des Austragungslandes stattfindet, stellt sich die Frage, inwieweit sich den einzelnen Städten überhaupt die Möglichkeiten eines langfristig wirksamen Imagegewinns bieten.

In der umseitigen Tabelle sind die zuvor erwähnten die Potentiale und Risiken für die Austragungsorte von Großevent zusammengefasst:

	Potentiale	Risiken
Finanzen	<ul style="list-style-type: none"> • Zusätzliche Mittel durch private Beteiligung • Erhöhte Steuereinnahmen durch steigende Umsätze (z. B. Gastronomie, Tourismusbereich, Einzelhandel) 	<ul style="list-style-type: none"> • Folgekosten zu Lasten des Austragungsortes • Geringe Beteiligung an Gewinnen • Verlagerung statt Steigerung von Gewinnen (keine erhöhten Steuereinnahmen) • Bindung von Mitteln zur Finanzierung des Events (Kürzungen bei anderen Vorhaben) • Kostenexplosion durch Zeitengpässe
Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung und Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen (z. B. Ausbau / Modernisierung ÖPNV) 	<ul style="list-style-type: none"> • Überdimensionierte / rein eventbezogene Maßnahmen (keine sinnvollen Folgenutzungen möglich) • Zurückstellen von anderen (eventfremden) Vorhaben
Organisation	<ul style="list-style-type: none"> • Partizipative Organisationsform (Erhöhung von Planungssicherheit und Akzeptanzsteigerung) • Demonstration der organisatorischen Leistungsfähigkeit • Neue Akteurskonstellationen und ressortübergreifende Kooperation 	<ul style="list-style-type: none"> • Einseitige Beteiligung wirtschaftlicher Akteure (Umgehung / Vernachlässigung demokratischer Verfahren) • Korruptionsgefahr • Kontrollverlust städtischer Akteure durch Fertigstellungsdruck
Image	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzung medialer Aufmerksamkeit und Touristenaufkommen für Selbstvermarktung • Internationale Präsentation des Standortes 	<ul style="list-style-type: none"> • Gefahr der Beliebigkeit - Veranstaltungsort wird nicht ausreichend wahrgenommen • Verbreitung eines schlechten Images (z. B. Planungsfehler, Skandale) • Mangelnde Akzeptanz seitens der Bevölkerung
Durchführung	<ul style="list-style-type: none"> • Steigerung der Identifikation der lokalen Bevölkerung mit dem Veranstaltungsort 	<ul style="list-style-type: none"> • Konflikte zwischen Einheimischen und BesucherInnen • Sicherheit (Vandalismus etc.) • Instrumentalisierung der Veranstaltung (z. B. für politische Zwecke)

Tabelle 2-1 Potentiale und Risiken von Großevents

(eigene Darstellung)

Die Austragungsorte unterliegen also einem erheblichen Druck: Vor dem Hintergrund einer internationalen Städtekonzurrenz muss die Gestaltung, Inszenierung und Durchführung des Großevents perfekt sein, um die kurze Phase der internationalen Aufmerksamkeit möglichst effektiv für ein Stadtmarketing nutzen zu können. Daher muss das Event möglichst groß und spektakulär sein, es darf nicht an Mitteln gespart werden, um diese Aufmerksamkeit zu sichern (Hamburg bietet im Vorwege der WM u. a. ein spezielles Programm zur Betreuung von ausländischen Journalisten an), die Stadt muss Prestigeträchtiges vorweisen können (Architektur, Kultur, Freizeit, Naturlandschaft etc.) und die Veranstaltung muss gänzlich störungsfrei ablaufen - was einen hohen Sicherheitsaufwand erfordert (Häußermann & Siebel 1993, S. 29).

In Anbetracht der erheblichen Risiken ist es nicht verwunderlich, wenn Fallstudien bilanzieren, dass sich die Hoffnungen der Städte zumeist nicht erfüllt haben (u. a. Naßmacher 2006, S. 120ff., Ehrenberg & Kruse 2000, S. 315, zu den Effekten der Fußball-WM 2006 vgl. Kapitel 4). So lassen sich meist weder deutliche Imageverbesserungen, noch eine überregionale Attraktivitätssteigerung für Ansiedlungsinteressenten nachweisen (zur Messbarkeit von solchen Effekten vgl. Kapitel 4). Letzteres wird v. a. auf den Effekt der Beliebigkeit zurückgeführt, also darauf, dass zu viele Städte mit den gleichen Mitteln konkurrieren (Ehrenberg & Kruse 2000, S. 315). Großevents hinterlassen darüber hinaus häufig überdimensionierte Eventflächen, deren Nachnutzung bzw. Nicht-Nachnutzung bzw. finanzielle Unterhaltung bleibt das Problem der Städte. Grundsätzliche Kritik an einer solchen auf das Event ausgerichteten Politik zu Lasten von nachhaltigen Problemlösungsstrategien üben auch VerfechterInnen kreativer Stadtentwicklung:

„The short-term logic of politicians, time-limited agencies or partnerships is aimed chiefly at quick and visible results rather than longer term solutions. There is a tendency to go for flagship projects like the Grand Projets in Paris or festival events to suggest that something is happening. While these can motivate, celebrate achievement or create momentum, a city's competitive position may benefit more from a simple training programme or new partnerships with the private and non-governmental organisation (NGO) sectors. The urban strategist has to find ways of making such low-profile projects visible“ (Landry 2000, S. 46).

In der Vergleichsstudie der EXPOs in Sevilla und Hannover, den Bewerbungen um die Austragung der Olympischen Spiele in Barcelona (stattgefunden 1992) und Berlin (Bewerbung um die Spiele von 2000 gescheitert), resümieren Ehrenberg und Kruse (2000, S. 309ff.), dass sich im Rahmen von Großereignissen die Aktivitäten fast ausschließlich im Bereich der „Hardware“, nämlich Leistungen im Bereich von Hoch-, Tief- und Landschaftsbau sowie Ausbau- und Aufrüstungsgewerbe bewegen, welche häufig den Ansatzpunkt für

öffentliche Kritik bilden (Infragestellung von Nachnutzung, Kritik an Kosten etc.). Die Erstellung dieser Leistungen ist zumeist an schlechte Arbeitsbedingungen gekoppelt, die charakteristisch für große Ereignisse sind (ebd.). Die sog. „Software“, also Aspekte einer sozialen Stadtentwicklung und Maßnahmen für eine Verbesserung des Zusammenlebens in der Stadt, z. B. durch Kommunikationserleichterungen zwischen BürgerInnen und Verwaltung, Dezentralisierung von Entscheidungen durch mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung, gerechtere Verteilung und Bezahlung öffentlicher Leistungen sowie integrative Maßnahmen (wie Förderung von sog. Randgruppen), Kampf gegen Vereinsamung, Hass und Gewalt (ebd.), werden in die Planungen zumeist nicht integriert.

3 Sicherheit und Ordnung in städtischen Räumen

Im Kontext dieser Arbeit liegt der Schwerpunkt auf der Betrachtung der Wirkung des Großsportereignisses Fußball-WM 2006 und dessen möglichen Auswirkungen auf die Stadtentwicklung, insbesondere im Hinblick auf Kontroll- und Sicherheitspolitiken in Hamburg. Letztere werden zumeist im Kontext von öffentlichen Räumen diskutiert, die als existentieller Bestandteil urbanen Lebens angesehen werden. Daher ist es erforderlich, zunächst eine Bestandsaufnahme der zugeschriebenen Bedeutungen des städtischen öffentlichen Raumes zu geben und anschließend die Entwicklung der Kontroll- und Sicherheitspolitiken in städtischen Räumen zu skizzieren, um die sicherheitspolitischen Auswirkungen der Fußball-WM 2006 angemessen bewerten zu können.

Bevor näher auf einzelne Aspekte von städtischer Sicherheit und ihre Relevanz für die vorliegende Forschungsarbeit eingegangen wird, soll eine kurze begriffliche Zuordnung von „Sicherheit“ erfolgen. Der Sicherheitsbegriff, der im Kontext dieser Arbeit betrachtet wird, bezieht sich auf einen Zustand, der durch das Fehlen bzw. die Abwesenheit von Bedrohungen, Risiken oder Gefährdungen (sowohl im Hinblick auf körperliche, seelischen Unversehrtheit wie auch einer materiellen Unbeschädigtheit) angestrebt wird. Grundsätzlich ist Sicherheit also nichts, was direkt erzeugt werden kann, sondern durch den Ausschluss bzw. die Abwesenheit von Gefahren, Risiken oder Bedrohungen hergestellt werden soll. Hierbei zeigen sich schnell mögliche Widersprüchlichkeiten und Deutungsunterschiede - denn, was sind die Kriterien für „Bedrohung“ oder für wen stellt was wann ein Risiko dar? Diese möglichen Brüche, Zuordnungen oder offenen Fragestellungen werden hier insbesondere in der Betrachtung der Auseinandersetzungen um die Nutzung und Nutzbarkeiten von öffentlichen Stadträumen deutlich.

3.1 (Be-)Deutungen des öffentlichen Raumes

Öffentliche Räume gelten, vor allem in der europäischen Stadt, als wichtiger Bestandteil urbaner Kultur mit erheblicher sozialer und individueller Bedeutung:

„Orte sind soziale Gebilde. Sie entstehen dort, wo Menschen zusammenkommen, einander begegnen und miteinander kommunizieren. Orte sind Räume, die von den Menschen, die sie bewohnen, besuchen und benutzen, als identitätsverbürgend, als ein Teil ihres Selbst wahrgenommen werden. Es sind Räume, die ein Leben in der Geschichte ermöglichen. Sie machen sich dadurch die Gegenwart sichtbar und öffnen sie für die Zukunft. Orte sind Räume mit Atmosphäre“ (Hassenpflug 2006, S. 69).

Sicherheit und Ordnung in städtischen Räumen

Eine Idealvorstellung von der Möglichkeitsvielfalt im öffentlichen Raum ohne gesellschaftsstrukturelle Begrenzungen beschreibt Landry (2000) mit seiner Bezeichnung des öffentlichen Raumes als „neutrales Territorium“:

„The city centre or urban sub-centres potentially represent places for commonality, where some form of common identity and spirit of place can be created - counteracting the dangers of spatial segregation by social class - and where people of different ages, social classes, ethnic and racial groups and lifestyles can mix and mingle in informal and unplanned ways, more easily than in the suburbs or in outer areas, which are frequently highly differentiated and socially stratified. City centres or public spaces as “neutral territory” help creative ideas, because they are areas where people feel comfortably relaxed and simultaneously stimulated and challenged by contact with an environment that is more socially heterogeneous than normally experienced” (Landry 2000, S. 120).

Andere AutorInnen betonen hingegen den Einfluss gesellschaftlicher Machtverhältnisse und sozialer Ungleichheiten, die ihren Ausdruck auch im urbanen Raum finden und die Qualität von Begegnungen prägen, welche durch konkurrierende Nutzungen und Symboliken immer wieder neu hergestellt und codiert werden (Ronneberger et al. 1999, S. 207, Belina 2006, S. 196ff.).

Bereits in den 1960er Jahren wird diese Bedeutung bzw. ein befürchteter Bedeutungsverlust des öffentlichen Raumes im Hinblick auf einen Verlust der Urbanität diskutiert (u. a. Mitscherlich 1965, Bahrtdt 1961, Jacobs 1961, Salin 1960). Urbanität wird dabei verstanden als die potentiellen Möglichkeiten der Begegnung und Kommunikation sowie der Selbstdarstellung aller BewohnerInnen und NutzerInnen der Stadt. Das Wechselverhältnis zwischen privater und öffentlicher Sphäre bei gleichzeitiger Beibehaltung dieser Polarität gilt dabei als zentraler Ausdruck von städtischem Leben (Bahrtdt 2006, S. 83, im Original 1961). Als Gegensatz dazu steht die Suburbanität, die als stark privatisiert, abgegrenzt und homogen definiert wird. Hinsichtlich der Gestaltung öffentlichen Stadtraumes wird in den 1960ern die „*merkantile Planung*“ von Städten kritisiert, womit die Ausrichtung der Stadtplanung an wirtschaftlichen Interessen gemeint ist. Diese steht im Widerspruch bzw. in Konkurrenz zu den Interessen von BewohnerInnen und insbesondere von Kindern in den Städten (Mitscherlich 1965, S. 92). Städte sollten so gestaltet sein, dass sie durch Dichte und räumliche Nähe heterogene Begegnungen und Kommunikation erschaffen und damit als Orte sozialen Lernens wirken. Durch die Schaffung von Aufenthaltsqualitäten für alle Nutzergruppen sollte räumliche Identifikation ermöglicht werden, die wiederum als Grundvoraussetzung einer aktiven und demokratisch handelnden Bürgerschaft angesehen wird (vgl. Haubold 1997, S. 46). In baulich-räumlicher Sicht sind diese Ansätze allerdings kaum verwirklicht worden, stattdessen folgte die hohe bauliche Verdichtung im Wohnungsbau eher den Prämissen von Gewinnmaximie-

rung der Grundrenten denn der Steigerung von Wohnqualität. Hinzu kommt eine großflächige Zerstörung von historischer Bausubstanz seit den 1950er Jahren durch Flächensanierungen, die sich negativ auf Identifikationsmöglichkeiten von BürgerInnen mit „ihrem“ Quartier auswirkte (vgl. Haubold 1997, S. 45). Der zunehmende innerstädtische Autoverkehr durch die dominante Strategie der „autogerechten Stadt“ wird als weiterer Faktor für eine erhebliche Verschlechterung der Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Räume genannt (ebd.).

In der aktuellen Diskussion um die Bedeutung von öffentlichen Räumen wird zunächst die Polarität von privatem Raum und öffentlichem Raum betont, die sich in vier Dimensionen darstellen lässt: funktional, rechtlich, sozial und symbolisch (Häußermann et al. 2008, S. 301). *„Dem öffentlichen Raum der Straßen und Plätze sind die Funktionen Markt und Politik zugeordnet, dem privaten Räumen von Betrieb und Wohnung die der Produktion und Reproduktion“* (ebd.). Der funktionalen Dimension öffentlicher Räume wird ein zunehmender Bedeutungsverlust zugeschrieben. Die politische Bedeutung des öffentlichen Raumes, in dem Dinge von allgemeinem Interesse transparent werden und einer politischen Willensbildung zugeführt werden, an der sich die Allgemeinheit beteiligen kann, betont Habermas mit der Beschreibung des idealen öffentlichen Raumes als „Arena“ (Habermas 1990). Diese Raumdeutung wird zumeist historisch begründet und rekurriert auf die Antike, genauer auf die griechische Polis (u. a. Dettmann et al. 2006, S. 67). Öffentlicher Raum wird dabei gleichgestellt mit politischer Öffentlichkeit, der Raum dient als Lernfeld in der Auseinandersetzung mit dem nicht planbaren, nicht normierten und dem Anderen. Der relative Bedeutungsverlust des öffentlichen Stadtraumes wird hierbei analog zu dem Verlust einer politischen Öffentlichkeit gesehen und als Gegenmaßnahme eine stärkere Partizipation von BürgerInnen an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen gefordert (ebd.). Die politische Funktion beschränkt sich mittlerweile auf Demonstrationen oder öffentliche Auftritte von Parteien zu Wahlkämpfen. Der Schwerpunkt gesellschaftlich-politischer Auseinandersetzungen ist ein medialer geworden (Häußermann et al. 2008, S. 301), auch wenn die Verlagerung von politischen Aktivitäten durch neue Kommunikationsformen teilweise auch als Ergänzung Handlungsformen in öffentliche Räume wirken (Selle 2004, S. 134)¹².

Markt und Handel haben sich im Vergleich zur Polis oder mittelalterlichen europäischen Stadt fast ausschließlich in privatrechtliche Räume oder in virtuelle Räume verlagert (Häußermann et al. 2008, S. 301). Die Verlagerung von Markt- und Handelsfunktionen in private Konsum- und Erlebniswelten mit beschränkten Zugangsrechten und Verhaltensgeboten

¹² Als Beispiel wird von Selle der Globalisierungsprotest zum EU-Gipfel in Nizza für eine Verbindung der Nutzung moderner Kommunikationsmittel und Protestaktionen in öffentlichen Räumen angeführt.

führen zu einer Abwertung der traditionellen öffentlichen Räume (Selle 2004, S. 141). Die Konkurrenz von Einkaufszentren bzw. Konsumerlebniswelten am Stadtrand hat in einigen Innenstädten, wie auch in Hamburg, zu Aufwertungsprozessen geführt¹³, die unmittelbare Auswirkungen auf den urbanen Innenstadtraum hinsichtlich der Sauberkeit, Sicherheit, Erreichbarkeit und Ausstattungsstandards haben. Modernisierungen von bestehenden Einkaufsstrassen, dem Umbau von Bahnhöfen zu Einkaufs- und Konsumzonen mit Gleisanschluss sowie der Neuschaffung von überdachten Einkaufspassagen (z. B. die Europapassage, Hamburg) sollen mittels architektonischer Gestaltung, Angebotsvielfalt und Komfort die kaufkräftigen Bevölkerungsschichten zum Konsum in der Innenstadt anregen. Ob dies allerdings zu der häufig kritisierten Entwicklung von Innenstädten zu Konsumzonen oder auch z. B. zu verstärkten kulturellen oder sozialen Aktivitäten im innerstädtischen Raum führt, ist dabei eine Abwägungsfrage der jeweiligen Stadtpolitik. Selle (2004, S. 132f.) konstatiert zwar ebenfalls einen Rückgang der althergebrachten Nutzungen öffentlicher Räume wie kirchliche Manifestationen, staatliche Repräsentanz, Markt und Handel, öffentliche Meinungsbildung sowie ungerichtete Kommunikation (die sich in virtuelle Räume verlagert) aber er verweist auch auf neue Nutzungsformen, wie Sportveranstaltungen z. B. Beach-Volleyball, Streetsoccer oder Promotion-Veranstaltungen sowie nichtorganisierte Nutzungen, z. B. Skaten. Ergänzen lassen sich hierzu noch kulturelle Veranstaltungen wie Open Air Kinos (teilweise kostenfrei) oder Informationsveranstaltungen z. B. Stände der Handels- und Handwerkskammern über Ausbildungsmöglichkeiten auf Rathausmärkten. Grundsätzlich nehmen die Aktivitäten in zentralen städtischen öffentlichen Räumen laut Selle (2004, S. 133) nicht ab, sondern eher zu.

Die seit den 1970er Jahren eingeführten innerstädtischen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie eine stadtpolitische Orientierung hin zu einer verträglicheren Mobilität, haben zu einer gestiegenen Aufenthaltsqualität in öffentlichen Räumen (z. B. Fußgängerzonen, autofreies Wohnen) beigetragen (ebd., S. 137). Aktuell lässt sich eine funktionale Renaissance der Innenstädte und öffentlicher Räume in der europäischen Politik feststellen. In der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ von 2007 haben die für die Stadtentwicklung zuständigen MinisterInnen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter anderem die zentrale Rolle von „qualitätsvollen“ öffentlichen Räumen sowohl für die Lebensbedingungen von StadtbewohnerInnen wie auch als „*weiche Standortfaktoren*“ für „*Unternehmen der*

¹³ Wobei dieser Aufwertungsprozess nur für wenige Städte gilt. In vielen anderen Städten sind die Innenstädte durch die Verlagerung des Einzelhandels an die Stadtränder eher verödet und leiden unter einem Attraktivitätsschwund, dem z. T. mit erheblichen kommunalen Investitionen versucht wird zu begegnen.

Wissensökonomie, für qualifizierte und kreative Arbeitskräfte und den Tourismus“ betont (Europäische Union 2007, S. 4). Dabei soll *„das Zusammenwirken von Architektur, Infrastruktur- und Stadtplanung mit dem Ziel intensiviert werden, attraktive, nutzerorientierte öffentliche Räume mit hohem baukulturellen Niveau zu schaffen“* (ebd.).

Öffentliche und private Räume lassen sich auch nach juristischen Merkmalen unterscheiden: *„Öffentliche Räume unterliegen öffentlichem Recht, private dem Hausrecht des Eigentümers“* (Häußermann et al. 2008, S. 301). In privaten Räumen gilt das Hausrecht des Eigentümers, der damit die rechtliche Möglichkeit zum Ausschluss unliebsamer Personen oder unliebsamen Verhaltens (wozu auch ungenehmigte Unterschriftensammlungen, Befragungen, Betteln, Musizieren zählen) hat. Allerdings sind solche Ausgrenzungen keineswegs auf den privaten Raum begrenzt, sondern finden durchaus auch in öffentlichen Räumen statt, wie die Entwicklung von kommunalen Kontroll- und Sicherheitspolitiken deutlich zeigt (siehe folgender Abschnitt). Die juristisch strenge Trennung in öffentliche und privatrechtliche Räume wird - vor allem in innerstädtischen Räumen - zunehmend ergänzt von Mischformen wie Business Improvement Districts (BID), die insofern eine Teil-Privatisierung von Straßen und öffentlichen Orten darstellen, als sie privaten Akteuren (Geschäftsverbände, Einzelhandel etc.) im Gegenzug zu finanziellen Investitionen bestimmte Gestaltungsrechte einräumen, damit diese „Aufwertungsprozesse“ in den jeweiligen Gebieten initiieren. Auch wenn dabei betont wird, dass rechtlich die umgestalteten Räume weiterhin öffentliche Räume bleiben und damit öffentlichem Recht unterliegen (FHH 2005, S. 47), werden durch gestalterische Maßnahmen und den Einsatz privater Service- und Sicherheitsunternehmen Geschäftsinteressen in diesen Räumen umgesetzt¹⁴. Auch die Nutzung von Straßen und Plätzen durch Cafés und Geschäfte etc. mittels wegerechtllicher Genehmigung ist eine Form der (zumindest temporären) Privatisierung öffentlichen Raumes. Allerdings stellt die Umwandlung ehemals öffentlichen Raumes in private Räume generell eher die Ausnahme dar, zumeist handelt es sich um „neu geschaffenen Raum“ (z. B. Konversionsflächen auf Industrieb-, Bahn- und Kasernenbrachen) (Selle 2004, S. 139), der allerdings durchaus mit öffentlichen Mitteln subventioniert sein kann. Im Alltag ist die Abgrenzung zwischen öffentlich und privat häufig nicht genau erkennbar (ebd.), wie z. B. in der Wahrnehmung „öffentlicher“ Bahnhöfe, die dem Hausrecht von Verkehrsunternehmen unterliegen.

¹⁴ „Die Partnerschaft zwischen BID und Stadt ändert nichts an den Pflichten der Stadt oder der Stellen und Institutionen, die hoheitliche Aufgaben der Stadt wahrnehmen. Hoheitliche Aufgaben werden im Zusammenhang mit einem BID nicht an Private übertragen. Auch wenn für das BID Servicepersonal für einen erhöhten Sicherheits- und Sauberkeitsstandard sorgt, bleiben alle Maßnahmen der Sicherheit und Ordnung in den Händen der Stadt“ (FHH 2005, S. 47).

Sicherheit und Ordnung in städtischen Räumen

Soziale Merkmale zur Unterscheidung des öffentlichen Raums werden wie folgt definiert: *„Der öffentliche Raum ist die Bühne einer hochstilisierten Selbstdarstellung, bei der stets nur ein kleiner Ausschnitt des eigenen Selbst sichtbar gemacht wird. Im öffentlichen Raum der Stadt begegnet man einander grundsätzlich als Fremder, man hält Distanz und nimmt nur sehr spezialisierte Kontakte auf“* (Häußermann et al. 2008, S. 301). Auch der sozialen Funktion des öffentlichen Raumes wird ein Bedeutungsverlust attestiert, zumindest im Hinblick auf die kommunikative Bedeutung:

„Noch in den achtziger Jahren betont der urbane Diskurs die Rolle der Stadt als anonymen Ort, der unterschiedliche Lebensformen, die Erfahrung von Differenz und Andersartigkeit ermögliche. Insbesondere der distanzierte, gleichwohl aber interessierte Kontakt mit dem "Fremden" im öffentlichen Raum galt als wesentliche Voraussetzung für urbane Zivilisiertheit und eine funktionierende städtische Kultur. Diese Vorstellung erfährt gegenwärtig dahingehend eine Einschränkung, dass nicht mehr das Zusammentreffen mit dem "Anderen" erwünscht zu sein scheint, sondern gesittete Verhaltensweisen honorierter Bürger“ (Kirchberg 1998 zitiert nach Ronneberger et al. 1999, S. 73).

Insbesondere neue Abgrenzungsbedürfnisse der Mittelschichten gegenüber sozial benachteiligten Schichten werden hier als ursächlich angesehen (Sambale & Veith 1998), worauf im folgenden Abschnitt vertiefend eingegangen wird.

Auch hinsichtlich der Verwendung symbolischer Merkmale lassen sich öffentlicher und privater Raum unterscheiden: *„Mit einer Fülle von architektonischen und städtebaulichen Merkmalen werden Offenheit und Geschlossenheit, Exklusivität und Zugänglichkeit signalisiert“*. (Häußermann et al. 2008, S. 301). In neueren Darstellungen wird das entscheidende Kriterium der Offenheit (im Rahmen gesellschaftlich definierter und rechtlicher Rahmenbedingungen) als die Grundvoraussetzungen für Urbanität genannt: *„Die urbane Lebensweise, das Aushalten von Ambivalenz und Verunsicherung, das Einlassen auf Kommunikation, das Zulassen von Aneignung, das alles gehört zur kulturellen Integration im öffentlichen Raum“* (Gestring 2005, S. 69 in Anlehnung an die Definition von Simmel 1903, Bahrdt 1961). Die integrative Funktion des öffentlichen Raumes wird vor allem durch die Faktoren Zugänglichkeit und Anonymität definiert (Gestring 2005, S. 65). Zugänglichkeit bezieht sich dabei auf das demokratische Ideal, dass *„die Chance auf die Teilnahme an den politischen und kulturellen Prozessen der Stadt beschreibt“* (ebd.), während Anonymität als Voraussetzung für Individualisierung dient, was die Möglichkeit umfasst, verschiedene Verhaltensweisen und unterschiedliche Bedürfnisse ausleben zu können (ebd.). Das Aufenthaltsrecht im öffentlichen Raum soll dabei auch jenen offen stehen, die weder an politischen noch kulturellen Prozessen teilnehmen können oder wollen, es hat quasi die Funktion eines bedingungsfreien *„Asylrechts“* (Hoffmann-Axthelm 1993, S. 61). Die zunehmende Beschränkung der Urbanität

Sicherheit und Ordnung in städtischen Räumen

auf Konsumkonformität und dem öffentlichen Raum als Konsumraum und damit der Ausgrenzung nicht-kaufkräftiger Schichten sowie die eingeschränkte Definition von Urbanität als „weicher“ Standortfaktor für wirtschaftliche Interessen (wie die Standortwahl von Unternehmen) widerspricht dabei den vielfältigeren Nutzungsbedürfnissen und Interessen der Bevölkerung (Häußermann & Siebel 1987, S. 226).

Ein weiterer Kritikpunkt setzt an der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen an, die ebenfalls die Gestaltung und Nutzung von öffentlichen Räumen betrifft, sei es durch Pflege und Gestaltung öffentlicher Flächen bis hin zu Ordnungsfunktionen durch private Sicherheitsdienstleister. Teilweise privatisieren Kommunen sich selbst, indem sie privatrechtliche Gesellschaften gründen, die z. B. Planungsleistungen auch für öffentliche Räume als GmbH betreiben (Selle 2004, S. 144). Problematisch ist hierbei der Verlust von Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten einer demokratisch legitimierten Stadtpolitik sowie die Gefahr, dass mögliche Profite privatisiert werden, während Kosten weiterhin aus öffentlichen Mitteln finanziert werden (müssen).

„Es gibt eine Reihe von durchaus problematischen Entwicklungen und schwergewichtigen Aufgaben. Aber es gibt etwas nicht: Den epochalen Verlust, der uns einige Jahre lang nahe gelegt wurde. [...] An die Stelle eines Bildes von ‚Verfall und Ende‘ sollte daher das eines kontinuierlichen Wandels treten“ (Selle 2004, S. 145).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass öffentliche Räume einem permanenten Bedeutungswandel unterliegen, der durch Nutzungsbedürfnisse ebenso wie durch Nutzungsmöglichkeiten geprägt wird. Die grundsätzliche Entwicklung lässt sich wie folgt skizzieren: Die Veränderungen von Lebensstilen hin zu einer verstärkten Konsumorientierung, die Verlagerung von Markt und Handel in privatrechtliche Räume und die Veränderung von Mobilitäts- und Kommunikationsverhalten haben dazu geführt, dass öffentliche Räume zur Zeit hauptsächlich als Konsum- und Transitorte wahrgenommen und genutzt werden. Zusätzlich sind neue räumlich-rechtliche Mischformen entstanden, wie z. B. Public Private Partnerships oder auch vermehrte (temporäre) Nutzungen von öffentlichen Stadträumen für privatrechtlich organisierte Veranstaltungen, die die Wahrnehmung von dem was „noch“ öffentlicher Raum und was „schon“ privater Raum ist, erheblich erschweren. Deutlich spürbar wird die Grenze z. B. wenn bestimmte Konsumformen verboten bzw. eingeschränkt werden, der Zugang reguliert wird (über kostpflichtige Eintritte oder Kontrollen), Verhalten normiert wird (z. B. Aufenthaltsverbote, Verbot von Ton- und Bildaufzeichnungen). Am deutlichsten spürbar sind solche Limitierungen für so genannte soziale Randgruppen, die den öffentlichen Raum bewohnen oder ihn als Lebensmittelpunkt nutzen.

3.2 Der öffentliche Raum als Konfliktort

Trotz seines integrativen Potentials ist der Zugang bzw. die freie Nutzung urbaner öffentlicher Räume für verschiedene Personengruppen beschränkt oder zumindest umstritten.

„Der öffentliche Raum ist umkämpftes Terrain, wobei die Garanten der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ schon immer bestrebt waren, diese Auseinandersetzungen im Sinne der besitzenden Klassen zu entscheiden. Die Geschichte belegt eine Fülle von Konflikten und eine endlose Sammlung von Formen der Regulation, deren Gemeinsamkeit die Verdrängung von Underdogs, von Armen, Prostituierten, Obdach- und Wohnungslosen, Alkohol- und Suchtmittelabhängigen sowie auch jener Teil der Jugend waren, die in sehr unterschiedlicher Weise ‚die Ordnung störten‘“ (Simon 2001, S. 8).

Seit den 1980er Jahren haben sich die Konflikte um öffentliche Räume und deren Nutzung in deutschen Städten vor dem Hintergrund einer ökonomisch orientierten Stadtentwicklung verschärft (ebd.). Neben den bereits beschriebenen Auswirkungen von Kommerzialisierung, wird die Zunahme und Veränderung von Randgruppen in innerstädtischen Räumen als Hauptauslöser gesehen. Die Auswirkungen dieser Entwicklungen und die daraus resultierenden Konflikte werden in der wissenschaftlichen Literatur mit unterschiedlichen Schwerpunkten berücksichtigt, wie der Analyse und Kritik an neoliberaler Stadtentwicklung, ihren Fragmentierungs- und Segregationsprozessen sowie der Analyse von sozialen Ungleichheiten (u. a. Häußermann et al. 2008, Wood 2003, Werheim 2002, Ronneberger et al. 1999). Ebenso sind sie Bestandteil von juristischen, sozialwissenschaftlichen und kriminologischen Betrachtungen im Hinblick auf Verdrängungstechniken, Kontroll- und Sicherheitsvorschriften sowie Sicherheitspolitiken und der Abwägung mit Freiheit(-srechten), insbesondere unter Berücksichtigung der Verdrängung von Randgruppen (u. a. Leiterer 2007, Simon 2001, Rada 1998, Krasmann & de Marinis 1997) sowie im Focus einer sich aktuell konstituierenden kritischen Kriminalgeographie, deren Perspektive ebenfalls auf der Kritik an neoliberaler Stadtentwicklung basiert (Glasze et al. 2005).

Das staatliche Vorgehen gegen soziale Randgruppen (Obdachlose, Punks, Drogenabhängige etc.) in innerstädtischen Räumen wird, nach einer relativ toleranten Phase in den 1970er und frühen 1980er Jahren, seit Mitte der 80er Jahre zunehmend restriktiver. Mittels Sondernutzungssatzungen und Gefahrenabwehrverordnungen schaffen sich Kommunen die Grundlagen für Kontroll- und Vertreibungsinstrumente unerwünschter Personengruppen (Simon

2001, S. 8f.)¹⁵. Ein Teil der Ursachen hierfür ist in strukturellen Veränderungen dieser Gruppen zu sehen. Waren zuvor hauptsächlich Wohnungslose, Landstreicher und Bettler als soziale Randgruppe in den Innenstädten präsent, nimmt die Zahl von DrogenkonsumentInnen (zunächst überwiegend Heroinkonsumierende) seit den 1980ern in öffentlichen Räumen zu. Zusätzlich verschärfend wirkt sich seit Mitte der 1990er Jahre der sprunghafte Anstieg des Crack-Konsums aus, da den KonsumentInnen dieser Droge aufgrund ihres unruhigeren Verhaltens ein höheres Gefährdungspotential unterstellt wird und sie tagsüber und nachts in den Stadträumen sichtbar sind (Leiterer 2007, S. 97). Die städtische Innenpolitik reagiert i. d. R. zunächst mit einer Vielzahl von teilweise rechtlich sehr umstrittenen Verdrängungsstrategien, die sich nicht nur auf DrogenkonsumentInnen beschränken (ebd.; Simon 2001, S. 54ff.), z. B.: Platzverweise für DrogenkonsumentInnen, um diese am Konsum und Erwerb zu hindern, „Stören“ der Drogenszene und deren Vertreibung von einem Stadtteil in den nächsten durch die Polizei, Verbringungsgewahrsam für Obdachlose, um diese zumindest kurzzeitig aus der Stadt zu entfernen (was vereinzelt zu Todesfällen aufgrund des hilflosen Zustands der Obdachlosen geführt hat), Bettelverbote in Innenstädten, Verbot des Konsumierens von Alkohol auf öffentlichen Plätzen (was in mehreren Gerichtsentscheidungen für rechtlich unzulässig erklärt wurde, vgl. Simon 2001, S. 59).

Ende der 1990er Jahre hat sich die Sichtbarkeit von DrogenkonsumentInnen nicht zuletzt durch die Verdrängungsstrategien, sondern auch durch den Abbau bzw. die Auslagerung von Betreuungseinrichtungen in den innerstädtischen Räumen reduziert. Gleichzeitig nimmt die Zahl von Obdachlosen und sichtbar Armen (z. B. LeergutsammlerInnen und Menschen, die Mülleimer nach Verwertbarem durchsuchen) aufgrund des Trends finanzieller und sozialer Verarmung (Zunahme von Arbeitslosigkeit, Abbau sozialer Sicherungssysteme, Einsparungen im Bereich sozialer Hilfsinstitutionen etc.) zu. Der Trend zur Aufwertung von innerstädtischen (Geschäfts-)Bereichen, die sich zunehmend von der Konkurrenz durch Einkaufszentren bedroht sehen, setzt sich zeitgleich fort. Die verstärkte Konsumorientierung wird mit besonderen Anforderungen an Sauberkeit und Sicherheit verknüpft (zu deren PromoterInnen neben einer neoliberal orientierten Kommunalpolitik und dem Einzelhandel ebenso die kaufkräftigen KonsumentInnen gehören), wobei mehr oder weniger explizit diese beiden Forderungen im Sinne der Broken-Windows-Theorie als Begriffspaar angesehen werden (vgl. 3.2.2). Dies verschärft das Konfliktpotential über die Nutzungsrechte in öffentlichen Räumen, wobei die sozialräumliche Polarisierung, insbesondere eine schärfere Segregation

¹⁵ Etliche dieser Verordnungen werden allerdings in späteren Gerichtsverfahren für rechtswidrig erklärt. Ein Überblick findet sich u. a. in der Studie von Simon 2001, die sich mit Fragen des ordnungs- und polizeirechtlichen Umgangs mit diskriminierten Gruppen befasst.

Sicherheit und Ordnung in städtischen Räumen

und die Ausweitung von Verteilungskonflikten, dabei sowohl zum Gegenstand wie auch Legitimation von (neuen) Sicherheitsstrategien werden. Ausgeschlossen werden dabei jene Bevölkerungsgruppen, denen die finanziellen Möglichkeiten an der Teilnahme zum Konsum und an der Demonstration entsprechender Lebensstile fehlen (z. B. durch entsprechende Bekleidung):

„Und wer über die Ressourcen nicht verfügt, dem fehlt auch die Eintrittskarte in die Welt, die was kostet: um sich von jenen Anreizen treiben zu lassen oder mit jenen Lebensstilsymbolen agieren zu können. Sozialer Ausschluss manifestiert sich materiell und konfiguriert sich als räumliches Phänomen“ (Krasmann & de Marinis 1997, S. 164).

Die Grenzen von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit, deren Notwendigkeit und Funktion für öffentliche Räume sind dabei fließend. Der Begriff der „Sicherheit“ beschränkt sich im aktuellen Sicherheitsdiskurs nicht mehr auf die juristische Definition einer reinen Gefährdung von Eigentum und physischer/ psychischer Unversehrtheit, sondern umfasst häufig in einem erweiterten Sinn diffuse Störungen der Lebensqualität, wie z. B. die Anwesenheit von Obdachlosen, Punks und DrogenkonsumentInnen an öffentlichen Orten (u. a. Simom 2001), die als Störfaktoren von Ordnungs- und Sauberkeitsprinzipien angesehen werden. Viel zitiert in diesem Zusammenhang ist die Aussage des ehemaligen Berliner CDU-Vorsitzenden Landowsky, der sich einer rechten Sauberkeitsmetaphorik bedient: *„Es ist nun einmal so, dass dort, wo Müll ist, Ratten sind und dass dort, wo Verwahrlosung herrscht, Gesindel ist. Das muss in der Stadt beseitigt werden.“* (Der Spiegel, 24.1.1997, S. 48ff., zit. nach Leiterer 2007, S. 98).

Auch Anfang des 21. Jahrhunderts werden verschiedene potentielle Verunsicherungen von VertreterInnen verschärfter Ordnungspolitik in einen Zusammenhang gestellt, wie sich exemplarisch an der folgenden Aussage des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Bernhard Kaster, verdeutlichen lässt:

„Von zum Teil bedrückender Aktualität sind in diesem Zusammenhang auch Fragen der inneren Sicherheit. Alltagskriminalität in Form von Graffiti, ‚Tags‘ und Schmierereien haben in den vergangenen Jahren enorm zugenommen. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit im öffentlichen Raum sind jedoch gerade in den Großstädten Voraussetzungen dafür, dass sich städtisches Leben mit seinen vielfältigen kulturellen und sozialen Erscheinungsformen überhaupt frei entfalten kann. [...] Tendenzen der ethnischen und religiösen Gettoisierung und Bildung von Parallelgesellschaften in einzelnen Stadtvierteln drohen den sozialen und inneren Frieden in den Großstädten zu zerstören. Es gilt, mit der leider noch manchmal anzutreffenden Lebenslüge aufzuräumen, die multikulturelle Gesellschaft lasse sich mit kleineren Anpassungen und politischer korrekter Geschichtspolitik doch noch verwirklichen“ (Kaster 2006, S. 81).

Sicherheit und Ordnung in städtischen Räumen

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit werden hier als gleichwertige Rechtsgüter reklamiert und dabei Sachbeschädigungen (Graffiti etc.) zu einer Bedrohung der inneren Sicherheit umgedeutet.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Beschleunigung von Ordnungspolitiken liegt in der Privatisierung von öffentlicher Sicherheit. In privaten Räumen (z. B. Einkaufszentren) aber teilweise auch in öffentlichen Einrichtungen (Universitäten z. B. in Hamburg, Dienststellen der Agentur für Arbeit, öffentliche Parks z. B. „Planten un Blumen“ in Hamburg) ist die Präsenz privater Sicherheits- und Servicediensten mittlerweile alltäglich geworden. Sie dienen als Garant für Sicherheit, Sauberkeit und Schönheit in den jeweiligen Räumen und schaffen damit Qualitätsstandards, an der der öffentliche Raum zunehmend gemessen wird (vgl. Häußermann et al. 2008, S. 288). Diesem Vergleich kann der öffentliche Stadtraum in seiner Gesamtheit nicht standhalten, da dieser Aufwand dort weder aus ökonomischen Gründen betrieben werden kann, und teilweise aus rechtlichen Gründen auch nicht betrieben werden darf (ebd.). Dennoch gelten die Innenstädte als „Visitenkarte“ und „Aushängeschild“ für die standortorientierte Stadt (Beste 2000b, S. 345), was zu Bestrebungen führt, das Image und die Ästhetisierung von öffentlichen Räumen zu steigern. Dies geschieht teilweise mit finanzieller Unterstützung von Public Private Partnerships, z. B. bei der Neugestaltung der innerstädtischen Einkaufsstraße Jungfernstieg in Hamburg (http://www.lebendigestadt.de/de/projekte/projekt_jungfernstieg.htm) (vgl. auch 2.2). Dadurch werden die Privatisierungstendenzen von öffentlichen Räumen weiter gesteigert und in deren Folge steigen die Ansprüche an einen ordentlichen, aufgeräumten, ästhetischen und damit „störungsfreien“ öffentlichen Raum.

Im Zuge von Großevents kommt es immer wieder zu Forderungen (und deren Umsetzung), insbesondere innerstädtische Räume von sozial unerwünschten Personengruppen zu säubern, da diese das Image der Stadt beeinträchtigen könnten. Im Kontext der EXPO 2000 gibt es entsprechende Forderungen, Obdachlose, DrogenkonsumentInnen und Angehörige anderer Subkulturen aus besonders repräsentativen Innenstadtbereichen - ungeachtet der rechtlichen Problematik solcher Anliegen - zu vertreiben (vgl. Simon 2001, S. 23). Zu diesen stellt ein Rechtsgutachten im Auftrag des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen fest:

„Der normale Aufenthalt von Obdachlosen auf öffentlichen Flächen und die hiermit verbundenen üblichen Lebensformen erfüllen keinen Ordnungswidrigkeitstatbestand, auf den polizeiliche Maßnahmen der Gefahrenabwehr gegründet werden können. Solche Tatbestände können, vom Fall des

Sicherheit und Ordnung in städtischen Räumen

Nächtigen auf öffentlichen Plätzen und Wegen abgesehen, auch nicht durch Sondernutzungssatzungen geschaffen werden“ (Wolf 1999, S. 59).

Die Vertreibung von Obdachlosen stellt eine Grundrechtseinschränkung dar und ist somit verfassungswidrig (ebd., S. 60), ebenso wie Privatisierungen kommunaler Flächen, wenn diese *„die freie Bestimmung Obdachloser ihres gewöhnlichen Aufenthaltsortes in der Öffentlichkeit und Benutzung öffentlicher Flächen zum Zwecke der Änderung ihres gewöhnlichen Aufenthalts beeinträchtigen“*, was insbesondere für die Verpachtung öffentlicher Straßen, Plätze und Einkaufspassagen im Innenstadtbereich gilt (ebd., S.21).

Auf die von Kaster geforderte Beschränkung der freien Wahl des Wohnortes zur Verhinderung von „Parallelgesellschaften“ kann hier zwar nicht erschöpfend eingegangen werden, da dies vor allem den äußerst komplexen Migrationsdiskurs berührt (der wiederum mittlerweile diskursiv verknüpft ist mit islamistischem Terrorismus), soll allerdings auch nicht gänzlich unkommentiert bleiben. Die Forderungen zur Verhinderung der Gettoisierung gelten nur für die Bevölkerungsgruppen der Minderheitsgesellschaft, deren Bedrohlichkeit sich aus einer räumlichen Konzentration ergibt, was wiederum angeblich den sozialen Frieden in den Großstädten zerstören kann. Die ebenfalls erwähnten vielfältigen kulturellen und sozialen Erscheinungsformen des städtischen Lebens unterliegen in dieser Argumentation einer erheblichen kontrollpolitischen Beschränkung bzw. Ausgrenzung: Alles was zuviel, zu ungeordnet, zu anders ist, wird dabei fast automatisch zu einer diffusen Bedrohung eines begrifflich diffusen und begrenzten sozialen Friedens. Die Quantität des im Alltag erträglichen Bedrohungspotentials einzelner Lebensbereiche definiert die Mehrheitsgesellschaft. So werden einige Gefahren als „alltäglich“ hingenommen, wie z. B. im Straßenverkehr, andere hingegen gelten als nur begrenzt akzeptabel, wie die angesprochene Gefahr einer „Überfremdung“.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass gesellschaftliche und städtische Wandlungsprozesse seit den 1980er Jahren eine Politik der Ausgrenzung von sozialen Randgruppen befördert haben. Das *„Ziel der gegenwärtigen Kontrollpolitiken besteht darin, die Hierarchisierung und Fragmentierung des sozialen Raums territorial zu fixieren und segregierte Zonen abzusichern, die sich jeweils durch eine spezifische Homogenität auszeichnen sollen“* (Ronneberger 2000, S. 328). Für innerstädtische Konsumzonen und touristisch vermarktbar

öffentliche Räume birgt dieses Homogenitätsstreben¹⁶ die Gefahr der Exklusion von nicht kaufkräftigen Bevölkerungsschichten, die keineswegs nur über direkte Vertreibungspolitiken (z. B. Aufenthaltsverbote) geschehen, sondern auch durch baulich-gestalterische Maßnahmen, die die Aufenthaltsqualität in diesen Räumen definieren. Neben der ausführlichen Kritik an Vertreibungsstrategien finden sich in der wissenschaftlichen Literatur auch Gestaltungsvorschläge für öffentliche Räume. Ein wichtiges Kriterium ist hierbei die „Aneignungsgunst“ (Nohl 1996) von öffentlichen Räumen für die NutzerInnen, d. h. neben einem möglichst weitgehenden Verzicht auf Ver- und Gebote, sollten Räume derart gestaltet sein, dass *„sie die Stadtbewohner zu einer selbst bestimmten, aktiv-schöpferischen Auseinandersetzung mit den Dingen, anderen Menschen und auch mit sich selbst auffordern. Aneignungsgunst macht Freiflächen zu Lernfeldern für Sinnlichkeit und Kreativität, fördert den Erwerb sozialer, gesundheitlicher und umweltlicher Kompetenzen und schärft zugleich das Verantwortungsbewusstsein der Bewohner für ihre Alltagsräume“* (Nohl 1996, S. 41 zitiert nach Haubold 1997, S. 35).

Ein weiterer Aspekt liegt in der Heterogenität von öffentlichen Räumen, die sich nach Jacobs (1993, S. 27, Original 1961) positiv auf die wahrgenommene Sicherheit auswirkt. Eine ständige Benutzung von Straßen durch verschiedene NutzerInnen bewirkt demnach Sicherheit auf der Strasse, was wiederum die wichtigste Voraussetzung dafür ist, dass sich Menschen in der Großstadt wohl fühlen können. Die Lebendigkeit von Straßen, worunter eine lebendige Funktionsmischung von Geschäften und Wohnraum und die Nutzbarkeit von öffentlichen Räumen als Orte der Kommunikation verstanden wird, ermöglicht eine soziale Kontrolle im positiven Sinn und kann als soziales Lernfeld (auch für Kinder und Heranwachsende) dienen, die durch die permanente Konfrontation mit anderen ein Verständnis über die Vielschichtigkeit des städtischen Lebens erlangen und dabei soziale Eigenschaften wie Toleranz erlernen können¹⁷. Das derzeitige Verständnis des Zusammenhangs von einerseits Sauberkeits- und Ordnungsbestrebungen und andererseits den Bedingungen urbaner Le-

¹⁶ Die Homogenisierungsthese, wie Ronneberger sie hier vertritt, ist für die Betrachtung von Festivalisierungseffekten (Häußermann & Siebel 1993) im Kontext von Großevents geeignet. Festivalisierungen, insbesondere im Falle von hoch standardisierten internationalen Mega-Events, sind Teil von Vereinheitlichungsstrategien.

¹⁷ Problematisch an Jacobs' Ansatz ist allerdings die Verwendung einer "präjudizierenden Terminologie" (Zinganel 2003, S. 141), die Fremde oder Nichtzugehörige als potentielle Täter einordnet und die aus heutiger Sicht überholte Zementierung von geschlechtsspezifischen Rollenbildern der 1960er, indem die von ansässigen Geschäftsleuten überwachten Konsumangebote, insbesondere für die für Versorgungsleistung zuständigen Frauen, angstfreie Räume schaffen sollen (ebd.).

bendigkeit ist extrem widersprüchlich: auf der einen Seite Homogenität, hohe Funktionalität, Normierungen, Reibungslosigkeit - auf der anderen Heterogenität, Aneignungsgunst, Offenheit, gewollte soziale und kommunikative Konfrontation. Überspitzt zusammengefasst: Die These „Ordnung schafft soziale und individuelle Sicherheit und damit Urbanität“ steht der These „Unordnung schafft soziale Integration und damit Urbanität“ gegenüber¹⁸.

3.2.1 Die Renaissance der Angst als Argument der Stadtpolitik

Neben den bereits erwähnten ökonomischen Argumentationen, die sich auf Standortpolitiken oder die Interessen von Gewerbetreibenden beziehen, werden verschärfte Kontroll- und Sicherheitspolitiken mit der Lebensqualität und den Sicherheitsbedürfnissen von BürgerInnen begründet.

„Generell kann man in Deutschland von einer Renaissance der öffentlichen Ordnung sprechen. Aussagen wie ‚Man muss die Ängste der Bürger ernst nehmen‘ signalisieren, dass nicht mehr konkrete Straftaten, sondern subjektive Befindlichkeiten zum Gegenstand politischer Interventionen werden“ (Ronneberger 2000, S. 324).

„Die urbane Sicherheitspolitik wird ganz wesentlich von einem Phänomen dominiert, das als ‚subjektives Sicherheitsgefühl‘ oder ‚Kriminalitätsangst‘ umschrieben wird“ (Beste 2000a, S. 31).

Dies ist auch vor dem Hintergrund einer fehlenden statistischen Beziehung zwischen der Kriminalitätsrate und der öffentlichen Kriminalitätsfurcht zu sehen (Beckett 1997 in Dinges & Sack 2000, S. 49, Beste 2000a, S. 31), wohingegen sich eine hochsignifikante Beziehung zwischen restriktiven ordnungspolitischen Programmen und den dadurch ausgelösten Befürchtungen der Öffentlichkeit nachweisen lässt (Beste 2000a, S. 31). Mit Kriminalitätsfurcht ist im Alltagsverständnis meist die Befürchtung gemeint, das Opfer einer Straftat zu werden¹⁹. Diese kann durch eine Vielzahl von Faktoren ausgelöst bzw. begünstigt werden. Dazu

¹⁸ Wobei im Kontext dieser Arbeit nicht weiter auf diese Thesen eingegangen werden kann.

¹⁹ Der Begriff Kriminalitätsfurcht wird allerdings in den meisten Untersuchungen und Abhandlungen nicht definiert und ist daher nicht trennscharf, da sich verschiedene Einstellungen darunter fassen lassen: „*Hinsichtlich der Komponenten und Korrelate der personalen Kriminalitätseinstellungen kann als vorläufig gesichert angesehen werden, dass die gelegentlich als ‚allgemeine Kriminalitätsfurcht‘ bezeichnete emotionale Komponente deutlich stärker ausgeprägt ist als die Befürchtung, persönlich Opfer einer Straftat zu werden. Die allgemeine Kriminalitätsfurcht weist offenbar eher auf eine allgemeine Verunsicherung oder auf eine gesellschaftsbezogene Beunruhigung hin als auf konkrete persönliche Besorgnis*“ (Heinz & Spiess 2001, S. 189).

zählen die indirekte Viktimisierung durch die Kommunikation mit Opfern von Straftaten im Familien-, Freundes- oder Bekanntenkreis, allgemeine Lebensängste hervorgerufen durch den Verlust sozialer Bindungen oder einem wahrgenommen Verfall von Gemeinwesen (Individualisierung, Sichtbarkeit von Armut etc.) und das Gefühl der Vulnerabilität, also die Einschätzung, bei einem potentiellen Angriff hilflos und verwundbar zu sein. Letztere zeigt sich auch deutlich in dem Kriminalitäts-Furcht-Paradox, dass Frauen und ältere Menschen die höchste Kriminalitätsfurcht aufweisen, obwohl sie - laut Statistik - am seltensten Opfer krimineller Handlungen in öffentlichen Räumen werden²⁰ (Boers 1991, S. 45ff.).

Der Medienberichterstattung wird ebenfalls ein erheblicher Einfluss auf die öffentliche Diskussion (Agenda-Setting) um Kriminalität attestiert. So ist der Anteil der Berichterstattung über Gewalttatskriminalität in den Medien erheblich höher als der Anteil dieser Kriminalitätsform in der Kriminalstatistik²¹ (dieser liegt bei ca. 2%). Ein weiterer medialer Einfluss kann in Form einer indirekten Viktimisierung gesehen werden, insbesondere dann, wenn die dargestellten Opfer Ähnlichkeiten mit der Lebenswelt der LeserInnen bzw. ZuschauerInnen aufweisen (Boers 1991, S. 139ff.).

Singelstein und Stolle (2008) sehen die Ursachen von Kriminalitätsfurcht und der Entstehung einer „neuen Risiko- und Versicherungsmentalität“ in einer „permanente Verunsicherung“, verursacht durch gesellschaftliche Transformationsprozesse bei gleichzeitig steigenden Schutzansprüchen gegen Lebensrisiken (z. B. Heilung oder Prävention von Krankheiten

²⁰ Gelegentlich wird darauf verwiesen, dass Frauen sehr viel stärker innerhalb ihres familiären oder sozialen Umfeldes gefährdet seien als im öffentlichen Raum. M.E. ist hier kein Widerspruch zu einer hohen Kriminalitätsfurcht zu sehen, da davon auszugehen ist, dass Gewalterfahrungen im privaten Umfeld eher als Verstärkungseffekte für Unsicherheitsgefühle (auch im öffentlichen Raum) wirken. Auch sollte der Einfluss von geschlechtsspezifischer Erziehung von Mädchen in Bezug auf Verhaltensweisen im öffentlichen Raum für spätere Kriminalitätsfurcht nicht unterschätzt werden. Darüber hinaus können auch andere wahrgenommene bzw. erfahrene Bedrohungen (z. B. sexuelle Diskriminierungen) zu einer Verstärkung der Kriminalitätsfurcht führen.

²¹ Die Aussagekraft der PKS (Polizeilichen Kriminalitätsstatistik) ist dabei begrenzt: Sie erfasst Taten, die zur Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens führen. Zeitpunkt der Erfassung ist der Abschluss des *polizeilichen* Ermittlungsverfahrens. Dadurch müssen das Tatjahr und die Erfassung in der PKS nicht zwangsläufig übereinstimmen. Ca. 95% der erfassten Fälle gehen auf Anzeigen von BürgerInnen zurück, d. h. das Anzeigeverhalten der Bevölkerung beeinflusst die Kriminalstatistik. Auch die Einstufung des Deliktes seitens der Polizei (und damit Grundlage für die PKS) kann im weiteren Verfahren von der Justiz geringer oder auch gänzlich anders beurteilt werden (vgl. Lehne 2003, S. 113ff.)

durch medizinisch-technischen Fortschritt) und medial ausgelösten Fehleinschätzungen über die Häufigkeit und Entwicklung von Gewaltkriminalität (ebd., S. 37ff.).

Ängste und Befürchtungen haben einen Einfluss auf die Lebensqualität und drücken sich auch in realen Verhaltensweisen aus, wie z. B. das Meiden von bestimmten Orten oder zu bestimmten Zeiten. Auch wenn es sich, wie Ronneberger kritisch anmerkt (s. o.), um subjektive Befindlichkeiten handelt, denen keine „rationalen“ Einschätzungen zugrunde liegen (denn die Gefahr, in einer deutschen Großstadt Opfer einer schweren Gewalttat durch unbekannte Täter zu werden, ist äußerst gering), bleibt der Handlungsdruck auf die Politik real, denn auch die Lebensqualität der BürgerInnen fällt in den politischen Verantwortungsbereich (abgesehen davon, dass sie Wahlentscheidungen beeinflusst). Allerdings ist strittig, ob die als Argument ins Feld geführte Kriminalitätsfurcht überhaupt (oder in dem Maße) gestiegen ist, wie es die Zunahme von Ordnungs- und Sicherheitsmaßnahmen annehmen lässt oder ob es sich nicht eher um eine Bekämpfung von Irritationen im Alltag durch Phänomene wie Lärm, Schmutz oder Belästigungen mit rigiden Mitteln handelt, die - neben den bereits erwähnten ökonomischen Interessen an einem „sauberen“ Stadtbild - auch vor dem Hintergrund einer durch Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und dem Verlust von sozialen Sicherungssystemen zunehmend entsolidarisierten Gesellschaft stattfindet (Beste 2000a, S. 32), was zu einer „revanchistischen“ Politik der Mittelschicht (vgl. Smith 1996, S. 45ff.) führt. Diese zeichnet sich aus durch eine *„Wiedereroberung des öffentlichen Raums und Durchsetzung bestimmter Normalitätsstandards, für die auch Grundrechtseinschränkungen für bestimmte Personengruppen bewusst in Kauf genommen werden“* (Ronneberger 2000, S. 329).

Damit im Zusammenhang steht eine neoliberale Politik, die nicht mehr von Reintegrationsbemühungen gesellschaftlich randständiger Bevölkerungsschichten geprägt ist, sondern stattdessen auf die Durchsetzung hegemonialer moralischer Ordnungen abzielt und bestrebt ist, verschiedene soziale Milieus räumlich zu segregieren²² (ebd., S. 328). Die Durchsetzung geschieht mittels Kontrollpolitiken, die in entsprechenden Verschärfungen und Erweiterungen

²² *„Durch die Errichtung einer neuen ‚moralischen Ordnung‘ soll nicht nur der Kern der Gesellschaft konsensual zusammengehalten, sondern auch der wachsende Abstand zwischen den verschiedenen Klassen und sozialen Milieus legitimiert und durchgesetzt werden. Ein übergeordnetes Ziel der gegenwärtigen Kontrollpolitiken besteht darin, die Hierarchisierung und Fragmentierung des sozialen Raums territorial zu fixieren und segregierte Zonen abzusichern, die sich jeweils durch eine spezifische soziale Homogenität auszeichnen sollen“* (Ronneberger 2000, S. 328).

kommunaler Kontroll- und Sicherheitspolitiken seit Mitte der 1990er Jahre ihren Ausdruck finden (Simon 2001, S. 9). Darüber hinaus trägt die stark ideologisierte Debatte um „Kriminalprävention“ und Lebensqualität zur Legitimation der genannten Maßnahmen bei, die derzeit zu einer nicht geringen Akzeptanz von Ordnungs- und Sicherheitsmaßnahmen führt. *„Das Resultat ist ein Konzept von öffentlicher Sicherheit, das letztendlich auf eine Intensivierung der sozialen Kontrolle abzielt. Alltagspraktisch werden sozialpolitische, sozialarbeiterische, stadtplanerische, ordnungspolitische, polizei- und strafrechtliche Maßnahmen miteinander vermengt“* (ebd.). Welches Potential die Anwendung konsequenter Verdrängungspolitiken dabei für die betroffenen Bevölkerungsgruppen hat, verdeutlichen Krasmann & de Marinis in ihrer Untersuchung zu Vertreibungspraktiken im Hamburger Stadtteil St. Georg: *„In den heute angewandten Praktiken der Ausschließung liegt aber die Möglichkeit der Vernichtung der betreffenden Populationen; denn sie zielen nicht auf Reintegration, sondern auf das Wegwischen, das Ausradieren und Unsichtbarmachen eines nicht zu lösenden 'Problems'“* (dies. 1997, S. 178).

Terrorismus bzw. die Furcht vor terroristischen Anschlägen ist nach dem 11. September 2001 als weiteres Argument für verschärfte Überwachungsmaßnahmen hinzugekommen. Die geforderten Maßnahmen zielen allerdings nicht primär auf Vertreibung oder Ausgrenzung, sondern stärker auf die Durchsetzung von Überwachungstechniken, die im Rahmen von generalpräventiven Ansätzen, wie Datensammlungen, Videoüberwachungen, biometrische Daten in Personaldokumenten u. ä. sowie die Einschränkungen von Grundrechten durch neue Gesetzgebungen umgesetzt werden (sollen). Die zuvor beschriebenen Entwicklungen führen zu einer veränderten Funktion des Staates.

„An die Stelle des Versprechens sozialer Inklusion tritt das Versprechen individueller Sicherheit. Damit nimmt die Bedeutung eines schützenden bürgerlichen Obrigkeitsstaates gegenüber dem fürsorgenden Sozialstaat wieder zu. Die soziale Verunsicherung stärkt so das Bedürfnis nach egoistischem, ausschließendem Schutz vor Abweichung“ (Singelstein & Stolle 2008, S. 41).

3.2.2 Die Broken-Windows-Theorie als Grundideologie für städtische Ordnungspolitiken

Eine Vielzahl von kommunalen Kontrollpolitiken und deren Legitimationen (vgl. die Zitate von Landowsky und Kaster im vorherigen Abschnitt) lassen sich auf die argumentative Verknüpfung von Ordnung und Sicherheit der „Broken-Windows-Theorie“ (Wilson & Kelling 1982) zurückführen, so dass hier eine ausführliche Darstellung des Ansatzes sowie dessen Kritisierung erforderlich ist. Die epistemologische Broken-Windows-Theorie verbindet kausal Un-

ordnung (physical / social disorder) mit Kriminalität und definiert die Unordnung als wesentliche Quelle für Kriminalitätsfurcht. Um also die Entstehung von kriminellen Handlungen und dem daraus resultierenden Niedergang von Stadtvierteln zu verhindern, müssen Erscheinungen der Unordnung (wie die zerbrochene Fensterscheibe aber auch die Anwesenheit von Obdachlosen, psychisch Auffälligen etc.) umgehend aus dem Stadtbild beseitigt werden, da diese - so die These - von Kriminellen als mangelnde soziale Kontrolle interpretiert wird. Dieser wahrgenommene Mangel an Ordnung und Kontrolle lässt den Ort für Kriminelle nach einer rationalen Kosten-Nutzen-Abwägung als günstigen Ort zur Durchführung von Verbrechen erscheinen. Kriminalität wird von Wilson und Kelling weitgehend als Ergebnis einer freien und bewussten Willensentscheidung definiert, die nach rationalen Abwägungen getroffen wird. Infolgedessen ist eine Kriminalitätsbekämpfung erfolgreich, wenn sie die Möglichkeiten zur Verübung der kriminellen Handlung erschwert und die Entdeckungswahrscheinlichkeit (auch durch wahrgenommene soziale Kontrolle) erhöht. Ideologisch wird diese Theorie dem „*Neuen Realismus*“ zugeordnet (Hess 2000, S. 386), der den Anspruch an eine wert- und vorurteilsfreie Betrachtung kriminalpolitischer Maßnahmen nach Effizienzgesichtspunkten und damit einen ökonomischen Ansatz in der Kriminalprävention vertritt. Unordnung wird in der Broken-Windows-Theorie sowohl als physische Unordnung, wie z. B. verlassene und verwahrloste Gebäude, angehäufter Abfall, zerschlagene Fensterscheiben, Graffiti und Müll, wie auch als soziale Unordnung verstanden, die sich auf die Anwesenheit von bestimmten Personengruppen bezieht. *„Es müssen nicht unbedingt gewalttätige oder kriminelle Personen sein, sondern solche mit schlechtem Ruf, lärmender Aufdringlich- oder Unberechenbarkeit: Bettler, Betrunkene, Süchtige, randalierende Jugendliche, Prostituierte, Herumhängende und psychisch Kranke.“* (Wilson & Kelling 1996, S. 122, Original von 1982).

Der Verfall eines Stadtviertels vollzieht sich laut Wilson und Kelling in sechs Stufen:

1. Durch sichtbare Anzeichen von physischer und / oder sozialer Unordnung, wie Verwahrlosung bzw. physischer Verfall der Umgebung bildet sich eine
2. steigende Furcht der BürgerInnen vor Kriminalität (insbesondere Gewaltkriminalität) und
3. ein vermehrtes Auftreten fremder und ungebetener Personen mit unerwünschtem Verhalten.
4. Daher ziehen sich BürgerInnen aus Angst zurück (Vermeidungsverhalten), wodurch sich die soziale informelle Kontrolle verringert.
5. Dies schafft erleichterte Bedingungen für Straftaten und
6. es kommt zu einem Anstieg der Kriminalität und dem Wegzug der „anständigen“ (und solventen) Bevölkerung.

Sicherheit und Ordnung in städtischen Räumen

Dieser Ansatz legitimiert politisches Handeln, indem er zunächst verlockende kausale Erklärungen für Kriminalitätsfurcht und -entstehung offeriert und daraus Maßnahmen ableitet, die vergleichsweise einfach und kostengünstig umsetzbar sind und - im Hinblick auf soziale Unordnungen - Personengruppen betreffen, die zumeist geringe Möglichkeiten haben, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Die Kritikpunkte an der Broken-Windows-Theorie sind vielfältig. Sie beziehen sich vor allem auf deren Herleitung aus einem sozialpsychologischen Experiment, auf mangelnde empirische Überprüfbarkeit, einem zu eingegengten Blickfeld hinsichtlich der Entstehung von Kriminalität sowie auf moralische und (grund-)rechtliche Argumentationen und auf mangelnde Ergebnisse und unerwünschten Nebenwirkungen von daraus abgeleiteter Politiken, wie der „Zero Tolerance Strategie“.

Die Kritik hinsichtlich der Fundierung der Broken-Windows-Theorie bezieht sich auf die Interpretation von experimentellen Ergebnissen durch Wilson und Kelling. Die Broken-Windows-Theorie wird von ihren Autoren aus einem sozialpsychologischen Experiment von Zimbardo abgeleitet, der 1969 zwei Autos mit abgeschraubten Nummernschildern und geöffneten Motorhauben in zwei sehr unterschiedlichen Stadträumen abstellte, eines in der Bronx, New York und eines in Palo Alto, einer Kleinstadt in Kalifornien. Während in der Bronx das Auto am helllichten Tag zunächst ausgeplündert und dann zerstört wurde, kam es in Palo Alto zu keinerlei Beschädigungen. Wilson und Kelling schlussfolgern, dass in der Bronx aufgrund mangelnder sozialer Kontrolle die TäterInnen keinerlei Sanktionen befürchteten, während in Palo Alto eine funktionierende soziale Kontrolle dies verhinderte. Das Fahrzeug in der Bronx wurde dabei keineswegs von sozialen Randgruppen beschädigt:

„In a matter of days, we recorded twenty-three separate destructive incidents on that hapless Oldsmobile in the Bronx. The vandals turned out to be just ordinary citizens. They were all white, well-dressed adults who, under other circumstances, might demand more police protection and less coddling of criminals and would “very definitely agree” with the opinion poll item about the necessity for more law and order” (Zimbardo 2007, S. 24f.²³).

Als Begründung, physische Unordnung (hier das abgestellte und besitzerlose Auto) würde Kriminelle anziehen, taugen die Ergebnisse also nicht, da es sich bei den TäterInnen um einen anderen Personenkreis handelt, der nicht zu den sozialen Randgruppen zählt. Allerdings zeigt das Experiment, dass kriminelle Handlungen (ob die TäterInnen in diesem Expe-

²³ In dem 2007 erschienen Buch „The Lucifer Effect“ geht Zimbardo auch auf die Broken-Windows-Theorie und die Verwendung seiner Forschungsergebnisse durch Wilson und Kelling ein.

Sicherheit und Ordnung in städtischen Räumen

riment ihre Handlungen als kriminell definieren würden, bleibt ungewiss) durch bestimmte Umweltbedingungen erleichtert werden, was jedoch ein durchaus bekanntes Phänomen ist. Zimbardo betont in diesem Zusammenhang den seiner Ansicht nach sehr viel stärkeren Einfluss von Anonymität (z. B. Menschenmassen in denen sich durch soziale Verantwortungsdiffusion der informelle Kontrolleffekt verringert oder die Unsichtbarkeit von Handlungen bei Dunkelheit) und bewertet die physische Unordnung als untergeordneten Auslöser, was sich anhand der Nichtzerstörung des Wagens in Palo Alto zeige (ebd.).

Die moralische und juristische Kritik ist verankert an der Definition der sozialen Unordnung und verweist auf verfassungsmäßige Rechte von sozialen Randgruppen, der Gleichsetzung von psychisch Kranken mit randalierenden Jugendlichen und der fragwürdigen Gleichsetzung von physischer und sozialer Unordnung sowie der rein ökonomischen Betrachtungsweise von Kriminalität bzw. Kriminalitätsfurcht. Die Tatsache, dass nicht Handlungen die Grundlage von Sanktionen (wie Platzverweise u. ä.) bilden, sondern die augenscheinliche Zugehörigkeit zu einer der genannten Gruppen oder dem Aufenthalt an bestimmten Orten ist im Hinblick auf Grund- und Menschenrechte nicht legitimierbar (Beste 2000a, Simon 2001, Wolf 1999).

Auch die einseitige Betrachtung des Phänomens Kriminalität ist Gegenstand der wissenschaftlichen Kritik. Durch die Reduzierung krimineller Handlungen als das Ergebnis von Kosten-Nutzen-Abwägungen und das Ausblenden anderer Faktoren, wie gesellschaftliche und soziale Rahmenbedingungen (Armut, (Jugend-)Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit, familiäre Sozialisationsdefizite etc.) ignoriert die Broken-Windows-Theorie gänzlich die Entstehungsursachen von Kriminalität. Infolgedessen setzen die Gegenmaßnahmen im Kontext der Theorie lediglich bei den Symptomen an, nicht jedoch bei den Ursachen (Laue 2002, S. 347ff.). Die Idee, durch eine konsequente und strikte Bekämpfung von Symptomen bereits auf einer niedrig schweligen Ebene der Ordnungswidrigkeiten zu einer Verhinderung von Straftaten zu gelangen, unterstellt sowohl eine Entwicklungsdynamik von Kriminalität als auch einen Rückkoppelungseffekt von Ordnungswidrigkeiten auf Straftaten, was beides empirisch nicht belegt ist und auch schwerlich möglich ist, da sich u. a. Unordnung kaum präzise quantifizieren lässt (ebd., S. 401ff.). Die konsequente Sanktionierung von Ordnungswidrigkeiten erfordert in ihrer praktischen Umsetzung einen erheblichen Aufwand und Personalbedarf. Der Kriminologe Kühne verweist in seiner Kritik daraufhin, dass es notwendig sei, Verfahren (u. a. wegen Geringfügigkeit) einzustellen, um Gerichte und Staatsanwaltschaften überhaupt handlungsfähig zu halten. Derzeit würden 80% aller Verfahren in Deutschland von Staatsanwaltschaften eingestellt (Kühne 2002, S. 6). Auch widerspräche eine zu strikte Verfolgung von Bagatelldelikten dem Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßig-

keit (ebd.). Der innerhalb der Broken-Windows-Theorie verwendete rein rationale Erklärungsansatz von Kriminalität ist ebenfalls höchst umstritten, vor allem im Falle von Affekttaten unter hoher emotionaler Belastung bzw. strafbaren Handlungen unter Alkoholeinfluss, wie sie auch im Kontext von Großveranstaltungen regelmäßig vorkommen.

In den 1990er Jahren ist die Broken-Windows-Theorie in New York durch die „Zero-Tolerance-Politik“ umgesetzt worden, was bedeutet, dass „Unordnungen“ im Sinne der Broken-Window-Theorie auf niedrigschwelliger Ebene konsequent geahndet und sanktioniert werden. Die AnhängerInnen dieser Ansätze verbuchen die in der Folgezeit rückläufige Kriminalitätsraten in New York als Erfolg der (bürgerrechtlich stark umstrittenen) Zero-Tolerance-Politik, deren KritikerInnen verweisen dagegen auf einen allgemeinen rückläufigen Trend der Kriminalität in den USA, eben auch in US-amerikanischen Städten, deren Politik sich nicht an den Ansätzen der Broken-Windows-Theorie orientiert. Sie betonen stattdessen demographische Entwicklungen, Veränderungen auf dem Drogenmarkt wie der Rückgang des Crack-Konsums und die „Etablierung“ bzw. Stabilisierung des Crack-Marktes mit der Abnahme von Machtkämpfen innerhalb der Drogenszene (Laue 2002, S. 368f.).

Trotz der Kritiken und mangelnden empirischen Nachweise, ist die Umsetzung von Broken-Windows-Theorie inspirierten Maßnahmen auch in Deutschland von kommunalen PolitikerInnen gefordert bzw. in Teilen umgesetzt worden. In dem von der Landeshauptstadt Düsseldorf in Auftrag gegebenen Gutachten zu empirisch gesicherten Erkenntnissen über kriminalpräventive Wirkungen wird Vorschlägen, ein Zero-Tolerance-Modell in Anlehnung an die New Yorker Strategie auf deutsche Großstädte zu übertragen, unter Hinweis auf die sehr viel geringere Kriminalitätsrate deutscher Städte eine deutliche Absage erteilt: „[...] *die Übertragung des New Yorker Modells auf eine deutsche Stadt ähnelt dem Versuch, eine 60 Grad heiße Badewanne abzukühlen, indem man 70 Grad heißes Wasser dazuschüttet*“ (Laue 2002, S. 379).

3.2.3 Sichere Stadtgestaltung?

Kriminalpräventive Siedlungsgestaltung (*defensible space*²⁴) zielt in Anlehnung an die Broken-Windows-Theorie darauf ab, durch bestimmte bauliche Maßnahmen Kriminalität bzw.

²⁴ Defensible Space ist ein architektonisches Konzept, welches dem Raum selbst verteidigende Eigenschaften zuschreibt und sich ideologisch an der Broken-Windows-Theorie und dem kriminologischen Ansatz „Crime prevention through environmental design“ von Jeffrey (1971) anlehnt. Es gilt den Raum gegen unerwünschte Eindringlinge zu verteidigen, Fremde unter Beobachtung zu halten

Sicherheit und Ordnung in städtischen Räumen

Kriminalitätsfurcht zu reduzieren. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich menschliches Verhalten durch Gestaltungsmerkmale positiv beeinflussen lässt und gleichzeitig kriminelle Handlungen erschwert werden können, z. B. durch die Erhöhung der Entdeckungswahrscheinlichkeit und Verdrängung des gefährlichen Potentials.

„Die Kriminalitätsrisiken in der physischen Umwelt können vor allem auf folgende Faktoren zurückgeführt werden:

- Unzureichende Belichtung bzw. Beleuchtung
- unübersichtliche Nischen im öffentlichen Raum, z. B. in Folge verwaarloster Areale und dichter Gebüsche
- Ecken mit illegaler Abfallentsorgung
- Isolierte Parkplätze
- Stationen des öffentlichen Nahverkehrs ohne Anbindung an den Siedlungsbereich und
- Störungen bei der Nutzung von Plätzen durch auffällige Personen (-gruppen)“

(Schubert 2005, S. 21).

Zunächst fällt bei dieser Aufzählung auf, dass sie eine Aufstellung von Kriminalitätsrisiken darstellen soll, sich also nicht nur auf subjektive Sicherheit bezieht, sondern auf konkrete kriminelle Handlungen. Der Raum wird somit zum eigenständigen Risikofaktor konstruiert, während TäterInnen und damit auch soziale Faktoren für die Entstehung kriminellen Handelns in den Hintergrund treten. Einige der angeführten Merkmale von Unordnung und ihrer vermeintlichen Wirkung sind bereits im obigen Abschnitt zur Broken-Windows-Theorie ausführlich diskutiert worden. Bisher noch nicht betrachtet wurden die Argumente Beleuchtung, isolierte Parkplätze und entfernt gelegenen Stationen des öffentlichen Nahverkehrs. Abgesehen davon, dass es sich bei letzteren auch aus Gründen der Nutzbarkeit um Planungsfehler bzw. -schwächen handeln dürfte, mangelt es an empirischen Belegen, insbesondere in Form von Evaluationsstudien, die den Zusammenhang von baulichen Maßnahmen und einer Verringerung von Kriminalitätsfurcht oder gar Kriminalität hinreichend erklären könnten. *„In den wenigen Fällen, in denen eine Überprüfung vorgenommen wurde, deutet sich an, dass die Wirkungen von Maßnahmen und Maßnahmenkatalogen die Ebene der Sensibilisierung für die Problematik scheinbar kaum überschreiten und eine tatsächliche Lösung nicht erreicht werden konnte“* (Ruhne 2003a, S. 43).

Ein Hauptanliegen der kriminalpräventiven Gestaltung liegt in der Erhöhung der sozialen Kontrolle durch die AnwohnerInnen. Dafür sollen Stadträume lebendig gestaltet sein, d. h.

(da diese eine potentielle Gefahr darstellen) und territoriale Ansprüche mittels Raumgestaltung sichtbar zu machen (Newman 1972).

durch Funktionsmischung soll die Anwesenheit von AnwohnerInnen auf den Straßen kriminalitätsreduzierend wirken. Darüber hinaus sollen durch bauliche Maßnahmen die Einsehbarkeit von Straßen und öffentlichen Plätzen gesteigert werden (z. B. Erker, Ausrichtung von Fenstern) und so Tatgelegenheiten reduziert werden (u. a. Flade et al. 1995, S. 29). Generell werden Einfamilien- und Mehrfamilienhäuser von überschaubarer Größe bis max. 15 Wohneinheiten gegenüber Wohnblocks und Hochhäusern bevorzugt (Schubert 2005, S. 19), was für eine innerstädtische Bebauung als Gesamtkonzept nicht tragfähig ist und für suburbane Räume aus Nachhaltigkeitsaspekten (Flächenversiegelung, Länge von Verkehrswegen etc.) kein zukunftsfähiges Modell darstellt. Als Belege für die vermeintliche Unsicherheit von Wohnblocks werden Extrembeispiele von Hochhaussiedlungen mit erheblichen sozialen Degenerationerscheinungen herangezogen, zumeist aus US-amerikanischen Städten (u. a. Schubert 2005), da sich solche Gettoisierungserscheinungen in deutschen Städten kaum finden lassen. Wird soziale Kontrolle im Rahmen von kriminalpräventiven Ansätzen direkt gefordert und gefördert, so führt dies leicht zur Bildung von sozialen Normierungen und deren Durchsetzung, die mit moralischen Standardisierungen einhergehen und zu einer Homogenisierung des Wohnumfeldes führen können und damit *„zum Ausschluss derjenigen führen, die mit den moralischen Vorstellungen der Gemeinschaft nicht konform gehen“* (Bösebeck 2002, S. 125). Aus Sicht einer feministischen Stadtplanung ist die Steigerung sozialer Kontrolle zur Erhöhung der Sicherheit bzw. des Sicherheitsempfindens ambivalent: *„Denn vor dem Hintergrund bestehender Geschlechter- und Raumverhältnisse ist davon auszugehen, dass eine Intensivierung der sozialen Kontrolle im öffentlichen Außenraum stets (auch) mit einer verstärkten Kontrolle von Frauen verbunden ist“* (Ruhne 2003a, S. 201).

„Fremde“ gelten als mögliche Bedrohung in Wohnquartieren, sie sollen durch bauliche Maßnahmen (wie Zonierungen) nicht nur eindeutig auf die Grenzen von öffentlichen, halböffentlichen und privaten Räumen hingewiesen werden, sondern am besten durch Gestaltung von Zugängen als Einlassschleusen und Sackgassenbebauung von der Begehung abgehalten werden (Schnittger & Schubert 2005). Dabei werden architektonische Maßnahmen eingesetzt, die das Gefühl des unberechtigten Eindringens in Privaträume vermitteln. Auch innerstädtische Räume sollen in ihrer Zugänglichkeit für unerwünschte Gruppen exkludierend gestaltet werden: *„Unerwünschte Submilieus werden mittels verschiedener Techniken vertrieben. Dabei handelt es sich um architektonische Konzepte, die den Aufenthalt für „die falschen Gruppen“ unwirtlich erscheinen lassen, als auch um klassische ordnungspolitische Instrumente“* (Simon 2001, S. 8). Die Maßnahmen sind vielfältig und reichen von Umzäunungen und nächtlichen Schließungen von Parkanlagen bis hin zur Umgestaltung von Sitz-

Sicherheit und Ordnung in städtischen Räumen

möglichkeiten in öffentlichen Räumen, so dass nur kurzzeitiges Sitzen, nicht aber längerer Aufenthalt oder Liegen möglich ist.

Die Forderungen nach raumwirksamen kriminalpräventiven Maßnahmen setzen im Wesentlichen auf die Durchsetzung von Verhaltensnormierungen (Ausgrenzung von „Fremden“, Verdrängung von Submilieus) durch permanente soziale Kontrolle mittels Schaffung einer permanenten Sichtbarkeit (nicht verwunderlich, dass in diesen Ansätzen in besonders „konfliktreichen“ Orten auch Videoüberwachungen als geeignete Maßnahmen empfohlen werden vgl. Schnittger & Schubert 2005, S. 47). Solche präventiven Ansätze sind Ausdruck einer gesellschaftlichen Entwicklung, die den „*Übergang von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft, von der innen- zur außengeleiteten Kontrolle, von der Kontrolle in den Köpfen zur Kontrolle im sozialen Raum*“ markiert (Beste 2000a, S. 432²⁵).

(Raum-)Konzepte zur Reduzierung von Tatgelegenheiten zielen auf eine Gefahrenminimierung. Die tatsächliche Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden ist, wie bereits dargelegt, äußerst gering. Der empfundenen Unsicherheit (analog verwendet werden auch die Begriffe Unsicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht), die ins Zentrum von städtischen Sicherheitspolitiken gerückt ist, lässt sich allerdings mit solchen Konzepten nicht wirkungsvoll begegnen. Zum einen, weil diese qua Existenz ein potentiell Risiko zu einer real vorhandenen Bedrohung konstruiert („Wenn es hier sicher wäre, müsste es die Maßnahme ja nicht geben.“) und damit eher geeignet ist, die Furcht zu steigern denn zu minimieren. Zum anderen, weil sie vermeintlich höhere Schutzbedürfnisse, insbesondere von Frauen diskursiv festigt und damit geschlechtsspezifische Handlungseinschränkungen eher stabilisieren als reduzieren (Ruhne 2003b, S. 69). Vielmehr scheint es in der meist stark verkürzten öffentlichen Debatte und daraus abgeleiteten Maßnahmen um die Demonstration von politischer Handlungsfähigkeit zu gehen, die eine Steigerung des Sicherheitsgefühls schaffen sollen, sogar wenn die Maßnahmen selbst sich als nicht wirkungsvoll für die eigentliche Problemstellung erweisen (Glaeßner 2003, S. 27).

²⁵ Unter Verweis auf: Nogala 1989, S.156ff.; Deleuze 1993, Scheerer 1994, Lindenberg/Schmidt Semisch 1995, Hahn 1996; Garland 1996, 1997, 2001; Gross/Hitzler 1996; Crawford 1997; Lesting 1997; Legnaro 1997, 1998; Krasmann/de Marinis 1997; Hess 1998; Bürgerrechte & Polizei 2/1998 (Cilip 60): Überwachungstechnologien I; Bürgerrechte & Polizei 3/1998 (Cilip 61): Überwachungstechnologien II

II SPEZIFIKA VON FUSSBALLGROSSEVENTS

4 Bilanz der Fußball-WM 2006: Ökonomische Effekte, Imagewirkung, mediale Dimension und Sicherheitsaspekte

Um die Dimensionen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 im Hinblick auf Stadtentwicklung, ökonomische Effekte, Imagewirkungen und mediale Verbreitung angemessen bewerten zu können, werden die hierzu vorliegenden einschlägigen Untersuchungen analysiert. Fußball-Großevents weisen im Vergleich mit anderen Großveranstaltungen Spezifika auf, die sich sowohl auf ihre Dimensionen, beispielsweise hohe Zuschauerzahlen (sowohl in den jeweiligen Veranstaltungsorten wie auch von Fernsehübertragungen), als auch auf spezielle Sicherheitsanforderungen bei der Organisation und Durchführung von Spielen und Turnieren beziehen. Mit der Durchführung eines solchen Events werden auch konkrete ökonomische Ziele angestrebt, entsprechende wirtschaftliche Einschätzungen sind hierbei Teil des Bewerbungsverfahrens. Ob sich diese positiven ökonomischen Prognosen und erhofften Effekte im Zuge der WM 2006 realisiert oder nicht realisiert haben und in welchen Bereichen, wird hier anhand der vorliegenden Studien dargestellt.

Fußball-Weltmeisterschaften sind die größten internationalen Einzelsportevents, was sich auch im Umfang der weltweiten Medienberichterstattungen widerspiegelt. Dies gilt auch für Deutschland, wo die WM 2006 eines der größten bisherigen Fernsehereignisse überhaupt darstellt. In Anbetracht dieser massenmedialen Dimensionen ist es nachvollziehbar, warum der Fußball-WM ein erhebliches Potential bei der Verbreitung positiven Images sowohl auf (inter-)nationaler als auch auf lokaler Ebene zugeschrieben wird. Die Betrachtung der für den WM-Kontext vorliegenden Untersuchungen soll insgesamt dazu dienen, die eigenen Forschungsergebnisse im Zusammenhang mit den Gesamtwirkungen dieser Fußball-WM zu diskutieren. Wie bereits angeführt, wird von einer engen Verknüpfung von Ordnungs- und Sicherheitsthematiken mit ökonomischen Motiven und Argumentationen ausgegangen. Fragen nach tatsächlich realisierten ökonomischen Wirkungen des Events sind daher auch bei einer thematischen Konzentration auf Sicherheitsthemen unerlässlich. Denn es sind insbesondere ökonomische Argumentationen, die als Legitimationsgrundlage für Großevents (und des damit verbundenen Aufwands und der Finanzierungskosten) angeführt werden. In mehreren WM-Studien werden auch Sicherheitsaspekte erhoben wie z. B. die Einschätzung der persönlichen Sicherheit von BesucherInnen auf Public Viewing Areas. Zur Einordnung

dieser Erkenntnisse werden zuvor die wichtigsten Aspekte von Sicherheit im Kontext von Fußballereignissen dargestellt. Hierzu zählen sowohl eine Erläuterung des Phänomens „Hooliganismus“, insbesondere dessen Wirkung auf die Entwicklung von fußballspezifischen Sicherheitsmaßnahmen sowie die Darstellung der als sehr erfolgreich geltenden „low profile“ Einsatzstrategien im Kontext der EM 2004 in Portugal.

4.1 Ökonomische Effekte der Fußball-WM 2006 in Deutschland

Neben dem erhofften Imagegewinn und Standortvorteilen, wird mit der Durchführung von Großereignissen auch die Erwartung auf konkrete ökonomische Erträge verbunden (Steigerung des Bruttoinlandsproduktes, Beschäftigungszuwachs, Steuermehreinnahmen, Investitionsmittel) - sowohl seitens der Veranstalter als auch vieler städtischer Akteure (Tourismusbranche, Gastronomie, Sicherheitsunternehmen etc.). Veröffentlicht werden nach Abschluss eines Events zumeist nur wenige ökonomische Daten von beteiligten Akteuren (Städte, Handelskammern, Veranstalter, Verbände o. ä.), wie die Zahl von BesucherInnen, Umsatzsteigerungen einzelner Branchen, Beschäftigtenzahlen). Detaillierte Bilanzierungen von Kosten- und Nutzen des Events finden sich hingegen eher in Forschungspublikationen und ziehen in den ökonomischen Bewertungen von Großveranstaltungen zumeist kein positives Fazit (Übersichten bei Hagn & Maennig 2007, S. 2, Brenke & Wagner 2007).

Die Messbarkeit des volkswirtschaftlichen Erfolgs oder Misserfolgs eines Großereignisses gestaltet sich als äußerst problematisch. Um den wirtschaftlichen Erfolg einer Großveranstaltung (auch aus städtischer Sicht bzw. aus der Perspektive eines Veranstaltungsortes) bewerten zu können, müssten äußerst umfassende Kosten-Nutzen-Analysen (ausführlich Heyne 2006, S. 65ff.) durchgeführt werden, die aufgrund der Komplexität dennoch nicht alle relevanten Faktoren und Effekte berücksichtigen könnten. Das bedeutet, dass in Kosten-Nutzen-Analysen Verzerrungen und Fehlinterpretationen in der ökonomischen Gesamtbewertung auftreten können, die allerdings nur schwer nachweisbar sind (Thöni 1999, S. 344). Weitere Schwierigkeiten liegen u. a. in der Kosten-Nutzen-Bilanzierung von Marketingmaßnahmen (Pfnür 1997, S. 46) und der Messung von Effekten im Tourismusbereich (wie z. B. Verdrängungseffekte durch Großereignisse, u. a. Fanelsa 2003, S. 49). Besonders schwierig gestaltet sich die Messung von langfristigen Effekten wie der Einfluss von Standortentscheidungen von Unternehmen und deren Beeinflussung durch ein positives Stadtimage oder durch Großveranstaltungen (Schneider 1993, S. 146).

Mittlerweile liegen mehrere Studien und Statements zu den ökonomischen Auswirkungen der WM 2006 in Deutschland bzw. einzelnen Austragungsorten vor, deren Ergebnisse im Fol-

genden zusammenfassend dargestellt werden. Eine positive ökonomische Bilanz zieht der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) auf Basis einer Unternehmensbefragung vom Herbst 2006. Demnach berichtet jedes neunte von 19.000 befragten Unternehmen von einer positiven Auswirkung der WM 2006 auf das eigene Geschäft und von einer gestiegenen Ausgabefreudigkeit in folgenden Bereichen: Tourismuswirtschaft und Gastgewerbe (um 29%), Luftfahrtbranche (um 52%), Sicherheitswirtschaft (um 29%), Ernährungsindustrie (um 24%), Medien- und Filmwirtschaft (um 25%) und Werbedienstleistung (um 18%) (nach Seitz 2007, S.28). Das DIHK schätzt demnach den Wachstumseffekt der WM 2006 auf das Bruttoinlandsprodukt zwischen 0,3 und 0,5 % (DIHK 2006).

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zieht hingegen das folgende Gesamtfazit: „*Von der in Deutschland 2006 ausgetragenen Fußball-WM sind erwartungsgemäß keine nennenswerten konjunkturellen Impulse ausgegangen*“ (Brenke & Wagner 2007, S. 26). Dabei weisen die Autoren darauf hin, dass die Fußball-WM im volkswirtschaftlichen Maßstab ein sehr kleines Ereignis sei, deren Auswirkungen sich aufgrund der Verflechtung mit anderen wirtschaftlichen Vorgängen und aufgrund fehlender Statistiken nur schwer nachweisen lassen (ebd. S. 2f.). Bereits im Vorfeld der WM kommt es in verschiedenen Studien (im Auftrag des DFB und des FIFA Sponsors Postbank) zu recht unterschiedlichen Einschätzungen über den volkswirtschaftlichen Nutzen der Fußball-WM 2006 (ausführlich Brenke & Wagner 2007, S. 7f.). Laut den Autoren des DIW sind optimistische Schätzungen von 2,5 (Rahmann 1999), 7,8 (Ahlert 2001) bis 10 Milliarden Euro zusätzlicher Wertschöpfung (Bargel 2005²⁶), insbesondere im Hinblick auf vergangene Fußball-Weltmeisterschaften, völlig überzogen. Ähnlich kritisch äußern sich Autoren wie der Makroökonom Hickel (2006), der der Fußball-Weltmeisterschaft lediglich einen Werbeeffect für die Bundesrepublik Deutschland zugesteht.

Ebenfalls eine Absage erteilen Brenke & Wagner (2007) möglichen ökonomischen Impulsen durch WM-bedingte Investitionen. Die Investitionstätigkeiten sind ein halbes Jahr vor Beginn der WM weitgehend abgeschlossen (u. a. Stadionausbauten) und haben konjunkturell keine spürbaren Auswirkungen hinterlassen. Die Autoren berechnen die bereinigten Investitionskosten (dabei werden z. B. Entzugseffekte mit geschätzt) auf 1,5 Milliarden Euro, dies entspricht nur 0,02% der gesamten Wirtschaftsleistung Deutschlands (Brenke & Wagner 2007, S. 9). Während die Durchführung von Olympischen Spielen, Weltausstellungen u. ä. meist in stadtplanerischer Hinsicht erhebliche Auswirkungen auf die Austragungsorte beinhalten (vgl. Häußermann et al. 2008, Häußermann & Siebel 1993), ist der Effekt durch die Fußball-

²⁶ Alle Autoren zitiert nach Brenke & Wagner 2007, S. 7

Weltmeisterschaft in Hamburg bzw. Deutschland eher gering (zu den Auswirkungen in Hamburg vgl. Kapitel 5). Dies liegt zum einen daran, dass die Kapazitäten zur Durchführung von Fußballspielen, auch im Hinblick auf die (Verkehrs-)Infrastruktur in Deutschland durch die regelmäßige Veranstaltung von Bundesliga-Spielen vorhanden sind. Da die Vorschriften der FIFA vorsehen, dass es bei den WM-Spielen in den Stadien nur Sitz- und keine Stehplätze geben darf, stehen während der WM in den Stadien insgesamt weniger Plätze zur Verfügung als bei Bundesliga-Spielen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich die WM-bedingten Investitionen fast ausschließlich auf Umbauten bzw. Modernisierungen von Stadien und Verkehrsinfrastrukturverbesserungen im näheren Stadionumfeld beziehen.

Positive wirtschaftliche Effekte sind bei Großveranstaltungen im touristischen Bereich nur durch auswärtige Gäste zu erzielen, da EinwohnerInnen der Veranstaltungsorte erhöhte Ausgaben während des Events in der Regel an anderer Stelle wieder einsparen, was dann in der volkswirtschaftlichen Bilanz keine Effekte nach sich zieht (Freyer 2005, S. 77). Für den Bereich Tourismus und Übernachtungen stellt das Statistische Bundesamt in einer Presseerklärung (vom 25.09.2005) fest: *„Durch die Fußball-Weltmeisterschaft wurde jedoch nur ein Trend verstärkt, der bereits seit einigen Jahren anhält: 1995 betrug der Anteil von Gästen aus dem Ausland an allen Übernachtungen noch 11%, im Jahr 2000 waren es gut 12% und 2005 bereits 14%.“* Im Jahr 2006 waren es 15% (Brenke & Wagner 2007, S. 10). Auch der Volkswirtschaftler Maenning (2007, S. 2f.) schätzt die Anzahl der Übernachtungen als nicht signifikant ein. Die Einschätzung von 41% der Hoteliers, die WM hätte ihre positiven Erwartungen erfüllt, erklärt er damit, dass diese in der Regel zur WM ihre Preise im Schnitt um 4,8% angehoben hatten und somit zufrieden stellende Umsätze erzielten und darüber hinaus auch in den Folgemonaten gute Übernachtungszahlen vorweisen konnten. Auch vorherige Sportgroßereignisse wie die Fußball-WM 1998 in Frankreich, die Fußball-EM in Portugal und die Olympischen Spiele in Griechenland 2002 hatten keine Auswirkungen auf die Zahl der Übernachtungsgäste aus dem Ausland (Matheson 2006, S. 9, Szymanski 2002, S. 175f.).

Im Gastgewerbe (Getränkogastronomie) lässt sich im Juni 2006 ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Dieser ebbt aber im Juli bereits wieder ab und der seit längerem bestehende Rückgang von Umsätzen setzt sich fort (Brenke & Wagner 2007, S. 14). Hinsichtlich der Speisegastronomie hat laut DIW die WM lediglich einen Abwärtstrend kurz aufhalten können (ebd.). Für den Einzelhandel hat die WM 2006 zu keinen Zuwächsen geführt, der Konsum der privaten Haushalte weist für die zweite Jahreshälfte (inkl. Juni) 2006 nach der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sogar eine rückläufige Tendenz aus (ebd., S. 16f.). Erklärt wird dies durch ein verändertes Konsumverhalten während der WM, z. B. durch erhöhten Konsum auf den Fan Meilen (und bei gleichzeitigen Einsparungen im regionalen

Einzelhandel) und einem erhöhten „couch potatoe effect“ der Spielübertragungen sowie einer erhöhten Konsumtion von Fastfood (Maenning 2007, S. 4). Im Vorfeld der WM 2006 wird sowohl seitens der deutschen Wirtschaft als auch des deutschen Städtetages die strikte Schutzpraxis der FIFA-Sponsoren kritisiert, die ein Verbot lokaler Produkte in den Stadien und Public Viewing Areas vorsieht. Die alleinigen Verkaufsrechte von Essen und Getränken sollen bei den WM-Sponsoren Coca-Cola, Anheuser Busch und McDonalds liegen (Hall 2006, S. 61). Nach Intervention des deutschen Organisationskomitees (OK) gestattet die FIFA für die Public Viewing Areas jedoch auch den Verkauf sponsorenfremder Produkte.

Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt geht die Bundesagentur für Arbeit von einem Beschäftigungszuwachs von 25.000 bis 50.000 Stellen aus (Seitz 2007, S. 30) - die meisten davon allerdings nur in prekären Beschäftigungsverhältnissen (ebd.). Im Verhältnis zur Erwerbstätigenquote von 40 Millionen Beschäftigten in Deutschland, bedeutet dies einen (temporären) Anstieg von lediglich 0,06% bzw. 0,13% Beschäftigten (Maenning 2007, S. 8). Auch für die zwölf Austragungsorte lassen sich keine positiven Effekte auf den Arbeitsmarkt feststellen, wie eine Vergleichsstudie zwischen Austragungs- und Nichtaustragungsorten von Hagn und Maennig belegt (dies. 2007, S. 11).

Für den Bereich Sicherheit wird nach Leistungen staatlicher Sicherheit und privater Sicherheit unterschieden. Im ersteren sind keine Stellenzuwächse durch die WM zu verzeichnen, die anfallende Mehrarbeit wird mittels Überstunden und Urlaubssperren bewältigt. Bei den privaten Sicherheitsdiensten erhöht sich kurzfristig die Anzahl der Arbeitsplätze (Brenke & Wagner 2007 S. 18). Das Sicherheitsunternehmen Securitas stellt als FIFA-Vertragspartner in Deutschland zur WM kurzzeitig 5.000 Menschen ein (Roost 2006, S. 85). Hierbei wird die WM 2006 von dem Securitas Geschäftsführer Brümmer als einmalige Chance gewertet, neue und längerfristige Geschäftskontakte zu knüpfen (Glowka 2006, Roost 2006, S. 85).

Zu ernüchternden Ergebnissen kommt auch Roost in ihrer Fallstudie zu den ökonomischen Auswirkungen der Fußball-WM in Berlin (2006). Demnach verzeichnet der Einzelhandel insgesamt ähnliche Umsätze wie im Vorjahr, kulturelle Einrichtungen (wie Museen, Theater, Kinos) ziehen eher eine negative Bilanz, wobei fußballbezogene Sonderveranstaltungen eher gut besucht sind (ebd., S. 84). Auf dem Arbeitsmarkt werden von 10.000 prognostizierten Angeboten und 3.112 vor der WM bei der Berliner Agentur für Arbeit gemeldeten Stellen lediglich 1.641 Stellen tatsächlich vermittelt. Viele Stellen werden von den Anbietern selbst wieder zurückgezogen, da der Bedarf überschätzt wurde (ebd., S. 85). Der größte Kurzzeit-Arbeitgeber in Berlin ist zur WM das Sicherheitsunternehmen Securitas, das als Vertrags-

partner der FIFA (für Bewachung der FIFA und Mannschaftshotels, einige Trainingsplätze, Public Viewing Veranstaltungen) rund 1.000 Stellen in Berlin-Brandenburg besetzt.

Die im Vorwege erstellten ökonomischen Schätzungen (die fast immer in engem Bezug zum Veranstalter stehen bzw. als Bestandteil der Bewerbung um die Austragung eines Events erstellt werden) liefern in der Regel sehr positive Einschätzungen (s. o.) über erhebliche und dauerhafte Arbeitsmarkteffekte sowie Investitionssteigerungen und ökonomisch verwertbare Imageeffekte. Demgegenüber ziehen nachträgliche Kosten-Nutzen-Analysen von Sportgroßveranstaltungen bzw. von Großveranstaltungen insgesamt keine derartig positiven Fazits, da sie in der Regel auch mehr Faktoren in ihre Analysen mit einbeziehen und versuchen, Effekte wie z. B. Verlagerungen zu berücksichtigen.

4.2 Imageeffekte der Fußball-WM 2006

Ein weiterer wichtiger Aspekt in der Festivalisierungslogik ist die Hoffnung auf eine positive Imagewirkung auf den Austragungsort, die mit ökonomischen Wachstumshoffnungen verknüpft werden. Dabei ist eine wichtige Voraussetzung für publikums- und medienträchtige (Sport-) Großveranstaltungen ein medial vorzeigbares, begeistertes Publikum bzw. eine begeisterungsfähige Bevölkerung, die die Durchführung der Veranstaltung akzeptiert und daran partizipiert. Im Falle der Fußball-WM ist in Deutschland keine gesonderte Legitimation für die Durchführung erforderlich, da von einer sehr hohen Akzeptanz des „Volkssports“ Fußball bei einem überwiegenden Teil der Bevölkerung ausgegangen wird. Dennoch haben die Veranstalter bzw. staatlichen Akteure (Bundesministerien, Austragungsstädte) die positiven wirtschaftlichen Effekte und insbesondere die Chancen zur positiven Imagesteigerung Deutschlands hervorgehoben - also in der Öffentlichkeit für Zustimmung und Akzeptanz der Veranstaltung FIFA WM 2006 aktiv geworben.

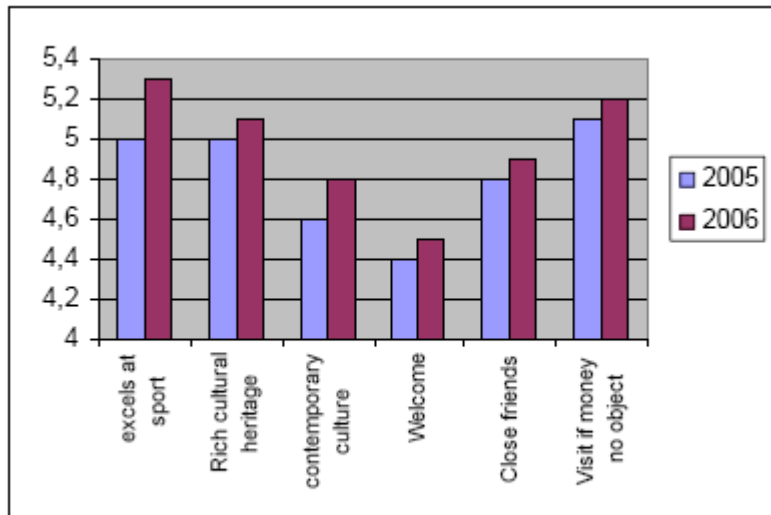
Die Fußball-WM 2006 ist gleichzeitig ein nationales wie auch regionales (im Hinblick auf die einzelnen Austragungsorte) Ereignis. Das Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ impliziert, dass Deutschland weltoffen, tolerant und gastfreundlich präsentiert werden soll (Pilz 2007a). Die dahinter liegenden Zielsetzungen sind komplex und miteinander verwoben: Sie zielen auf eine positive Repräsentation Deutschlands, also auf einen Imagefaktor. Dies ist sowohl ökonomisch (Tourismus, Standortfaktoren etc.), politisch (u. a. Selbstrepräsentation der ausrichtenden Regierung) sowie im Hinblick auf Sicherheitsaspekte motiviert (Reduzierung von Gewaltpotentialen durch einen Gute-Laune-Faktor, Vorbeugen kultureller Missverständnisse). Das Motto zielt in zwei Richtungen: Zum einen nach außen, in dem Sinne, dass Gäste aus aller Welt willkommen sind bzw. sich willkommen fühlen sollen. Zum anderen

enthält das Motto die Aufforderung an die Deutschen (bzw. deutsche Bevölkerung), sich wie freundliche GastgeberInnen zu verhalten (vgl. Kapitel 7).

Sowohl im Vorfeld der WM als auch im Nachhinein sind verschiedene Studien erstellt worden, die sich mit dem Imagebild von Deutschland und den Deutschen im Ausland befassen. Zwei Jahre vor der Fußball-WM erstellt das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid im Auftrag des Presse- und Informationsamtes eine Studie zum Image Deutschlands auf Basis einer Repräsentativbefragung in elf Ländern (Brasilien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Mexiko, Niederlande, Russland, Südafrika und USA: je 500 befragte Personen, Polen: 1.000 befragte Personen). Dabei werden den Deutschen die Eigenschaften „fleißig“ und „fußballbegeistert“ am häufigsten zugeschrieben, während eher emotionale und zwischenmenschliche Verhaltenseigenschaften wie „Gastfreundlichkeit“, „Toleranz“, „Sympathie“ und „Fröhlichkeit“ seltener als deutsche Eigenschaften gelten (TNS Emnid 2004, S. 11f.). Dennoch ist die Erwartungshaltung an die Ausrichtung der Fußball-WM 2006 in den befragten Ländern sehr positiv geprägt:

„Eine überwältigend große Mehrheit der Befragten in fast allen befragten Ländern erwartet von Deutschland eine perfekt organisierte Fußball-Weltmeisterschaft 2006, ein enthusiastisches Publikum in Deutschland, sowie eine sichere und sportlich faire WM. Deutschland genießt somit als Gastgeber der nächsten Fußball-Weltmeisterschaft großes Vertrauen im Ausland“ (ebd., S. 29).

Die Emnid-Studie schlussfolgert einen positiven Effekt auf das sportliche Image Deutschlands und formuliert vorsichtiger auch die Möglichkeit eines positiven Effektes auf das Fremdimage Deutschlands im Allgemeinen (ebd., S. 29). Die Außenwirkungen, die im Nachhinein der Fußball-WM 2006 bewertet werden, beziehen sich fast ausschließlich auf den nationalen Kontext. Grundsätzlich wird der WM attestiert, zu einer erheblichen Imagesteigerung Deutschlands und der Deutschen im Ausland beigetragen zu haben. So lässt sich 2006 eine Steigerung von positiven Zuschreibungen für Deutschland im GMI-Anholt Nations Brand Index feststellen, am deutlichsten in der fußballbezogenen Kategorie „*excels at sport*“ (Maening 2007, S. 15).



Source: Wave 3/2005 and 3/2006 GMI-Anholt Nations Brand Index

Abbildung 4-1 International Perception of Germany

(aus Maenning 2007, S.15)

Der Nations Brand Index hat allerdings nur begrenzte Aussagekraft, da es sich um ein kommerzielles Ranking handelt, in dem nur eine selektierte Anzahl von Nationen aufgeführt wird (die Aufnahme in den Index ist für die dort aufgelisteten Nationen kostenpflichtig). Trotz der umstrittenen Datengrundlage ist die Erwähnung des Indexes in der wissenschaftlichen Literatur durchaus als Indikator für seine Wirkmächtigkeit zu sehen.

Auf den Effekt der positiveren Einschätzungen von Eigenschaften der Deutschen durch ausländische BesucherInnen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 verweisen die Evaluationsstudien der Hochschule Fulda (Albrecht et al. 2006) und die Evaluation des Fan- und Besucherbetreuungskonzeptes der FIFA WM 2006™ für den Deutschen Fußballbund und der Daniel Nivel Stiftung (Behn et al. 2007). So werden am Ende der WM die Deutschen als freundlicher, hilfsbereiter, toleranter, friedlicher, lebensfroher, multikultureller und weltoffener beschrieben als vor der WM - allerdings weisen die AutorInnen der Fuldaer Studie auch darauf hin, dass die Befragungen selbst in einer künstlich erzeugten Situation stattfanden, die sich vom Alltagsgeschehen unterscheidet. *„Demnach kann die WM als ein Ausnahmezustand betrachtet werden, der erst durch Konzeption und Organisation möglich werden kann und sich somit von dem alltäglichen gesellschaftlichen Geschehen abhebt“* (Albrecht et al. 2006, S. 127.). Die Studie von Behn et al. (2007) stellt in ihrer Analyse der Berliner Presseberichterstattung fest, dass in vielen Berichten über Fans und Gastfreundschaft auch eine Imagesteigerung Deutschlands thematisiert wird, ebenso wie positive Bewertungen im Ausland und von ausländischen Gästen (ebd., S. 130).

Inwieweit diese positiven Einschätzungen zur Verbesserung des Deutschlandimages zumindest teilweise einer euphorischen WM-Feierstimmung geschuldet sind, lässt sich nicht abschließend beantworten. Allerdings sollten Verallgemeinerungen der Studien auf das Image von Deutschland im Ausland mit äußerster Vorsicht betrachtet werden, da es sich bei den Befragten zumeist um ein Sample von ausländischen WM-TouristInnen handelt, die nicht als repräsentativer Bevölkerungsschnitt der jeweiligen Nationen gelten können.

Ein möglicher positiver Imageeffekt von Großveranstaltungen kann in der Steigerung des Identifikationspotentials für die Stadtbevölkerung liegen. Die Stadt genießt vor und während des Ereignisses ein globales Interesse, welches die Identifikation der BewohnerInnen mit ihrer Stadt verstärkt und Stolz wecken kann (Heinemann 1997, S. 266). Durch aktive Teilnahme (z. B. das Volunteer-Programm der Fußball-WM 2006) von unterschiedlichen Bevölkerungsschichten und -gruppen soll ein Gemeinschaftsgeist und die Selbstachtung gesteigert werden (Fanelisa 2003, S. 55). Die Ausrichtung des Großevents kann darüber hinaus auch dazu motivieren, an kleineren Parallelprojekten freiwillig und ehrenamtlich mitzuwirken (Schneider 1993, S. 190ff.).

4.3 Das Medienereignis Fußball-WM 2006

Ein Blick auf die Daten über FernsehzuschauerInnen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006, der Anzahl von MedienberichterstatteInnen und -erstattungen sowie Erhebungen über die Nutzung der Public Viewing Areas geben Aufschluss über die medialen Dimensionen dieses Mega-Events. Weltweit wird die Fußball-WM 2006 von insgesamt 26,3 Milliarden FernsehzuschauerInnen gesehen (kumulierte Daten aus allen Spielen), wobei Asien den höchsten Anteil mit 8,28 Milliarden verzeichnet. In Europa liegen die Zuschauerzahlen bei 5,33 Milliarden. Den höchsten Wert eines Einzelspiels während des Turniers verzeichnet das Endspiel zwischen Italien und Frankreich mit insgesamt 715,1 Millionen weltweiten ZuschauerInnen (Schaffrath 2006, S. 92).

Die Fußball-WM 2006 gilt als eines der größten Fernsehereignisse in Deutschland. Dreiundachtzig Prozent der FernsehzuschauerInnen (dies entspricht 61 Millionen Menschen) hat mindestens eine Spielübertragung der Sender ARD, ZDF oder RTL verfolgt, im Schnitt werden die Spiele von 12,06 Millionen ZuschauerInnen gesehen, dies entspricht einem Marktanteil von dreiundfünfzig Prozent (Gerhard 2006, S. 465). Die Übertragungen der Spiele mit Beteiligung der deutschen Fußballnationalelf haben einen durchschnittlichen Marktanteil von dreiundachtzig Prozent (ebd.). Damit wird der Marktanteil der Fußball-WM in Frankreich 1998 mit 55 Millionen ZuschauerInnen und der Fußball-WM in Japan und Nordko-

rea (2002) mit 48 Millionen ZuschauerInnen übertroffen (die geringere Beteiligung dieser WM wird auf die Zeitverschiebung von neun Stunden zurückgeführt) (Geese et al. 2006, S. 454).

In Deutschland ist die Zielgruppe für Übertragungen von Fußball-WM und -EM Spiele breit gemischt, auch bei der WM 2006 erreichen alle soziodemographischen Zielgruppen (Alter, Berufsstatus, Bildung, Geschlecht) ähnliche Werte (Gerhardt 2006, S. 473). Bei Spielen der deutschen Nationalmannschaft liegt der Männer- und Frauenanteil im Durchschnitt bei je 50%. (11,30 Millionen Männer und 11,28 Millionen Frauen). Bei Spielen ohne Beteiligung der deutschen Mannschaft beträgt das Verhältnis bei 59% Männern zu 41% Frauen (ebd.). Im Vergleich liegt der Frauenanteil bei der Übertragung von Bundesligaspielen bzw. den Spielzusammenfassungen der letzten Saison bei lediglich einem Drittel (ebd.)

Auch das Zuschauen in öffentlichen Räumen verzeichnet einen erheblichen Anstieg. Ein Grund bzw. die Voraussetzung dafür liegt dabei in der Angebotsstruktur: Zur WM 2006 besteht mit den so genannten Public Viewings und vor allem den neuen Fan Meilen ein sehr viel breiteres Angebot an Großbildübertragungen als bei vorherigen Welt- oder Europameisterschaften. Welche Veranstaltungen zum Public Viewing zählen und welche nicht, ist allerdings nicht genau definiert:

„Vielfach wird schon das gemeinsame Betrachten von Fußballspielen auf größeren Bildschirmen bzw. Leinwänden in Lokalen oder Biergärten als PV bezeichnet, obwohl eine Bezeichnung wie Kneipen-TV zutreffend wäre. Die Ausstrahlung von riesigen Videowalls ergibt eine ganz andere Konfiguration und Kultur“ (Schulke 2007a, S. 4).

Bei der Erhebung von Zuschauerzahlen werden unter Public Viewing Großbildübertragungen bei Fan Meilen und Übertragungen im Rahmen von Großveranstaltungen²⁷ verstanden:

„Die WM 2006 gewann durch das Public Viewing nochmals eine neue Eventdimension. Millionen von Fußballfans sahen auf Fan Meilen und bei Großveranstaltungen die Liveübertragungen, vor allem der deutschen Mannschaft, in der Öffentlichkeit. So sahen ab dem Achtelfinale jeweils ca. 16 Millionen Zuschauer die Spiele der deutschen Mannschaft außerhalb ihrer eigenen Wohnung“ (Gerhardt 2006, S. 472).

²⁷ Dazu gehören die FIFA Fan Feste in allen Austragungsorten und auch die unter anderer Trägerschaft stattfindenden öffentlich und kostenfrei zugänglichen Übertragungen in deutschen Großstädten. Die Veranstaltungsflächen sind dabei zumeist mit Zugangsregulierungen wie Abzäunungen, Einlasskontrollen (z.T. Abtasten nach Waffen und Getränken, auch zur Verhinderung von Überfüllungen) und Taschenkontrollen (Verbot von Fremdgetränken u. ä.) versehen. Diese Begriffsverwendung für Public Viewing wird auch für den Kontext der vorliegenden Arbeit übernommen.

Die folgende Tabelle veranschaulicht die verschiedenen Fernsehorte bei Spielen der deutschen Nationalmannschaft:

⑤ Verteilung der Außer-Haus-Nutzung bei den Spielen der deutschen Mannschaft nach Nutzungsarten

„Wo haben Sie das Spiel ... gesehen?“

Basis: Erwachsene ab 14 Jahre, Angaben in Mio

	außerhalb des eigenen Haushalts gesamt	bei Freunden, Nachbarn oder Verwandten	in Kneipen, Gaststätten, Cafés, Bars oder Hotels	auf einer öff. Großleinwand, bei öff. Veranstaltungen	am Arbeitsplatz	an anderen Orten
Deutschland - Costa Rica Fr, 09.06.2006, 18.00 Uhr	12,09	5,92	2,09	2,68	0,32	1,07
Deutschland - Polen Mi, 14.06.2006, 21.00 Uhr	10,71	5,02	2,77	2,58	0,04	0,30
Deutschland - Ecuador Di, 20.06.2006, 16.00 Uhr	10,82	3,68	1,95	2,28	1,02	1,89
Deutschland - Schweden Sa, 24.06.2006, 17.00 Uhr	15,79	7,33	2,67	4,33	0,24	1,23
Deutschland - Argentinien Fr, 30.06.2006, 17.00 Uhr	16,15	6,37	2,57	4,41	1,00	1,80
Deutschland - Italien Di, 04.07.2006, 21.00 Uhr	16,38	6,68	4,49	3,65	0,30	1,27
Deutschland - Portugal Sa, 08.07.2006, 20.00 Uhr	16,95	8,02	3,18	4,34	0,32	1,08

Quelle: forsa CATI-Studie zur Außer-Haus-Nutzung, fünf Wellen à 1 000 repräsentativ ausgewählte Personen.

Abbildung 4-2 Außer-Haus-Nutzung von Spielübertragungen

(aus Geese et al. 2006, S. 458)

Trotz der großen Resonanz des Public Viewings bleibt das Zuschauen in den eigenen vier Wänden bzw. in Privaträumen von Freunden, Nachbarn und Bekannten die beliebteste Form des medialen Fußballkonsums. Dennoch ist das „öffentliche Sehen“ im Vergleich zu den Vorjahren erheblich gestiegen - 2002 waren es dreizehn Prozent, 2004 neunzehn Prozent und zur WM 2006 bereits zweiundvierzig Prozent (wobei hier neben expliziten Public Viewing Großveranstaltungen auch mit großer Wahrscheinlichkeit Großbildübertragungen in Biergärten etc. gemeint sind) (Geese et al. 2006, S. 459). Der erhebliche Anstieg des öffentlichen Fußballguckens ist neben dem bereits erwähnten erheblich vergrößerten Angebot sicherlich auch durch die gute Wetterlage, das gute Abschneiden der deutschen Fußballnational Elf und nicht zuletzt durch die Gastgeberrolle Deutschlands (der Faktor „dabei gewesen zu sein“ ist ein zentrales Charakteristikum von Mega-Events, vgl. 2.2) beeinflusst.

Insgesamt ist die mediale Aufmerksamkeit an der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 immens. Auf Seiten der Medien sind für die Fußball-WM 2006 insgesamt 21.000 internationale Medienvertreter in Deutschland akkreditiert, davon ca. 15.000 für Fernsehen und Radio sowie 6.000 für Zeitungen, Zeitschriften, Agenturen und Online-Dienste (Schaffrath 2006, S. 92).

Insgesamt 43.600 Sendungen mit 73.072 Sendestunden werden über die Fußball-WM 2006 von 376 Fernsehstationen in 214 Ländern und Regionen gesendet (ebd.).

4.4 Sicherheitsaspekte und -bewertungen im Fußballzusammenhang

Internationale Fußballerevents weisen spezifische Sicherheitsbedingungen auf. Ein, vor allem auch in der medialen Darstellung, zentraler Aspekt sind hierbei Gefährdungen, die mit dem Phänomen „Hooliganismus“ in Zusammenhang stehen. Dieses hat in den letzten Jahrzehnten zu einer erheblichen Verschärfung von Sicherheitsmaßnahmen im Kontext von Fußballspielen geführt. Im Folgenden werden grundlegende fußballspezifische Sicherheitsentwicklungen dargestellt, die für das Verständnis und die Einordnung von empirischen Ergebnissen zu Sicherheitsaspekten im Kontext der WM relevant sind. Im Anschluss daran werden spezifische Sicherheitsaspekte der Fußball-WM 2006 aufgezeigt und die vorliegenden Ergebnisse von Untersuchungen zur WM-Sicherheit dargestellt.

4.4.1 Fußballspezifische Sicherheitsrisiken

Im Kontext von Fußballveranstaltungen werden spezifische Gefährdungen diskutiert, die von „problematischem Fananhang“ bzw. Hooligans ausgehen (sollen). Auch bei internationalen Fußball-Großveranstaltungen, wie den Fußball-Weltmeisterschaften, ist Hooliganismus ein präsenteres Sicherheitsthema, welches auch intensiv in massenmedialen Darstellungen aufgegriffen wird. Was sich hinter dem Begriff Hooliganismus verbirgt und welche möglichen Gefahren von diesem Phänomen ausgehen, ist Gegenstand dieses Abschnitts. Ziel ist hierbei, eine differenzierte Begriffsverwendung und -abgrenzung von Erscheinungsformen von Hooliganismus (der eine sehr spezifische Form von gewaltbehaftetem Fanverhalten beschreibt) und anderen Formen von gewalttätigem Verhalten im Fußballzusammenhang zu ermöglichen. Darüber hinaus verfolgt diese Aufarbeitung den Zweck, gesellschaftliche Repräsentationen aufzuzeigen, d. h. sichtbar zu machen, welche Erlebnisse, Vorstellungen und Bilder mit dem Phänomen Hooliganismus im gesellschaftlichen Wissensbestand verknüpft sind. Dies ist insbesondere bedeutsam im Hinblick auf die späteren Analysen (vor allem der Presseanalyse, vgl. Kapitel 8) und die Interpretation der eigenen Untersuchungsergebnisse. Darüber hinaus werden spezifische Sicherheitskonzepte im Zusammenhang mit Fußballgewalt, wie die umstrittenen Datenbank „Gewalttäter Sport“ betrachtet, um so eine Kontextualisierung mit den im WM-Sicherheitsdiskurs präsenten Maßnahmen und Strategien zu schaffen. Im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 wird mit jeweils 10.000 gewaltbereiten

Personen aus dem In- und Ausland gerechnet, was jedoch in Anbetracht von ca. 3,2 Millionen erwarteten Fußballfans einem Anteil von weniger als einem Prozent entspricht (Franz & Günther 2006, S. 201). Bis zu 5% der Fußballfans gelten dabei als konfliktgefährdet, d. h. wenn es zu Auseinandersetzungen kommt, besteht die Gefahr, dass sich dieser Anteil daran beteiligt (ebd.). Im Folgenden soll ein Überblick über das Themenfeld Hooliganismus und fußballspezifische Gewalt sowie die Entwicklung von fußballspezifischen Sicherheitsstrategien gegeben werden.

Der Begriff „Hooligan“ ist in der öffentlichen Wahrnehmung fast ausschließlich mit Fußball verbunden, obwohl Fan-Ausschreitungen im Kontext von Sport(groß)veranstaltungen durchaus auch bei anderen Sportarten vorkommen. In den letzten zwanzig Jahren sind eine Reihe von Studien zum Phänomen Fußball-Hooliganismus entstanden, die sich mit biographischen und sozialen Ursachen des Phänomens (u. a. Bohnsack et al. 1995), Auswirkungen und Präventionsstrategien (u. a. Lösel et al. 2005) sowie mit rechtlichen und polizeilichen Möglichkeiten zur Eindämmung von Hooligan-Gewalt (u. a. Krahm 2008) befassen. Auch wenn im Alltagsdiskurs Fußballgewalt zumeist mit Hooliganismus gleichgesetzt ist, gibt es weitere Gewalterscheinungen im Fußballzusammenhang, die sich nicht unter der engeren wissenschaftlich-fachspezifischen Begriffsverwendung von Hooliganismus fassen lassen. So werden als weitere mögliche Problemgruppen im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 die „Kuttenfans“ genannt, die unter bestimmten Bedingungen, wie Alkoholeinfluss, Frust über verlorene Spiele oder gegnerische Provokationen, zu Gewalt neigen können (Pilz 2005, S. 4). Als weiteres Gefährdungspotential wird im Vorfeld der WM die Vermischung von gewaltbereiten Ultras mit Hooliganszenen angesehen (ausführlich vgl. Pilz 2005). Die Existenz der als „Hooltras“ bezeichnete Vermischung wird allerdings innerhalb der Fanszenen stark bezweifelt bzw. kritisiert (Blaschke 2008, S. 92). Als mögliche Orte von gewalttätigen Ausschreitungen werden insbesondere Public Viewing Areas aufgrund ihrer offenen Konzeption (keine Trennung von Fanblöcken) genannt:

„Bezüglich der Gewalt und möglicher Gewaltexzesse während der WM ist hier das Hauptproblem in der Enthemmung auf Grund von übermäßigem Alkoholkonsum und auf Grund von Provokationen gegnerischer Fans, bzw. einfachem Frust nach Niederlagen zu sehen. Hier könnten vor allem die Public Viewing Bereiche auf Grund der fehlenden Fantrennungen zum Problem werden“ (Pilz 2005, S. 4).

Der Begriff „Hooligan“ löst Mitte / Ende der 1980er Jahre im deutschen Sprachgebrauch Negativbezeichnungen für gewalttätige Zuschauer, wie „Fußballrowdie“ oder „Fußballrocker“, weitgehend ab (Pilz 2005, S. 4). Im Forschungsbericht des Projektes „Hooliganismus in

Deutschland" für das Bundesministerium des Inneren wird das Phänomen folgendermaßen definiert: *„Im 20. Jahrhundert trat Zuschauergewalt besonders im Kontext von Fußballspielen auf und wurde in ihrer typischen Form, der aggressiven Auseinandersetzung unter Gruppen gewaltbereiter junger Männer, mit dem Begriff des Hooliganismus belegt“* (Lösel et al. 2005 unter Bezug auf Dunning et al. 1986). In Untersuchungen zu Hooliganismus liegt ein Schwerpunkt in der biographischen Ursachenforschung, die sich damit befasst, wie und warum jemand zum Hooligan wird, welche Persönlichkeitsmerkmale oder Persönlichkeitsstörungen vorliegen und wie „Hooligankarrieren“ verlaufen (Lösel et al. 2005, Bohnsack et al. 1995). Die Ausübung von Gewalt erfolgt im Hooligankontext nicht spontan, sondern ist ein gewolltes und gezielt eingesetztes Mittel und wird in der Regel zwischen Hooligangruppen ausgetragen: *„Gewalt dient hier eindeutig der Lustbefriedigung, Gewalt ist nicht Mittel zum Zweck sondern Selbstzweck, entsprechend werden Auseinandersetzungen mit Gleichgesinnten gesucht und verabredet“* (Pitz 2005, S. 6).

Für den Kontext der vorliegenden Arbeit sind Fragen nach einem öffentlichen Gefährdungspotential durch Hooligans oder sonstige gewalttätige Fans sowie nach den Wirkungsweisen entsprechender Gegenmaßnahmen ausschlaggebend. Hierfür werden die wichtigsten Entwicklungen von Sicherheitsmaßnahmen und ihre Hintergründe im Folgenden dargestellt. Erste legislative Maßnahmen auf europäischer Ebene werden 1985 nach den Ausschreitungen im Brüssler Heysel Stadion getroffen, bei denen englische Hooligans italienische Fans mit Feuerwerkskörpern beschießen und damit eine Massenpanik auslösen, die neununddreißig Menschen das Leben kostet und bei der 376 Menschen zum Teil schwer verletzt werden. Neben scharfen Sanktionen gegen englische Fußballclubs durch den Europäischen Fußballverband wird in Großbritannien als Reaktion auf dieses Ereignis eine restriktive Gesetzgebung gegen Hooliganismus eingeführt. Diese beinhaltet u. a. Einschränkung des Alkoholkonsums und Einführung einer flächendeckenden Videoüberwachung in Fußballstadien, Ausweitung der Polizeikräfte bei Spielen, Einschleusung von Polizeikräften in Hooligangruppen, Trennung von rivalisierenden Fangruppen in Stadien, strenge Einlasskontrolle und die Verhängung hoher Strafen bei der Verurteilung von Hooligans (Krahm 2008, S. 34f.). Trotz dieser Maßnahmen ereignet sich im Hillborough-Stadion in Sheffield 1989 eine weitere Massenpanik, bei der 96 Menschen den Tod finden. Zwar steht dieser Vorfall nicht im Zusammenhang mit Hooliganausschreitungen, sondern ist das Resultat ineffizienter Polizeiarbeit (Zulassen der Überfüllung der Stehtribüne) und baulicher Mängel im Stadion (fehlende Fluchtmöglichkeiten durch unüberwindliche Einzäunung des Spielfelds) (ebd.), führt jedoch zu einer Umorientierung der Polizeiarbeit hin zu präventiven Polizeistrategien, insbesondere der Informationsgewinnung und Datensammlung im Vorfeld von Veranstaltungen, die mittlerweile eine Dauereinrichtung darstellen.

In Deutschland kommt es seit Anfang der 1980er Jahren zu einer Verstärkung von Gewalt im Fußballzusammenhang bzw. auch zu einer stärkeren Ausdifferenzierung von friedlichen und gewalttätigen Fans, die sich in Anlehnung an die englische Szene als „Hools“ bezeichnen (ebd., S. 38). In den neunziger Jahren verändert sich die Problematik dahingehend, dass durch die Wiedervereinigung ost- und westdeutsche Fangruppen im Ligaalltag aufeinander treffen, was mit Hooliganausschreitungen einhergeht. 1993 wird das „Nationale Konzept Sport und Sicherheit“²⁸ verabschiedet, das auch die Einbindung von Fanprojekten vorsieht und ein System präventiver und repressiver Maßnahmen enthält, die seitdem *„fester und verbindlicher Bestandteil der Arbeit der Polizei, der Ordnungskräfte der Vereine, der Sicherheitsbestimmungen der Kommunen und der Arbeit der Fanprojekte“* (Pilz 2005, S.18) ist.

1994 wird die Datei „Gewalttäter Sport“ eingeführt, in der eingeleitete oder abgeschlossene Ermittlungsverfahren, rechtskräftige Verurteilungen und Personen erfasst sind, gegen die bereits polizeiliche Maßnahmen eingesetzt wurden (Identitätsfeststellungen, Platzverweise etc.). Diese Datei ist u. a. Grundlage für die Entscheidungen über Ein- und Ausreiseverbote bei internationalen Fußballspielen, für Betretungsverbote von Arealen (z. B. in Stadionnähe) und von polizeilichen Präventivmaßnahmen (Meldeauflagen, Gefährdungsansprachen etc.). Kritisiert wird an dieser Datensammlung seine Intransparenz, d. h. die Betroffenen werden nicht darüber informiert, dass sie sich in dieser Datei befinden, womit gegen das verfassungsmäßige Recht der informellen Selbstbestimmung verstoßen wird (vgl. Krahm 2008, S. 249). Ein weiterer Kritikpunkt besteht in den Informationsübermittlungen an andere nationale und internationale Behörden und auch an Private (z. B. Krankenkassen). Letztere Maßnahme wird im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 diskutiert, aber aus rechtlichen Zweifeln an der Zulässigkeit und Praktikabilität nicht eingeführt (ebd., S. 264).

Auch im Kontext internationaler Fußballgroßveranstaltungen kommt es seit Anfang der 1990er Jahre zu Hooliganausschreitungen, was durch die mediale Darstellung der Verletzung eines französischen Gendarmen durch deutsche Hooligans während der Fußball-Weltmeisterschaft 1998 eine breite Öffentlichkeit erfährt. Diese Ereignisse führen zu einer Verschärfung von Sicherheitsmaßnahmen und der Erstellung von Rahmenrichtlinien für die Sicherheitsorganisation von Fußballveranstaltungen, wie bundesweite Stadionverbote, Regelungen für Ordnerdienste, bauliche Maßnahmen in Stadien, Ausreiseverbote und Meldepflichten für polizeilich erfasste Gewalttäter. Insbesondere Ein- und Ausreiseverbote sind

²⁸ In diesem Konzept erklären Bund, Länder, Kommunen, der DFB und seine Vereine ihre Verantwortung bezüglich der Bekämpfung des Hooliganproblems und der Gewaltprävention im Umfeld großer Fußballspiele (Krahm 2008, S. 249).

in den letzten Jahren eine der zentralen Sicherheitsmaßnahmen im Kontext internationaler Fußballgroßveranstaltungen und stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit internationalem Datenaustausch und internationaler Polizeizusammenarbeit.

Seit Mitte der 1990er Jahren ist ein zahlenmäßiger Rückgang von Hooliganausschreitungen zu verzeichnen, was sowohl auf die Sicherheitsmaßnahmen, wie auch auf die veränderte Altersstruktur der Hooligans (demnach ist ein erheblicher Anteil der in den 1980er Jahren aktiven Hooligans mittlerweile kaum noch an Ausschreitungen beteiligt) zurückgeführt wird (Krahm 2008, S. 40). Allerdings muss hier zwischen West- und Ostdeutschland unterschieden werden:

„Darüber hinaus ist in den Alten Bundesländern festzustellen, dass die vor allem im Zeitraum von 1985 bis 1998 sehr aktive Hooliganszene vor allem im nationalen Bereich immer mehr an Bedeutung verliert, die Balance zwischen Fußballbegeisterung und Fußballrandale sich in den letzten Jahren deutlich zu Gunsten der Fußballbegeisterung verlagert. [...] In den Neuen Bundesländern hingegen können wir eher ein Aufblühen des Hooliganismus - vor allem des Hooliganismus der Selbstbehauptung - konstatieren“ (Pilz 2005, S. 6).

Die Ausschreitungen haben sich in Deutschland weitgehend in die unteren Fußballligen verlagert (wo die Sicherheitsmaßnahmen in den Stadien niedriger sind) oder werden als verabredete Events außerhalb von Fußballspielen durchgeführt. Die politische Ausrichtung von Hooligans ist unterschiedlich, wobei allerdings rassistische, sexistische und homosexuellenfeindliche Parolen und Gedankengüter keineswegs die Ausnahme darstellen und sich auch rechtsextreme Gruppierungen mit Hooligangruppen überschneiden (Blaschke 2008, Pilz 2005).

Im Zuge der Fußball-Europameisterschaft von 2004 kommen defensive „low-profile“ Polizeistategien zum Einsatz, d. h. es erfolgt ein weitgehender Verzicht auf sichtbare massive Polizeipräsenz in Schutzmontur (Helm, Schutzpanzer, Schilde etc.), wie sie sonst in Fußballzusammenhängen üblich ist. Stattdessen werden im Straßenbild vornehmlich Streifenpolizisten paarweise eingesetzt, die im Falle von Störungen und Verstößen zunächst kommunikativ und konfliktdeeskalierend handeln sollen. Bei bedrohlichen Situationen erfolgt die Einsatzstrategie in verschiedenen Stufen, je nach Schwere des Vorfalls kommen Interventionsteams ohne oder mit Schutzmontur zum Einsatz, im Falle schwerer Ausschreitungen können größere Interventionseinheiten mit Schutzmontur und Wasserwerfereinsatz eingesetzt werden. Durch die niedrighwellige sichtbare Polizeipräsenz soll erreicht werden, dass sich friedliche Fans nicht kriminalisiert, sondern stattdessen willkommen fühlen. Dadurch soll eine friedliche Selbstregulierung innerhalb der Fangruppen gefördert werden, bei der Gewalttätig-

keiten als sozial unerwünschte Norm gelten und Polizeieinsätze im Falle von Ausschreitungen von den Fans als legitim und angemessen akzeptiert werden. Ein weiterer Erfolgsfaktor wird in den intensiven Grenzkontrollen und Einreiseverboten von Gewalttätern gesehen, obwohl sich trotzdem Hooligans zur EM in Portugal aufhielten und somit potentiell die Gefahr von Ausschreitungen bestand (Stott et al. 2006b, S. 14). Diese „low profile“ Strategien haben sich während der Fußball-Europameisterschaft 2004 als äußerst erfolgreich erwiesen, wie eine Begleitstudie bilanziert: *„The 2004 European Football Championships in Portugal (Euro2004) are widely regarded as one of the most successful international football tournaments ever held in Europe in terms of the low level of ‘disorder’”* (Stott et al. 2006a, S. 1).

Für die Maßnahmen zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 (vgl. Kapitel 9) wird aus sportsoziologischer Perspektive auf die im offiziellen Sicherheitskonzept festgeschriebene Gleichverteilung von ordnungspolitischen und sozialpädagogischen Maßnahmen hingewiesen.

„Dabei ruht das „Nationale Konzept Sport und Sicherheit“ - und dies kann angesichts der aktuellen Diskussionen und Maßnahmen zur Verhinderung von gewalttätigen Ausschreitungen während der WM 2006 in Deutschland nicht deutlich genug hervorgehoben werden - auf zwei gleichberechtigten Säulen, den ordnungspolitischen und den sozialpädagogischen Maßnahmen und Aufgabenfeldern“ (Pilz 2005, S.18).

Inwieweit sich diese Verteilung von Aufgaben zwischen den „gleichberechtigten Säulen“ im Sicherheitsdiskurs zur WM 2006 wieder findet, wird ein Gegenstand der Diskussion der eigenen empirischen Erhebungen sein.

4.4.2 Forschungsergebnisse zu Sicherheitsaspekten der Fußball-WM 2006

Bei der Durchführung von Großevents sind neben den staatlichen Sicherheitsorganen auch private Sicherheitsdienstleister (mit steigender Tendenz) für einen störungsfreien Ablauf der Veranstaltungen verantwortlich. Die staatliche Sicherheitsorganisation der Fußball-Weltmeisterschaft betrifft in Deutschland sowohl den Bund, die Länder als auch die entsprechenden staatlichen Stellen in den Austragungsorten. Die Organisationsstruktur seitens des Veranstalters FIFA gliedert sich ähnlich: die FIFA als globaler Weltfußballverband, der Deutsche Fußballbund als Ausrichter der FIFA WM 2006 mit dem verantwortlichen Organisationskomitee (OK) auf Bundesebene und den örtlichen Organisationskomitees. In dem Bund-Länder-Ausschuss unter Vorsitz des Beauftragten des Bundesministeriums des Inneren für Sicherheitsbelange der Fußball-WM 2006 entwickeln über fünfzig Institutionen, Behörden

Ministerien, Ländervertreter und private Organisationen wie die Lufthansa, DB AG und das OK das Nationale Sicherheitskonzept zur Fußball-WM 2006 (Kunst 2007, S. 34f.), welches in der Dokumentanalyse in Kapitel 9 analysiert wird.

Grundsätzlich sind die Aufgaben zwischen staatlicher und privater Sicherheit räumlich aufgeteilt. Während die privaten Sicherheitsdienste auf den privaten (und für das Event privatisierten) Veranstaltungsflächen primär zuständig sind und dort auf unterschiedlichen Gebieten tätig werden, wie Ordner- und Einlassdienste, Parkraumbewirtschaftung, Kartenverkauf- und Kassiertätigkeiten, Platzanweisungen für BesucherInnen, Auskunftserteilungen, Personenbetreuung (Schmidt 2007, S. 28), verbleiben die hoheitlichen Tätigkeiten bei den staatlichen Sicherheitsorganen, die primär in öffentlichen Räumen, aber auch auf den Public Viewing Areas präsent sind (z. B. in Hamburg auf dem Heiligengeistfeld).

In mehreren und teilweise bereits an anderer Stelle erwähnten Studien zur Fußball-WM 2006 werden auch Aspekte im Kontext von Sicherheit berücksichtigt. Die Evaluationsstudie zum Fan- und Betreuungskonzept (Pilz 2007a, b) erhebt auch die wahrgenommene Sicherheit von BesucherInnen der Public Viewing Areas sowie Einschätzungen zur Polizeiarbeit. Die Ergebnisse zeichnen ein positives Bild: Die weit überwiegende Mehrheit der BesucherInnen beurteilt die Stimmung in den WM-Städten als entspannt und fühlt sich während der WM wohl. Die wahrgenommene Gastfreundschaft wird von den Befragten als positiv hinsichtlich der eigenen Verhaltenssicherheit und auch allgemein als Reduktionsfaktor von konflikträchtigen Provokationen gewertet. Auch die Gastfreundlichkeit der Polizei, einhergehend mit einer defensiven Polizeistrategie, wird von mehr als 80% der deutschen und ausländischen BesucherInnen positiv bewertet. Im Umfeld der WM geben 84,3% der deutschen und 77,7% der ausländischen Befragten an, sich sicher oder sehr sicher zu fühlen (auf einer 7er Skala von „stimme voll zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“). Der Aussage, *„Die Präsenz der Polizei gibt mir Sicherheit“* stimmen 69,9% der deutschen und 53,7% der ausländischen BesucherInnen zu bzw. voll zu. 15,2 % (deutsche Gäste) bzw. 12,8 % (ausländische Gäste) stimmen der Aussage eher zu, was den Schluss zulässt, dass wahrgenommene Sicherheit nur zu einem Teil durch Polizeipräsenz herstellbar ist und andere Aspekte, wie die wahrgenommene gute Stimmung und Gastlichkeit sehr wichtigen Einfluss auf subjektive Sicherheit haben.

Positive Bewertungen hinsichtlich der gefühlten Sicherheit während der WM und der Zufriedenheit mit den Sicherheitskräften finden sich auch in einer sozialwissenschaftlichen Studie der Hochschule Fulda über den Einfluss der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 unter dem Motto *„Die Welt zu Gast bei Freunden™“* auf Stereotype der Gäste (Albrecht et al. 2006). Demnach bejahen von 1.464 befragten BesucherInnen der Fan Meilen und Public Viewings

98,2 % die Frage, ob sie sich sicher fühlen (Antwortkategorien „ja / nein“). Dabei fallen die Antworten von Gästen und GastgeberInnen homogen aus, während leichte geschlechtsspezifische Differenzen in der Bewertung auftreten (Zustimmung von 96,5% Frauen bzw. 98,8% Männer) - der Anteil von Frauen liegt allerdings bei nur 21%. Die Zufriedenheit mit den Sicherheitskräften (wobei nicht nach staatlicher und privater Sicherheit differenziert wird) wird ebenfalls positiv bewertet (1450 befragte Personen). Auf einer Skala von „1“ bis „5“ („1=sehr zufrieden“ bis „5=nicht zufrieden“) entfallen auf die Werte „1“ und „2“ 87,8% der Antworten, auf „3“ 9%, auf „4“ 1,9% und auf „5“ 1,4%, wobei die Antwortskala eine positive Neigung aufweist (als Gegenstück zu „1=sehr zufrieden“ hätte am anderen Rand der Skala „5=gar nicht zufrieden“ den passenderen Wert erhoben). Signifikante geschlechtsspezifische Differenzen im Antwortverhalten werden hier nicht festgestellt.

Während der Fußball-Weltmeisterschaft wird eine Untersuchung von Printmedien (vom 9.6., dem ersten Spieltag bis 10.7., dem Tag nach dem Finale) hinsichtlich der Berichterstattung zu Gewalt und Sicherheit der Zeitungen Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Süddeutsche Zeitung (SZ), Bild und Westfälische Nachrichten (WN) durchgeführt (Steinbrink 2007). Gegenstand dieser Untersuchung sind die Themenfelder Hooliganismus, unorganisierte Gewalt im Fußballzusammenhang sowie Störungen sonstiger Art, z. B. „Flitzer“ und das Werfen von Gegenständen aufs Spielfeld. Auffällig ist, dass Terrorismus in dieser Studie nicht als Themenfeld berücksichtigt wird. Ziel der Studie ist es, die Unterschiedlichkeit in den Darstellungen der verschiedenen Zeitungen herauszuarbeiten. Steinbrink schlussfolgert, dass die untersuchten Printmedien nicht nur äußerst positiv über die WM berichten, sondern auch eine sinnvolle Zurückhaltung bei der Berichterstattung zu Gewalt und Sicherheit geübt hätten und damit ein Aufkommen von Angst vor Gewalt bei den Fans und in der Bevölkerung vermieden hätten (ebd. S. 188).

Weitere Presseanalysen finden sich im WM-Evaluationsbericht für den DFB und die Daniel Nível Stiftung (Behn et al. 2007). Untersucht werden hier Printmedien in Hannover (Bild Hannover, Neue Presse Hannover „NP“, Hannoversche Allgemeine Zeitung „HAZ“ sowie das Beilagen-Magazin „WM-Journal“ der „NP“ und „HAZ“) und Berlin (Berliner Zeitung, Tagespiegel und BZ, sowie der Berlin- und der WM-Teil der Tageszeitung „taz“). Der Beobachtungszeitraum beider Untersuchungen liegt zwischen dem 9.6. und 15.6.2006. Auch in diesen Untersuchungen werden positive Berichterstattungen von Sicherheitsthemen (Rechtsextremismus, Rassismus, Hooliganismus, Sicherheitsdienste, Polizei) festgestellt. Das Themenfeld Terrorismus wird allerdings in dieser Studie nicht berücksichtigt. In den untersuchten Berliner Zeitungen wird insbesondere die präventive Polizeiarbeit lobend erwähnt (ebd., S. 130). Der hannoverschen Berichterstattung wird eine leicht verzerrte

Darstellung bescheinigt, da diese weder auf die Arbeit von internationalen FanbetreuerInnen, noch auf spezielle Serviceangebote für Fans und WM-TouristInnen (z. B. den Fan Guide, der u. a. Informationen über den Veranstaltungsort wie auch Telefonnummer von Ärztlichen Notdiensten, Polizei usw. enthält) eingehen. Darüber hinaus wird hier nur in geringem Umfang über die Arbeit der Polizeiverbindungsbeamten berichtet, die jedoch erheblich zur Verhaltenssicherheit der ausländischen Gäste beigetragen hätten, wie die Erhebungen zeigten (ebd., S. 132). Der WM Evaluationsbericht enthält auch eine Fragebogenstudie, die Aspekte von Sicherheit erfasst. Demnach stimmt eine überwiegende Mehrheit von Befragten (1.338 Personen) den Aussagen zu, dass Gastfreundschaft die Verhaltenssicherheit von ausländischen Gästen erhöhe und sich diese daher nicht so leicht provozieren ließen (ebd., S. 61). Kritisch anzufragen ist allerdings, ob der verwendete Terminus „Verhaltenssicherheit“ für alle Befragten verständlich war.

III AUSWIRKUNGEN DER FUSSBALL-WM 2006 AUF KONTROLL- UND SICHERHEITSPOLITIKEN

5 Die Welt zu Gast in Hamburg

Die vorliegende Studie fragt nach den Effekten der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 im Hinblick auf Sicherheitsdebatten und -politiken. Hierbei wird eine stadträumliche Maßstabsebene betrachtet, die für die Umsetzung von entsprechenden Sicherheits- und Ordnungsmaßnahmen ebenso einschlägig ist, wie für die Durchführung der WM, die an Austragungsorten „stattfindet“. Die stadträumliche Perspektive ermöglicht ebenfalls die Untersuchung von Kontroll- und Sicherheitspolitiken im Kontext von bzw. im Wechselspiel mit Stadtentwicklungsprozessen. Als Untersuchungsort wird hier die Stadt Hamburg ausgewählt, die als Stadtstaat über mehr Gesetzgebungskompetenz als andere Austragungsorte der WM verfügt, die lediglich kommunale Entscheidungshoheit haben. Die stadstaatlichen Kompetenzen schlagen sich sowohl in der Gesetzgebung im Kontext städtischer Sicherheits- und Kontrollpolitiken bzw. -maßnahmen als auch in der Planung und Umsetzung von Stadtentwicklungsprozessen nieder. Dadurch wird eine umfassende Betrachtung der jeweiligen Aspekte und ihrer Wechselwirkungen möglich²⁹.

Der räumliche Fokus bei der Betrachtung von Kontroll- und Sicherheitspolitiken liegt im Folgenden auf den Gebieten der Hamburger Kernstadt („City“) und dem Stadtteil St. Pauli. Diese Gebiete sind im WM-Kontext die wichtigsten innerstädtischen Orte im Hinblick auf Rahmenveranstaltungen, Fan Fest und als touristische Anziehungspunkte³⁰. Zum Zeitpunkt der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 sind Stadtentwicklungsprozesse an dem Leitbild „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“ ausgerichtet, welches eine starke ökonomische Orientierung aufweist. Die Verknüpfung ökonomisch orientierter Stadtentwicklung mit Sicherheits-

²⁹ Ähnliche Rahmenbedingungen lassen sich ebenfalls am Austragungsort Berlin finden. Allerdings weist Berlin als Bundeshauptstadt sehr spezifische Sicherheitslagen bzw. Sicherheitsbedarfe auf, vor allem als Regierungs- und Parlamentssitz. Hierdurch hätte eine Fokussierung der Forschungsergebnisse auf das untersuchte Event erheblich erschwert werden können.

³⁰ Das WM-Stadion und sein Umfeld werden hierbei nicht berücksichtigt, da sich hier die Sicherheitsvorgaben nach dem Reglement der FIFA richten und sich das Stadion selbst nicht in einem innenstadtnahen Gebiet Hamburgs befindet. Direkte Auswirkungen auf städtische Sicherheitspolitiken ließen sich somit durch die Betrachtung des Stadionumfeldes nicht ermitteln.

und Ordnungsansprüchen zeigt sich im Kontext mit den Aufwertungsprozessen der Hamburger City, u. a. in der Forderung nach Bettelverboten. Neben den innerstädtischen Räumen der „Hamburger City“, die im Kontext der WM als touristischer Anziehungspunkt und Schauplatz von Rahmenveranstaltungen in das Event eingebunden sind, ist der Stadtteil St. Pauli als Ort des FIFA Fan Festes einer der zentralen WM-Orte in Hamburg. Dieser Stadtteil ist ebenfalls touristischer Anziehungspunkt, insbesondere die als „Amüsiermeile“ bekannte Reeperbahn. Gleichzeitig gilt St. Pauli als „Kriminalitätsbrennpunkt“, der seit Anfang 2006 polizeilich videoüberwacht wird. Im Folgenden werden zunächst grundlegende Informationen über das während der WM 2006 geltende Stadtentwicklungsleitbild sowie relevante Eckdaten für die städtische Entwicklung Hamburgs aufgeführt. Im Anschluss folgt eine Darstellung der Entwicklung von Hamburger Sicherheits- und Kontrollpolitiken seit den 1990er Jahren bis 2006.

5.1 Das Leitbild „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“

Das Senatsprogramm „Leitbild Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“ von 2002 stellt insofern eine Besonderheit dar, als es den in Deutschland demographisch bedingten Schrumpfungstendenzen ein auf Wachstum angelegtes Konzept entgegenstellt. Die folgenden Eckdaten sollen eine Einordnung der ökonomischen Rahmenbedingungen Hamburgs ermöglichen: Hamburg zählt zu den Großstädten mit durchschnittlicher ökonomischer Entwicklung und einer Verschuldung auf mittlerem Niveau (Prigge & Schwarzer 2006, S. 422f.), wobei die politisch-administrative Funktion als Stadtstaat als stabilisierendes Merkmal wirkt. Die Stadt verfügt über einen hoch differenzierten Arbeitsmarkt, profitiert von seiner geographischen Lage zwischen Weltwirtschaft und Nord- und Osteuropäischen Absatzmärkten als Hafenstadt und zieht Arbeitskräfte aus dem weiteren regionalen Umland an (ebd.). Die Schrumpfung der Industriebasis bewegt sich auf durchschnittlichem Niveau (von 30 auf 20%), während gleichzeitig ein starker Anstieg im Bereich der Unternehmensdienstleister zu verzeichnen ist. Im Trend lässt sich eine leichte Steigerung der Erwerbs- und Frauenerwerbsdichte nachweisen (ebd., S. 423), die Arbeitslosenquote beträgt 12% (ebd.) bei insgesamt 1,74 Millionen EinwohnerInnen (Stand: 12/2005, FHH 2007).

Das vom Hamburger Senat³¹ 2002 eingeführte Stadtentwicklungskonzept „Leitbild Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“ beinhaltet eine starke Orientierung an der Verwertbarkeit von städtischen Räumen und (Groß-)Projekten (z. B. „Hafencity“, „Perlenkette am Hafen“, „Leuchtturmprojekte“), die insbesondere Bedürfnisse von InvestorInnen und einkommensstarken ZuwanderInnen ansprechen sowie Standortvorteile in der Städtekonkurrenz schaffen sollen (Dettmann et al. 2006, S. 63). Entstanden ist das Leitbild auf Grundlage einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey & Company, die auf Basis von achtzig Interviews von WirtschaftsvertreterInnen und -verbänden (49%), VertreterInnen aus Kultur (8%) und Bildung (19%) sowie VertreterInnen aus Politik (12%) und Medien (12%) (Passlack 2006, S. 80, McKinsey 2001), zentrale Aspekte einer zukünftigen Stadtentwicklung herausarbeiten. Das Ergebnis dieser Studie („Hamburg Vision 2020“) wird fast unverändert als „Leitbild Wachsende Stadt“ übernommen. Die Kritikpunkte an diesem ökonomisch orientierten Leitbild beziehen sich insbesondere auf folgende Punkte (u. a. Zukunftsrat Hamburg 2002): Erstens wird das Entstehungsverfahren des Leitbildes aufgrund mangelnder Beteiligungsmöglichkeiten städtischer Akteure und NROs kritisiert. Zweitens wird die Konzentration auf ökonomische Wachstumsziele im Widerspruch zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung gesehen. Drittens bezieht sich die Kritik auf fehlende Beteiligungsmöglichkeiten einer breiten Öffentlichkeit an Stadtplanungsprozessen (Peters et al. 2006, S. 94, Ache 2004, S. 324, Treger 2003). Im Leitbild ist eine Beteiligung im Rahmen von Foren mit beratender Funktion wie dem „Forum Wachsende Stadt“ vorgesehen. In diesen wirken ausgewählte VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Gewerkschaften, Sport, Kirchen, Verbänden als Repräsentanten des öffentlichen Lebens mit Multiplikatorenfunktion (FHH 2002, S. 22f.).

Bereits seit den 1990er Jahren lässt sich in Hamburg ein Trend zu einer projektorientierten Stadtentwicklung erkennen, die sich auf einzelne (prestigeträchtige) Interventionen und „Big Events“ bezieht und gleichzeitig eine Abkehr von den traditionellen umfassenden, langfristigen Planungswerken darstellt (Mayer 2004, S. 135f.). Städtebauliche Großprojekte dienen damit auch in Hamburg als Mittel zur Imagesteigerung mit der die Stadtpolitik Modernität und Aktualität im städtebaulichen und planerischen Diskurs demonstrieren will (Oßenbrügge et al. 2004, S. 53). Diese Akzentsetzung findet sich ebenfalls im Leitbild Wachsende Stadt wieder (Bauriedl 2006, S. 98). Im innerstädtischen Raum wird das Ziel verfolgt, durch eine Funktionsmischung von Gewerbe und hochwertigem Wohnraum eine verstärkte Innenent-

³¹ In der 17. Legislaturperiode (2001 - 2004) regierte in Hamburg die sog. „Bürgerkoalition“, bestehend aus CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive („Schill-Partei“) und FDP. Nach Neuwahlen durch den Bruch der Koalition regierte in der darauf folgenden Legislaturperiode (2004 - 2008) die CDU mit absoluter Mehrheit.

wicklung zu erreichen. Hierbei soll durch Maßnahmen wie Sanierungen, Modernisierung und der Nutzung innerstädtischer (ehemals gewerblicher) Brachflächen die Attraktivität innerstädtischer Wohnquartiere und die ökonomische Verwertbarkeit dieser Flächen gesteigert werden. Dazu zählt auch, die befürchtete und stattfindende Abwanderung von jungen und finanzstarken Familien an den Stadtrand (und damit der Einkommenssteuer in ein anderes Bundesland) zu verhindern bzw. diesen Prozess teilweise wieder rückgängig zu machen (vgl. Läßle 2004, S. 62; Siebel 2000, S. 34). Dieser Prozess ist in Hamburg bisher allerdings durch positive Fernwanderungssalden ausgeglichen worden (Oßenbrügge et al. 2004, S. 44).

5.2 Kontroll- und Sicherheitspolitiken in Hamburg

In der Hamburger Sicherheitsdebatte und -politik finden sich seit Mitte der 1990er Jahre Konzepte, die teilweise von der Broken-Windows-Theorie inspiriert sind (Häfele 2006, S. 110ff.). Dies zeigt sich durch argumentative Verknüpfungen von Ordnungswidrigkeiten, wie „littering“ (d. h. Verschmutzungen durch Wegwerfen von z. B. Verpackungsbehältern) und der Anwesenheit von unerwünschten Personengruppen sowie Kriminalitätsdelikten. Aus den Reihen innerstädtischer Geschäftsleute und -verbände gibt es seit mehreren Jahren verstärkte Bestrebungen, bestimmte Nutzungs- und Ordnungsvorstellungen in der „Hamburger City“ durchzusetzen. Diese beziehen sich sowohl auf bauliche Gestaltungen des an die Geschäfte angrenzenden öffentlichen Raumes als auch auf dessen Nutzung von Personengruppen wie Obdachlose, Drogenabhängige, Punks etc. Bereits 1994 fordert der Vorsitzende der Douglas Holding, Jörg Kreke, die Stadt (erfolglos) auf, dem Einzelhandel das Hausrecht in Fußgängerzonen und Einkaufsstraßen einzuräumen, *„um in eigener Regie gegen Kriminalität, Rüpeleien, Verunreinigungen und andere Auswüchse vorgehen zu können“* (zit. nach Brunst 2004). Zwei Jahre später legt der damalige Innensenator Hartmut Wrocklage einen Senatsdrucksachenentwurf mit dem Titel „Maßnahmen gegen die Unwirtlichkeit der Stadt“ vor, der u. a. eine weitgehende Vertreibung von Obdachlosen und BettlerInnen aus der Hamburger Innenstadt vorsieht. Dieser Vorschlag wird allerdings aufgrund der heftigen Kritik von u. a. karitativen Verbänden, Sozialeinrichtungen und PolitikerInnen aller Parteien noch vor der Abstimmung zurückgezogen. Auch spätere Vorstöße mit ähnlichem Inhalt lassen sich politisch nicht durchsetzen (Häfele & Schlepper 2006). Dies bedeutet allerdings nicht, dass Angehörige „unerwünschter“ Personengruppen in Hamburg nicht von Vertreibungspraktiken betroffen wären.

Mit der Entscheidung der Hamburgerischen Bürgerschaft vom 26.11.1997 über ein koordiniertes Handlungskonzept für die Gegend um den Hamburger Hauptbahnhof (der sich in unmittelbarer Nähe zum innerstädtischen Geschäfts- und Einkaufsviertel befindet und der selbst eine Einkaufspassage beinhaltet) sollen Drogenabhängige, -dealer und Obdachlose aus der Umgebung des Bahnhofes ferngehalten werden. Das Handlungskonzept setzt dabei auf repressive Maßnahmen der Verdrängung durch polizeiliche und private Sicherheitskräfte. Hierbei werden insbesondere die Verstärkung der Polizeikräfte (auch Zivilbeamte), die Einrichtung einer Ermittlungsgruppe der Rauschgiftabteilung des LKA sowie eine ständige Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsdiensten, vor allem der „3-S Zentrale“ (Sauberkeit, Sicherheit, Service) der deutschen Bundesbahn und dem Sicherheitspersonal des öffentlichen Nahverkehrs (Hamburger U-Bahn-Wache und die S-Bahn-Wache) angewendet. Sozialpädagogische Maßnahmen, wie etwa eine Verstärkung der (Straßen-)Sozialarbeit finden sich in diesem Konzept nicht. Zuvor war bereits das an den Hauptbahnhof angrenzende Stadtviertel St. Georg Ziel von verstärkten Kontrollmaßnahmen, um die dortige Drogenszene zu vertreiben und die Lebensqualität der BewohnerInnen und BesucherInnen zu steigern. Ein entsprechendes Maßnahmenpaket beinhaltet die Erweiterung der bestehenden Platzverweise um Aufenthaltsverbote bis zu sechs Monaten Dauer (Krasmann & de Marinis 1997, S. 166). Trotz der sehr intensiven Anwendung der Maßnahmen³², bleibt der erhoffte Erfolg aus und die Drogenszene weiter im Stadtbild sichtbar³³. Ähnliche Entwicklungen und Debatten finden sich zeitnah auch in vielen anderen deutschen Großstädten (vgl. Kapitel 3).

Im Vorfeld des Bürgerschaftswahlkampfes 2001 wird Innere Sicherheit zum zentralen Thema in Hamburg. Dies hat vor allem zwei Gründe: Erstens ist Innere Sicherheit deutschlandweit ein wichtiges und intensiv massenmedial aufgegriffenes Themenfeld, zweitens positioniert sich im Wahlkampf die neue Partei Rechtstaatlicher Offensive (auch „Schill-Partei“) mit einer intensiven Kampagne für die Verschärfung von Kontroll- und Sicherheitspolitiken. Dabei verstärken sich die medialen Darstellungen Hamburgs als „Hauptstadt des Verbrechens“ und

³² „Zwischen dem 1. Mai 1995 und dem 28. Februar 1998 wurden nicht weniger als 196.418 (!) Platzverweise, 9830 Ingewahrsamnahmen und 86 Aufenthaltsverbote für jeweils sechs Monate verhängt“ (Simon 2001, S. 145).

³³ Hinsichtlich der Wirkung der Maßnahmen zieht der Hamburger Senat eine ernüchternde Bilanz: „Trotz dieser Maßnahmen des polizeilichen Handlungskonzeptes konnte die Drogenszene (die der Senat in zunehmender Weise mit der Wohnungslosenszene vermischt sieht, was auch der Einschätzung der Sozialen Arbeit entspricht; Anm. von Simon) in St. Georg weder beseitigt noch unsichtbar gemacht werden, obwohl die Polizei ihren Einsatz ständig gesteigert hat“ (Senat der Hansestadt Hamburg 1998, S.12 zit. nach und mit Anmerkung von Simon 2001, S. 145)

„gefährlichste Metropole Deutschlands“ (u. a. Focus Nr. 24 vom 11.6.2001)³⁴ und die politische Forderung nach „hartem Durchgreifen“ (die sich allen Parteien finden lassen) gegenseitig³⁵: Die Besonderheiten dieses Wahlkampfes und der nachfolgenden Innenpolitik können und sollen an dieser Stelle nicht im Detail aufgearbeitet werden. Allerdings lässt sich feststellen, dass die Forderungen nach einer Verstärkung von Sicherheits- und Kontrollpolitiken bzw. -maßnahmen (die v. a. von der Schill-Partei forciert werden) überwiegend auf einer selektiven Interpretation von Kriminalstatistiken beruhen, die in der Hamburger Berichterstattung weitgehend rezipiert wird (vgl. Carini & Speit 2002). Dies führt im Vorfeld des Wahlkampfes zu einer starken Fokussierung der öffentlichen Debatte auf Themen der Inneren Sicherheit³⁶. Die politische und mediale Inszenierung von Kriminalitätsfurcht weist dabei eine enge Verbindung von Kriminalitäts- und Einwanderungsdiskursen auf. Dies drückt sich deutlich in Forderungen nach Abschiebung straffällig gewordener AusländerInnen (auch von Jugendlichen) und der Konstruktion von Kriminalitätsbrennpunkten in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil, die aus Gründen der Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung videoüberwacht werden sollen (Stürenburg 2002, S. 97ff.). Insgesamt lässt sich feststellen, dass durch die thematische Ausrichtung auf Innere Sicherheit in der politischen Auseinandersetzung und der späteren Regierungsbeteiligung der Schill-Partei eine Verstärkung des *punitive turns* in Hamburg stattgefunden hat. Damit verbunden ist eine „Renaissance des Strafrechts“ (Sack 2004), die einhergeht mit einer Betonung des Bestrafungsaspektes.

Im Folgenden soll auf zwei Punkte eingegangen werden, die im Hinblick auf die Kontrolle öffentlicher Räume besonders bedeutsam sind: die Einführung des städtischen bzw. bezirklichen Ordnungsdienstes und die Debatte um Kriminalitätsbrennpunkte. Im Jahr 2003 erfolgt in Hamburg im Zuge des „Handlungskonzeptes zur Sauberkeit der Stadt“ die Einrichtung eines gesamtstädtischen Ordnungsdienstes (SOD), der durch eine verstärkte Verfolgung von

³⁴ Die zugrunde liegenden Daten beziehen sich auf eine statistische Kriminalitätsbelastung pro 100.000 Einwohner, die auf Grundlage der begrenzt aussagekräftigen polizeilichen Kriminalitätsstatistik (vgl. Kap. 3) ermittelt werden und alle Formen der zur Anzeige gebrachter Straftaten enthalten, u. a. Wirtschaftskriminalität, Leistungsbetrug, Wohnungseinbrüche etc. Die Ableitung einer hohen Gefährdung der Öffentlichkeit aufgrund solcher undifferenzierten Daten entbehrt somit einer sachlichen Grundlage.

³⁵ „Die „Mobilisierung der Bürger durch Akteure des politischen Geschehens und die Medien“, folgert Reuband [Sozialwissenschaftler], habe die Hamburger ihrer inneren Sicherheit beraubt“ (aus: die Zeit 51/2002: Hauptstadt des Versprechens).

³⁶ So kann politischer Protest nur dann eine Wirkung entfalten, wenn er massenmedial aufgegriffen wird (Schmitt-Beck 1990, S. 642).

Ordnungswidrigkeiten, die Sauberkeit und Sicherheit verbessern und die Verschmutzung von öffentlichen und privaten Flächen reduzieren soll (FHH Pressemitteilung vom 22.5.2005). Im März 2006 wird der Ordnungsdienst dezentralisiert und ist nun bei den jeweiligen Bezirken angegliedert und firmiert unter dem Namen BOD, d. h. Bezirklicher Ordnungsdienst. Die BODs sind dabei auch für die Überwachung des ruhenden Verkehrs zuständig. Zu den ahndungsfähigen Ordnungswidrigkeiten des Ordnungsdienstes zählen u. a. Verschmutzungen, aggressives Betteln, Lärmen, Urinieren, belästigendes Verhalten in der Öffentlichkeit und Graffiti-schmierereien, die mit Bußgeldern belegt sind (Häferle 2006, S. 111). So wird in Hamburg das Wegwerfen einer Zigarettenkippe oder Kaugummis mit einer Geldbuße in Höhe von 10€, einer Zigaretten-schachtel mit 30€ und wiederholtes Taubenfüttern mit bis zu 5.000€ geahndet (ebd.). Darüber hinaus sind die MitarbeiterInnen des BOD mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattet, d. h. sie dürfen Personalien feststellen, Platzverweise aussprechen und ggf. durchsetzen. Durch diesen Dienst wird eine Institution geschaffen, die die Durchsetzung von Ordnungsnormen im öffentlichen Raum verfolgt und dabei Bußgelder und Platzverweise als Verhaltenssanktionen einsetzt. Auch diese Maßnahme auf Ebene des Ordnungsrechts lässt sich als ein Ausdruck des punitive turns verstehen.

Nach dem vorzeitigen Ende der „Bürgerkoalition“ (CDU / Schill-Partei / FDP) im Jahr 2004 und der darauf folgenden CDU-Alleinregierung bleibt Innere Sicherheit ein präsentenes politisches Thema. Ein Schwerpunkt in der öffentlichen Debatte stellt dabei die Auseinandersetzung um eine „Gettoisierung“ von Stadtteilen und um „Kriminalitätsbrennpunkte“ dar³⁷. Hierbei dient die Konstruktion „gefährlicher Räume“ als Legitimation für eine Verstärkung von Überwachungs- und Kontrolltechniken. Der Stadtteil St. Pauli gilt hierbei als einer der Problemstadtteile in Hamburg, sowohl hinsichtlich der Kriminalitätsbelastung wie auch als „sozialer Brennpunkt“ (worunter Aspekte wie hoher Ausländeranteil, geringes Einkommens- und Bildungsniveau, hohe Arbeitslosigkeit etc. zählen³⁸). Gleichzeitig ist St. Pauli als „Ausgeh-

³⁷ Die Debatte wird parallel auch in anderen Städten und auch auf Bundesebene geführt. Hierbei fordern v. a. Unionspolitiker dazu auf, die Bildung von „Ausländerghettos“ und „Parallelgesellschaften“ zu bekämpfen. Einer der Hauptauslöser ist die Aussage des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble, der in einem Interview davon spricht, dass bereits Teile von Vierteln in deutschen Großstädten verslumpet seien. Dabei nennt er auch Hamburg-Billbrook und Berlin-Neukölln (Berliner Zeitung vom 9.4.2006). Diese Äußerungen werden auch von der regierenden Hamburger CDU zurückgewiesen (Hamburger Abendblatt vom 11.4.2006).

³⁸ Die Definition von sozialen Brennpunkten geht auf den Deutschen Städtetag zurück: Deutscher Städtetag. (Hg.). (1979). *Hinweise zur Arbeit in sozialen Brennpunkten*, DST-Beiträge zur Sozialpolitik, Reihe D (10). Köln.

viertel“ ein touristischer Anziehungspunkt, insbesondere im Umfeld der als Amüsiermeile bekannten Straße Reeperbahn. Diese wird seit März 2006 mit zwölf Kameras polizeilich videoüberwacht. Die Begründung für diese Maßnahme führt folgende Aspekte auf:

- „Mit Abstand höchste Belastung mit Delikten.
- Überwiegend Taten unter Drohung oder Anwendung von Gewalt; von Bedrohungen bis hin zu Rauben und Körperverletzungen.
- Besonders große Gefahr eskalierender Sachverhalte aufgrund der Rahmenbedingungen (Alkohol- und Drogenkonsum pp.).
- Die Reeperbahn ist eine Visitenkarte Hamburgs, die Sicherheit der Besucher prägt u. a. das Bild der Stadt.
- Während der WM 2006 wird St. Pauli und insbesondere die Reeperbahn noch stärker frequentiert werden.
- Der Umbau des Spielbudenplatzes wird zusätzliche Veranstaltungen und Besucher in diesen Bereich bringen“ (FHH Pressemitteilung vom 6.9.2005).

Ermöglicht wird die Videoüberwachung, neben einer Reihe anderer Maßnahmen, durch die Einführung des neuen Polizeigesetzes 2005. Die Legitimierung des neuen Gesetzes verweist sowohl auf technische Neuerungen, neue Anforderungen in der Bekämpfung von Kriminalität und mit der Durchführung von Großevents: „[...] *auch bei Großveranstaltungen wie der anstehenden Fußball-Weltmeisterschaft ist die Polizei nun besser gerüstet*“ (FHH Pressemeldung vom 9.6.2005).

Der Zusammenhang der Konstruktion von gefährlichen Orten bzw. „Kriminalitätsbrennpunkten“ mit der Forderung nach mehr Überwachung ist auch Gegenstand einer Hamburger Studie zu Videoüberwachung. Ein Ergebnis ist hierbei, dass Menschen aus unterschiedlichen Hamburger Stadtteilen sich im Hinblick auf ihre Einschätzungen über die Gefährlichkeit von Hamburger Vierteln stark unterscheiden. Insgesamt kommt die Studie zu dem Fazit: „*Es ist [...] anzunehmen, dass weniger die eigenen Erfahrungen mit diesen Stadtteilen maßgeblich für die positiven oder negativen Einstellungen sind, sondern dass das generelle Verständnis von Stadt und von Vielfalt sowie Diskurse um Sicherheit eine Rolle spielen - und entscheidend auch, wie und wo man wohnt*“ (Zurawski 2006, S. 2). Dieses Ergebnis fordert eine kritische Betrachtung von Kriminalitätsfurcht, welches in politischen Debatten häufig ein wichtiges Argument für die Ausweitung von Sicherheitsmaßnahmen darstellt. Inwieweit Videoüberwachung Thema während der Fußball-WM in Hamburg ist, wird im Rahmen der eigenen empirischen Erhebungen untersucht.

Untersuchungsort Hamburg

Zwei weitere Neuerungen im Polizeigesetz von 2005 weisen einen Bezug zur Fußball-Weltmeisterschaft auf. Eine bezieht sich auf die Verlängerung von Aufenthaltsverboten und die andere auf eine Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams. Bei beiden Maßnahmen werden auch Hooligans als Legitimation aufgeführt:

- „Das Aufenthaltsverbot für Personen, die die Bevölkerung gefährden (Drogendealer, Hooligans, Täter aus dem Bereich der häuslichen Gewalt) bis maximal 12 Monate.
- Der verlängerte Unterbindungsgewahrsam bis zu maximal 2 Wochen für Personen, die für die Bürger gefährlich sind (zum Beispiel gefährliche Hooligans, bei denen andere Maßnahmen nicht greifen)“ (FHH Pressemitteilung vom 6.9.2005).

Die Bilanz der Hamburger Polizei und des Verfassungsschutzes zur Fußball-WM 2006 ist Bestandteil der eigenen Untersuchungen (Kapitel 9).

Zusammenfassend lässt sich in Hamburg eine Zunahme von Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen beobachten, die einhergeht mit Verdrängungsprozessen von Randgruppen aus innerstädtischen Räumen. Neben politischen sind es vor allem auch ökonomische Interessen, die Ordnungsbedürfnisse und Ansprüche an Gestaltungen von öffentlichen Räumen prägen. In diesem Sinne übt eine ökonomisch orientierte Stadtentwicklung, wie sie im Rahmen des Leitbildes „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt“ umgesetzt wird, Einfluss auf Sicherheits- und Kontrollpolitiken aus. Inwieweit dabei Großevents zu einer Dynamisierung solcher Tendenzen beitragen können, ist Gegenstand der eigenen Erhebungen, die in den folgenden Kapiteln dargestellt werden.

6 Untersuchungsaufbau

Im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, welche Auswirkung die Durchführung der Fußball-Weltmeisterschaft auf die Stadt Hamburg, vor allem auf den urbanen Sicherheitsdiskurs hat bzw. welche Sicherheits- und Ordnungsthematiken im Kontext des Events sichtbar werden. Ziel ist es, Aussagen über die diskursiven Herstellungsweisen von Sicherheit und Unsicherheit im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 zu machen und die möglichen Auswirkungen von eventbezogenen Sicherheitsdiskursen auf den Untersuchungsort Hamburg darzustellen. Ebenfalls sollen durch die Analysen Aussagen zu Legitimationsstrategien von Sicherheitspolitiken abgeleitet werden, die bisher im Kontext von Großveranstaltungen nicht systematisch untersucht worden sind. Der Untersuchung liegt dabei ein konstruktivistisches Verständnis von Sicherheit sowie ein soziales und materielles Verständnis von Raum zugrunde (vgl. Kapitel 1). Es wird davon ausgegangen, dass im Untersuchungsfeld des lokalen Sicherheitsdiskurses zur Fußball-WM 2006 bestimmte Sicherheitsvorstellungen von verschiedenen Akteuren diskursiv erzeugt werden. „Sicherheit“ und „Ordnung“ werden im Untersuchungskontext als gesellschaftlich hergestellte Konstrukte definiert, deren Entstehung eingebettet ist in spezifische Macht- und Wissenskomplexe.

Hierbei werden Sicherheits- und Ordnungsdiskurse im Kontext von Großevents als Prozess gesellschafts- und stadtpolitischer (Re-)Produktion betrachtet. Um Aussagen zu Problembezeichnungen und -deutungen von Sicherheitspolitiken im Kontext der WM 2006 sowie deren (lokale und überregionale) Verknüpfungen bzw. Widersprüchlichkeiten herauszuarbeiten, wird hier ein diskursanalytischer Ansatz in Anlehnung an Foucault (1981) gewählt, der insbesondere die Herausarbeitung von dominanten und marginalisierten Diskursen und Diskursstrategien sowie Rückbezüge auf gesellschaftliche Nutzenfunktionen von Sicherheitslogiken ermöglicht. Dieser bezieht sich auf die Identifizierung von Regelmäßigkeiten innerhalb schriftlicher Aussagen, indem deren Ähnlichkeiten, Unterschiede, Verschiebungen sowie deren Wiederholbarkeit beschrieben werden.

Der empirische Ansatz der Untersuchung orientiert sich an der rekonstruktiven Diskursforschung, die versucht, intersubjektiv geteiltes Wissen in gesamtgesellschaftlich relevanten Debatten zu rekonstruieren (Keller 2004). Dabei wird eine interpretative Herangehensweise unter Verwendung von qualitativen Methoden der Sozialforschung gewählt. Die Untersuchung gliedert sich dabei in drei Teile: Zunächst werden die Ergebnisse von Interviews mit lokalen Akteuren dargestellt, die durch ihre beruflichen oder politischen Tätigkeiten mit der Fußball-WM in Hamburg befasst sind und somit im Untersuchungskontext als ExpertInnen gelten können. Diese werden im Vorwege der Fußball-WM 2006 mittels leitfadengestützter

Untersuchungsdesign

Experteninterviews (Gläser & Laudel 2006, Meuser & Nagel 2001) nach ihren Einschätzungen und Erwartungen im Hinblick auf Risikopotentiale, Sicherheitskonzeptionen und Stadtentwicklungsprozesse im Kontext des Events befragt. Hierdurch soll Spezialwissen ermittelt werden, welches den Befragten aufgrund ihrer spezifischen Berufs- bzw. Tätigkeitsfelder zur Verfügung steht. Der zweite Teil der empirischen Untersuchung besteht in einer Analyse der Berichterstattung in lokalen Tageszeitungen, die Aufschluss über die im öffentlichen Sicherheitsdiskurs auftretenden eventbezogenen Themenstellungen und ihren stadträumlichen Implikationen geben sollen. Unter dem Begriff „öffentlicher Diskurs“ wird hier in Anlehnung an Keller (2004, S. 64) ein Diskurs verstanden, der sich durch eine allgemeine Publikumsorientierung in einer massenmedial vermittelten Öffentlichkeit auszeichnet. Die Presseanalyse von drei Tageszeitungen aus verschiedenen Verlagshäusern und mit unterschiedlichen Lesegruppen wird über einen Zeitraum von über sechzehn Monaten durchgeführt. Der Analysezeitraum beginnt ein Jahr vor der WM, mit dem Beginn des Confederation Cups, der auch in organisatorischer Hinsicht als Probelauf für die Fußball-Weltmeisterschaft gilt und endet drei Monate nach deren Ende, um so mögliche Folgewirkungen des Events berücksichtigen zu können. Der dritte Teil der empirischen Untersuchung besteht in einer Analyse von staatlichen und kommunalen Dokumenten und Publikationen, die sich mit der Sicherheitslage und mit Sicherheitskonzepten zur Fußball-WM 2006 befassen. Hierzu zählen sowohl Dokumente, die sich direkt mit der Fußball-WM befassen, wie das Nationale Sicherheitskonzept zur FIFA WM 2006 und der Abschlussbericht der Bundesregierung sowie darüber hinaus sicherheitsbezogene Publikationen, in denen die Fußball-WM unter einem Sicherheitsaspekt thematisiert wird, wie dem Verfassungsschutzbericht 2006 und dem Hamburger Polizeibericht 2006. Hierdurch sollen Bewertungen der Sicherheitslage im Kontext des Events seitens staatlicher Sicherheitsorgane untersucht werden sowie eine Darstellung von geplanten und umgesetzten Sicherheitsmaßnahmen möglich werden. Bei der Dokumentenanalyse, ebenso wie bei den Experteninterviews, handelt es sich um die Analyse von Spezialdiskursen (vgl. Keller 2004, S. 64), d. h. es werden Diskurse innerhalb von gesellschaftlichen Teilöffentlichkeiten betrachtet.

Die empirischen Analysen werden mittels qualitativ-inhaltsanalytischen Analyseverfahren durchgeführt. Diese zeichnen sich durch Gegenstandsorientierung, Offenheit und methodische Flexibilität aus, wodurch eine hohe Inhaltsvalidität und ein tiefer Informationsgehalt der Ergebnisse erreicht werden soll. Die Verwendung qualitativer Methoden bietet sich in diesem Untersuchungskontext an, da hier Zusammenhänge empirisch identifiziert und anschließend verallgemeinert werden sollen. Der Schwerpunkt liegt hierbei um das Beschreiben, Interpretieren und Verstehen von Zusammenhängen, die bisher noch nicht systematisch für diesen

Kontext untersucht worden sind. Die unterschiedlichen untersuchten Textsorten der Experteninterviews (Transkripte) und Presseanalysen (Presseartikel) werden mittels der Methode qualitativer Inhaltsanalyse nach Mayring (2008, Erstauflage 1983) ausgewertet, wobei aufgrund der Verschiedenheit des Materials modifizierte Zugänge, wie auch eine Ergänzung durch quantitative Verfahren, erforderlich sind. In den folgenden Kapiteln (7-9) werden die jeweils angewendeten methodischen Modifikationen im Vorwege dargestellt. Die qualitative Inhaltsanalyse wird vereinzelt als Auswertungsmethode bei Diskursanalysen hinsichtlich einer Beschränktheit durch eine zu enge kategoriale Haftung am Textmaterial kritisiert (vgl. Waldschmidt 2006). Dieser Kritik wird in der vorliegenden Arbeit dadurch Rechnung getragen, dass hier sowohl der medial-allgemeinöffentliche Diskurs, wie auch Spezialdiskurse untersucht werden. Darüber hinaus ist im Vorwege eine intensive Aufarbeitung von Forschungsständen und gesellschaftlichen Kontexten der Untersuchung erfolgt, die in die Interpretation der Ergebnisse einfließen. Die Vorteile der qualitativen Inhaltsanalyse und damit auch der Grund für die Auswahl dieser Analyseform liegen in der Produktion von hoch strukturierten Ergebnissen, die nicht nur detaillierte Aussagen zu diskursiven Praktiken³⁹ und Diskursstrategien sowie zu Akteurskonstellationen ermöglichen, sondern auch bei großen Textmengen gezielte Vergleiche zulassen. Bei der Dokumentenanalyse (Kapitel 9) wird eine verkürzte Form der Inhaltsanalyse durchgeführt, da die Textmenge hier im Gegensatz zu den beiden ersten Analysen erheblich geringer ist.

³⁹ „Diskursive Praktiken“ bezieht sich auf die Formen der Aussagenproduktion, die sich bspw. textförmig materialisieren (z. B. Presseerklärungen, Veröffentlichungen) (Keller 2004, S. 64)

7 Auswirkungen der Fußball-WM in Hamburg aus Sicht lokaler ExpertInnen

Bei einem internationalen Großevent wie der Fußball-Weltmeisterschaft, das sich durch eine Vielzahl von öffentlichen und publikumsstarken Veranstaltungen in verschiedenen Stadträumen auszeichnet, kommt lokalen Akteuren auf der Umsetzungsebene erhebliche Bedeutung zu. Daher liegt ein Schwerpunkt dieser Forschungsarbeit in der Durchführung und Analyse von Experteninterviews, um exemplarisch für Hamburg umfassende Erkenntnisse über deren Bewertungen und Einschätzungen im Hinblick auf Sicherheitsaspekte und Stadtentwicklung im Kontext der WM 2006 zu erhalten. Die befragten ExpertInnen handeln im Kontext der WM, was bedeutet, dass ihre Bewertungen und Einschätzungen sich in ihrem beruflichen Handeln niederschlagen. Einige der Befragten besitzen aufgrund ihrer Tätigkeitsfelder Einblick in WM-interne Planungen und Bewertungen. Die Interviews sollen neben der Erfassung von Einzelfällen auch dazu dienen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Bewertungen von verschiedenen ExpertInnen bzw. Berufsfeldern sichtbar zu machen. Damit soll auch ein Vergleich zwischen den Expertenmeinungen und den im folgenden Kapitel betrachteten Mediendarstellungen ermöglicht werden.

Inhaltlich lässt sich das Erkenntnisinteresse der Experteninterviews in folgende Bereiche untergliedern:

- Bedeutungen und Auswirkungen, die Großevents, insbesondere der Fußball-WM 06, für Hamburg zugeschrieben werden
- Generelle Bewertungen und Wahrnehmungen hinsichtlich der Präsentation und des Stadtmarketings Hamburgs im Kontext der WM
- Einschätzung der Auswirkungen des Events auf die Zugänglichkeit öffentlicher Räume in Hamburg (unter Berücksichtigung der Diskussion um ein innerstädtisches Betteilverbot)
- Einschätzung und Bewertung von Risiken und Sicherheit sowie umgesetzte und diskutierte Sicherheitsmaßnahmen in Verbindung mit der Fußball-Weltmeisterschaft
- Bewertung von Mediendarstellungen zum Themenfeld Sicherheit und WM in der Hamburger Presse
- Bewertung der Fußball-WM 2006 hinsichtlich ihres Potentials als Beschleunigungsfaktor oder Legitimation für Ordnungs- und Sicherheitsmaßnahmen

7.1 Untersuchungsdesign der Experteninterviews

Experteninterviews bieten sich hier bei der Auswahl der Interviewmethode an, da die Befragten aufgrund der Fragestellung alle entweder in ihrem beruflichen Kontext mit der Umsetzung von WM-Veranstaltungen (insbesondere des FIFA Fan Festes) beteiligt sind oder sich aufgrund von Stadtteilarbeit mit den lokalen Auswirkungen der Fußball-Weltmeisterschaft befassen. Der hier verwendete Expertenbegriff und die daraus abgeleitete Methodenwahl bezieht sich auf die folgende Definition von Gläser & Laudel (2006): *„Experten sind Menschen, die ein besonderes Wissen über soziale Sachverhalte besitzen, und Experteninterviews sind eine Methode, dieses Wissen zu erschließen“* (ebd., S. 10). Es werden in den Interviews daher nur Sachkontexte erhoben, für die die ausgewählten Personen Zugang zu besonderen Wissensbeständen aufweisen, während biographische oder ähnliche Daten für die Forschungsfragestellung als nicht relevant gelten und deswegen auch nicht erhoben werden. Damit folgt das Design der Definition von Meuser & Nagel (2001, S. 72): *„Im Unterschied zu anderen Formen des offenen Interviews bildet bei ExpertInneninterviews nicht die Gesamtperson den Gegenstand der Analyse, d. h. die Person mit ihren Orientierungen und Einstellungen im Kontext des individuellen oder kollektiven Lebenszusammenhangs“*.

Die Methode zeichnet sich auch durch ihre Offenheit gegenüber leitfadengestützten (halbstandardisierten) Verfahren aus und akzeptiert die Existenz von Vorannahmen über den Untersuchungsgegenstand. Diese Vorannahmen, durch (Vor-)Kenntnisse hinsichtlich des Forschungsstandes und der Formulierung des Forschungsinteresses definiert, bestimmen den Aufbau des Interviewleitfadens. Dabei dient der Leitfaden als Hilfestellung, bestimmte Themenfelder in den Interviews zu berücksichtigen, um die gewünschte Vergleichbarkeit von Einstellungen, Meinungen und Ansichten zu erlangen. Der Leitfaden wird je nach Gesprächsverlauf flexibel eingesetzt, dabei ist es methodisch nicht erforderlich (und für den Gesprächsfluss bzw. die Gesprächsatmosphäre in der Regel auch nicht wünschenswert), die einzelnen Fragestellungen Schritt für Schritt abzuarbeiten. Die Vorteile der Methode des leitfadengestützten Interviews liegen sowohl in der Herstellung vergleichbarer Ergebnisse, die durch die thematische Strukturierung durch den Leitfaden gesichert wird als auch in der Flexibilität, die den InterviewpartnerInnen ausreichend Raum gibt, eigene Schwerpunkte zu setzen und Gedankenschritte zu entwickeln. Damit wird eventuellen Informationsverlusten durch eine zu enge Vorstrukturierung vorgebeugt.

Die Analyse der Interviews wird nach der qualitativen Inhaltsanalyse von Mayring (2008) durchgeführt. Die Kombinierbarkeit von halbstandardisierten leitfadengestützten Experteninterviews mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ist aufgrund des ähnlichen Ver-

Experteninterviews

ständnisses qualitativer Forschungsparadigmen, insbesondere des Prinzips der Offenheit, gegeben (ausführlich vgl. Gläser & Laudel 2006). Auch Mayring (1993) betont für die qualitative Forschung die Zulässigkeit von Vorannahmen bzw. dem Vorhandensein von Theorien:

„Theorien, so wird häufig gesagt, würden das Material verzerren, den Blick zu sehr einengen, würden ein ‚Eintauchen in das Material‘ behindern. Begreift man jedoch Theorie als ein System allgemeiner Sätze über den zu untersuchenden Gegenstand, so stellt sie nichts anderes als die geronnenen Erfahrungen anderer über diesen Gegenstand dar. Theoriegeleitetheit heißt nun, an diese Erfahrungen anzuknüpfen, um einen Erkenntnisfortschritt zu erreichen“ (ebd., S. 43).

Die Erstellung eines Leitfadens muss sich an bestimmten Vorkenntnissen und Vorannahmen orientieren, ebenso wie die Auswahl von forschungsrelevanten ExpertInnen, die befragt werden sollen. Insofern bietet sich diese Auswertungsmethode an, da sie die vorherigen, vorstrukturierenden Arbeitsschritte in der Analyse mit aufgreift. Die qualitative Inhaltsanalyse von Mayring ist streng genommen ein Sammelbegriff für verschiedene Zugänge und Umgänge mit Textmaterial. In dieser Arbeit wird mit der zusammenfassenden Inhaltsanalyse gearbeitet, bei der das Ausgangsmaterial (d. h. die Transkriptionen der Interviews) in mehreren Schritten reduziert und auf die Ebene von Kategorien verdichtet wird. Diese Kategorien ermöglichen den Vergleich zwischen den verschiedenen Interviews.

Alle Interviews werden auf MiniDisc aufgezeichnet (nach Zustimmung der InterviewpartnerInnen), anschließend transkribiert und die Tonträger wieder gelöscht, um die vereinbarte Anonymität der Interviewten zu gewährleisten. Bei der Transkription wird auf die Erfassung von Lautmalereien („äh’s“ und „öh’s“) ebenso verzichtet wie auf nonverbale Äußerungen (wie Kopfschütteln, Nicken). Für den Fall, dass ein Interviewpartner lediglich nonverbal auf eine Frage antwortet, wird im Interview entsprechend nachgefragt, um eine verbale Äußerung aufzeichnen zu können⁴⁰. Das Textmaterial der Transkriptionen wird anschließend gemäß der zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse von Mayring (2008) in mehreren Schritten reduziert, bis die Aussagen auf kurze, prägnante Begriffe zusammengefasst sind, die dann Kategorien zugeordnet werden. Diese Kategorien ergeben sich teilweise aus der Verwendung des Leitfadens (deduktive Kategorienbildung), weitere Kategorien werden aus dem Textmaterial heraus gebildet (induktive Kategorienbildung).

Vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 sind insgesamt dreizehn Experteninterviews geführt worden. Die ausgewählten Personen sind entweder alle (mit einer Ausnahme) aus

⁴⁰ (z. B. Kopfschütteln als Antwort. Nachfrage: Sie würden da also nicht zustimmen? Antwort: Nein, da kann man nicht zustimmen.)

Experteninterviews

beruflichen Gründen mit der Umsetzung oder Planung von WM-Veranstaltungen betraut oder ihr Arbeitsbereich wird durch Thema Fußball-WM beeinflusst. Eine befragte Person beschäftigt sich aufgrund ehrenamtlicher (politischer) Tätigkeiten mit dem Themenbereich WM.

Aus dem Bereich Sicherheit (3 Personen) befassen sich alle Befragten im beruflichen Kontext unmittelbar mit der Fußball-Weltmeisterschaft in Hamburg: Zwei davon für die Polizei und einer als Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsunternehmens.

In dem Bereich Sport (5 Personen) befinden sich 3 MitarbeiterInnen aus dem Bereich Fanarbeit (diese werden in der Analyse gesondert aufgeführt) sowie jeweils ein Vertreter aus dem Bereich FIFA WM (Marketing & Public Viewing) und aus dem Bereich lokaler Breitensport (Hamburger Sportbund).

Die Stadteilakteure (5 Personen) arbeiten alle in Projekten im unmittelbaren Umfeld des Fan Festes (Heiligengeistfeld, St. Pauli). Zwei davon sind in dem Bereich Stadtteilentwicklung tätig und jeweils eine Person in einem Stadtteilprojekt, in der politischen Stadtteilarbeit und im Bezirksamt Hamburg Mitte.

Der Erhebungszeitraum der Interviews liegt zwischen dem 7.3.06 und 23.5.06, die Gespräche sind überwiegend in den jeweiligen Arbeitsräumen (in zwei Fällen in den jeweiligen Privaträumen) der Befragten durchgeführt worden. Die Interviewdauer beträgt zwischen fünfundvierzig Minuten und neunzig Minuten, wobei die durchschnittliche Interviewdauer bei ca. sechzig Minuten liegt.

Der Aufbau des Leitfadens orientiert sich an den bereits dargestellten Erkenntnisinteressen. Die Interviews beginnen mit der Frage nach eigenen Besuchen von WM-Veranstaltungen. Der erste Teil der Interviews behandelt den Komplex (tourismus-)wirtschaftliche Auswirkungen und Imagebewertungen in Hamburg. Dafür werden die Interviewten gebeten, das Motto der WM 2006 „Die Welt zu Gast bei Freunden“ und das (Werbe-)Image von Hamburg im Kontext der WM zu bewerten sowie die Auswirkungen der WM auf den Tourismus in Hamburg einzuschätzen. Der zweite Teil befasst sich mit Fragen zur Stadtentwicklung (gesamstädtisch und Umgebung des FIFA Fan Festes) im Kontext von Großevents (im Allgemeinen und auch speziell zur WM 06) sowie deren möglichen Auswirkungen auf die Zugänglichkeit öffentlicher Räume in Hamburg. Letzteres wird auch unter dem Aspekt eines von Teilen des Hamburger Einzelhandels im Vorfeld der WM geforderten Bettelverbotes in der Hamburger Innenstadt betrachtet. Der dritte und Hauptteil der Experteninterviews beschäftigt sich mit dem Themenkomplex Sicherheit sowohl in gesamtstädtischen Kontext wie auch im Umfeld

Experteninterviews

des Fan Festes. Dabei wird nach Einschätzungen zu Risiken und Gefahren in Hamburg durch die Fußball-WM gefragt und den aus Expertensicht erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen gegen die genannten Risiken, nach einer Bewertung der Videoüberwachung auf der Reeperbahn (inwieweit diese Straftaten und ggf. welche Art von Taten im Kontext der WM verhindern kann) und nach der erwarteten Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen im Kontext von Großevents sowie nach einer Bewertung der Diskussion um einen Einsatz der Bundeswehr während der WM. Darüber hinaus werden die ExpertInnen gebeten, die Darstellung des Themenbereiches WM und Sicherheit der Presse zu bewerten und dabei anzugeben, welche Themen ihnen in der Berichterstattung aufgefallen sind. Auf das Fan Fest beziehen sich die Fragen nach erwarteten Delikten und potentiellen TäterInnen auf dieser Veranstaltungsfläche und den angrenzenden Vierteln, die Einschätzung der eigenen Gefährdung bei einem (potentiellen) Besuch des Fan Festes, nach möglichen Auswirkungen von Sicherheitsmaßnahmen auf AnwohnerInnen sowie nach erhöhten Gefahren bei der Übertragung von bestimmten Spielen (Risikospiele).

7.2 Ergebnisse der Experteninterviews

Um den Qualitätsanforderungen qualitativer Forschung zu genügen, ist es für die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse von qualitativ ausgewerteten Interviews und den daraus abgeleitete Schlussfolgerungen notwendig, die Ergebnisse zunächst ausführlich und kleinteilig darzustellen und anhand von entsprechenden Interviewauszügen zu belegen bzw. zu verdeutlichen. Der Nachteil dieser Darstellungsform liegt allerdings in einer eher sperrigen Lesbarkeit des Textes, daher werden die Ergebnisse anschließend in einer komprimierten Ergebnisdarstellung zusammengefasst und unter Berücksichtigung der jeweiligen Forschungsstände bewertet. Dabei werden auch Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten in den Bewertungen zwischen den ExpertInnen bzw. Expertengruppen analysiert.

7.2.1 Aussagen zu Großevents, Fußball-WM und Stadtentwicklung

Die Eingangsfrage nach einem geplanten eigenen Besuch des Fan Festes oder von anderen Rahmenveranstaltungen soll den Einstieg in die Interviewsituation erleichtern, ans Themenfeld heranführen und die GesprächspartnerInnen zum freien Erzählen ermutigen. Die Antworten zeigen, dass das Interesse an Fußball bei den Befragten sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Vier der fünf Stadtteilakteure äußern, generell kein Interesse an Fußball und entsprechenden Veranstaltungen zu haben. Bei den restlichen Akteuren reichen die WM bezogenen Fußball-Präferenzen vom gemeinsamen Fernsehen im Freundes- bzw. Bekanntenkreis über den beabsichtigten Besuch kleinerer stadtteilbezogener Veranstaltungen bis hin zu geplanten Besuchen des Fan Festes. Überwiegend beabsichtigen die Befragten nur einen beruflichen Besuch des Fan Festes oder anderer WM-Rahmenveranstaltungen. Als Grund wird ein generell mangelndes oder geringes Interesse an Massenveranstaltungen genannt oder auf die berufliche Einbindung in die Veranstaltungen verwiesen, durch die ein rein privater Besuch gar nicht möglich sei.

Das Motto der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 wird von fast allen Interviewten als Werbe-slogan ohne ernsthaften inhaltlichen Hintergrund gewertet. Dabei wird die Aussage des Mottos „Die Welt zu Gast bei Freunden“ unterschiedlich bewertet. So sehen mehrere der InterviewpartnerInnen in dem Motto eine Aufforderung an die Bevölkerung, die BesucherInnen und TouristInnen gastfreundlich zu empfangen und damit dem „unfreundlichen“ Image Deutschlands zu begegnen. Ein Teil der Befragten spricht dem Austragungsort Hamburg gute Chancen zu, das Motto mit Leben zu füllen. Hierbei werden verschiedene Argumente angeführt: Zwei Befragte (Fanbetreuung, Sport) erklären, dass Hamburg eine günstige Sonderstellung bei der Umsetzung des Mottos habe, zum einen da Hamburg mit dem

Experteninterviews

Stadtmotto „Das Tor zur Welt“ das Image einer weltoffenen Stadt anstrebe, zum anderen weil die Hamburger Bevölkerung besonders sportbegeistert sei, was sich bei Veranstaltungen (25.000 BesucherInnen bei der Übertragung der Entscheidung für den deutschen Kandidaten als Austragungsort der Olympischen Spiele, bei der sich auch Hamburg beworben hatte) immer wieder zeige. Als weiteres Argument wird angeführt, dass in Hamburg als multikulturelle Stadt das WM-Motto bereits gelebt werde.

Also im ersten Moment empfinde ich das eher als Werbeslogan. Ich finde, dass Hamburg grundsätzlich so eher einen multikulturellen Ansatz hat, weil sowieso viele Ethnien in Hamburg leben und darüber hinaus auch viele Touristen jede Saison in Hamburg sind, dementsprechend „zu Gast bei Freunden“ finde ich schon eher selbstverständlich so [...] (INT 13 Sicherheit).

In der Übertragung jetzt auf Hamburg finde ich es aber durchaus für die Stadt eine Herausforderung, da ja die Stadt selbst noch sehr viel länger die Überschrift mit sich trägt „Das Tor zur Welt“ zu sein, also eine internationale Hafenmetropole zu sein, weltoffen zu sein und in der Verknüpfung dieser beiden Claims ist schon unser Bemühen, die Stadt zu überzeugen, auch ein Stück weit zu drängen, dieses Motto oder beide Mottos mit Leben zu füllen. Und es sind schon ein paar Anstrengungen hier da oder eine Reihe von Anstrengungen, die das auch ernst nehmen und die sich sicher positiver abheben vom Rest der WM in Deutschland (INT 7 Fanbetreuung).

Die befragten FanbetreuerInnen weisen in ihren Antworten im Vergleich zu anderen Befragten einen höheren Differenzierungsgrad auf. So wird einerseits die grundsätzliche Förderungswürdigkeit und auch Glaubwürdigkeit des Mottos betont, andererseits die Befürchtung geäußert, dass die Durchführung der WM diesem widersprechen könnte. Hier werden sowohl der Aspekt der Kommerzialisierung seitens der Veranstalter (FIFA) als auch Sicherheits- und Ordnungsaspekte („übersteigertes Sicherheits- und Ordnungsbedürfnis“) angeführt.

Also das ist aus professioneller Perspektive natürlich wichtig, dieses Motto zu fördern, weil es auch von den Grundsätzen unserer Arbeit her einfach ein ganz wichtiger und grundlegender Bestandteil ist, also gerade auch im Ligaalltag und weil die Atmosphäre ganz wesentlich davon geprägt werden wird, wie die lokale Bevölkerung es mit trägt (INT 5 Fanbetreuung).

Und ich glaube auch, dass das ernst gemeint wurde oder ernst gemeint wird, aber die Realität in Deutschland und politischer Druck sieht dann im Effekt für mich, also Kommerzialisierung durch die FIFA und auch ein übersteigertes Sicherheitsbedürfnis und Ordnungsbedürfnis und zwar Sicherheit im reinen Sinne von polizeilicher Sicherheit und technischer Prävention, dass im Effekt das nicht so aussehen wird wie z. B. bei der Fußball-Europameisterschaft 2004 in Portugal, wo dieses Motto sehr lebendig war (INT 7 Fanbetreuung).

Experteninterviews

Eine Stadtteilakteurin wertet das Motto als Ausblendung der Realität und führt als Argument rassistische Überfälle von Neonazis an:

Also was ich sofort damit verbinde und was mir einfällt ist grad wieder dieser letzte Übergriff in Potsdam, wo Neonazis einen wieder niedergeschlagen haben und der jetzt immer noch im Koma ist. Und da finde ich, da ist so eine fürchterliche Ironie mit diesem „zu Gast bei Freunden“, weil das einfach ganz oft passiert. [...]Und ich finde, dass dieser Spruch, der denn da benutzt wird, ist ganz stark auf so ein Image schaffen wollen, Deutschland ist freundlich, aber einfach völlig ausblenden, was wirklich teilweise passiert (INT 9 Stadtteil).

Ein WM-spezifisches Werbeimage der Stadt Hamburg ist keinem der Befragten geläufig. Dieses Fehlen einer gezielten Imagekampagne bzw. der Nutzung der WM für ein Stadtmarketing Hamburgs, wird von einigen ExpertInnen als vergebene Chance beurteilt. Hierbei werden auch Parallelen zu der gescheiterten Bewerbung Hamburgs um die Austragung der Olympischen Spiele gezogen:

Hamburg hat es verschlafen, sich selbst zu repräsentieren und zu sagen und außerdem wenn ihr schon in Hamburg seid, in Hamburg gibt es auch noch eine WM, da könnt ihr auch noch hingehen. [...] Die Hamburg Werbung, die damit ja eigentlich beauftragt ist, hat es verschlafen. Das Problem hatten wir eigentlich schon, was ja gescheitert ist, bei der Olympia Bewerbung (INT 12 Sicherheit).

Auf der Ebene des allgemeinen Hamburger Stadtmarketings werden überwiegend die Begriffe „maritim“ (auch: „viel Wasser“, „Hafenstadt“, „Alster, Elbe“) und „weltoffen“ („tolerant“, „international“, „mehrsprachig“) genannt, seltener wird der Faktor „sauber & sicher“ erwähnt. Der Faktor „maritim“ wird dabei verbunden mit einem hohen touristischen und Freizeitwert Hamburgs (Alster, Elbe) sowie Großevents wie den „Queen Mary Days“ (was das ca. jährliche Ein- und Auslaufen des Kreuzfahrtschiffes in den Hamburger Hafen meint und tausende von ZuschauerInnen anlockt). Der zweite genannte Aspekt „weltoffen“ findet sich, wie bereits erwähnt, im Stadtslogan „Tor zur Welt“ wieder und soll auf eine internationale und tolerante Ausrichtung der Hafenstadt Hamburg hinweisen. Meist kritisch gewertet wird das Image-Merkmal „sauber & sicher“, da hier die Gefahr von Ausgrenzung und der (Zer-)Störung der Gastfreundschaft durch verschärfte Sicherheitsmaßnahmen vor allem von den FanbetreuerInnen befürchtet wird. Darüber hinaus werden vereinzelt die Aspekte „attraktives Einkaufen“, „liberal“, „grüne Stadt“ und „Kultur / Industrie“ genannt.

Positiv bewerten Befragte aus der Fanbetreuung die zielgruppenspezifischen Maßnahmen im Kontext der WM. So zeichne sich Hamburg im Vergleich zu den anderen Spielorten durch

Experteninterviews

eine intensivere Fanarbeit aus, die sich in der Einrichtung des Fan Offices und der Finanzierung und Herausgabe eines speziellen Fan Guides für WM-TouristInnen zeige.

Es gibt seit mehr als oder seit fast anderthalb Jahren eine Einrichtung innerhalb der Stadt, Hamburg ist da auch die einzige Stadt oder Kommune, die sich das leistet, die dezidiert auch Beratung auch für unterschiedliche Einrichtungen in Hamburg macht. Das WM-Fanoffice nämlich, um ja eine Vorbereitung für auch Institutionen, die fußballfern sind, vorzunehmen. [...] Hinzu kommt noch, dass wir unter der Ägide des Fan-Office Hamburg die einzige Stadt ist, die ein so genannten Fan Guide auf eigene Regie und Kosten mit produziert hat, wo Gäste halt ein umfangreiches Information und Serviceangebot an die Hand bekommen, das es ihnen ermöglicht, sich in Hamburg möglichst gut zurecht zu finden und zu wissen, wo man wie was findet (INT 10 Fanbetreuung).

Grundsätzlich halten die meisten Befragten Großevents für wichtige Werbeträger und einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor (vor allem im Touristikbereich) für die Stadt Hamburg. Hierfür nennen die Befragten drei verschiedene Gründe: Erstens mangle es der Stadt and besonderen Heraushebungsmerkmalen und zwar in baulicher bzw. architektonischer Hinsicht ebenso wie in Form von Naturschönheiten. Zweitens seien Großevents sowohl im überregionalen bzw. auch internationalen Kontext generell bedeutsam. Drittens stellten Großevents auch einen wichtigen Attraktivitätsfaktor für die StadtbewohnerInnen dar. Hierbei würden mittlerweile auch kleinere Events aus Marketingaspekten zu Großevents hochstilisiert (wie das Ein- und Auslaufen des Kreuzfahrtschiffes Queen Mary). Ein Befragter betont in diesem Zusammenhang auch die Wichtigkeit neue und abwechslungsreiche Events zu präsentieren, da sich die Attraktivität regelmäßig wiederkehrender Veranstaltungen wie dem Hafengeburtstag oder das Alstervergnügen auf Dauer abschwächt. Dies gelte vor allem im Hinblick auf TouristInnen.

Also Großveranstaltungen sind wichtig und irgendwelche Magneten brauche ich. Wenn ich also schon nicht die ganz großen Magneten habe, durch bestimmte Gebäude, durch bestimmte Naturschönheiten, dann brauche ich heutzutage Events, um große Zuschauerzahlen anzulocken. [...]. Das ganze Jahr durchzieht sich ja mit Großveranstaltungen und die Neigung heutzutage, selbst aus relativ kleinen Anlässen eine Großveranstaltung zu machen, ist ja groß. Also das Eindocken eines Ozeanriesen wird zum Großevent. Das finde ich ja schon beachtlich wie der Zeitgeschmack dort ist (INT 4 Sicherheit).

Ja also, dass die großen Veranstaltungen wichtig sind, davon bin ich schon überzeugt. Das macht ja letztendlich auch die Attraktivität einer Stadt aus und zwar eben nicht nur für diejenigen, die damit Geld verdienen mit so einer Großveranstaltung, sondern auch für die Bewohner und die Gäste (INT 10 Fanbetreuung).

Experteninterviews

Ich halte es auch für wichtig, dass auch der Bevölkerung mal was geboten wird. Und nicht nur immer Hafengeburtstag und Alstervergnügen zum tausendsten Mal. Man sieht ja auch, wie jetzt Hafengeburtstag, der ja gerade war, das ist untergegangen. Mal drauf geachtet? Das war früher ein Riesenevent, das in allen Zeitungen war, wo halb Hamburg im Ausstand war eigentlich und jetzt ist das Hafengeburtstag, ja stimmt, das gab es ja auch noch. Darum ist es wichtig, dass wir auch mal prägnante, auch mal neue und mal abwechslungsreiche Events bekommen, die auch irgendwo Anziehungspunkt sind. Da kommt keiner aus Düsseldorf zum zwanzigsten Mal zum Hafengeburtstag (INT 12 Sicherheit).

Darüber hinaus wird angemerkt, dass bei Großevents durch die hohe Anzahl von Menschen immer auch logistische oder Sicherheitsprobleme auftreten können, die hier jedoch nicht weiter spezifiziert werden.

Also die Nachteile bei Großveranstaltungen sehe ich einfach, dass so die Massen zusammenkommen. Das ist immer so eine Frage natürlich, wie kommt man denn an so einen Ort, wie kommt man wieder weg, das sind natürlich immer so Probleme, die mit Massen zusammenhängen, was auch eine Veranstaltungsatmosphäre dann eher stören könnte oder eher einen unangenehmen Beigeschmack dann hat (INT 13 Sicherheit).

Mögliche Infrastruktureffekte durch Sportgroßevents wie Olympische Spiele werden generell positiv bewertet. Wichtig hierbei sei allerdings eine umsichtige Planung, die Folgenutzungen berücksichtigt.

Also Vorteile sind wahrscheinlich, dass es oft Gelder gibt, die erstmal gut investiert werden. Bei Olympischen Spielen dann in irgendwelchen Unterkünften oder neuen Hallen, die dann später auch von irgendwelchen Vereinen genutzt werden können. Das wäre was Vorteilhaftes. Andererseits kenne ich das auch von anderen Städten, z. B. in Norddeutschland wäre das noch Kiel, da waren ja vor Jahren Olympische Spiele, bzw. da war ein Teil davon, diese ganzen Seglersachen glaube ich. Und da sind die Gebäude auch ziemlich schnell hochgezogen worden. Und sind jetzt einfach auch nicht wirklich so attraktiv (INT 9 Stadtteil).

Bei der Frage nach den Auswirkungen, die die WM auf die Stadtentwicklung in Hamburg haben wird, geben die InterviewpartnerInnen fast ausschließlich infrastrukturelle Maßnahmen in unmittelbarer Nähe zu WM-Veranstaltungsorten (Stadion und Fan Fest) an. Für einzelne Baumaßnahmen wird die WM als Beschleunigungsfaktor genannt, wie für den Ausbau des Spielbudenplatzes (Reeperbahn) zur Veranstaltungsfläche im Stadtteil St. Pauli, den Bau der vierten Elbtunnelröhre, den Ausbau des Flughafens und Maßnahmen zur Verbesserung von Verkehrsflüssen. Im innerstädtischen Bereich werden allgemein Maßnahmen für eine Verbesserung des Stadtbildes zur Attraktivitätssteigerung für TouristInnen genannt

Experteninterviews

u. a. die Neugestaltung des Jungfernstiegs. Dabei gibt es bei den Befragten keinen Zweifel daran, dass diese Maßnahmen plangemäß vor der WM fertig gestellt werden. Langfristige Auswirkungen werden lediglich im Stadionumfeld erwartet. Im Einzelnen werden hierzu die Umbaumaßnahmen bzw. Modernisierungen der in Stadionnähe befindlichen S-Bahnstationen Eidelstedt und Stellingen erwähnt, sowie der Ausbau von Straßen (u. a. Autobahnabfahrt Othmarschen) und Verbesserungen des Busverkehrs. Langfristige gesamtstädtische Auswirkungen werden hingegen nicht erwartet.

Ich denke das so Stadien oder und überhaupt hier auch, wie hier auf der Reeperbahn am Millern-torplatz die, das sieht man ja auch schon, dass hier gebaut wird Spielbudenplatz, dass Hamburg an diesen Orten, wo halt Touristen erwartet werden, dass die dort Dinge ausgebaut werden oder das irgendwie umgebaut wird oder dass es irgendwie attraktiv gemacht werden soll für Touristen. Das sind natürlich Pläne, die es schon vorher gab aber durch diese Fußball-Weltmeisterschaft wird das eben forciert (INT 11 Stadtteil).

In einigen Interviews werden die Olympischen Spiele als Gegenbeispiel zur WM im Hinblick auf den Umfang von Infrastrukturmaßnahmen herangezogen. Sollte Hamburg in Zukunft Austragungsort der Olympischen Spielen werden, so erwarten einige der Befragten hierdurch dauerhafte und umfassende Veränderungen des Stadtbildes (Gebäudebau, Sportstättenbau).

Längerfristige Auswirkungen auf den Tourismus durch die WM werden für Hamburg kaum, und wenn, dann nur in geringem Maß erwartet. In mehreren Interviews wird betont, dass Hamburg eine schöne Stadt sei und daher WM-Besucher durchaus Interesse haben könnten wiederzukommen, um sich die Stadt in Ruhe anzusehen. Dabei sei es denkbar, dass sich die Attraktivität Hamburgs herumsprechen könnte, auch wenn Hamburg im Gegensatz zu Berlin oder München nicht über besondere touristische Attraktionen verfüge. Im Kontext der WM erwarten die meisten Befragten einen kurzfristigen Anstieg des Tourismus und damit verbundene Umsatzsteigerungen in Hamburg.

Also wenn ich selber ehrlich bin, glaube ich, dass das nur eine sehr kurzfristige Sache sein wird. Also das wird natürlich während der Zeit der Weltmeisterschaft natürlich dann vermehrt einen Tourismusboom geben, dann mittelfristig vielleicht ein bisschen mehr. Aber ich glaube nicht, dass es so große Auswirkungen haben wird. Also wie sich das einige vorstellen, wie Hamburg Marketing oder Tourismusbereich, dass die sagen, wir kriegen dadurch einen richtigen Boom, glaube ich eher nicht (INT 2 Sport).

Im Gegensatz dazu steht die optimistische Einschätzung des Hamburger Tourismusverbandes, auf die sich im Folgenden ein Befragter bezieht. Insbesondere durch Sportgroßveran-

Experteninterviews

staltungen sei es möglich, einen höheren Bekanntheitsgrad der Stadt zu erzielen, was wiederum positive Effekte auf den Tourismus habe:

Natürlich gehen wir stark davon aus, dass es langfristige schwer messbare, das muss man sagen, schwer messbare Effekte gibt, da ist auch sehr viel Plausibilität dahinter, also man geht von vielen Annahmen aus und auf der anderen Seite gibt es mittlerweile auch bessere und quantifizierbare, also wissenschaftliche statistisch valide Werte, dass sportliche Großveranstaltungen auch langfristig volkswirtschaftliche oder Auswirkungen haben auf das Image des Standortes [...] (INT 3 Sport).

Die überwiegende Mehrheit der ExpertInnen erwartet durch das Fan Fest veranstaltungstypische Störungen (wie Lärm, Verschmutzung und Verkehrsprobleme) im Stadtteil St. Pauli bzw. den angrenzenden Stadtteilen. Einige der Befragten halten die Störungen für unproblematisch, da die AnwohnerInnen in St. Pauli so etwas gewohnt seien und es sich lediglich um ein zeitlich überschaubares Ereignis („positiver Ausnahmezustand“) handelt.

Dieses Fan Fest, wo ja Public Viewing nur ein Element von ist, ist natürlich und hoffentlich, ein positiver Ausnahmezustand. Aber es ist nichts Neues auf dem Heiligengeistfeld. Auf dem Heiligengeistfeld findet drei Mal im Jahr der Dom statt, dort finden andere große Aktivitäten statt, die auch vom Verkehrsfluss, vom Lärm etc., von Menschenansammlungen ähnliche Auswirkungen haben für den Stadtteil, wie jetzt das Fan Fest haben wird. Das ist natürlich erst mal für die angrenzende Bevölkerung und für den Stadtteil eine Belastung aber ich denke, die meisten werden das nicht als unzumutbare Belastung sehen, weil sie eben sehen, eine Fußball-Weltmeisterschaft, die kommt vielleicht in 50 Jahren wieder oder ein ähnlich vergleichbares Event (INT 7 Fanbetreuung).

Hingegen erwarten die Befragten aus dem Bereich „Stadtteil“ seitens der EinwohnerInnen viele Beschwerden, da der Stadtteil durch diverse Großveranstaltungen bereits überfrachtet sei und die AnwohnerInnen auf einen zusätzlichen massiven Besucheransturm auf das FIFA Fan Fest (im Vorfeld der WM wird in der Hamburger Presse die Zahl von 50.000 BesucherInnen genannt) verärgert reagieren könnten. In den Interviews wird der Stadtteil St. Pauli mehrfach als durch Veranstaltungen besonders belasteter Stadtteil hervorgehoben (von Befragten aus allen Bereichen):

Es ist natürlich für bestimmte Bereiche, was ich als [...] höre, ist natürlich auch ein Lärmaspekt und so weiter. Also wenn hier irgendwelche Veranstaltungen sind, irgendwelche Moves, Musikveranstaltungen, ist es hier natürlich dann für manche Leute, insbesondere die nun in der Nähe des Spielbudenplatzes wohnen, schon ein Dauerproblem. Weil das ist nicht eine einmalige Veranstaltung für die, sondern das ist, quasi jedes Wochenende oder jedes zweite Wochenende sind irgendwelche Veranstaltungen dort. Für die ist es natürlich schon ein dauerhaftes Problem (INT 1 Stadtteil).

Experteninterviews

Die Befragten erwarten ein breites Besucherspektrum auf dem Fan Fest, wobei „Ultra-Fans“ und „aktive Fans“ nach Einschätzung von ExpertInnen die offiziellen FIFA Rahmenveranstaltungen meiden werden. Als Grund hierfür wird die Kritik dieser Fangruppen an der kommerziellen Ausrichtung des Fan Festes und der WM im Allgemeinen angeführt. Die ExpertInnen gehen davon aus, dass ein überwiegender Teil auf dem Fan Fest (groß-)eventorientierte BesucherInnen aus der Metropolregion Hamburg (hierbei wird auch auf die Erfahrungen mit bisherigen Übertragungen seit 2000 verwiesen) sein werden. Diese würden auch andere Großveranstaltungen wie den Hafengeburtstag oder das Alstervergnügen besuchen. Als weitere Zielgruppe des Fan Festes werden Fußballinteressierte genannt, die keine Karten für WM-Spiele erhalten konnten und trotzdem an dem „WM-Feeling“ und Gruppenerlebnis teilhaben wollen. Die Einschätzungen über die Zahl auswärtiger, internationaler BesucherInnen gehen hingegen auseinander. Überwiegend werden „viele“ bzw. 30-40% auswärtige Gäste erwartet, genannt werden Italiener, Tschechen, Schweden und Holländer (die beiden letzteren aufgrund der Campingplätze im Hamburger Umland). Bei der Gruppe auswärtiger BesucherInnen handele es sich voraussichtlich um WM-Ticketbesitzer, die sich weitere Spiele auf dem Fan Fest ansehen wollen. Als zusätzlicher Aspekt für den Besuch des Fan Festes durch WM-Touristen wird die räumliche Nähe zur Reeperbahn genannt. Wenn Aussagen über die demographische Struktur der BesucherInnen gemacht werden, wird das Publikum eher als jung und männlich eingeschätzt, wobei aber auch Familien als Zielgruppe des Fan Festes angesehen werden.

Also die Idee ist ja eigentlich, dass man, wenn man keine Karte gekriegt hat für das Stadion, dass man vielleicht dahin ausweicht. Oder dass es Menschen sind, die in einer Gruppe gerne das genießen wollen und das Wohnzimmer ist nicht groß genug oder so, keine Ahnung. Insofern glaube ich schon, dass es eine Mischung sein wird aus welchen, die keine Karte gekriegt haben, die kommen vielleicht auch von außen, und von welchen, die sozusagen ein Gruppenerlebnis haben wollen und wir gehen mit unseren 17 Freunden dahin und gucken es uns da an (INT 6 Stadtteil).

Also ich gehe davon aus, das ist aber ein Bauchgefühl, das kann man hinterher kann man das dann dezidierter sagen aber ich gehe davon aus, dass wir um die 60, 70 Prozent Hamburger bzw. Bewohner aus der Metropolregion haben werden, dementsprechend 30, eher 30 als 40 Prozent dann auch auswärtige Gäste haben werden. [...] Ich glaube auch, dass wir einen gewissen Bereich der Fans nicht erreichen können, denen das Ganze dann auch einfach zu nah an der FIFA WM, die ja durchaus auch kritikwürdig ist, an deren Stelle, wenn es um Kommerzialisierung und die Frage ist, steht der Fan eigentlich im Mittelpunkt, ist einiger Kritik würdig und dementsprechend gehen wir davon aus, dass wir die Ultra-Fans nicht erreichen werden, die ja ein Problem mit der Kommerzialisierung haben (INT 3 Sport).

Lediglich ein Befragter aus dem Sicherheitsbereich thematisiert die Gefahr von Ausschreitungen durch „Radaumacher“ auf dem Fan Fest. Dabei würde diese Gruppe auf das Fan Fest ausweichen, da sie aufgrund der strengen Sicherheitsvorkehrungen nicht in die Stadien gelangen könnten (INT 12 Sicherheit).

7.2.2 Kontroll- und Sicherheitseffekte der WM aus Expertensicht

Der inhaltliche Schwerpunkt der Interviews liegt im Themenfeld Ordnung- und Sicherheit. Ziel ist es, Informationen über die Bewertung und Wahrnehmung von Risiken und Sicherheitsmaßnahmen sowie Einschätzungen über mögliche Beschränkungen in der Nutzung öffentlicher Räume im Kontext der Fußball-WM 2006 aus Sicht der ExpertInnen zu erhalten. Die Fragestellungen werden dabei sehr offen formuliert, um eine Beeinflussung der Antworten zu vermeiden, z. B. wird beim Punkt Risikobewertungen mit Fragestellungen wie „Was meinen Sie, gibt es im Kontext der Fußball-WM irgendwelche Risiken?“ gearbeitet.

Die Mehrheit der befragten ExpertInnen erwartet zur WM keine oder nur geringe bzw. vertretbare Einschränkungen in der Zugänglichkeit von öffentlichen Räumen. Meistens geben die Befragten allerdings an, dass ihre Angaben lediglich auf Vermutungen beruhen und sie nicht verlässlich abschätzen können, wie weit mögliche Einschränkungen gehen könnten.

Also ich gehe mal davon aus, dass das nicht passieren wird, aber das ist auch reine Spekulation. Ich weiß nicht, wer da wie irgendwelche Sachen betreiben wird. Also solange keiner irgendwo tatsächlich Hausrecht hat und das ausüben kann, jetzt in irgendwelchen Einkaufszentren vielleicht, wo so etwas eh nicht möglich ist, gibt es ja aus städtischer Sicht eigentlich noch nicht und dann wird es denke ich, auch jetzt nicht zur Weltmeisterschaft kommen (INT 1 Stadtteil).

Als beschränkt zugänglicher öffentlicher Ort wird am häufigsten das Heiligengeistfeld genannt, das für die Dauer des Fan Festes eingezäunt und nur durch Einlasstore zugänglich sein soll. Diese Beschränkung wird jedoch überwiegend als akzeptabel und nachvollziehbar (z. B. kein Einlass von Betrunkenen, Zugangsbeschränkungen zur Verhinderung von Massenpanik) angesehen. Weitere Einschränkungen werden in innerstädtischen Bereichen erwartet, insbesondere durch Sicherheitsmaßnahmen im Kontext mit dem Aufenthalt des US-Teams. Als konkrete Maßnahmen werden Zugangsbeschränkungen, Identitätskontrollen von Passanten in unmittelbarer Nähe des Mannschaftshotels und temporäre Straßensperren (u. a. bei Fahrten zum Trainingsgelände). Detaillierte Aussagen machen zu diesem Punkt vor allem die Befragten aus dem Bereich Fanbetreuung.

Experteninterviews

Definitiv. Spätestens auch in Anbetracht der Tatsache, dass die Nationalmannschaft der USA im Atlantic Hotel [tatsächlich gastierte die Mannschaft im nahe gelegenen Park Hyatt Hotel, Anm. d. Verf.] einquartiert sein wird. Laut Aussagen der Polizei wird es spätestens dann zu massiven Einschränkungen kommen, wenn die auf dem Weg vom und zum Hotel sind, da werden dann ganze Straßen teilweise abgesperrt werden und das ist natürlich nicht so super. Ich weiß auch nicht, was so ein generelles Sicherheitsaufgebot dann in und ums Hotel betrifft, also wie da Bewegungsspielräume eingeschränkt werden, das kann man nur vermuten. Oder auch in den Stadtzentren, da machen sich auch ganz viele Leute schon Sorgen (INT 5 Fanbetreuung).

Eine Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen und Einlasskontrollen von öffentlichen Gebäuden wird von einem Befragten aus dem Bereich Sicherheit angeführt. Hierbei wird erwartet, dass vor allem private Sicherheitsdienste solche Objektsicherungen übernehmen, da die Polizei während der WM keine Kapazitäten für solche Aufgaben hat.

Ich sag mal eins, es werden öffentliche Gebäude mit Sicherheit durch private Sicherheit und Polizei, Polizei wird zu wenig Personal haben, deshalb wird es auf private Sicherheitsdienste „abgewälzt“ werden in Anführungsstrichen, werden Zugangskontrollen kriegen und erhöhte Sicherheitspräsenz bekommen (INT 12 Sicherheit).

Die freie Zugänglichkeit der Hamburger Innenstadt wird von einer Befragten als bereits beschränkt geschildert. Hierbei wird auf einschränkende Wirkungen durch Videoüberwachung im Hinblick auf die Bewegungsfreiheit und Betretungsverbote bzw. -beschränkungen verwiesen. Dies gelte vor allem für Randgruppen, wie BettlerInnen, DrogenkonsumentInnen und Punks. Im Zuge der WM könnten für diese Personenkreise weitere ausgrenzende Maßnahmen getroffen werden, um sie von InnenstadtbesucherInnen und TouristInnen fernzuhalten.

Ich meine, das mit dem freien Bewegen ist ja jetzt schon total eingeschränkt, mit so viel Kameras überall und mit der Innenstadt, da dürfen auch nicht alle überall so hin oder werden nicht so gerne gesehen. Und ich glaube, dass es so personell für die Leute selbst, sei es für Leute, die nach Geld fragen oder irgendwelche punkigen Leute oder irgendwelche Drogis, dass die schon auch dem Publikum und den Touris ferngehalten werden sollen. Und dass da noch mal anders mit umgegangen wird (INT 9 Stadtteil).

Weitere von einzelnen Befragten angesprochene Aspekte sind die Verhinderung von Schwarzmarkthandel (INT 4 Sicherheit) sowie die Verhinderung der Ein- und Ausreise von Hooligans (INT 3 Sport).

Zur WM 2006 wird ein wiederkehrendes Thema in den Hamburger Medien aufgegriffen: Die Diskussion um die Einführung eines Bettelverbots in der Hamburger Innenstadt. Im Vorfeld der WM regt die Handelskammer Hamburg einen „Pilotversuch“ an, der ein befristetes Bettelverbot in Einkaufsstraßen⁴¹ der Innenstadt vom 1. März bis 1. Oktober 2006 beinhalten soll⁴². Die befragten ExpertInnen lehnen einhellig ein Bettelverbot in der Innenstadt ab - sei es als befristete oder unbefristete Maßnahme. Die Befragten verweisen dabei auf eine humanistische Lebenseinstellung, die eine Vertreibung von Armen verbiete sowie die Tatsache, dass Betteln zum städtischen Alltag gehöre und dass die BettlerInnen niemanden gefährden würden. Mehrere ExpertInnen weisen darauf hin, dass im Zusammenhang mit der WM dieses und ähnliche Themen zum einen eine mediale „Aufmerksamkeitsgarantie“ erhielten und zum anderen die WM als Legitimation für die Umsetzung von Forderungen genutzt bzw. missbraucht werde. Auch in der Debatte um ein Bettelverbot in der Hamburger Innenstadt zur WM werden von den Befragten solche Legitimierungsstrategien aufgezeigt.

Also davon bin ich überzeugt [von dem Zusammenhang des Themas „Bettelverbot“ mit der WM, Anm. d. Verf.]. Hamburg und damit meine ich jetzt dezidiert die Politik und die Wirtschaft, will sich so positiv präsentieren, so es nun eben geht und da stören Bettler aus dieser Perspektive das Bild, was Hamburg dann abmacht. Also ein deutliches Erkennen davon, dass es natürlich auch in dieser Stadt soziale Probleme gibt und quasi mit der Nase darauf gestoßen zu werden, das passt natürlich nicht in die Strategie, Hamburg in dieser Zeit als weltoffene und attraktive Stadt, als attraktiven Standort zu verkaufen. Insofern hat es sicherlich damit zu tun, weil einfach mehr Gäste erwartet werden als sonst erwartet werden in dem Zeitraum (INT 10 Fanbetreuung).

Dass natürlich solche interessierten Kreise gerade eine Fußball-Weltmeisterschaft zum Anlass nehmen, ist ja nicht verwunderlich, wenn sie mitbekommen, dass auch andere interessierte Kreise für andere Themen, also Aufstockung von technischer Prävention im Bereich Sicherheit oder Infrastruktur, wenn sie halt mitbekommen, dass dann sich solche Themen über die WM durchsetzen lassen oder Gelder dahin fließen, versucht natürlich jeder auf diesen Zug aufzuspringen. WM weil auch klar ist, wenn man sich zur WM entsprechend äußert, ist man auch in den Medien drin (INT 7 Fanbetreuung).

⁴¹ Dabei handelt es sich um die folgenden Straßen: Mönckebergstraße, Spitalerstraße, Jungfernstieg, Rathausmarkt, Poststraße und Neuer Wall (Hamburger Abendblatt vom 28.1.2006). Letzterer ist nicht nur eine der exklusivsten Einkaufsstraßen in Hamburg, sondern auch seit dem 01.10.2005 ein Business Improvement District. Die Interessensvereinigung Neuer Wall spricht sich seit Jahren wiederholt für die Einführung eines Bettelverbots aus.

⁴² Frühere Vorstöße (z. B. des damaligen SPD Innensenators Wrocklage 1996) scheiterten an öffentlichen Protesten, die u. a. von den Kirchen initiiert wurden und an denen sich auch viele Hamburger Prominente beteiligten sowie an politischen Widerständen über Parteigrenzen hinweg.

Experteninterviews

Die meisten Befragten halten die Forderungen nach einem generellen Bettelverbot an bestimmten Orten, welches die Handelskammer und der Hamburger Innensenator Nagel fordern, für nicht durchsetzbar. Die WM wird hier als ein vergeblicher Legitimationsversuch gewertet, da das Anliegen Bettelverbot seit Jahren Thema sei. Im Hinblick auf die so genannte „Organisierte Bettelei“, die ebenfalls kurz vor der WM in den Hamburger Medien diskutiert wird, sind die Meinungen gespalten. Einige Befragte verweisen auch hier auf eine mangelnde Gefährdung der öffentlichen Ordnung und sehen daher auch keinen gesonderten Handlungsbedarf. Dabei wird diese Form der Bettelei (bei der die BettlerInnen oft schwere körperliche Behinderungen bzw. Verstümmelungen aufweisen) zwar als „verwerflich“ aber nicht als illegal bewertet. Auch wird darauf verwiesen, dass eine Vertreibung dieser BettlerInnen eher die „Opfer“ (also die einzelnen BettlerInnen selbst) als die „Hintermänner“ schädige. Andere sehen in dieser Form der Bettelei ein „Betteln mit Ekelmomenten“ (was die Zurschaustellung körperlicher Gebrechen meint) einen Sonderfall, bei dem ein Verbot angebracht sein könnte.

Es gibt ja doch durchaus was man hin und wieder mal sieht, sag ich mal, diesen Betteltourismus, wo Leute hierhin verfrachtet werden, um für irgendwelche Hintermänner Geld zu sammeln. So etwas sollte man sicherlich verbieten, bin ich auch der Meinung, also auch zum Schutz der Leute, die betteln, denke ich mal. Könnte man sicherlich lang und ausführlich drüber diskutieren. Aber die Person, die dort aus eigenem Interesse, also die anderen kommen sicherlich auch aus eigenem Interesse, aber werden nicht hingeschafft und müssen irgendwelche Bettelergebnisse nachher vorweisen, da denke ich mir, das gehört zum Stadtbild dazu, in Hamburg, in Deutschland und auch weltweit und die sollte man da nicht ausgrenzen (INT 1 Stadtteil).

Lediglich ein Befragter aus dem Bereich Sicherheit geht davon aus, dass eine Vertreibung der als „Betteltouristen“ bezeichneten BettlerInnen weiter durchgeführt wird. Dabei wird auf eine entsprechende Anordnung des Bezirksamtes Mitte verwiesen, die Betteln als wegerechtliche Sondernutzung definiert und die zu einer gezielten Vertreibung des sog. organisierten Bettels eingesetzt werden soll. Diese Verordnung würde trotz der allgemeinen öffentlichen Kritik an dem Bettelverbot immer noch in Kraft sein und vom Bezirklichen Ordnungsdienst auch umgesetzt werden. Allerdings werde versucht, eine Erregung des öffentlichen Interesses weitgehend zu vermeiden.

Es gab vor zwei Tagen diese Fotos, wo es [ein Zahlungsbescheid über Ordnungsgeld wg. erwerbsmäßigen Bettelns, Anm. d. Verf.] dem Bettler überreicht wurde, dieses berühmte Foto davon, das ist der XXX [Mitarbeiter des Bezirklichen Ordnungsdienstes, Anm. d. Verf.], da habe ich das ziemlich direkt. Die haben noch keine Negativanordnung, noch besteht die Anordnung. Die soll jetzt natürlich wenig öffentlichkeitswirksam umgesetzt werden (INT 12 Sicherheit).

Experteninterviews

Grundsätzlich schätzen die ExpertInnen mögliche Risiken durch die Fußball-Weltmeisterschaft in Hamburg als gering ein. Unter Gefährdungen und Risiken werden hier Ereignisse verstanden, die körperliche, seelische oder ökonomische Schädigungen nach sich ziehen können. In den Interviews werden verschiedene Risikobereiche, die im Zuge der Fußball-Weltmeisterschaft auftreten können, benannt und bewertet.

Am häufigsten, d. h. von insgesamt zehn ExpertInnen, werden fußballbezogene Kriminalitätsdelikte bzw. Risiken angeführt. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Thematisierung einer Gefährdung durch Hooligans, die allerdings von den Befragten unterschiedlich eingeschätzt wird. Insgesamt wird das Risikopotential in Hamburg zur Fußball-WM im Bereich Hooligan- und sonstige fußballbezogene Ausschreitungen als gering angesehen. Vor allem die in Hamburg ansässigen Hooligans wären bekannt und stünden unter polizeilicher Beobachtung bzw. würden ggf. zur WM in vorbeugenden Gewahrsam genommen werden (INT 12). Als weiterer Grund für die Einschätzungen eines geringen Gefahrenpotentials wird von mehreren Befragten angeführt, dass in Hamburg keine Risikospiele ausgetragen würden (als Beispiel INT 10). Lediglich ein Befragter aus dem Bereich Sicherheit erwartet Ausschreitungen von auswärtigen Hooligans in Hamburg (INT 12).

Die [Hamburger Hooligans] sind ja auch hinreichend bekannt und werden teilweise vorher weggeschlossen, in Hamburg. Kategorie C, also es gibt... ja B und C sind die Hooligankategorien, C sind die Schwersttäter. Die werden die ganze Zeit schon beobachtet und werden entsprechend auch weggeschlossen während der WM (INT 12 Sicherheit).

[...]aber da wir oder da die Gäste, die Fans, die im Bezug der Mannschaften, die hier in Hamburg spielen werden, eher alle als gemäßigt oder locker oder wenig problematisch gelten, denke ich, dass bezogen auf die Fußballfans selbst hier in Hamburg keine besonderen Maßnahmen getroffen werden (INT 10 Fanbetreuung).

[...] es gab in Deutschland jetzt auch extreme Ausschreitungen, auch außerhalb der Stadien, wo Autos angezündet wurden und und und. Es gibt im Augenblick auch im Ostblock und die spielen hier alle hübsch extreme Ausschreitungen und die holen wir uns hierher. Die würden sonst nämlich gar nicht kommen, die interessieren sich nicht für Hamburg. Wir holen uns da ein Gewaltpotential hierher und die Frage ist, können wir das kontrollieren (INT 12 Sicherheit).

Hingegen werden spontane Ausschreitungen, wie Prügeleien nach verlorenen Spielen, eher als fußballtypisch und nicht verhinderbar angesehen. Dies lässt darauf schließen, dass ein bestimmter Umfang von Gewaltpotential bzw. Gewaltausübung (insbesondere unter Alkoholeinfluss) im Kontext von Fußballgroßveranstaltungen als „normal“ angesehen wird.

Experteninterviews

Also die allgemeinen Gefahren, die es immer gibt, wenn Leute, die so genannten Rowdys, vehement hier auftreten, in Städten, wenn sie alkoholisiert sind, wenn irgendwelche Spiele knapp verloren sind, besteht natürlich schon eine Gefahr, dass die Aggression oder die Wut sich zu Aggression ausbaut und die dann irgendwo ausgelebt werden. Ist leider Bestandteil, denke ich mir, einer Weltmeisterschaft und das wird sicherlich auch in Deutschland nicht zu vermeiden sein (INT 1 Stadtteil).

Befragte aus dem Bereich Fanarbeit weisen darauf hin, dass die „anlassbezogene Kriminalität im Fußball“ seit den 1980er Jahren abnimmt. Hierbei wird auf einen statistisch belegbaren Rückgang von Delikten wie Sachbeschädigungen, Landfriedensbruch, Diebstähle und Körperverletzungen im Kontext mit Fußballspielen verwiesen. Gleichzeitig stiegen aber die Anzahl von Einträgen in der Datei „Gewalttäter Sport“, die Zahl der Stadionverbote und der Personenkreis, die von polizeilichen fußballspezifischen Maßnahmen betroffen seien. Diese Diskrepanz zwischen rückläufigen Deliktzahlen und steigenden Überwachungs- und Präventivmaßnahmen würde von vielen Fans kritisiert.

Und dann sind eben die anlassbezogenen Straftaten, die im Fußball gesehen werden, die es natürlich auch im Fußball gibt. Begonnen auch von Sachbeschädigungen und Diebstahl über Landfriedensbruch und dann leichte und schwere Körperverletzungen. Die aber aus unserer Sicht zu sehr in den Vordergrund rücken, weil es nur sehr geringe Fallzahlen sind und auch das Niveau von den 80ern über die 90er bis heute sehr stark abgenommen hat, [...] man kann ja die Statistiken sich anschauen und die Straftaten im direkten Fußballzusammenhang gehen immer weiter nach unten, während die Fallzahlen, die Zunahme der Einstellung in entsprechende Dateien oder Stadionverbote oder polizeiliche Maßnahmen immer mehr nach oben gehen und das wird ja von vielen Fans beklagt (INT 7 Fanbetreuung).

Am zweithäufigsten, d. h. von acht Befragten, wird „Terrorismus“ als Risikofaktor im Kontext der WM angesprochen. Einige ExpertInnen leiten eine unspezifische Gefährdung Deutschlands bzw. Europas aus einer Zugehörigkeit zu einem weltweiten Gefahrenraum ab. Damit wird eine Bedrohung durch terroristische Anschläge (meist wird der 9.11.2001 als Schlüsselereignis explizit benannt) zwar nicht akut, aber dennoch latent unterstellt (INT 4). Einige ExpertInnen sehen im direkten Kontext zur Fußball-Weltmeisterschaft zwei zusätzliche Gefährdungsfaktoren. Einer ist die mediale Aufmerksamkeit, die Großevents zuteil wird und die sowohl Terroristen wie auch politische Gruppierungen (s. u.) dazu verleiten könnte, die WM für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Der zweite Faktor wird in der Anwesenheit des als terrorgefährdet eingeschätzten US-Teams in Hamburg gesehen. Hierbei wird auch auf den Terroranschlag während der Olympischen Spiele in München 1972 verwiesen (INT 6).

Es gibt allerdings auch die Aufmerksamkeit in Richtung des Terrorismus. Das ist heutzutage bei, wie es so schön heißt, auch Europa ist Teil eines weltweiten Gefahrenraums und es gibt eben Gruppie-

Experteninterviews

rungen, die auch bestimmte Aufmerksamkeit dadurch suchen, dass sie beispielsweise Großveranstaltungen oder so etwas ins Visier nehmen könnten (INT 4 Sicherheit).

Die Frage wäre, ob es einen Anlass gäbe, während einer WM durch Terroristen mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen und da gibt es in Hamburg hier die Amerikaner, da gibt es auch den einen oder anderen Vorbehalt, was die in der Welt so machen, also dass man da eine Sorge haben könnte, das kann ich nachvollziehen, dass man sagt, vielleicht nutzt man die WM über einen terroristischen Anschlag wie auch Olympia 1972. Da gibt es wahrscheinlich ein erhöhtes Risiko (INT 6 Stadtteil).

Andere ExpertInnen sehen hingegen kein erhöhtes Terrorrisiko bei Großveranstaltungen und verweisen darauf, dass seit den (diskurs-)prägenden Ereignissen vom 9.11.2001 kein Anschlag auf Großveranstaltungen durchgeführt oder versucht wurde. Potentielle Ziele der TerroristInnen seien eher Wirtschaftszentren als Großveranstaltungen (INT 2). Dennoch sei Terrorismusabwehr ein wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit der Sicherheitsorganisation zur WM. Hierbei wird auch die Gefahr angesprochen, dass mit dem Argument Terrorismusabwehr Verschärfungen von Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen eingeführt werden könnten. Dies sei vor allem problematisch, wenn sich unter Verweis auf notwendige Geheimhaltungen eine Berechtigung solcher Maßnahmen nicht nachvollziehen lasse (INT 7).

Also Olympische Spiele [in Athen 2004, Anm. d. Verf.] ist z. B. auch nichts passiert, da haben ja auch alle vermutet, ja, da passiert was und ist nicht. Ich glaube eher, dass in irgendwelche Wirtschaftszentren eher Terroranschläge sind. Das Risiko im sportlichen Bereich sehe ich eher geringer (INT 2 Sport).

Aber so ist Terrorismusabwehr natürlich ein Sicherheitskriterium für die WM. Allerdings haben wir manchmal auch den Eindruck, auch ein Totschlagsargument, weil erstens gesagt werden kann, es gibt Erkenntnisse, die nicht öffentlich gemacht werden können und deswegen können wir das und das und das nicht erlauben oder müssen stärker kontrollieren, überwachen und da ist es schwer Gegenargumente zu finden oder zu verifizieren, ob das ein vorgeschobener oder tatsächlicher Grund ist für bestimmte Einschränkungen (INT 7 Fanbetreuung).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Risiko eines terroristischen Anschlages zur WM in Deutschland von einigen Befragten zwar als potentielle Möglichkeit genannt wird, eine akute Gefährdung hingegen ausgeschlossen wird. Die weit überwiegende Mehrheit der ExpertInnen hält einen Terroranschlag zur WM in Hamburg für gänzlich unwahrscheinlich.

Die Gefahr einer Instrumentalisierung der WM durch politische Gruppierungen, insbesondere rechtsextreme Gruppen, wird von drei Befragten aus zwei verschiedenen Bereichen (Stadtteil und Sicherheit) thematisiert. Hierbei könnte das mediale Interesse an der Fußball-WM

Experteninterviews

dazu genutzt bzw. missbraucht werden, eigene politische Ansichten zu verbreiten und medienwirksam in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Nutzung des Events als Plattform für WM- bzw. fußballfremde Botschaften wird dabei als Störung der Veranstaltungsatmosphäre angesehen und könnte im extremen Fall auch eine Gefährdung darstellen.

Und das Problem ist ja immer, egal ob es sich um politische Richtungen handelt oder andere Aktivist*innen, die ein gewisses Thema in die Weltöffentlichkeit transportieren möchten, nutzen vielleicht so etwas als Fundament. Das hat dann überhaupt nichts mehr mit Fußball oder diesem Sportereignis zu tun, sondern sie benutzen eigentlich nur das, um ihre eigenen Interessen nach vorne zu bringen. Und das finde ich schade, das stört dann eher auch eine freundliche Veranstaltungsatmosphäre, weil sich das ja manchmal thematisch überhaupt nicht überein bringen lässt und vielleicht sogar eine Gefährdung mit sich bringt (INT 13 Sicherheit).

Als grobeventtypische Kriminalitätsformen werden Delikte wie Taschendiebstahl, Schwarzmarktdelikte, Fälschungsdelikte (Karten, Geld, Fanartikel etc.) und Autoaufbrüche von zwei Befragten (aus dem Bereich Sicherheit und der Fanarbeit) genannt. Insbesondere Taschendiebstahl sei bei der EM in Portugal 2004, die ansonsten als sehr friedliche Veranstaltung gelte (vgl. auch 4.4.1,) ein erhebliches Problem gewesen. In diesem Deliktfeld seien Fußballfans nicht die potentiellen Täter, als die sie häufig dargestellt würden, sondern Opfer von Straftaten.

Was auch sonst vorkommt, aber verstärkt bei Großveranstaltungen. Das sind Fälschungsprodukte, also Eintrittskarten, Fanartikel, aber insbesondere Taschendiebstahl, Autoaufbruch etc. Das sind eben organisierte Strukturen auch, die sich ganz bewusst solche Großveranstaltungen suchen, weil ganz klar da das sehr lohnenswert wird. Also in Portugal war Taschendiebstahl das mit Abstand größte Sicherheitsproblem und das größte Ärgernis auch während der Großveranstaltung und da waren eben gerade die Fußball-Fans zu 99 Prozent nicht Täter oder Verursacher von Unsicherheit oder Straftaten, sondern Opfer (INT 7 Fanbetreuung).

Neben den zuvor genannten Gefährdungspotentialen werden in dem Fragekontext auch Vorkommnisse benannt, die zwar keine Gefahren darstellen, jedoch mehr oder weniger erhebliche Störungen des Wohlbefindens hervorrufen können. Die von den Befragten aufgeführten Störungen decken sich mit den bereits erwähnten Beeinträchtigungen im Kontext mit dem Fan Fest im Stadtteil St. Pauli (Verschmutzungen, Belästigungen etc.).

Die Einschätzung der eigenen Gefährdung während der WM in Hamburg reicht bei den ExpertInnen von Äußerungen subjektiver Unsicherheit bis zur Verneinung eines erhöhten persönlichen Risikos. Die meisten Befragten sehen sich keiner erhöhten Gefahr während der

Experteninterviews

WM ausgesetzt. Ein Befragter aus dem Sportbereich bezeichnet Sportgroßveranstaltungen als generell unproblematisch im Hinblick auf Straftaten und Ausschreitungen:

Also ich bin bei vielen sportlichen Großveranstaltungen und sehe da also kein vergrößertes Risiko. Das sehe ich nicht, dass ich da irgendwie Opfer einer Straftat werde oder dass irgendwie Ausschreitungen sind (INT 2 Sport).

Zwei der weiblichen Befragten äußern subjektive Unsicherheiten bzw. Befürchtungen, die auch geschlechtsspezifische Aspekte beinhalten. Hierbei werden auch Parallelen zu Unsicherheitsgefühlen gezogen, die durch alkoholisierte Menschenmengen an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten auftreten, wie auf der Reeperbahn am Wochenende. Dabei wird das Fan Fest nicht als fußballspezifische Gefahrenquelle angesehen, sondern in einen grundsätzlichen Gefahrenkontext von Massenveranstaltungen gestellt.

Also, vielleicht ist es auch, dass so ein bisschen, was mir Angst macht, dass es so ein Männerthema ist. Ich meine, da sind vielleicht auch 3% Frauen drunter aber die werden die Stimmung da nicht (...), wobei, das wäre ja ganz grässlich, wenn die hier so die Orte dominieren (INT 8 Stadtteil).

Also ich sehe das persönlich halt auch so, wenn ich auf die Reeperbahn gehe, Samstagabend oder so, dann mache ich das manchmal schon mit so einem unguuten Gefühl, einfach aufgrund der Massen. Also das ist halt vielleicht auch eine persönliche Ansicht, aber wenn eben so viele Leute zusammenhängen und auch noch alkoholisiert sind, dann sehe ich grundsätzlich irgendwie immer eine Gefährdung und gucke mich dann schon vorsichtiger um. Und so wird das auch in dem Kontext auf dem Heiligengeistfeld sein. Aber es ist jetzt nicht so, dass ich meine, wegen der WM oder Fan Festes, dass es an sich schon eine Gefahr von dieser Veranstaltung, sondern eher aufgrund der Massen einfach, die da zusammenkommen (INT 13 Sicherheit).

Auf die Frage, welche Risiken auf dem Fan Fest zu erwarten sind, nennen alle Befragten Delikte, die zu veranstaltungstypischer Kriminalität zählen und ziehen dabei auch teilweise Parallelen zu Großveranstaltungen wie den Hamburger Dom oder den Hafengeburtstag. Im Einzelnen werden folgende Delikte genannt (in Reihenfolge der Häufigkeit der Nennungen): Diebstähle (insbesondere Taschendiebstahl in Form organisierter Kriminalität und Einzeltäter), Landfriedensbruch, Körperverletzungen (vereinzelte Prügeleien in Verbindung mit Trunkenheit), Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und gegen das Waffengesetz, Beleidigungen. Ein Befragter aus dem Bereich Sicherheit erwartet Hooliganausschreitungen auf dem Fan Fest. Ein Befragter aus dem Bereich Fanarbeit geht dabei explizit nicht von fußballspezifischen Gewalterscheinungen aus. Eine Bedrohung des Fan Festes durch einen terroristischen Anschlag wird ebenfalls nicht erwartet:

Experteninterviews

Es wird dort mehr oder weniger zu den gleichen Straftaten und Störungen kommen, wie sie auch bei einem Hamburger Dom oder anderen Großereignissen kommen werden. Da werden sie sicherlich bei der Polizei eine bessere Aufstellung bekommen oder auch eine statistische Aufstellung, was da stattfindet. Wir rechnen nicht mit besonderen Auseinandersetzungen. Also Prügeleien oder Diebstähle oder was auch immer gibt es auch jenseits aller Fußballereignisse und insofern wird das keine Ausnahme darstellen. Die Hamburger oder das Hamburger Publikum, auch Hamburger Fußballfans haben sich bis jetzt in den letzten Jahren auch eher z. B. gegen rassistische Ausschreitungen oder Vorfälle gewandt (INT 10 Fanbetreuung).

Wir gehen momentan nicht - das sieht man auch wie das Fan Fest momentan aufgestellt ist - gehen wir nicht von einer allgemeinen Terrorgefahr aus (INT 3 Sport).

Im Anschluss an die Nennung der Risiken werden die ExpertInnen gebeten, Sicherheitsmaßnahmen zu benennen, die sie für sinnvoll für die Eindämmung der von ihnen selbst benannten Risiken halten. Da sich die angesprochenen Risiken zum Teil sehr unterscheiden, umfassen die Antworten ein sehr breites Spektrum und sind daher inhaltlich nur bedingt miteinander vergleichbar. Hierbei zeigen sich zum ersten Mal deutliche Gruppenunterschiede im Antwortverhalten, da in der Regel Maßnahmen genannt werden, die mit den Berufsfeldern der Befragten in engem Zusammenhang stehen. Sehr ausführlich und differenziert antworten die ExpertInnen aus dem Bereich Fanarbeit. In ihren Bewertungen, insbesondere bei der Bewertung von Sicherheitsmaßnahmen, betonen die befragten FanbetreuerInnen ihre fachliche Kompetenz und ihre jahrelange Berufserfahrung. Sie begründen ihre Einschätzungen, Bewertungen und Forderungen mit Verweisen auf wissenschaftliche Studien, Analysen vergangener Spiele, fachlichen internationalen Informationsaustausch und statistische Daten zur (Rück-)Entwicklung fußballspezifischer Gewalt.

Professionelle sozial-präventive Arbeit rund um den professionellen Fußball gibt es in Deutschland bereits seit Anfang der 80er Jahre. In Hamburg wurde das erste Fanprojekt mit auch Unterstützung durch die Stadt 1983 gegründet. Sprich, seit 23 Jahren wird diese Arbeit gemacht und auch bei Fußballwelt und -europameisterschaften seit 1988. Seit 1988 haben Kollegen alle Fußballwelt- und -europameisterschaften begleitet. Haben die Kollegen auch mehr und mehr international Länderspiele, Europapokalspiele begleitet. Das heißt, das ist ein Erfahrungsschatz von vielen tausend Spielen und vielen tausend Situationen. Und daher kann ich, glaube ich behaupten, dass neben vielleicht bestimmten Polizeieinheiten so viel Erfahrungen hat mit Fans und auch schwierigen Situationen wie eben die Fanbetreuung (INT 7 Fanbetreuung).

Grundsätzlich wird von ExpertInnen aus dem Bereich Fanarbeit das Gefahrenpotential von Fußballfans als gering und bewältigbar eingeschätzt. Die Zahl der gewaltbereiten bzw. gewalttätigen Fußballfans läge lediglich bei einem Prozent. Dieses Bedrohungspotential

Experteninterviews

ließe sich mit bestehenden Sicherheitsmaßnahmen und -kräften problemlos bewältigen. Die restlichen 99% der WM-BesucherInnen seien bei entsprechender Gastfreundschaft und dem Vorhandensein guter Serviceangebote ohnehin friedlich.

Und so sagen wir, natürlich kann man mit Gastfreundschaft und mit sozialem Service kann man nicht alle erreichen, das ist auch klar. Aber man kann 99 Prozent der Fußballfans erreichen. Das eine Prozent, das tatsächlich nur kommt, um zu stören oder gewalttätig zu sein, das ist auch gut managebar von den Sicherheitsorganen, ganz klar, kein Problem (INT 7 Fanbetreuung).

Gemeinsamer Tenor ist bei diesen Aussagen die deutliche Forderung nach defensiven Polizeistrategien. Diese hätten sich u. a. bei der EM in Portugal sowie auch in wissenschaftlichen Studien z. B. von Stott und Adang als sehr erfolgreich herausgestellt (vgl. 4.4.1). Hierbei gehe auch eine wichtige deeskalierende Wirkung von einer guten Veranstaltungsumgebung und einem guten Service für Fans aus.

Na ja, also wir setzen und fordern auch immer eher eine zurückhaltende Strategie der Polizei. Eine Präsenz, auch von in normaler Uniform auftretenden Polizisten und der Polizei oder der Polizei den Rat zu geben, ihre Kräfte oder überhaupt sehr viele Kräfte einzusetzen, muss man nicht, aber die dann entsprechend im Hintergrund zu halten. Freundlich und bestimmt auf entsprechendes Fehlverhalten hinzuweisen bzw. seinerseits selbst zur Aufklärung oder Hinweisen beizutragen, Bereitschaft, mit den Leuten auch zu kommunizieren und die Fähigkeit zu haben, also entsprechend was ausländische Gäste angeht, sprachkundige Beamte einzusetzen. Bei Verstößen angemessen zu reagieren und freundlich, vielleicht auch mal ein Auge zuzudrücken aber eben auch deutlich zu machen, dass man sehr wohl da ist, dass man sich das alles sehr wohl anschaut, dass es aber nicht darum gehen soll, also jede auch noch so kleine Störung sofort im Keim zu ersticken, sondern einen gewissen Ermessensspielraum da zu betreiben (INT 10 Fanbetreuung).

Die geplanten polizeilichen Maßnahmen zur WM, wie auch die derzeitigen Maßnahmen im Ligaalltag werden von diesen ExpertInnen sehr kritisch betrachtet. Es wird von einer Überausstattung der Polizei gesprochen, da seit den 1980er Jahren (auch durch Prävention wie Fanarbeit) ein Rückgang fußballspezifischer Gewalt zu verzeichnen sei. Die derzeitige Überausstattung der Polizei führe hingegen zu einer scheinbaren Erhöhung des Gewaltpotentials, die analog des Lüchow-Dannenberg Effektes⁴³ funktioniere. Auch würden mittlerweile Ordnungswidrigkeiten strenger geahndet und die Kriterien für die Erfassung in der Datei

⁴³ Lüchow-Dannenberg Effekt oder Syndrom: Bezeichnet das Phänomen, dass die Erhöhung der Polizeipräsenz an einem Ort eine Erhöhung der statistisch erfassten Vergehen und Verbrechen nach sich zieht. Vereinfacht gesagt scheint es so, als ob mehr Polizei mehr Kriminalität verursacht.

Experteninterviews

Gewalttäter Sport erheblich herabgesetzt. Dies geschehe aus einer Motivation der „Besitzstandswahrung“ seitens der Polizei. Deutliche Kritik wird an Forderungen nach Verschärfung von Sicherheitsmaßnahmen geübt, wobei den beteiligten Akteuren mangelnde Fachkenntnis im Fußballzusammenhang unterstellt wird:

Na ja, nach der Hochzeit des Hooliganismus, Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre mit auch, was man ja nicht verharmlosen oder tabuisieren sollte, mit wirklich ganz schrecklichen Vorfällen und verachtenswerten Vorfällen, hat der Staat aufgerüstet beim Fußball. In erster Linie bei den Stadien aber auch darüber hinaus. Und wenn ich erst mal aufrüste, in Polizeistärken, Mannstärke aber auch in technische Prävention, dann ist leider ja die Erfahrung, selbst wenn ich einen Rückgang habe - durch welche Gründe auch immer - entweder, dass diese Polizeiarbeit effektiv war oder durch andere gesellschaftliche Gründe oder durch präventiv-soziale Arbeit, dass da leider nicht mehr abgerüstet wird, sondern das Niveau eher weiter genutzt wird (INT 7 Fanbetreuung).

So ein politischer Druck, eben hochzurüsten, wie der jetzt gerade auch bei der WM entsteht, kommt eben von Funktionären von Polizeigewerkschaften, von selbsternannten oder tatsächlichen Innenexperten und anderen Polizeieinheiten, die eben ihr eigenes Süppchen kochen oder wo ich mal behaupten würde, die haben nicht sehr viel Erfahrung mit Fußballeinsätzen (INT 7 Fanbetreuung).

Von zwei weiteren ExpertInnen aus dem Sportbereich erwähnt einer die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Abwehr von Hooligans (vor allem in den Stadien). Genannt werden Einlasskontrollen, Verhindern des Zusammentreffens von verschiedenen Hooligan-Gruppen, mehr Sicherheitspersonal und Maßnahmen, die verhindern, dass Gegenstände auf das Spielfeld geworfen werden. Allerdings sollten keine Straßenkontrollen oder repressive Maßnahmen gegen Fans oder Bevölkerung ergriffen werden, da diese dem Anspruch, ein weltoffenes Land zu sein, widersprechen würden.

Gut, ich würde die Zielgruppe eher auf die normalen, was man auch im Fußball immer nennt, diese Hooliganszene beschränken wollen. Da würde ich sagen, dass man halt verstärkt Kontrollen, Eingangskontrollen macht. Das halt nicht irgendwelche Flaschen, Gegenstände aufs Spielfeld geworfen werden. Oder dass man das Aufeinandertreffen von verschiedenen Hooligans unterbindet im Vorfeld. Das man sagt, o.k., wir begleiten vielleicht auswärtige Mannschaften, wenn die jetzt anreisen oder so. Oder dass man vielleicht eine gewisse räumliche Trennung im Stadion vornimmt, das ist auch o.k. Und vielleicht die Sicherheitskräfte irgendwie verstärkt, personell ausweitet. Aber ich würde da nicht irgendwie so große Straßenkontrollen oder so etwas nicht machen. Also das ist dann übertrieben so was. Gerade um ja auch darzustellen und zu sagen, o.k. wir sind ein weltoffenes Land, da kann man natürlich nicht mit irgendwelchen Repressalien irgendwie das Gegenteil beweisen in der Praxis. Das beißt sich irgendwo dann (INT 2 Sport).

Experteninterviews

Die ExpertInnen aus dem Bereich der Stadtteilarbeit befürworten ebenfalls überwiegend defensive bzw. präventive Maßnahmen. Genannt werden hier Fanbetreuung (aus den Heimatländern der angereisten Fans), alternative und kostenlose Angebote für BewohnerInnen von St. Pauli, insbesondere für Jugendliche, Alkoholverbot auf dem Fan Fest (aber als nicht durchsetzbar bewertet), Erziehung und Bildung (gegen Rechtsradikalismus) und eine allgemeine Entlastung des Stadtteils von (Groß-)Veranstaltungen. Eine Verstärkung der polizeilichen Prävention wird von zwei Befragten explizit als nicht hilfreich ausgeschlossen.

Auf jeden Fall keine, komischerweise, keine Polizei in Uniform. Das ist jetzt so ein Massenaufmarsch. Gut, vielleicht weil wir sowieso davon ein bisschen geschädigt sind, dass ich immer denke, dass ist etwas was eher provoziert. Irgendwelche Angebote... aber ich meine, bei solchen Veranstaltungen lernt man doch auch keine Leute kennen oder? Da reist man wahrscheinlich in der Gruppe an, in der Clique und dann macht man da irgendwie Gucken und Party. Eigentlich müsste es drum herum ja irgendwelche interessanten Angebote geben, womit man sich auch beschäftigen kann, außer dass man da irgendwie auf die Leinwand guckt, weil Alkoholverbot ist wahrscheinlich absurd, so etwas kann man wahrscheinlich gar nicht durchsetzen (INT 8 Stadtteil).

Eine Interviewpartnerin thematisiert die Durchführung politischer Demonstrationen während der WM und verweist hierbei auf die Notwendigkeit der Güterabwägung und der Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze. Hier könne es aufgrund der WM dazu kommen, dass z. B. bestimmte Demonstrationrouten aus Sicherheitsgründen verlegt werden könnten.

Es gibt Grundrechte, die man gegeneinander abwägen muss und allen voran steht natürlich Schutz von Leib und Leben, da muss man immer im Einzelfall sehen, was geht da wirklich für eine Gefährdung aus. Wenn es da eine Demonstration ist und jemand möchte wirklich einfach seine politische Parole überbringen, dann wird er damit auch einverstanden sein, wenn man ihm eine andere Route vorschlägt (INT 13 Sicherheit).

Die Sicherheitsmaßnahmen auf dem Fan Fest werden unterschiedlich bewertet. Ein Befragter aus dem Bereich Fanarbeit bezeichnet die dortigen Sicherheitsmaßnahmen als übertrieben (Videoüberwachung und Einlasskontrollen), andere halten sie aufgrund des flexiblen Konzeptes für angemessen. Grundausstattung sei die Umzäunung des Fan Festes mit offenen Eingangsportalen, die jedoch je nach Sicherheitseinschätzung (z. B. bestimmte Spielpaarungen) mit Ordnern verstärkt und durch verdachtsunabhängige Maßnahmen wie Leibesvisitationen, Taschenkontrollen etc. begleitet werden können.

[...] wir wollen schon ein so weit wie möglich offenes Fan Fest gestalten, ohne die Sicherheitsaspekte zu vernachlässigen. Und der Kompromiss, der momentan getroffen ist, ist genau dieser: Offene

Experteninterviews

Eingangsbereiche, wo man ein flexibles Sicherheitssystem oder -konzept dann eben auch hochziehen kann oder durchziehen kann (INT 3 Sport).

Von den ExpertInnen aus dem Bereich Sicherheit antwortet ein Experte rein deskriptiv, indem er geplante Sicherheitsmaßnahmen zur WM benennt, aber nicht bewertet. Ein anderer, der grundsätzlich von einer höheren Ausschreitungswahrscheinlichkeit auf dem Fan Fest ausgeht, plädiert für einen dezentraleren Ort des Fan Festes. Durch die Wahl eines innenstadtfernen aber stadionnäheren Ortes würden sich mögliche Gewaltpotentiale mangels Publikum und interessanten Angriffsflächen von selbst auflösen bzw. gar nicht erst entstehen.

Also, was man hätte anders machen können, man hätte einen anderen Ort aussuchen können. Einfach für diese Großveranstaltung, die einfach eine hohe Wahrscheinlichkeit von Ausschreitung mit sich bringt, aufgrund der Publikumsstruktur, die hätte man an einen anderen Ort tun sollen, wo sich diese Ströme, wenn es zu Ende ist, dezentralisieren. Einfach aufgrund der Lage. Wie jetzt Trabrennbahn Farmsen, da hätte man auch noch eine Nähe zum Stadion gehabt, hätte einen Stadionbezug herstellen können. Hätte man auch noch Original-Ton noch gehabt, den Krach mitgehört. Die Horner Rennbahn, um zwei Locations zu nennen, die in Gebieten liegen, die für Randalierer uninteressant sind. Da fängt doch kein Randalierer den Wilden an zu machen irgendwo in der Luruper Hauptstrasse. Das ist uninteressant, das ist unspannend (INT 12 Sicherheit).

Während der Interviews wird von mehreren ExpertInnen (Stadtteil, Fanbetreuung) die Einschätzung vertreten, dass die WM bzw. Großevents im Allgemeinen dazu genutzt werden, Sicherheitsmaßnahmen einzuführen, die sich sonst nicht oder nicht so leicht umsetzen ließen. Hierzu werden zum einen bestimmte erhöhte Gefahrenpotentiale im Kontext mit dem Event postuliert, die als Legitimationstrategien für die Einführung von Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen dienen. Diese Gefahrenereinschätzungen werden von ExpertInnen teilweise als überzogen gewertet.

Wenn es nationalistische Ausschreitungen gibt, dann schon. Das könnte ich mir auch vorstellen, dass das eine Sache ist. Aber ansonsten glaube ich, ist es nichts Besonderes. Vielleicht wird es auch als Gefahr definiert, dass mehr geklaut wird. Aber wo mehr Leute sind, wird auch mehr geklaut. Nö, sonst finde ich das so ein bisschen so eine Heraufbeschwörung von Gefahr, um vielleicht auch das eine oder andere durchzusetzen (INT 9 Stadtteil).

Kurz vor der Fußball-Weltmeisterschaft sind auf der Hamburger Reeperbahn zwölf Kameras zur polizeilichen Videoüberwachung installiert worden, deren Notwendigkeit allerdings nur

nachrangig mit der Fußball-Weltmeisterschaft begründet wird⁴⁴. Die Reeperbahn befindet sich in unmittelbarer Nähe zum FIFA Fan Fest und bietet sich nach dessen Schließung (um 24 Uhr) für die BesucherInnen zum Weiterfeiern oder als Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr an. Darüber hinaus wird auf dem Spielbudenplatz an der Reeperbahn ebenfalls ein Public Viewing Bereich errichtet. Insofern ist die Reeperbahn ein Ort, der stark durch die BesucherInnen von WM-Veranstaltungen frequentiert werden wird. Die ExpertInnen werden um Einschätzungen gebeten, ob sie die Videoüberwachung auf der Reeperbahn für geeignet halten, Straftaten während der WM zu verhindern und wenn ja, um welche Delikte es sich dabei handelt.

Insgesamt acht ExpertInnen aus den Bereichen Sport, Fanbetreuung und Stadtteil bezweifeln zumindest teilweise die Nützlichkeit der Videoüberwachung. Am häufigsten wird dabei deren Wirkungslosigkeit bei Affekttaten (vor allem Taten unter Alkoholeinfluss und emotional motivierten Taten) benannt. Solche Taten seien jedoch in Anbetracht der Publikumsstruktur (jung, männlich) sowohl im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft als auch im Umfeld der Reeperbahn am häufigsten zu erwarten.

Aber in einem öffentlichen Raum wie rund um die Reeperbahn, glaube ich da nicht dran. Weil die meisten Taten sind Spontantaten, in Verbindung (...) also gerade jetzt die Gewaltkriminalität, die damit eingedämmt werden soll, vorgeblich, sind Spontantaten aus einer Mischung von jung-männlicher, jung-männlichem Gehabe und Männlichkeitskult in Verbindung mit Alkohol, in Kombination mit der Vermischung von Kulturen, Interessen, Bedürfnissen etc. und sonstigen Straftaten, die in solchen Bereichen passieren und dann sehr spontan sich am Wochenende und insbesondere Nachts sich entwickeln. Und das finde ich lächerlich oder naiv, dass da so ein junger Messerstecher oder einer, der eine Bierflasche schmeißt, vorher da überlegt, oh, da könnte ja eine Videokamera auf mich gerichtet sein (INT 7 Fanbetreuung).

Also das ist natürlich so, dass viele Straftaten eben nicht nur rationell, aus rationalen Gründen vorgenommen werden, sag mal, o.k. ich überlege mir jetzt eine Bank zu überfallen, sondern viel auch aus emotionaler, im Affekt zum Teil auch, vielleicht auch verbunden mit Trunkenheit geschehen. Und da glaube ich, dass dann so eine Videoüberwachung eigentlich nicht so viel bringt (INT 2 Sport).

⁴⁴ Aus einem Artikel des Hamburger Abendblattes vom 7.9.05: „Die Reeperbahn ist der größte Kriminalitätsschwerpunkt in Hamburg“, sagte der Innensenator. „Dort sind von Mai 2004 bis Ende April dieses Jahres 757 Straftaten im öffentlichen Raum verübt worden“. Die Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Zahl der Straftaten durch Videoüberwachungen um etwa die Hälfte zurückgehe, sagte Nagel. Dies erhoffe er sich auch für den Kiez. Auch im Hinblick auf die Fußball-WM sei es nötig, für mehr Sicherheit auf Hamburgs Vergnügungsmeile zu sorgen.“

Experteninterviews

Für grundsätzlich sinnvoll wird die Videoüberwachung der Reeperbahn von zwei der befragten ExpertInnen aus dem Sicherheitsbereich erachtet. In diesen Interviews wird deutlich, dass die Videoüberwachung einerseits als präventive Maßnahme gesehen wird, die Gewaltdelikte dadurch vermindern soll, dass rechtzeitig die Polizei über Konflikte informiert wird und vor Ort einschreiten kann. Als weiterer Aspekt wird die nachträgliche Identifizierung von Tätern genannt, hierbei wird das Beispiel der Aufklärung der Terroranschläge von London herangezogen.

Das beste Beispiel sind die Terroranschläge in London gewesen, wo also nur durch Videoüberwachung das möglich gewesen ist, relativ schnell eben diese Täter zu ermitteln und entsprechend Ermittlungsansätze dann zu finden. *[Nachfrage: Bei welchen Straftaten wirkt Videoüberwachung verhindernd? Und bei welchen eher nicht?]* Da bin ich jetzt im Moment ein bisschen überfragt, ob man das so detailliert sagen kann. Ich denke, dass was von besonderer Bedeutung ist und worauf das auch abzielt, das sind Gewaltdelikte. Wenn es dazu kommt, dass Situationen eskalieren, dass man eben auch die Möglichkeit hat, gegebenenfalls rechtzeitig durch Präsenzmaßnahmen deeskalierend zu wirken. Denn vielfach reicht es ja aus, dass ein Streifenwagen rechtzeitig da ist, wenn sich Gruppierungen bedrohend gegenüber stehen und dass dann eben nichts passiert, wo sonst einer mit einem Messer im Bauch ins Krankenhaus nachher eingeliefert werden würde. Ich denke, da bringt es sehr viel. Bei anderen, da würde ich jetzt anfangen zu spekulieren, ob wir Taschendiebe jetzt davon abhalten oder so etwas, da habe ich eher meine Zweifel (INT 4 Sicherheit).

Es ist manchmal erstaunlich, was so eine Generalprävention leisten kann. Alleine, dass ein Streifenwagen irgendwo vorbeifährt oder so, animiert schon einige, sich vielleicht auch mal eher anzuschmalen oder so. Also ich glaube schon, dass es [die Videoüberwachung, Anm. d. Verf.] im Zuge einer Generalprävention Sinn macht. Es erleichtert im Einzelfall vielleicht sogar die Strafverfolgung (INT 13 Sicherheit).

Ein Befragter aus dem Fanbereich wertet die Einführung von Videoüberwachungen generell als „symbolische Politik“. Diese diene vornehmlich dazu, das subjektive Sicherheitsbedürfnis bestimmter, eher konservativer Wählerschichten zu beruhigen und damit parteipolitische Vorteile bei Wahlen zu erlangen.

Und diese Videokameras sind für mich auch eher dazu gedacht, eher so etwas wie ein subjektives Sicherheitsempfinden und -bedürfnis, das in erster Linie auf die potentiellen Wählerschichten der CDU abzielt und sagen wir mal, der konservativen Wählerschichten, die zwischen SPD und CDU schwanken. Also da geht es auch um symbolische Politik und um Macht und um Machtpolitik und nicht um Sachpolitik aber das ist ja auch nichts Neues überhaupt bei der Politik (INT 7 Fanbetreuung).

Experteninterviews

Einige ExpertInnen, vor allem aus dem Bereich Stadtteil aber auch aus der Fanarbeit, befürchten durch die Videoüberwachung der Reeperbahn könnte sich Kriminalität in angrenzende Gebiete bzw. Straßen verlagern (Verdrängungseffekt). Dies gelte vor allem für geplante, rationale Straftaten, bei denen der Täter im Vorwege das Risiko seiner Entdeckung kalkuliert.

Auf der anderen Seite kann es in dunklen Ecken zu solchen Straftaten erst herausfordern, wo dann eben keine Kameras sind, also ich möchte jetzt nichts prophezeien oder so. Natürlich wäre das eine schlimme Vorstellung, die aber schon irgendwo realistisch sein kann, dass es irgendwo eher passiert, weil man weiß, wo die nicht-überwachten Räume sind und dann da sich eher hinorientiert, um solche Straftaten zu begehen (INT 5 Fanbetreuung).

Ein Experte aus dem Bereich Stadtteil ist hingegen der Ansicht, Verdrängungseffekte seien nicht zu erwarten, da der Hauptteil der Kriminalität ohnehin in den nicht videoüberwachten Nebenstrassen der Reeperbahn stattfinden würde. Dennoch könnte die Videoüberwachung grundsätzlich bei der Aufklärung von Straftaten hilfreich sein.

Es hat ja bisher auch nicht auf der Reeperbahn, sondern in den Seitenstraßen stattgefunden, deshalb wird es keine Verdrängung geben. Und ich glaube aber, dass es vielleicht tatsächlich im Nachhinein zur Aufklärung beitragen kann (INT 6 Stadtteil).

Einige der befragten ExpertInnen differenzieren bei ihrer Bewertung zwischen Videoüberwachung in öffentlichen Räumen (wie der Reeperbahn) und der Überwachung im öffentlichen Nahverkehr. Während erstere abgelehnt bzw. für nicht sinnvoll erachtet wird, sei letztere gut und sinnvoll. Auch hier wird ein konkretes Beispiel für die Begründung der Videoüberwachung („S-Bahn-Schubser“) herangezogen (INT 3). Kritik an der Videoüberwachung der Reeperbahn übt auch einer der Befragten aus dem Bereich Sicherheit, der stattdessen für eine Verstärkung der Polizeipräsenz plädiert.

Also „S-Bahn-Schubser“ als Beispiel, wo man ja wirklich anhand der Bilder den Täter gefasst hat. Und ich finde, dass das schon auf jeden Fall eine Rechtfertigung ist, dann die Kameras aufzustellen. Man muss sich nur ganz genau überlegen, wie weit das gehen soll. Also wo da Anfang und Ende ist. Die gesamte Reeperbahn jetzt mit Videokameras auszustatten hört sich im ersten Moment ein bisschen übertrieben an (INT 3 Sport).

Dass man bestimmte neuralgische Punkte, wie die U-Bahnhöfe oder ähnliches mit Kameras versieht - ja, bin ich für. Aber doch nicht eine normale öffentliche Straße. Dann sollen sie lieber zwei Polizisten bezahlen, die sich da hin stellen. Sag ich mal so, kostet genauso viel Geld und wir haben zwei Arbeitslose weniger. (INT 12 Sicherheit)

Experteninterviews

Eine Befragte aus dem Bereich Stadtteilarbeit hält Videoüberwachung nur zur Abschreckung von Gelegenheitsstaten sinnvoll, nicht aber bei gewerbsmäßiger oder organisierter Kriminalität.

Also, ich denke jemand, der kriminell drauf ist und kriminell sein will, der kann auch damit umgehen. Also, ich würde vermuten, dass es so einen Zwischenbereich gibt, wo Leute sich vielleicht davon abschrecken lassen, die so nach dem Motto Gelegenheit macht Diebe, dann macht es eben keine Diebe, weil man weiß man wird überwacht. Dann nimmt man die Gelegenheit nicht wahr. Also das denke ich schon. Also wie gesagt, die kriminell drauf sind, die kriegen das irgendwie hin, die ziehen ihr Ding durch, aber glaube schon, dass es manche abhalten würde (INT 8 Stadtteil).

Ein Experte, der im Sportbereich mit der Organisation des Fan Festes vertraut ist, bewertet die Videoüberwachung der Eingänge des Fan Festes als gute Maßnahme zur Verhinderung von Straftaten sowie deren nachträgliche Aufklärung.

Dass man das an zentralen Orten teilweise macht, wie z. B. an Eingängen zum Fan Fest, kann, glaube ich, auch durchaus positive Effekte haben. Das glaube ich schon. Also dadurch, dass die Geschichten bekannt gemacht werden, dass Straftaten verhindert oder im Nachhinein ex post geahndet werden können, aufgeklärt werden können, glaube ich schon, dass das teilweise auch eine abschreckende Wirkung hat (INT 3 Sport).

Überwiegend wird die Videoüberwachung der Reeperbahn nicht im Zusammenhang mit der Fußball-WM wahrgenommen. Es handle sich nach Ansicht der Befragten vielmehr um eine schon länger geplante Maßnahme, die mit der hohen Kriminalitätsrate der Straße zusammenhänge.

Ich glaube auch nicht, dass das jetzt, dass die Fußball-Weltmeisterschaft jetzt ein Grund ist, um jetzt diese Videoüberwachung einzuführen oder dass sie eingeführt worden ist, sondern ich glaube eher, dass der Konfliktort Kiez, sage ich mal, was da in der Vergangenheit passiert ist, dass eher ein Grund war (INT 2 Sport).

Ein Experte aus dem Bereich Sicherheit hält das Argument WM für vorgeschoben, die Videoüberwachung sei lange geplant aber nicht so leicht durchsetzbar gewesen.

Man hätte das schon immer gerne gemacht und man hat jetzt wiederum ein positives Ereignis, um dieses zu rechtfertigen zum einen und natürlich jetzt auch die Mittel, weil da der Haushalt ja plötzlich viel großzügiger mit Dingen umgeht als vorher. Hätte vorher Nagel gesagt, ich brauche so und so viel Geld, um eine Videoüberwachung aufzubauen auf der Reeperbahn, dann hätte der Senat gesagt, ja frag in fünf Jahren mal wieder nach, im nächsten Haushalt in der nächsten Legislaturperiode. Die

Experteninterviews

Mittel müssen bereitgestellt werden und das ist ein Trittrettfahrer. Ich glaube nicht, dass es wirklich um die WM geht. Weil dann könnte man sie nachher wieder abbauen (INT 12 Sicherheit).

Einige Befragte aus verschiedenen Bereichen thematisieren die „Nebenwirkungen“ der Videoüberwachung, die ständige Dokumentation aller Personen, die sich in dem überwachten Bereich aufhalten und der damit einhergehenden Beschränkung von Freiheitsrechten.

Das ist immer eine Abwägung zwischen dem Datenschutz und der Möglichkeit, sich auch unerkannt bewegen zu können oder undokumentiert bewegen zu können, auf der anderen Seite halt, dass zumindest teilweise dann Straftaten auch verhindert werden können. Das ist eine Interessensabwägung. Das ist ein Politikum (INT 3 Sport).

Spricht halt total gegen die Bewegungsfreiheit, die Freiheit des Einzelnen (INT 5 Fanarbeit).

Die Einschätzungen darüber, inwieweit die Bevölkerung oder die AnwohnerInnen der Veranstaltungsorte von Sicherheitsmaßnahmen betroffen werden, gehen bei den Befragten weit auseinander. Aus dem Sicherheitsbereich und von Fanbeauftragten werden teilweise erhebliche, von Befragten aus dem Sportbereich und der Stadtteilarbeit teilweise gar keine Einschränkungen erwartet. Einige Befragte erwarten Einschränkungen im Straßenverkehr aufgrund von Sicherheitsmaßnahmen. Hierbei werden vor allem Maßnahmen im Kontext mit dem Aufenthalt des US-amerikanischen Nationalteams in Hamburg erwähnt. Darüber hinaus rechnet ein Befragter aus dem Sicherheitsbereich mit Straßensperrungen rund um das Heiligengeistfeld (Fan Fest) durch Polizei- und sonstige Einsatzfahrzeuge.

Dass Sich-locker-in-Hamburg-bewegen-können, wird eingeschränkt werden. Darunter werden wir alle leiden. Es wird so, dass man bestimmte Dinge (...) sich einfach nicht mehr frei bewegen kann. Es wird Einschränkungen im Straßenverkehr geben, es wird Einschränkungen beim Zugang zu bestimmten Plätzen geben und der Straßenverkehr wird stark eingeschränkt werden (INT 12 Sicherheit).

Seitens der befragten ExpertInnen aus der Fanarbeit gibt es die Einschätzung, dass die Bevölkerung durch Sicherheitsmaßnahmen (auch beim Fan Fest) betroffen sein wird. Vor allem nicht deutsch aussehende männliche Jugendliche könnten verstärkten Personalkontrollen im Viertel St. Pauli ausgesetzt sein und möglicherweise vom Fan Fest ausgeschlossen werden. Ebenso werden verschärfte asylrechtliche Kontrollen zur WM befürchtet.

Was ich halt in letzter Zeit beobachtet habe, aus was für Gründen auch immer, sind halt im Viertel hier verstärkt Kontrollen bei Jugendlichen, nicht deutsch aussehenden Jungs, eigentlich nur Jungs, Mädchen habe ich noch nicht gesehen. Und ich denke, dass so etwas noch verstärkt vorkommen wird, gerade hier. Gerade auch, dass die vielleicht nicht rein dürfen aufs Heiligengeistfeld, das ist ja auch

Experteninterviews

immer noch unklar, ob sie halt da doch Kontrollen machen zum Einlass. [...] Aber wir haben halt die Befürchtung, dass im Hinblick auf die WM und während der WM dann wenn da verstärkt farbige Menschen in der Stadt sein werden, dass die asylrechtlichen Kontrollen auch zunehmen könnten (INT 5 Fanbetreuung).

Auf dem „Kiez“, d. h. im Vergnügungsviertel rund um die Reeperbahn erwarten Fanbeauftragte eine Vermischung von KneipenbesucherInnen und Fußballfans, unter denen auch problematische Gruppierungen sein können. Hier könnten im Falle von Störungen und Auseinandersetzungen aufgrund von unübersichtlichen Sicherheitslagen auch unbeteiligte Passanten von Polizeimaßnahmen betroffen sein.

[...] und dann eben mit den Fußballfans und diese Vermischung in den engen Gassen und in den Kneipen ist so, dass es wenn dann zu Polizeieinsätzen kommt, der einzelne Polizeibeamte gar nicht mehr differenzieren kann, weil auch viele Fans dann auch nur noch schwer, vom Äußeren auch, zu unterscheiden sind. Oder dann in der Situation, in dem Gemengelage, in der Enge, in der Hektik auch der einzelne Polizeibeamte da auch überfordert ist. Jetzt zu schauen, wer ist da Zuschauer, wer ist da zufällig gerade vorbeigelaufen, wer hat damit gar nichts zu tun und wer ist vielleicht tatsächlich Verursacher von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten (INT 7 Fanbetreuung).

Des Weiteren wird von ExpertInnen aus dem Stadtteil und Sportbereich zur WM von einer höheren Polizeipräsenz auch im innerstädtischen Raum ausgegangen. Mögliche Auswirkungen auf Bevölkerung und AnwohnerInnen hingen dabei auch von dem Auftreten der Polizei ab. Auch hier wird deutlich, dass defensive Einsatzstrategien ein erfolgreiches Konfliktreduktionspotential zugesprochen wird, wohingegen eine massive Polizeipräsenz als konfliktsteigernd angesehen wird.

Die Polizei will sich insgesamt, ob das nun das Stadionumfeld oder die Innenstadt ist, insgesamt zurückhalten, präsent sein. Aber weder martialisch auftreten, noch das Straßenbild bestimmen. Ob das auch umgesetzt wird, bleibt abzuwarten (INT 10 Fanbetreuung).

Im Rahmen von Großveranstaltungen erwarten die Befragten eine grundsätzlich höhere Akzeptanz für Sicherheitsmaßnahmen bzw. für deren Verschärfung. Kritisch sehen hier vor allem ExpertInnen aus den Bereichen Fanarbeit, Sport und Stadtteil die dauerhafte Einführung von Sicherheitsmaßnahmen, die mit dem Anlass eines Großevents bzw. der WM begründet werden. Den Medien wird dabei nach Ansicht von Fanbeauftragten ein erheblicher Anteil an der Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen zugerechnet (siehe 7.2.3).

Ja. Weil da kommen so viele Leute zusammen und dann ist es ja schon sinnvoll, Sicherheit zu haben. Und ich denke, diese Großereignisse sind so eine Supergelegenheit so etwas durchzusetzen und so

Experteninterviews

dieses „Testweise“, aber dann bleibt es einfach oder wird etabliert oder hat sich ja bewährt (INT 9 Stadtteil).

Zumindest kurzzeitig erwarten die befragten ExpertInnen aus dem Bereich Sicherheit eine höhere Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen seitens der Bevölkerung. Dabei werden allerdings nur Sicherheitsmaßnahmen angesprochen, die den Besuch von Veranstaltungen im WM Kontext betreffen. Verglichen werden diese mit Konzert- und Clubbesuchen oder dem Besuch sonstiger Fußballspiele, die vergleichbare Sicherheitsmaßnahmen aufwiesen. Diese Maßnahmen seien bekannt und würden allgemein akzeptiert.

Es ist halt so vergleichbar dann doch mit Fußballspielen, als wenn man jetzt in so ein Stadion hineingeht und ich denke schon, man kennt das ja auch, wer auf ein Konzert geht oder in einen Club hineingeht, dass man sich solchen Maßnahmen aussetzt und das weiß ich vorher. Und dementsprechend denke ich, wissen die Leute, was auf sie zukommt und akzeptieren dann das dementsprechend auch (INT 13 Sicherheit).

Im Vorfeld der WM wird intensiv über eine Grundgesetzänderung zur Ermöglichung eines Bundeswehreinsetzes im Inland debattiert. Diese Debatte steht in engem Bezug zur Abwehr möglicher Gefährdungen und Risiken im Kontext mit der Fußball-Weltmeisterschaft (siehe auch 8.1.4). Grundsätzlich wird ein solcher Bundeswehreinsetzung von allen Befragten abgelehnt. Ein Teil der ExpertInnen hält allerdings Leistungen im Rahmen der Amtshilfe bzw. einen Einsatz im Katastrophenfall für legitim. Dabei wird auch darauf verwiesen, dass durch die Nutzung von Bundeswehreigentum (wie Krankentragen) Steuermittel gespart werden können, da solche Gegenstände oder Geräte ansonsten gekauft werden müssten.

Dass es bestimmte Formen der Amtshilfe geben wird, nehmen wir beispielsweise die Maßnahmen für die Vorsorge zum Katastrophenschutz, dass wir uns von der Bundeswehr Tragen für Verletzte ausleihen, ist in so einer Sache selbstverständlich. Finde ich auch gut, dass wir die dafür in Anspruch nehmen, warum sollen wir die aus Steuermitteln neu kaufen wenn andere es da haben und es mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Zeit nicht brauchen. Oder für den Fall eines Großschadenfalls wodurch auch immer, dann ist eine logistische Unterstützung durch die Bundeswehr gibt, habe ich überhaupt kein Problem (INT 4 Sicherheit).

Ein Bundeswehreinsetzung im Kontext der WM im Inland wird von den Befragten aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Hierbei werden Ablehnungen begründet mit dem Verweis auf die deutsche Geschichte und Verfassung bzw. der Beibehaltung der Gewaltenteilung (INT 3), mit einer mangelnden Ausbildung der BundeswehrsoldatInnen für Inlandseinsätze (INT 1) und einer damit einhergehenden Eskalationsgefahr im Konfliktfall sowie mit der Einschätzung, dass die Polizeikräfte zur Sicherung der WM vollkommen ausreichend seien (INT 13).

Experteninterviews

Aber ich glaube es wäre völlig fatal - fatal nicht unbedingt - aber der falsche Weg, wenn man die Bundeswehr jetzt mit Exekutivgewalt ausstattet, das sollte auf gar keinen Fall sein. Deswegen habe ich da eine sehr dezidierte Meinung (INT 3 Sport).

Also die Frage, die sich für mich da immer stellt, inwieweit sind die Soldaten dann geschult, in solchen Situationen einzugreifen. Mit Sicherheit ja eigentlich nicht. Die haben etwas anderes gelernt. Von daher ist natürlich die Frage, ob es denn hilfreich ist oder ob es da nicht eventuell (...) wenn jemand nicht darauf geschult ist, vorbereitet ist, vielleicht ist es die Bundeswehr oder die Soldaten, die dann eingesetzt werden sollen, dass es denn eher zur Eskalation führt, denn zur Deeskalation (INT 1 Stadtteil).

Wir haben ja nun Sicherheitskräfte auch für die Innere Sicherheit und die sind eben auch gut ausgestattet und die Frage ist, ob das nicht eben reicht. Ich denke, die Diskussion ist gut und sinnvoll, die Maßnahme an sich betrachte ich persönlich als nicht notwendig (INT 13 Sicherheit).

Für spezielle Aufgaben, genannt werden hier von drei Befragten (Sicherheit, Fanarbeit, Sport) die Luftüberwachung, sei die Bundeswehr schon deshalb zuständig, da keine andere Stelle über die notwendige Ausstattung verfüge.

Aufklärungsflugzeuge AWACS von der NATO, das ist auch ... ich weiß nicht genau, was diese Flugzeuge können aber jetzt als Laie würde ich sagen, das tut eigentlich keinem weh. Das kriegt man auch nicht so wirklich mit und da bin ich aber nicht genau im Bilde, was die aufklären können. Auch wieder eine Frage des Datenschutzes denke ich mal. Aber wenn es darum geht, dass der Luftraum überwacht werden soll, warum nicht (INT 3 Sport).

7.2.3 Expertensicht auf die Presseberichterstattung zur Fußball-WM 2006

Die ExpertInnen werden im Verlauf des Interviews danach gefragt, welche Sicherheitsthemen ihnen im Kontext mit der Fußball-WM 2006 in der Hamburger Medienberichterstattung aufgefallen sind. Hierdurch sollen, im Hinblick auf die spätere Ergebnisdiskussion, Bezüge zu den Ergebnissen der Medienanalyse möglich werden. Das Spektrum der Antworten zu dieser Frage fällt sehr unterschiedlich aus. Zwei ExpertInnen meinen, es seien ihnen keine Themen präsent, da sie die Berichterstattung nicht regelmäßig verfolgen würden. Von jeweils zwei ExpertInnen werden die folgenden Themenfelder benannt: Die Sammelarreststelle (auch als Hooligan-Knast bezeichnet) in Hamburg, die Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen des Ticketverkaufs sowie deren Ausstattung mit RFID-Chips, die Sicherheitsüberprüfungen von MitarbeiterInnen des Hamburger Fußballstadions und die Diskussion um einen mögli-

Experteninterviews

chen den Bundeswehreinsatz im Inneren. Jeweils einmal werden die folgenden Stichworte aus dem Themenbereich „Hooliganismus“ erwähnt: Die Darstellung von Hooligans, insbesondere aus Osteuropa und England, die Polizeibüchungen zur Bekämpfung von Ausschreitungen und Ausschreitungen während der EM in Frankreich und des Confederation Cups bzw. deren verharmlosende Darstellung durch die Presse (s. u.). Ansonsten werden jeweils einmal die Themen Straftaten im Rahmen der WM, Luftüberwachung mit AWACS-Flugzeugen, Zwangsprostitution, die Ergebnisse des Stadiontests der Stiftung Warentest und Kameraüberwachung als Maßnahme der polizeilich-technischen Prävention genannt.

Die Art der Berichterstattung wird ebenfalls sehr unterschiedlich bewertet. Die Bewertungen reichen von positiver „Hofberichterstattung“ über (überraschend) differenziert bis hin zu übertriebenen Darstellungen von Sicherheitsthemen. Dabei gehen auch die Meinungen der Befragten aus dem Sicherheitsbereich weit auseinander. Während zwei ExpertInnen die Berichterstattung als eher realitätsfern und übertrieben bezeichnen, hält ein Experte dieses Bereiches die Darstellung in den Hamburger Printmedien für „verniedlichend“ (INT 12 Sicherheit) und äußert sich positiv über eine kritischere Berichterstattung in den Fernsehmedien. Eine Expertin aus dem Sicherheitsbereich bewertet die momentane Berichterstattung als teilweise überzogen und realitätsfern. Dabei wird Pressedarstellungen grundsätzlich die Fähigkeit zugesprochen, Unsicherheitsgefühle zu erzeugen bzw. zu bestärken. Grundsätzlich sei eine kritische Presseberichterstattung jedoch positiv, da so Schwachstellen aufgedeckt werden könnten und Verbesserungen initiiert würden.

Also, es ist halt, was mir auffällt bei gewissen Presseorganen, dass sie so ein Unsicherheitsgefühl schüren. Das, finde ich, stimmt nicht mit der Realität überein. Also, da werden vielleicht irgendwelche Straftaten hochgehängt oder irgendwie angebliche Sicherheitslücken nach vorne gebracht. Das finde ich nicht korrekt, weil das sich auch nicht mit den Tatsachen deckt und ich finde das richtig, dass Presse kritisch hinterfragt, auf jeden Fall. Und das hat ja auch eine Wirkung, man versucht dementsprechend natürlich auch zu reagieren oder eben vielleicht auch tatsächliche Schwachstellen dann auch zu lösen oder zu stärken oder in eine Lösung umzuwandeln (INT 13 Sicherheit).

ExpertInnen aus dem Bereich Fanarbeit und Sport kritisieren die übertriebene Darstellung von Hooligans, Verdrehung von Fakten und die einseitige Betonung von Negativereignissen, die die positive WM-Stimmung zerstören könnten. Hierbei weisen insbesondere die ExpertInnen aus dem Bereich Fanarbeit darauf hin, dass Mediendarstellungen häufig künstlich hochstilisiert seien und sich nicht mit den eigenen beruflichen Erfahrungen und Erlebnissen vor Ort deckten. Darüber hinaus würden auch häufig Pressemitteilungen und Interviews von FanbetreuerInnen in der Presse falsch bzw. überspitzt dargestellt werden. Eine solche Schlagzeilenorientierung der Medien gefährde dabei eine gute und friedliche WM Atmosphäre.

Experteninterviews

re. Auch positive Themen z. B. aus den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit und internationale Verständigung im Kontext mit Fußball ließen sich in der Presseberichterstattung kaum platzieren.

Da war auch letztens ein Artikel drin, mit Hooligans und was uns zu erwarten hat zur WM, ich weiß nicht, ob das in der MOPO war, da wurden halt auch wieder die Klischees ausgepackt bis alles zu spät war (INT 5 Fanbetreuung).

Wir wissen ja nun auch z. T. was wirklich passiert ist oder was da hinter steckt und wenn wir dann das lesen müssen oder wir haben Interviews mitbekommen oder selber geführt und wie dann auch bestimmte Fakten verdreht werden oder zugespitzt werden. Das eigentlich jeden Tag, praktisch jeden Tag könnte ich mich da ärgern. Weil es dann eben auch so einen eigentlich schönen Anlass wie eine Fußball-Weltmeisterschaft kaputtmachen kann. [...]. Natürlich kurzfristig, Anführungszeichen „verstehe“ ich Medien. Sex and Crime bringt eben die höchste Quote und Auflage und da schön zugespitzt über polnische Hooligans oder andere marodierende Horden oder über die, jetzt mit den US-Amerikanern, die Festung Levante - Haus oder der Hooligan- oder WM-Knast in der Stresemannstraße, das sind alles super Schlagzeilen und wenn irgendwo nur bei einem Fußballspiel eine Kleinigkeit passiert, haben wir das auf der ersten Seite. Also wenn etwas Negatives passiert, wenn etwas Positives passiert, dann kommt es gar nicht oder irgendwie versteckt in drei Zeilen (INT 7 Fanbetreuung).

Ein Experte aus dem Bereich Fanarbeit bewertet die als kritisch wahrgenommene Berichterstattung hinsichtlich (polizeilicher) Sicherheitsmaßnahmen seitens der Hamburger Medien positiv, ähnlich äußert sich auch eine Expertin aus der Stadtteilarbeit.

Ich weiß, dass in der Hamburger Presselandschaft die Maßnahmen der Polizei oder der für die Sicherheit Zuständigen schon sehr kritisch verfolgt wird (INT 10 Fanbetreuung).

Ein Befragter aus dem Sportbereich vertritt die Meinung, dass die Hamburger Polizei die Sicherheitslage zur WM moderater bewerte als die Medien dies täten. Dies sei kein Einzelfall, sondern träte bei der Beurteilung von Sicherheitsthemen häufiger auf (INT 3). Hierbei wird den Medien von einem Befragten eine gezielte Manipulation der öffentlichen Meinung unterstellt, indem einerseits überproportional viel über Gewalterscheinungen berichtet würde und gleichzeitig Einzelfälle als Belege für den Erfolg neuer Sicherheitsmaßnahmen herangezogen würden. Dies wiederum führe zu einer erhöhten Akzeptanz von verstärkten Sicherheitsmaßnahmen, wie im Falle der Videoüberwachung der Reeperbahn. Hierbei bestünde ein enger Zusammenhang zwischen der Platzierung von Themen in den Medien und politischen Machtverhältnissen.

Experteninterviews

Ich denke, dass das in Hamburg noch halbwegs moderat ist. Zumindest wie ich weiß, dass es von der Polizei gesehen wird und da muss man auch schon sagen, dass es da einen klaren Bias gibt, dass die Medien das stärker aufnehmen das Thema Sicherheit als das eigentlich von den Sicherheitsleuten selbst gesehen wird. Sozusagen die Einschätzung der Polizei liegt unter dem der Medien derzeit (INT 3 Sport).

[...] also wenn ich antiproportional den tatsächlichen Ereignissen das Thema Fußball sehr eng mit dem Thema Gewalt und Unsicherheit verbinde und Störungen der öffentlichen Ordnung, dann ist es natürlich ein Einfaches, Umfragen in Auftrag zu geben oder Mehrheiten zu behaupten, die mir belegen, dass die Akzeptanz riesig ist. Natürlich glaube ich, wenn ich jetzt eine Umfrage machen würde, dass sicher zweidrittel der Hamburger Bevölkerung diese Videokameras begrüßt, aber man muss sich auch ansehen, wie das eben über die Medien gespielt wird. Dann werden Einzelbeispiele von Aufklärung von Straftaten herangezogen, wo das Opfer dann das auch noch begrüßt und dann werden eben Vergleichsstatistiken herangeführt, die ja nun nicht überprüft werden, wo es ja einseitig von den Medien widergespiegelt wird (INT 7 Fanbetreuung).

Das hat mit Machtverhältnissen und mit politischen Verhältnissen in der Stadt zu tun, wer sich da auch über die Medien durchsetzt und wer sozusagen die Medienmacht auch mittelbar oder unmittelbar hält, die setzt sich auch immer bei Akzeptanz durch. Das haben wir auch bei vielen politischen Themen schon nachvollziehen können, wie ich Stimmungen schaffen kann, um dann zu behaupten, ich habe die Akzeptanz für die eine oder andere Politik den, basierten auf solchen einseitigen Berichterstattungen (INT 7 Fanbetreuung).

7.3 Zusammenfassung der Interviewergebnisse und Zwischenfazit

Insgesamt lässt sich in den Interviews nur selten gruppenspezifisches Antwortverhalten identifizieren. Lediglich beim Thema Sicherheitsmaßnahmen werden Gruppenunterschiede deutlich, hierbei zeigt sich eine enge Verbindung zwischen den geforderten bzw. präferierten Maßnahmen und den jeweiligen Berufsfeldern der Befragten. Am ausführlichsten zu diesem Themenbereich äußern sich die befragten FanbetreuerInnen, die ihre Einschätzungen mit Verweis auf wissenschaftlichen Studien und ihre langjährige Berufserfahrung unterlegen. Akteure aus dem Bereich Stadtteilarbeit betonen besonders die Wichtigkeit der Entlastung des Stadtteils St. Paulis von Großveranstaltungen und der Schaffung von Alternativangeboten, insbesondere für Jugendliche. Die Befragten aus dem Bereich Sport und die befragten SicherheitsexpertInnen halten die vorhandenen Sicherheitsmaßnahmen für ausreichend (letztere mit einer Ausnahme, die sich auch hinsichtlich der Risikoeinschätzungen von den anderen Befragten dahingehend unterscheidet).

7.3.1 Bewertung des WM-Mottos

Das WM-Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ wird von den Befragten als Werbeslogan ohne tieferen oder ernsthafteren Hintergrund bezeichnet. Dabei wird von mehreren ExpertInnen ein Aufforderungscharakter im Motto erkannt, der die Deutschen dazu auffordert, sich (gast-)freundlich gegenüber den Gästen zu verhalten. Wie nah oder fern Deutschland bzw. Hamburg der Umsetzung des Mottos ist, darüber gibt es bei den Befragten allerdings sehr unterschiedliche Einschätzungen. Gute Voraussetzungen für die Umsetzung des Mottos sehen zwei Befragte aus dem Sportbereich, da Hamburg Weltoffenheit als Image anstrebe („Tor zur Welt“) und die ansässige Bevölkerung sehr sportbegeistert sei. FanbetreuerInnen befürchten, dass restriktive Sicherheits- und Einreisemaßnahmen das Motto kontradiktieren könnten, während eine Stadtteilakteurin auf rassistische Übergriffe in Deutschland verweist und in dem Motto eine Verharmlosung gesellschaftlicher Realitäten sieht.

7.3.2 Einschätzung von Auswirkungen der Fußball-WM 06 in Hamburg: Wirtschaft, Infrastruktur, Marketing, Lebensqualität

Grundsätzlich halten die ExpertInnen die Durchführung von Großevents für eine Großstadt wie Hamburg in der heutigen Zeit für unverzichtbar, insbesondere aus wirtschaftlichen und insbesondere aus tourismuswirtschaftlichen Gründen sowie als Imagewerbung für die Stadt. Dennoch werden keine gesamtstädtischen oder längerfristigen Auswirkungen auf die Infra-

Experteninterviews

struktur oder die wirtschaftliche Entwicklung durch die Fußball-WM 2006 in Hamburg erwartet. Lediglich für den Tourismussektor werden kurzzeitige Auswirkungen erwartet, längerfristige und deutliche Effekte werden hingegen von fast allen ExpertInnen bezweifelt. Auch im Hinblick auf infrastrukturelle Maßnahmen werden größere Vorhaben nur im unmittelbaren Stadionumfeld sowie die Beschleunigung von touristisch interessanten Bauvorhaben (u. a. Spielbudenplatz, Jungfernstieg) genannt. Einige Befragte kritisieren, dass Planungen im Rahmen von Großevents in der Regel an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigehen.

Ein spezielles Stadtmarketing zur Fußball-WM 2006 gibt es nach Ansicht der ExpertInnen in Hamburg nicht, was einige als verpasste Chance werten und dabei Parallelen zur Bewerbung um die Austragung der Olympischen Spiele 2012 ziehen, wo ein ähnlicher Mangel an Imagenutzung mit zum Scheitern beigetragen hätte. Generell wirbt Hamburg mit den Attributen maritim, weltoffen („Tor zur Welt“) und international. „Maritim“ wird dabei auf den touristischen und auf den Freizeitwert (Alster, Elbe, Hafen) sowie auf Großevents am Hafen bezogen. Hamburg wirbt seit fast 100 Jahren mit dem Slogan „Das Tor zur Welt“ und bezieht sich damit auf die internationale Ausrichtung als Hafenmetropole. Seltener werden auch die Imagefaktoren „sauber und sicher“ genannt, allerdings nur in Verbindung mit Kritik an der Ausgrenzung von Randgruppen und einer Gefährdung des gastfreundschaftlichen Klimas durch restriktive Sicherheitsmaßnahmen. Weitere von einzelnen Befragten genannte Aspekte sind „attraktives Einkaufen“, „liberal“, „grüne Stadt“ und „Kultur und Industrie“.

Besonders positiv bewerten die FanbetreuerInnen das Hamburger Fan Office und den Fan Guide als lokale und von der Stadt finanzierte zielgruppenspezifische Maßnahme. Kein anderer Austragungsort würde zur WM so viele Ressourcen in die Fanarbeit investieren.

ExpertInnen aus der Stadtteilarbeit befürchten eine hohe Belastung der AnwohnerInnen im Stadtteil St. Pauli durch Lärm, Verschmutzung und hohes Verkehrsaufkommen, insbesondere durch den Standort des Fan Festes (Heiligengeistfeld). Der Stadtteil sei durch die zunehmenden Großevents ohnehin schon sehr belastet.

7.3.3 Einschätzungen zur Nutzbarkeit öffentlicher Räume während der WM

Fast alle ExpertInnen erwarten insgesamt nur geringe Einschränkungen bei der Zugänglichkeit von öffentlichen Räumen zur WM. Vereinzelt wird aber darauf hingewiesen, dass die Zugänglichkeit vor allem für bestimmte Personengruppen (Punks, Obdachlose, BettlerInnen) bereits beschränkt sei bzw. diese aus den innerstädtischen Räumen verdrängt würden. Auf der Veranstaltungsfläche des Fan Festes, dem Heiligengeistfeld, rechnen die Befragten mit stärkeren Zugangsbeschränkungen durch Einzäunungen und Reglementierungen des Zuges. Auch der Aufenthalt der US-Mannschaft wird nach Erwartung der Befragten aufgrund der erheblichen Sicherheitsvorkehrungen zu zeitweisen Einschränkungen im Straßenverkehr und zu Zugangsbeschränkungen am Trainingsort (nördlicher Stadtrand von Hamburg) und in der Nähe des Hotels (Innenstadt) führen.

In den Interviews wird auch das in der Diskussion befindliche „Positionspapier“ der Handelskammer über ein Bettelverbot in sechs innerstädtischen (Einkaufs-)Straßen thematisiert. Alle ExpertInnen lehnen ein Bettelverbot in der Hamburger Innenstadt ab. Als Argumente werden humanistische Grundwerte und die Normalität von BettlerInnen im Stadtbild genannt. Statt Verdrängungsstrategien sollten problemlösungsorientierte Ansätze sowie verstärkte Hilfeleistungen für BettlerInnen und Obdachlose eingesetzt werden. Der Vorstoß wird von ExpertInnen als Versuch gesehen, die WM für eigene Zwecke zu missbrauchen, indem man dieses Event nutzt, um einen vermeintlichen Handlungsdruck herbeizuargumentieren. Einige Befragte weisen auch darauf hin, dass dieses Thema schon seit Jahren wiederholt diskutiert wird, bisher aber immer am Widerstand der öffentlichen Meinung in Hamburg gescheitert sei.

Dabei differenzieren einige der Befragten allerdings zwischen „ansässigen“ BettlerInnen und BettlerInnen aus anderen Ländern, die in der Presseberichterstattung auch als „Betteltouristen“ bezeichnet und der organisierten Bettelei zugerechnet werden. Einige ExpertInnen argumentieren, dass erstere ein Anrecht darauf hätten, sich ihren Lebensunterhalt zu erbetteln, letzteres aber eine kriminelle Erscheinungsform sei, die man unterbinden sollte. Hierbei werden verschiedene Gründe angeführt: Ansässige BettlerInnen sollen vor organisierter Bettelei geschützt werden, Betteltouristen würden geschäftsschädigende „Ekelmomente“ einsetzen (d. h. die Zurschaustellung körperlicher Gebrechen und Verstümmelungen). Andere ExpertInnen argumentieren, es gäbe kein rechtskräftiges Argument für die Vertreibung. Niemand müsse, weder vor organisierter noch vor sonstiger Bettelei, geschützt werden, da die BettlerInnen niemanden bedrohen würden und das Geben von Almosen eine freiwillige Entscheidung sei.

7.3.4 Einschätzung und Bewertung von Risiken, Sicherheit und Sicherheitsmaßnahmen zur Fußball-WM 06

Die befragten ExpertInnen schätzen insgesamt die Risiken zur Fußball-WM als gering und mit vorhandenen Einsatzkräften bzw. Maßnahmepaketen als bewältigbar ein. Auf die Frage nach den zu erwartenden Risiken werden am häufigsten fußballspezifische Delikte genannt, wobei Körperverletzungen und spontane Ausschreitungen (in Abgrenzung von geplanten und intendierten Hooligan-Ausschreitungen) als unvermeidbarer Bestandteil von Fußball(groß)veranstaltungen gelten - vor allem nach verlorenen Spielen und unter Alkoholeinfluss.

Die Gefahr von Hooligan-Ausschreitungen wird von den Befragten unterschiedlich eingeschätzt, wobei überwiegend von einer sehr geringen Gefährdung ausgegangen wird, vor allem da in Hamburg keine Risikospiele stattfinden. FanbetreuerInnen weisen auch die starke Rückläufigkeit des Phänomens Hooliganismus seit den 1980er Jahren hin (vgl. 4.4.2). Die Hamburger Hooligans gelten als hinreichend von der Polizei überwacht und würden gegebenenfalls in vorbeugenden Gewahrsam genommen werden. Lediglich ein Befragter aus dem Sicherheitsbereich erwartet eine Gefährdung durch auswärtige Hooligans.

Als zweithäufigster Risikofaktor werden terroristische Bedrohungen angesprochen, allerdings gehen die meisten ExpertInnen nicht von einer konkreten Bedrohungslage für Hamburg bzw. Deutschland zur WM aus, dennoch gebe es eine latente Gefährdung durch die Zugehörigkeit Deutschlands zu einem weltweiten Gefahrenraum. Einige Befragte verweisen darauf, dass die mediale Aufmerksamkeit zur Fußball-Weltmeisterschaft von politischen Gruppierungen bis hin zu Terroristen genutzt werden könnte. Als besonders gefährdet wird das in Hamburg residierende Fußballteam der USA eingeschätzt, deren Anwesenheit in Hamburg zu einer Erhöhung des Terrorrisikos führen könnte. Hierbei wird auf den Terroranschlag bei den Olympischen Spielen in München 1972 verwiesen. Andere ExpertInnen weisen hingegen darauf hin, dass Großveranstaltungen bisher nicht das Ziel von terroristischen Anschlägen (im Kontext der Anschläge vom 9.11.2001) gewesen seien, da Ziele von islamistischen Terroristen vielmehr Wirtschaftszentren als Großveranstaltungen seien. Auch die Olympischen Spiele 2004 in Athen wären ohne Anschläge durchgeführt worden.

Veranstaltungsbezogene Kriminalität wird am dritthäufigsten als Risikofaktor benannt. Konkret genannt werden von den ExpertInnen Delikte wie Taschendiebstahl, Schwarzmarkt- und Fälschungsdelikte und Autoaufbrüche.

Experteninterviews

Gefahren durch politisch motivierte Ausschreitungen werden von insgesamt vier Befragten thematisiert, dabei werden rechtsextreme Übergriffe für sehr viel wahrscheinlicher gehalten als die Möglichkeit gewalttätiger Aktionen durch linksautonome Gruppen.

Vereinzelte werden auch Vorkommnisse genannt, die im engeren Sinne keine Risiken oder Gefährdungen, sondern Störungen des Wohlbefindens insbesondere für AnwohnerInnen darstellen, z. B. öffentliches Urnieren, Anmachen, Herumgröhlen.

Einige ExpertInnen vertreten die Ansicht, dass von verschiedenen, insbesondere politischen, Akteuren anlässlich von Großevents bzw. auch zur Fußball-WM 2006 Gefahrenpotentiale bewusst hochgespielt werden, um einen vermeintlichen Handlungsdruck zu erzeugen und eine Verschärfung von Sicherheitsmaßnahmen durchsetzen zu können.

Auf dem Fan Fest werden die gleichen veranstaltungstypischen Delikte erwartet, die auch auf anderen Großveranstaltungen in Hamburg (Hafengeburtstag, Hamburger Dom) vorkommen. Genannt werden die Delikte Diebstähle (insbesondere Taschendiebstahl in Form organisierter Kriminalität und Einzeltäter), Landfriedensbruch, Körperverletzungen (vereinzelte Prügeleien in Verbindung mit Trunkenheit), Verstoß gegen das Betäubungsmittel- und Waffengesetz, Beleidigungen. In Bezug auf die Gefährdung des Fan Festes durch Hooligans gibt es in den Interviews lediglich zwei konträre Äußerungen. Ein Befragter aus dem Sicherheitsbereich hält Ausschreitungen, die sich bis in die Innenstadt ziehen könnten, für wahrscheinlich, ein Fanbetreuer wertet dies hingegen als unwahrscheinlich. Terroristische Anschläge auf dem Fan Fest werden nicht erwartet, was sich nach Aussage mehrerer ExpertInnen auch an der relativ offenen Konzeption des Fan Festes zeige.

Auf die Frage nach geeigneten Sicherheitsmaßnahmen bzw. -konzepten nennen die ExpertInnen vor allem Konzepte, die aus direktem Zusammenhang mit ihrem jeweiligen beruflichen Umfeld stammen. Die Antworten der FanbetreuerInnen sind in diesem Themenfeld im Verhältnis zu den anderen Befragten sehr viel ausführlicher und verweisen sowohl auf wissenschaftliche Studien als auch auf jahrelange internationale Berufserfahrung. Überwiegend fordern die Befragten aus allen Bereichen defensive Polizeistrategien, explizit genannt werden hierbei polizeiliche Präsenz im Hintergrund, Verwendung von Straßenuniformen statt gepanzerter Ausrüstung und freundliches Auftreten. Deeskalierend wirken nach Aussagen der FanbetreuerInnen vor allem eine gute Veranstaltungsatmosphäre und das Vorhandensein guter Serviceangebote für Fans, wobei die EM in Portugal als positives Beispiel angeführt wird. Bei einer Umsetzung des WM-Mottos „Die Welt zu Gast bei Freunden“ würden sich die Fans willkommen fühlen und sich dementsprechend friedlich verhalten. Darüber

Experteninterviews

hinaus weisen FanbetreuerInnen, aber auch ExpertInnen aus der Stadtteilarbeit auf die wichtige Bedeutung von Fanbetreuung hin. Letztere fordern, auch im Hinblick auf Gewaltprävention, mehr alternative Angebote mit WM-Bezug, insbesondere für Jugendliche im Stadtteil St. Pauli. Ein Befragter aus dem Sportbereich nennt gezielte Maßnahmen gegen Hooligans (wie Einlasskontrollen, Beobachtung und ggf. Polizeibegleitung)

Hinsichtlich der Wirksamkeit von Videoüberwachung differenzieren die meisten ExpertInnen zwischen dem Einsatz im öffentlichen Nahverkehr und öffentlichen Räumen, insbesondere der Reeperbahn. Letztere wird von Befragten aus allen Expertengruppen abgelehnt, da die meisten Taten dort im Affekt entstünden und die Videoüberwachung lediglich bei der Aufklärung, nicht bei der Verhinderung von solchen Taten nützen könnte, weshalb eine Verstärkung von Polizeikräften auf der Reeperbahn als sinnvoller erachtet wird. Einige Befragte thematisieren die Einschränkung von Freiheitsrechten durch Videoüberwachung und werten diese hinsichtlich der marginalen Wirkung der Videoüberwachung viel zu hoch. Lediglich zwei Befragte aus dem Sicherheitsbereich halten die Videokameras auf der Reeperbahn im Rahmen einer Generalprävention bzw. für die Täterermittlung für sinnvoll. Ob die Kameraüberwachung der Reeperbahn zu Verdrängungseffekten von kriminellen Handlungen in Nebenstrassen führt, ist bei den ExpertInnen umstritten. Ein Stadtteilakteur weist u. a. darauf hin, dass die meisten Delikte ohnehin in den Nebenstrassen oder in geschlossenen Räumen stattfänden. Ein Teil der Befragten aus der Fan- und Stadtteilarbeit wertet die Videoüberwachung als „symbolische Politik“, die dazu dient, das subjektive Sicherheitsgefühl konservativer Wählerschichten zu beruhigen. Der Einsatz von Videokameras im öffentlichen Nahverkehr wird hingegen positiver bewertet, hier könnten die Kameras nach Ansicht einiger ExpertInnen zur Aufklärung von Taten und zur Abschreckung beitragen.

Der diskutierte Bundeswehreinsatz im Inneren wird von allen ExpertInnen deutlich abgelehnt. Sie verweisen hierbei auf die Beibehaltung der Gewaltenteilung, auf die ausreichende Gewährleistung der Inneren Sicherheit durch Polizeikräfte und darauf, dass die Bundeswehr für solche Aufgaben nicht ausgebildet sei, was im Einsatzfall Eskalationen befördern könnte. Ein Teil der Befragten aus allen Gruppen befürwortet allerdings logistische Unterstützungsleistungen der Bundeswehr (Überlassung von Sanitätsmaterial o. ä.) sowie den Einsatz in Katastrophenfällen oder in Bereichen, auf die nur die Bundeswehr Zugriffsmöglichkeiten hat (z. B. Luftraumüberwachung).

Im Rahmen von Großevents rechnen die meisten ExpertInnen mit einer höheren Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen. Konkret angesprochen werden allerdings nur Sicherheitsmaßnahmen, die im direkten Kontext mit Veranstaltungen stehen, wie Einlasskontrollen in Sta-

Experteninterviews

dien und die sich nicht sonderlich von Sicherheitsmaßnahmen bei Konzertbesuchen unterscheiden würden. ExpertInnen aus den Bereichen Fan-, Stadtteilarbeit und Sport befürchten, dass diese erhöhte Akzeptanz genutzt wird, um Sicherheitsmaßnahmen im Zuge der WM einzuführen und später beizubehalten. Scharf kritisiert wird in diesem Kontext (vor allem durch FanbetreuerInnen) auch die Medienberichterstattung, die durch überzogene Darstellungen von Gefahrenpotentialen im Fußballzusammenhang die öffentliche Meinung manipulieren würde und damit zu Umfrageergebnissen führe, wonach Verschärfungen von Sicherheitsmaßnahmen auf eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz träfen. Dies würde wiederum politisch ausgenutzt, um Sicherheitsmaßnahmen zu legitimieren und mit Maßnahmen „symbolischer Politik“ Wählerstimmen zu erhalten.

Kontrovers werden die möglichen Auswirkungen von Sicherheitsmaßnahmen im Kontext der WM auf die Bevölkerung bewertet. Im Straßenverkehr werden teilweise erhebliche Beeinträchtigungen, auch durch Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Aufenthalt des US Teams, erwartet. Die ExpertInnen aus der Fanarbeit erwarten verschärfte Asylkontrollen zur WM und verstärkte Personalkontrollen von nicht deutsch aussehenden Jugendlichen und befürchten, dass diese vom Fan Fest ausgegrenzt werden könnten. Des Weiteren thematisiert ein Fanbeauftragter die Gefahr für Passanten, im Falle von Prügeleien im Vergnügungsviertel St. Pauli irrtümlich von Polizeimaßnahmen betroffen zu werden. Die Auswirkungen der erwarteten höheren Polizeipräsenz in den an das Fan Fest angrenzende Vierteln hängen nach Ansicht von ExpertInnen von dem Auftreten der Polizei ab.

Bei der Bewertung der geplanten Sicherheitsmaßnahmen auf dem Fan Fest gehen die Meinungen der ExpertInnen auseinander. Ein Teil der Befragten bewertet das flexible Sicherheitskonzept als angemessen. Zu diesem gehört, dass das Fan Fest grundsätzlich umzäunt ist und der Einlass in der Regel über offene Einlassportale geschieht. Je nach Einschätzung der Sicherheitslage werden die Eingänge mit Ordnern verstärkt, die Taschenkontrollen und Leibesvisitationen durchführen. Das gesamte Gelände ist videoüberwacht, insbesondere die Eingangsbereiche.

ExpertInnen aus dem Bereich der Stadtteilarbeit sprechen sich auch in Bezug auf das Fan Fest für defensiv-präventive Maßnahmen aus und nennen dabei: Fanbetreuung (insbesondere aus den Heimatländern der Fans), alternative und kostenlose Angebote für BewohnerInnen und vor allem Jugendliche im Stadtteil St. Pauli, eine allgemeine Entlastung des Viertels von Großveranstaltungen, Erziehung und Bildung (gegen Rechtsradikalismus), sowie ein Alkoholverbot (was allerdings für nicht durchsetzbar gehalten wird).

7.3.5 Expertenbewertung der medialen Darstellung zur WM-Sicherheit in der Hamburger Tagespresse

Die befragten ExpertInnen erinnern sich an verschiedene Themen mit Sicherheitsbezug in der WM-Berichterstattung der Hamburger Tagespresse. Genannt werden die Sammelarreststelle („Hooligan-Knast“), Hooligans (Maßnahmen und Risiken insb. osteuropäischer und englischer Hooligans), Sicherheitsmaßnahmen im Ticketing (u. a. RFID-Chips), Sicherheitsüberprüfungen von MitarbeiterInnen des AOL-Stadions, die Diskussion um den Bundeswehreininsatz, Videoüberwachung, AWACS-Luftüberwachung, Zwangsprostitution und bauliche Sicherheit der Stadien (Diskussion über Testergebnisse der Stiftung Warentest).

Die Darstellungen in der Hamburger Presse werden von den ExpertInnen sehr unterschiedlich bewertet, wobei die Darstellung von Risiken meist als übertrieben gewertet wird. Positiv überrascht, wie differenziert und kritisch die Hamburger Presse über Sicherheitsmaßnahmen bzw. deren Einführung berichtet, zeigen sich ein Fanbetreuer sowie eine Expertin aus der Stadtteilarbeit. Befragte aus den Bereichen Sport und Fanarbeit halten insbesondere die Darstellung von Hooliganismus für weit übertrieben. Die Pressedarstellungen würden teilweise mit der Verdrehung von Fakten (eigene Erfahrung der FanbetreuerInnen mit Presseinterviews) und der Betonung von Negativereignissen (die nicht den eigenen Erfahrungen am Veranstaltungsort entsprächen) arbeiten. Hierbei bestünde die Gefahr, die positive Stimmung der WM durch Katastrophenszenarien zu zerstören. Problematisch seien insbesondere die weit reichenden Konsequenzen von Presseberichten, so werden lokale Berichte wie auch lokale Maßnahmen von internationalen Medien aufgegriffen, daher sollte die Presse den Themenbereich „Sicherheit“ sehr vorsichtig und seriös behandeln. Die aus dem Sicherheitsbereich befragten ExpertInnen bewerten die Berichterstattung sehr unterschiedlich: Ein Befragter hält die Hamburger Presseberichterstattung für verharmlosend, während die zwei anderen Befragten diese eher als realitätsfern und übertrieben bewerten. Ein Befragter aus dem Bereich Sport äußert hierzu, dass die Polizei das Thema Sicherheit sehr viel gelassener bewerte als die Presse. ExpertInnen aus der Fanarbeit kritisieren, dass sich positive Themen nur schwer in der Presse platzieren lassen. Die beträfe u. a. Berichte über Kinder- und Jugendprojekte sowie internationale Verständigung im Fußballbereich. Ein Experte aus der Fanbetreuung verweist auf den engen Zusammenhang von Presseberichterstattungen und der Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen. Dabei würde über unverhältnismäßig häufige und übertriebene Darstellungen von Gewaltpotentialen und Gefährdungen Unsicherheit erzeugt, die zu einer Befürwortung verstärkter Sicherheitsmaßnahmen beitragen. Dies wiederum würde von politischen Akteuren für die Durchsetzung symbolischer Sicherheitspolitiken genutzt werden, die vor allem eine konservative Wählerschicht ansprechen sollen.

7.3.6 Festivalisierungseffekte aus Sicht lokaler ExpertInnen

In verschiedenen Themenbereichen der Interviews wird von den ExpertInnen geäußert, die WM bzw. Großevents allgemein würden von verschiedenen Interessensgruppen (politisch, wirtschaftlich) als Transportmittel bzw. Legitimationshilfe für ihre jeweiligen Anliegen genutzt werden. Konkret benannt werden hierbei der Versuch, ein Bettelverbot in der Hamburger Innenstadt durchzusetzen, die Debatte um eine Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren und die Nutzung der medialen Aufmerksamkeit durch politische (insbesondere rechtsextreme) Gruppen. Festivalisierungseffekte im Hinblick auf Stadtentwicklungsprozesse werden von den Befragten insgesamt als gering eingeschätzt. So wirkt die Fußball-Weltmeisterschaft im infrastrukturellen Bereich nach Angaben der ExpertInnen als Beschleunigungsfaktor für verschiedene Baumaßnahmen, wie bei dem Ausbau und der Modernisierung der S-Bahnhöfe Stellingen und Eidelstedt (in Stadionnähe), der Fertigstellung der Veranstaltungsfläche Spielbudenplatz (St. Pauli, Reeperbahn), der Fertigstellung der vierten Elbtunnelröhre, dem Ausbau des Flughafens, der Einführung von Maßnahmen zur Verbesserung von Verkehrsflüssen (Leitsysteme) und der Einführung von Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtbildes zur Attraktivitätssteigerung für Touristen, wie z. B. Wegweiser in der Hamburger Innenstadt. Insgesamt lässt sich eine leichte Dynamisierung von Stadtentwicklungsprozessen beobachten, wobei die WM in Hamburg fast ausschließlich als zeitlicher Faktor wirkt. Da im Zuge der WM keine größeren und risikobehafteten Finanzentscheidungen getroffen werden (müssen), besteht auch kein Risiko einer Kostenexplosion durch zeitliche Engpässe, wie sie häufig im Kontext von Großevents und Großprojekten auftreten (vgl. 2.2)

Die Befragten äußern sich auch im Hinblick auf die Realisierung positiver Imageeffekte im Zuge der WM zurückhaltend. Das WM-Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ wird von den Befragten überwiegend als Werbeslogan ohne tiefere Bedeutung gewertet, der zwar auf eine positive Repräsentation des Austragungslandes abzielt - allerdings auch glaubhaft umgesetzt werden muss. Ein Risikofaktor für diese Glaubwürdigkeit wird vor allem von FanbetreiberInnen in einer möglichen Überbetonung von restriktiven Sicherheitsmaßnahmen gesehen. Grundsätzlich bezieht sich das WM-Motto auf die nationale Maßstabsebene, wobei zwei Wirkungsrichtungen impliziert sind. Zum einen die Wirkung nach Außen, die sich auf eine gastfreundliche Repräsentation des Austragungslandes bezieht und zum anderen die indirekte Aufforderung an die Deutschen, zu dieser Repräsentation entsprechend beizutragen. Auf städtischer Maßstabsebene haben die Befragten keine imagefördernden Maßnahmen mit WM-Bezug erkennen können. Dies wird teilweise als Defizit betrachtet, da das Event grundsätzlich das Potential die Förderung des Stadtimages beinhaltet hätte. Im Kontext von

internationalen Großevents ist die Gefahr der Unsichtbarkeit des Austragungsortes ohnehin groß (Häußermann & Siebel 1993), da hier das Interesse stark auf das Event selbst konzentriert ist und der hohe Standardisierungsgrad der Veranstaltung einer Betonung der Einzigartigkeit des Austragungsortes widerspricht (vgl. 2.2). Eine solche mangelnde Sichtbarkeit eines Austragungsortes wird durch ein fehlendes oder nicht zielgerichtetes Stadtmarketing noch verstärkt. Aus dieser Perspektive ist auch eine Steigerung des Identifikationspotentials der Stadtbevölkerung durch das Event (Heinemann 1997) unwahrscheinlich, da die Stadt als solche keine eigenständige Sichtbarkeit im Kontext des Events erlangt. Ein positiver Effekt wird seitens der Befragten aus dem Bereich Sport im Hinblick auf die Zielgruppe der Fußball-TouristInnen gesehen. Hier hätte sich Hamburg durch Investitionen in Fanbetreuung und Fan Guide von anderen Veranstaltungsorten abgehoben. Generell sind Großevents nach Ansicht der meisten Befragten ein gängiges und unverzichtbares Mittel städtischer Politik bzw. städtischer Präsentation. Die Notwendigkeit solcher Events wird dabei mit einer Städtekonkurrenz begründet, d. h. Großevents sollen der Stadt zu einer Attraktivitätssteigerung verhelfen und der Tatsache, dass andere Städte ebenfalls Großevents als Mittel der Politik nutzen. Ökonomisch messbare mittel- oder langfristige Erfolge durch die WM werden hingegen kaum erwartet. Hier decken sich die verhaltenen Einschätzungen der Befragten mit den Untersuchungsergebnissen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die nur geringe ökonomische Effekte durch die WM bilanzieren (Brenke & Wagner 2007).

Auf der Ebene der Durchführung des Events (vgl. Tabelle 2-1) werden für das Umfeld des Fan Festes im Stadtteil St. Pauli eine Zunahme von Lärm, Verschmutzungen und teilweise auch die Gefahr von Belästigungen erwartet, die zu Konflikten zwischen AnwohnerInnen und BesucherInnen führen könnten. Als Gegenmaßnahmen fordern die Befragten - vor allem aus dem Bereich Stadtteilarbeit - eine generelle Entlastung des Stadtteils, der durch Events und Tourismusaufkommen stark betroffen sei (vgl. Kapitel 5). Eine Verstärkung von ordnungsrechtlichen Maßnahmen zur Reduzierung bzw. Regulierung solcher Störungen wird hingegen nicht gefordert.

Die Ergebnisse der Experteninterviews liefern auch verschiedene Hinweise auf Festivalisierungsdynamiken im Kontext von Kontroll- und Sicherheitspolitiken, die im Folgenden aufgezeigt werden. Im Hinblick auf innerstädtische öffentliche Räume in Hamburg wird im Vorwege der WM 2006 ein Bettelverbot debattiert. Die Nutzung des Events als Begründung für die Einführung eines innerstädtischen Bettelverbots (was auf drei bzw. fünf Einkaufsstraßen beschränkt werden soll) wird von den Befragten als strategisches Handeln identifiziert, bei dem die WM lediglich als (vorgeschobene) Legitimation eingesetzt wird. Dies zeige sich auch daran, dass ähnliche vorherige Vorstöße bisher nicht durchsetzbar waren (vgl. Kapitel 5). Die

Wahl des Zeitpunktes, die argumentative Verknüpfung von Bettelverbot und WM und die zeitliche Befristung der Forderung werden hier als Indizien für eine bewusste Nutzung der Eventdynamik interpretiert. Im Vorfeld der WM sind es politische (Innensenator Udo Nagel) und ökonomische Akteure (Handelskammer Hamburg, Einzelhandelsverband), die mit dieser Forderung in die Öffentlichkeit treten. Hierbei werden BettlerInnen nach Ansicht der Befragten als „Imageproblem“ für die innerstädtischen Geschäfte diskutiert, d. h. es handelt sich um ökonomisch motivierte Forderungen, die sich auf die Durchsetzung eines bestimmten Erscheinungsbildes der Innenstadt beziehen. Solche Gestaltungsansprüche an den öffentlichen Raum, die einhergehen mit der Verdrängung von Randgruppen, machen die stadtförmenden Auswirkungen von Konsumorientierungen deutlich (vgl. Ronneberger et al. 1999). Die zeitlichen und räumlichen Befristungen der Forderungen lassen sich als Versuch deuten, zum einen eine größere Akzeptanz des Vorhabens zu erreichen und zum anderen die rechtlichen Problematiken im Hinblick auf Grundrechtsbeschränkungen (Leiterer 2007, Simon 2001, Wolf 1999) abzuschwächen.

Die Debatte um ein Bettelverbot weist im Vergleich zu den Vorherigen (siehe 5.2) eine neue Komponente auf und zwar eine Differenzierung von so genannten „organisierten“ BettlerInnen (die zumeist mit Touristenvisa aus osteuropäischen Ländern einreisen) und „ansässigen“ BettlerInnen. Hierbei wird ersteren ein „geschäftsmäßiges“ Interesse an der Bettelei (insbesondere dahinter stehenden Organisationen, die die einzelnen BettlerInnen ausbeuten) und eine gezielte Zurschaustellung körperlicher Gebrechen unterstellt, während letzteren zugesprochen wird, für den täglichen Eigenbedarf zu betteln. Diese Differenzierung offenbart bei den Befragten unterschiedliche Akzeptanzniveaus. Es geht in der Debatte nicht mehr nur um ein generelles „Ja“ oder „Nein“, sondern um eine Unterscheidung von „gutem“ (Eigenbedarf, einheimische BettlerInnen) und „schlechtem“ (organisiertem Betteln, ausländische BettlerInnen, Zeigen körperlicher Gebrechen und Behinderungen) Betteln. So gibt es bei der Differenzierung von „organisierter“ und „individueller“ Bettelei zwei unterschiedliche Argumentationen. Zum einen beruht die Argumentation für ein Verbot der organisierten Bettelei auf einer Abwägung zweier ökonomischer Interessen: die Gewinnorientierung von „Bettelorganisationen“ und die Geschäftsinteressen der ansässigen Ladenbesitzer (Erscheinungsbild der Innenstadt) - wobei die Interessen der Geschäftsleute als wichtiger bewertet werden. Zum anderen beruht die einhellige Ablehnung eines generellen Bettelverbots auf Werten (Menschenwürde) und Grundrechten (Freiheitsrechte). Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Befragten den Versuch, ein befristetes Bettelverbot in der Hamburger Innenstadt durchzusetzen, als Festivalisierungseffekt identifiziert.

Experteninterviews

Argumente für die Einführung der Videoüberwachung der Reeperbahn, die teilweise einen Bezug zur Fußball-Weltmeisterschaft herstellen, werden in den Interviews als reine (unterstützende) Legitimationsstrategie angesehen. Nach Einschätzung der ExpertInnen steht die Einführung der Kameraüberwachung inhaltlich in keinem Zusammenhang mit der Fußball-WM. Stattdessen werden als Begründung für die Videoüberwachung die Kriminalitätsentwicklung vor Ort und das Bestreben, mittels symbolischer Politiken die Kriminalitätsfurcht zu reduzieren, genannt.

Auf nationaler Ebene wird die Debatte um einen Bundeswehreininsatz zur WM und einer entsprechenden Verfassungsänderung ebenfalls als Festivalisierungsstrategie betrachtet. Auch hinsichtlich der Diskussion um eine Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren bewerten die ExpertInnen die zeitliche (und inhaltliche) Verknüpfung des Themas mit der Fußball-WM als reine Legitimationsstrategie bestimmter Akteure.

Ein weiterer möglicher Festivalisierungseffekt zeigt sich im Hinblick auf die von den Befragten erwartete höhere Akzeptanz und Toleranz von Sicherheitsmaßnahmen im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft. Hierbei wird von ExpertInnen auch auf einen Zusammenhang von Medienberichterstattungen und der gesellschaftlichen Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen verwiesen. Kritisiert wird in diesem Kontext insbesondere eine als übertrieben bewertete Darstellung von Gefahrenpotentialen im Fußballzusammenhang, die zu einer Akzeptanz von „symbolischen Sicherheitspolitiken“ führen. Diese Kritik zeigt Parallelen zu Funktionsweisen im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 2001 auf, in dem sich ebenfalls eine enge Verknüpfung von medialen Darstellungen und den Forderungen nach erheblichen Verschärfungen von Sicherheits- und Ordnungsmaßnahmen nachweisen lässt (vgl. Kapitel 5).

In den Interviews wird auch die Gefahr einer Instrumentalisierung der Veranstaltung (siehe 2.2) durch politische (insbesondere rechtsextremen) Gruppen thematisiert. Auch hierbei wird eine enge Verknüpfung mit medialen Berichterstattungen gesehen, die solchen Anliegen die gewünschte Sichtbarkeit verleihen sollen.

8 Diskursanalytische Betrachtung der medialen Darstellung von „Sicherheit“ im Kontext der Fußball-WM 2006 in der Hamburger Lokalpresse

„Es hat wenig Sinn zu fragen, ob und wie die Massenmedien eine vorhandene Realität verzerrt wiedergeben, sie erzeugen eine [...] Weltkonstruktion; und das ist die Realität, an der die Gesellschaft sich orientiert“ (Luhmann 1999, S. 1102).

Das Thema Sicherheit unterliegt einem ständigen Prozess gesellschafts- und stadtpolitischer (Re-)Produktion. Es werden Gefahren postuliert, Risikoeinschätzungen vorgenommen und vermeintlich geeignete Sicherheitsmaßnahmen von verschiedenen Akteuren entworfen, gefordert oder verworfen. Das angestrebte Ziel von Kommunalverwaltungen und Politik ist es, die „öffentliche Sicherheit“ zu gewährleisten, die hier im Kontext des Großevents Fußball-Weltmeisterschaft 2006 betrachtet wird. Was „öffentliche Sicherheit“ im Alltagsdiskurs beinhaltet, ist dabei unterschiedlich. So kann es sich dabei um so genannte „objektive“ Sicherheit handeln, die sich auf juristisch definierte und messbare Tatbestände bezieht und mit Häufigkeiten von Ordnungswidrigkeiten bzw. Straftaten als Sicherheitsindikator operiert. Zum anderen kann sie sich auf eine „subjektive“ Sicherheit beziehen, d. h. auf eine individuell oder gesellschaftlich wahrgenommene Sicherheit bzw. ein Sicherheitsgefühl. Subjektive Sicherheit wird zumeist mithilfe von Meinungsforschung geschlussfolgert und dient in politischen Debatten häufig als Argument für bestimmte Sicherheitspolitiken. Wer die AdressatInnen der angestrebten Sicherheit sind, bleibt häufig unausgesprochen. Insbesondere im Kontext von Sicherheitsmaßnahmen und deren möglichen Gefahrenpotenzialen (etwa die Beschränkung von Freiheitsrechten) ist der Begriff Sicherheit in seinem subjektiven und objektiven Bedeutungsumfang keineswegs eindeutig. Dennoch beschreibt der häufig angeführte Begriff „öffentliche Sicherheit“ einen weitgehend erwünschten und angestrebten gesellschaftlichen Zustand (vgl. Kapitel 3).

Für die Analyse der Medienberichterstattung zu dem Thema „Sicherheit“ ist also eine sehr umfassende und offene Perspektive notwendig, um auch Unschärfen, Doppeldeutigkeiten und unausgesprochenen Vorannahmen zu berücksichtigen. Aus diesem Grund wird für die Medienanalyse ein diskursanalytischer Zugang gewählt. Die Auswahl, Reduktion und Analyse des Materials erfolgt aus einer diskursanalytischen (Meta-)Perspektive. Der Untersuchungsgegenstand wird dabei in seiner gesamten gesellschaftlichen Dimension betrachtet und dabei sowohl das Gesagte (bzw. Geschriebene) und das Nichtgesagte mit einbezogen. Dieses „Nichtgesagte“ lässt sich sowohl aus der nachfolgenden Analyse von Dokumenten

zur Sicherheitslage bzw. zu Sicherheitsmaßnahmen (Kapitel 9) wie auch anhand der Ergebnisse der Experteninterviews (zumindest teilweise) rekonstruieren. „Diskurs“ wird in dieser Arbeit in Anlehnung an den Foucaultschen Diskursbegriff verwendet (Foucault 1981, S. 74). Da Foucault auf die Bedeutung von Macht- / Wissenskomplexen verweist, ist auch die Betrachtung von Machtverhältnissen der am Diskurs beteiligten Akteure ein Bestandteil dieser Untersuchung.

Das zentrale Erkenntnisinteresse dieser Medienanalyse liegt darin, sichtbar zu machen, wie lokale Medien das Thema Sicherheit im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft aufgreifen und verhandeln bzw. im Foucaultschen Sprachstil formuliert: Welches Wissen über den Zusammenhang von Großevents und Sicherheit ist wie dominant? Dazu wird herausgearbeitet, welche Themenfelder und Positionen in der Berichterstattung wie häufig vertreten sind und welche Akteure wie häufig und in welchem Umfang in den untersuchten Medien zu Wort kommen. Die vorliegende Analyse beschränkt sich auf Printmedien (bzw. deren Online-Ausgaben), die ein erhebliches Verbreitungsspektrum haben und somit einen starken Einfluss auf öffentliche Meinungsbildung ausüben. Im Kontext dieser Arbeit wird nicht detailliert auf die verschiedenen Ansätze der Medienwirkungsforschung eingegangen, die Aussagen darüber zu trifft, welche Wirkungen Mediendarstellungen auf die öffentliche Meinung haben können. Vielmehr wird die Medienberichterstattung hier als ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses gesehen. Die mediale Rezeption von Themen und Bewertungen lässt Aussagen über deren Stellenwert im gesellschaftlich diskursiven Geschehen zu. Printmedien unterliegen der Notwendigkeit, für ihre Leserschaft verständlich zu sein, daher gibt die Berichterstattung auch Aufschluss darüber, was als allgemeinverständlich angesehen wird und was nicht. Gesellschaftlich neue Begriffe müssen in der Berichterstattung z. B. erläutert bzw. definiert werden und ebenso müssen Medieninhalte gesellschaftlich verständliche Begriffe und Argumentationsmuster verwenden. Medienberichte haben darüber hinaus den forschungspraktischen Vorteil, dass sie im Gegensatz von z. B. Alltagsgesprächen, dokumentiert und somit standardisierten Analyseverfahren leicht zugänglich sind. Die hier durchgeführte Medienanalyse bildet zusammen mit den Experteninterviews (Kapitel 7) die empirisch zentralen Bestandteile der Analyse des Sicherheitsdiskurses mit Fokus auf die Hamburger Debatte. Die anschließende Dokumentenanalyse (Kapitel 9) und die Zusammenfassung der überregionalen und regionalen Sicherheitsdebatten (Kapitel 3 und 5) bilden hierfür den Analysekontext.

Diskursanalytische Betrachtungen, die sich an den Diskursbegriff von Foucault anlehnen, sind nicht an bestimmte Methoden gebunden. Stattdessen stellt die Diskursanalyse den viel zitierten „Werkzeugkoffer“ (Foucault 1976, S. 53) bereit, aus dem sich WissenschaftlerInnen

bedienen sollen und dürfen. Im Hinblick auf das eingangs formulierte Erkenntnisinteresse bieten sich qualitative inhaltsanalytische Verfahren an, die Aussagen über verschiedene Sicherheitskonzeptionen verschiedener Akteure und ihre Legitimationen zulassen. Hierzu liegen bereits erprobte Methodensets vor, an denen sich diese Arbeit orientiert (Bauriedl 2007). Der Untersuchungszeitraum (15.6.2005) beginnt mit dem Confederations Cup, da dieser auch als Probelauf für die (Sicherheits-)Organisation der Fußball- Weltmeisterschaft in Deutschland anzusehen ist. Der Schlusspunkt liegt drei Monate nach der Durchführung der WM (30.10. 2006), um mögliche Zusammenfassungen und Überblicksartikel mit in die Analyse einbeziehen zu können und zu prüfen, inwieweit Sicherheitsthemen über das Event hinaus mit diesem direkt verknüpft wurden. Die Medienanalyse umfasst damit sechzehneinhalb Monate.

Die Untersuchungsregion ist Hamburg, daher wird die Hamburger Lokalpresse, hier vertreten durch die Hamburger Morgenpost, das Hamburger Abendblatt, sowie die Tageszeitung, betrachtet. Die Hamburger Morgenpost (im folgenden MOPO) ist ein Boulevardblatt mit einer sozial gemischten Leserschaft (Auflage: 111.000), die im Untersuchungszeitraum sechsmal wöchentlich erscheint. Das Hamburger Abendblatt (im folgenden HA) ist eine zum Axel-Springer-Verlag gehörende Tageszeitung mit einer Auflage von 260.000 Exemplaren und einer eher konservativen Leserschaft, die ebenfalls sechsmal wöchentlich erscheint. Die Tageszeitung (im folgenden taz) mit einer Auflage von 58.000 Exemplaren verfügt über eine Regionalbeilage Nord (bzw. Hamburg), die mit in die Analyse einbezogen wird. Die Leserschaft der taz ist überwiegend im links-intellektuellen Spektrum zu finden. Diese drei Zeitungen sind die auflagenstärksten Lokalzeitungen. Dazu gehört lediglich noch „Die Welt“, die jedoch wie das Hamburger Abendblatt aus dem Springer-Verlag kommt und daher nicht berücksichtigt wird. Bei allen Zeitungen werden die Online-Publikationen betrachtet, da diese computergestützte Auswertungsverfahren ermöglichen. Die Online-Ausgaben sind bei allen untersuchten Tageszeitungen inhaltlich nahezu identisch mit den Printausgaben.

Um herauszufinden, welche Themenbereiche im Hamburger Sicherheitsdiskurs welchen Stellenwert einnehmen, wird im Vorwege eine quantitative Häufigkeitsanalyse durchgeführt. Die Online Artikel werden zunächst auf den Untersuchungszeitraum begrenzt und mit dem Stichwort „Fußball-WM 2006“ vorselektiert. Anschließend erfolgt die Suche nach bestimmten Stichworten, die aus den Experteninterviews und aus der Literatur zu sicherheitsrelevanten Themenstellungen im Kontext von Großveranstaltungen generiert werden. Nach diesem Selektionsschritt wird analysiert, wie viele Artikel es zu den einzelnen Stichworten gibt, um so festzustellen, welche Themenfelder in der Berichterstattung wie präsent sind. Das durchgeführte inhaltsanalytische Verfahren orientiert sich an der qualitativen Inhaltsanalyse von

Mayring (2008) mit den entsprechenden Selektions- und Reduktionsschritten. Tabelle 8-1 fasst die Analyseschritte der theoretischen Reduktion zusammen. Die Online-Datenbanken der untersuchten Zeitungen werden nach Artikeln zur Fußball-WM und nach Schlagworten zu den einzelnen Themenfeldern durchsucht. Dabei werden Mehrfachnennungen von Themenfeldern innerhalb eines Artikels berücksichtigt. D. h. beinhaltet ein Artikel mehrere Themenfelder (z. B. Terror und Hooliganismus), dann wird er je Themenfeld einmal gezählt („Treffer“).

Themenfelder	MOPO 454 Treffer	HA 208 Treffer	taz 108 Treffer	Treffer pro Themenfeld
Sicherheitsrisiken				
Terror	51	21	9	81
Anschlag/Anschläge (ohne Wortteil „Terror“)	17	5	3	25
Diebstahl	2	1	0	3
Körperverletzung	7	2	1	10
Straftat	6	6	2	14
Amok	8	6	4	18
Nennung Sicherheitsrisiken / Zeitung	91	41	19	151
Risikogruppen				
Hooliganismus	70	20	10	100
Rechtsextremismus	51	14	11	76
Nennung Risikogruppen / Zeitung	121	34	21	176
Innere Sicherheit und Sicherheitsorgane				
Innere Sicherheit (ohne Ressort-Titel)	2	5	2	9
Bundeswehr	30	18	8	56
Polizei	136	64	25	225
Nennung Innere Sicherheit / Zeitung	168	87	35	290
Sicherheitsmaßnahmen				
Überwachung (ohne Videoüberwachung)	7	0	3	10
Kontrolle	40	25	13	78
Videoüberwachung	22	17	10	49
Datenschutz	5	4	6	15
Nennung Sicherheitsmaßnahmen / Zeitung	74	46	32	152
Öffentliche Ordnung				
Obdachlose/Bettler	0	0	1	1
Nennung Ordnung / Zeitung			1	1

Tabelle 8-1 Anzahl der Artikel pro Themenfeld

Wie aus der Tabelle ersichtlich, wird in den verschiedenen Tageszeitungen das Thema „Sicherheit“ im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft 06 unterschiedlich häufig und ausführlich betrachtet. In dem Boulevardblatt „Hamburger Morgenpost“ werden Sicherheitsthemen am häufigsten und ausführlichsten behandelt (91 Nennungen), gefolgt von dem „Hamburger Abendblatt“ (41 Nennungen). Am seltensten - zumindest in dem Kontext WM 2006 - tritt das Thema in der taz in Erscheinung (12 Nennungen).

Die am stärksten in den untersuchten Medien vertretenen Themenfelder im Sicherheitsdiskurs der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 sind folgende: „Hooligans“ (100 Artikel), „Terror“ (81 Artikel), „Rechtsextreme“ (76 Artikel), „Bundeswehr“ (56 Artikel). Das laut Tabelle am häufigsten anzutreffende Suchwort „Polizei“ stellt kein eigenständiges Themenfeld dar, da sich dieser Begriff in fast allen Artikel zu Sicherheit findet (z. B. als Quellenangabe), aber kein eigenständige Debatte darstellt. Im Themenfeld „Bundeswehr“ gestaltet sich dies anders, da hier mit Bezug auf die Fußball-Weltmeisterschaft von einigen Akteuren eine Grundgesetzänderung angestrebt wird und sich die Analyse dieses Themenfeldes mit der Auseinandersetzung um einen möglichen Inlandseinsatz der Bundeswehr zur WM 2006 befasst.

Die häufigste genannte Sicherheitsmaßnahme ist die „Videoüberwachung“ (insgesamt 49 Artikel). Hinter dem Suchbegriff im Kontext von Kontrolle (Sucheingabe: „kontroll“) verbergen sich eine Vielzahl von verschiedenen Maßnahmen: Personenkontrollen, Taschenkontrollen sowie Artikel, in denen das Wort „kontrollieren“ erscheint. Die in den Experteninterviews angesprochene Vertreibung von Obdachlosen aus der Innenstadt wird in der analysierten Tagespresse weder unter einem Sicherheitsaspekt noch im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft behandelt, sondern als Interessenskonflikt zwischen ökonomischen und humanen bzw. werteorientierten Gesichtspunkten thematisiert. Da sich die Medienanalyse auf den Sicherheitsdiskurs zur WM bezieht, wird dieses Thema hier nicht weiter verfolgt.

Die Artikel der quantitativ dominanten Themenfelder „Hooligans“, „Terror“, „Rechtsextreme“ und „Bundeswehr“ werden einer qualitativen Inhaltsanalyse (ausführliche Darstellung der Methode in Kapitel 6) unterzogen. In die Analyse aufgenommen werden verschiedene Textsorten wie Artikel, Interviews, Kommentare. Reine (Kurz-)Meldungen werden nicht berücksichtigt, da sie für diese Form der Analyse zu wenige Informationen enthalten.

Presseanalyse

Zielsetzung der qualitativen Inhaltsanalyse ist, Erkenntnisse zu den folgenden Fragestellungen zu erhalten:

Akteure

- Welche Akteure werden in den Medien zu welchen Themenfeldern erwähnt?
- Welche Aussagen treffen die Akteure?

Szenarien

- Welche Bedrohungsszenarien werden wie dargestellt?
- Gibt es Argumentationsbrüche im Untersuchungszeitraum (vor, während, nach WM)?
- Wie werden (potentielle) TäterInnen beschrieben und mit welchen Attributen?
- Wer wird als gefährdet beschrieben?

Sicherheitsmaßnahmen

- Welche Sicherheitsmaßnahmen werden im Kontext der Szenarien erwähnt und von wem?
- Wie werden Sicherheitsmaßnahmen in den Medien bewertet?

Raumbezüge

- Lassen sich Raumbezüge von Gefahrenszenarien und Sicherheitsmaßnahmen identifizieren?
- Inwieweit sind Sicherheitsmaßnahmen raumbezogen?

Hamburg Bezug

- Welche und wie viele Artikel befassen sich explizit mit Hamburg?

Verknüpfungen

- Welche Themenfelder sind miteinander verknüpft?

Sicherheitsdiskurse im Vorfeld von Großveranstaltungen, wie die hier betrachtete Fußball-Weltmeisterschaft 2006, zeichnen sich durch die überwiegende Darstellung von Szenarien („was könnte passieren“ / „wie wahrscheinlich ist Szenario xy“) sowie deren Abwehrmöglichkeiten aus. Hierzu werden verschiedene Akteure zitiert und deren unterschiedliche Bewertungen bzw. Forderungen dargestellt. Gelegentlich erfolgt eine Bewertung dieser Aussagen durch die AutorInnen im Artikel selbst, seltener finden sich gesonderte journalistische Kommentare. Ein großer Teil der Artikel befasst sich mit mehr als nur einem Themenfeld. Die jeweiligen Teile dieser Artikel werden in den entsprechenden Themenfeldern analysiert.

Für die Analyse der Akteure werden zunächst die nach Themenfeldern sortierten Artikel bzw. deren themenfeldspezifische Ausschnitte nach dem Vorhandensein von Akteuren durchsucht (Zitate, Bezugnahmen etc.). Diese werden zunächst namentlich erfasst und anschließend gezählt, in wie vielen Artikeln sie in Erscheinung treten. Danach werden die Einzelpersonen

nach ihren Arbeitskontexten gruppiert: Bundespolitik/-ministerien, Landespolitik/-ministerien, Kommunalpolitik/-verwaltung, Europapolitik/-verwaltung, Polizei/BKA/Verfassungsschutz (Deutschland), Polizei/Staatsanwaltschaft Europa, Justiz (Staatsanwaltschaft und Gerichte), Bundeswehr, Sport (FIFA, Verbände, Sportorganisationen), NROs (Nichtregierungsorganisationen), Wissenschaft, Meinungsforschung, Botschaften.

8.1 Diskursstrukturierende Sicherheitsthemen

Für das Verständnis der inhaltlichen Ergebnisse ist wichtig zu wissen, welche Akteure bzw. Akteursbereiche wie präsent in der Berichterstattung vertreten sind und welche nicht oder nur marginal. Daher werden zu Beginn jedes Themenfeldes die Anteile von Akteuren und Akteursbereichen dargestellt und ein Überblick über die am häufigsten in den untersuchten Tageszeitungsartikeln auftretenden Akteure gegeben. Im Anschluss werden die Darstellungen der Themenfelder in der Presseberichterstattung gemäß der oben dargestellten Fragestellungen analysiert. Dabei wird auch in der Medienanalyse aus methodischen Gründen, wie schon zuvor bei der Auswertung der Experteninterviews, ein großer Anteil von Originalmaterial zitiert. Abschließend werden die Ergebnisse in einem eigenen Abschnitt komprimiert dargestellt und dabei auch die in der Berichterstattung auftauchenden Raumkonstruktionen eingehend betrachtet.

8.1.1 Hooligans unter Kontrolle?

In den Artikeln, in denen das Themenfeld „Hooliganismus“⁴⁵ behandelt wird, werden insgesamt 72-mal verschiedene Akteure in 124 Artikeln genannt. Den größten Anteil in der Hooligan-Berichterstattung haben Akteure aus dem Bereich Polizei / BKA und Verfassungsschutz, gefolgt von Akteuren aus der Landespolitik / -ministerien, an dritter Stelle stehen Akteure aus der Bundespolitik/-ministerien und an vierter Stelle Akteure von europäischen Polizeien / Staatsanwaltschaften (insbesondere aus Polen und Großbritannien).

⁴⁵ Das Thema „rechtsextreme Hooligans“ wird in dem Kapitel Rechtsextremismus behandelt, da in der Berichterstattung dieser Bezug im Vordergrund steht und sich dies auch in den dargestellten Bedrohungsszenarien abbildet.

Akteursbereich Hooliganismus	Anzahl Akteursnennung	Anzahl Artikel
Bundespolitik/ -ministerien	2	21
Landespolitik/ -ministerien	13	32
Kommunalpolitik	1	1
Polizei / BKA / Verfassungsschutz	34	44
Justiz	2	2
Polizei / Staatsanwaltschaft Europa	10	13
Sport	6	7
Meinungsforschungsinstitute	2	2
Wissenschaft	1	1
Botschaften	1	1
Gesamt	72	124

Tabelle 8-2 Häufigkeiten von Akteursbereichen im Themenfeld Hooliganismus

Die prozentuale Verteilung der Akteursbereiche wird im folgenden Diagramm veranschaulicht.

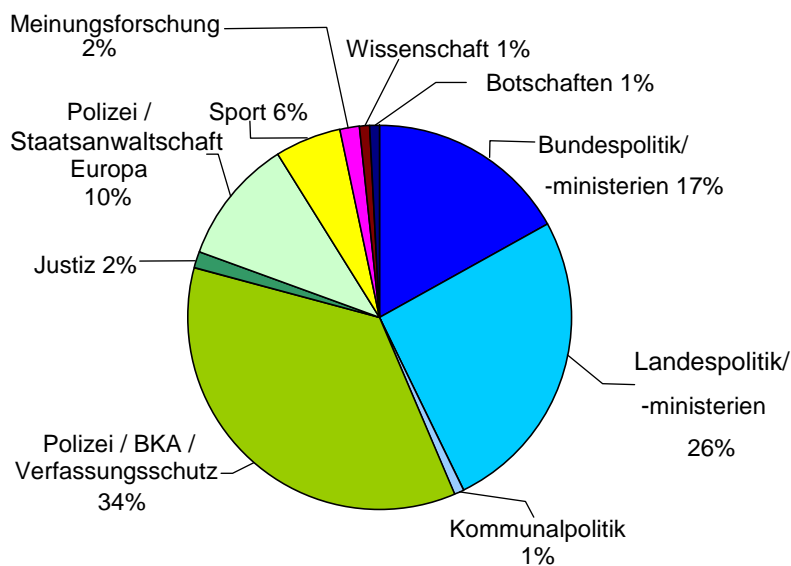


Abbildung 8-1 Akteursverteilung im Themenfeld Hooliganismus

Damit haben staatliche Akteure (neben o. g. sind in diesem Themenfeld noch die Akteursbereiche Justiz mit 2% sowie Kommunalpolitik und Botschaften mit je 1% vertreten) den weitest größten Anteil in der Berichterstattung (91%), gefolgt von Akteuren aus dem Sportbereich (6%). Andere Akteure (Wissenschaft, Meinungsforschung) sind nur marginal vertreten (zusammen 3%). Staatliche Akteure aus dem europäischen Ausland sind mit 11% in der

Hamburger Presseberichterstattung vertreten, was sich auf Aussagen zu internationaler Polizeizusammenarbeit, insbesondere auch den Einsatz von ausländischen Polizeikräften in Deutschland, bezieht sowie auf die temporäre Aussetzung des Schengen-Abkommens und den damit verbunden wieder eingeführten Grenzkontrollen. Dabei sind Bundes-, Landespolitik sowie -ministerien und Polizei / BKA / Verfassungsschutz sowie europäische Akteure von Polizei und Staatsanwaltschaften im Hooligandiskurs gleich stark vertreten (jeweils 44%).

In der Berichterstattung wird überwiegend über potentielle oder konkrete Taten von Hooligans sowie deren mögliche Auswirkungen auf die Öffentlichkeit bzw. öffentliche Räume und die verschiedenen Arten von geforderten oder eingesetzten Gegenmaßnahmen berichtet. Am häufigsten und ausführlichsten berichtet die MOPO, gefolgt vom Hamburger Abendblatt. In der taz werden Hooligans nur sporadisch erwähnt. In keinem der untersuchten Artikel wird eine Definition für „Hooligan“ oder sonstige Hintergrundinformationen zu fußballspezifischer Gewalt gegeben (wie etwa zu Entstehungsursachen von fußballspezifischer Gewalt, Altersstruktur, Geschlecht, sozialer Hintergrund von Hooligans). Daraus lässt sich ableiten, dass die Berichtersteller von einer Informiertheit der Leserschaft ausgehen, d. h. die Medien unterstellen ein Vorhandensein von Basiskenntnissen über das Phänomen Hooliganismus und ihrer Akteure, welches Grundlage für das Verstehen der Texte ist. Somit wird das Begriffsfeld „Hooligan“ bzw. „Hooliganismus“ einem kollektiven Wissensbestand zugeordnet. Inwieweit tatsächlich von einer allgemeinen bzw. einer allgemeingültigen Definition seitens der LeserInnen ausgegangen werden kann oder wie viel Wissen zu diesem Thema tatsächlich in der Leserschaft vorhanden ist, lässt sich hier leider nicht überprüfen.

Hooligans wird in der Berichterstattung implizit ein gewisser Grad der Organisiertheit und eine geplante Gewaltausübung zugeschrieben. Neben Ausschreitungen und sonstigen Gefahren durch Hooligans gibt es im Kontext von Großveranstaltungen, insbesondere bei Fußballveranstaltungen, auch spontane Gewalttaten, z. B. Schlägereien (situationsbezogene Gewalt). Die Beteiligten sind dabei nicht einer Hooligan-Szene zuzuordnen, es handelt sich häufig „nur“ um alkoholisierte (männliche) Fans. In einem Artikel der Hamburger Morgenpost wird darauf verwiesen, dass „alkoholisierte Fans“, die mit Flaschen werfen, nicht automatisch Hooligans seien (MOPO 1.7.06). Dies stellt jedoch eine Ausnahme dar, in der Regel werden solche Abgrenzungen in den Artikeln nicht vorgenommen. Synonym bzw. im Kontext mit dem Wort „Hooligan“ werden „gewalttätige Fans“, „gewaltbereite Fans“, „randalierende Hooligans“, „Hooligan-Krawalle“, „Hooligan-Szene“, „Hooligan-Tourismus“ verwendet.

Zur Anzahl der Hooligans in Deutschland finden sich verschiedene Zahlenangaben, die von 6.200 bis 15.000 Personen schwanken. Dies ist besonders bemerkenswert, da die erwähn-

ten Zahlenangaben alle aus dem Polizei- bzw. innenbehördlichen Bereich stammen und alle in der gleichen Zeitung (MOPO) veröffentlicht sind:

„Gewalttäter Sport 6.200 Personen“ und „10.000 potentiell gewaltbereite Fans“ (Rech, Innenminister Baden-Württemberg) 25.5.05 MOPO

„10.500 problematische Fußballrowdies“ (Rech) 13.3.06 MOPO

„Über 99% aller Fans friedfertig“ (Beckenbauer, Chef des WM-OK) 14.3.06 MOPO

„7.000 gewalttätige Hooligans“ (Speck, Vorsitzender DPolG) 2.4.06 MOPO

„99,9% der Fans lehnen Krawalle ab“ (Schäuble, Bundesinnenminister) 6.6.06 MOPO

„15.000 Angehörige der Hooliganszene von Polizei angesprochen und Auflagen erteilt“ (Beckstein, Innenminister Bayern) 11.7.06 MOPO

Besonders auffällig ist die Diskrepanz zur Angabe von 15.000 von Polizeiaufgaben betroffenen Angehörigen der Hooliganszene zu den genannten Zahlenangaben in der Datei Gewalttäter Sport (ca. 7.000). Da in dieser Datei auch Verdachtsfälle erfasst werden (vgl. 4.4.1), d. h. eine nachgewiesene Tatbeteiligung z. B. durch eine rechtskräftige Verurteilung nicht Voraussetzung für die Aufnahme in die Datei ist, stellt sich die Frage, ob die Kriterien für eine Verdächtigung im Zuge der WM verschärft wurden, ob es sich um neue Verdachtsfälle handelt oder ob die 15.000 Personen auch ausländische Verdächtige umfasst. In der Berichterstattung gibt es hierzu keinerlei Anhaltspunkte.

Hooligans werden in der Berichterstattung als aus dem Bundesligaalltag und internationalen Fußballspielen bekanntes fußballspezifisches Problemfeld verhandelt. Für die Abwehr von den Bedrohungen, die in der Gefahr von Ausschreitungen sowohl in Stadien als auch in öffentlichen Räumen angesiedelt wird, gibt es ein bestehendes und jahrelang erprobtes Repertoire von Sicherheitsmaßnahmen. Innerhalb des Themenfeldes lassen sich verschiedene Szenarien unterscheiden, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

Einen Überblick über die generelle Gefahreinschätzung der Hamburger Polizei geben folgende Aussagen eines Polizeibeamten:

Hamburgs Polizei rechnet bei der Fußball-WM im kommenden Jahr mit Ausschreitungen von Hooligans. „Die WM ist auch für die Hooligans das Highlight“, sagte Rainer Timm, szenekundiger Beamter (SKB) der Hamburger Polizei, dem Sender NDR Info. Timm beobachtet jedes Wochenende Hooligans in den deutschen Fußballstadien und kennt die Szene bestens. Viele Gewaltbereite hielten sich zurzeit sehr zurück, um nicht jetzt schon ins Visier der Polizei zu geraten. Ziel der Randalierer sei es, sich als „Gesamtdeutsche Hooligans“ zu organisieren, um sich dann mit den Hooligans anderer Länder zu prügeln. Besondere Sorgen bereiten die zu erwartenden Hooligans aus Osteuropa. „Die sind noch gewaltbereiter als unsere“, so der SK-Beamte (HA 25.10.05).

Presseanalyse

Die Gefahren, die laut Presseartikel von Hooligans ausgehen, bestehen in geplanten oder zumindest intendierten Ausschreitungen (Prügeleien, Sachbeschädigungen). Die Gewalttätigkeiten finden vor allem mit Hooligans anderer Mannschaften und mit der Polizei statt, teilweise können auch unbeteiligten Zuschauer oder Passanten davon betroffen werden. Als Orte dieser Auseinandersetzungen werden in der Regel Stadien und innerstädtischen Räumen genannt (dies steht im deutlichen Widerspruch zu der Einschätzung des interviewten Fanforschers Prof. Pilz, s.u.). In der Berichterstattung wird auf vergangene Ereignisse verwiesen, um die Gefährlichkeit von Hooligans zu dokumentieren:

Schon am 26. März 2005 gab das Freundschaftsspiel der deutschen Nationalelf in Slowenien einen Vorgeschmack. Deutsche Hooligans machten mit heftigen Ausschreitungen Schlagzeilen. „Das hat die Dinge beeinflusst und teilweise auch befördert“ (Gregor Rosenthal, WM-Sicherheitsbeauftragter MOPO 6.6.06, Kontext: Verabschiedung des Nationalen Sicherheitskonzeptes)

In die Köpfe vieler Menschen eingebrannt haben sich die dramatischen Szenen bei der WM 1998 in Frankreich, als vor dem Spiel Deutschland gegen Jugoslawien in Lens deutsche Schläger dem Gendarmen Daniel Nivel schwerste Verletzungen zufügten. Ausschreitungen wie im Fall Nivel, der seitdem schwerbehindert ist, hält Model in Hamburg aber für äußerst unwahrscheinlich (HA 7.7.06).

Aussagen über die Bedrohlichkeit von Hooligans finden sich im gesamten Untersuchungszeitraum, meist in Form von Zitaten bzw. Verweisen auf Aussagen von Akteuren aus den Bereichen Politik und Innenbehörden/Polizei (staatlichen Sicherheitsorganen). Am häufigsten werden Risikoeinschätzungen aus den Reihen der Polizei oder Innenministerien veröffentlicht, seltener seitens des Veranstalters FIFA. Lediglich in einem Interview findet sich eine Risikobewertung aus einem wissenschaftlichen Kontext. Das Spektrum der Aussagen reicht von Kritik an einer Überbewertung des Sicherheitsthemas, welche erst ein Angstklima schüfe (Interview mit Pilz, HA 17.11.05), von Aussagen zur Beherrschbarkeit der Problematik (z. B. „*Hooligans werden keine Chance haben*“, Werner Jantosch Polizeipräsident Hamburg, HA 31.5.05) über eine „*gewisse Unsicherheit*“, die auf Deutschland durch den Hooligantourismus zukäme (Polizeigewerkschaft GdP, HA 31.3.06), bis hin zu „*Ziel der Randalierer sei es, sich als ‚Gesamtdeutsche Hooligans‘ zu organisieren, um sich dann mit den Hooligans anderer Länder zu prügeln*“ (Rainer Timm, Hamburger Polizei, HA 25.10.05) und „*Ausschreitungen in größerem Umfang sind leider nicht völlig auszuschließen*“ (Thomas Model, WM-Sicherheitsbeauftragter der Innenbehörde, HA 22.3.06).

Grundtenor der Berichterstattung ist im gesamten Untersuchungszeitraum die grundsätzliche Beherrschbarkeit des Problemfeldes Hooliganismus mit den getroffenen Maßnahmen. Hier-

Presseanalyse

bei wird vor allem darauf verwiesen, dass die Problematik „Hooliganismus“ aus dem Bundesligaalltag bekannt sei.

„[...] Mit den Hooligans werden wir fertig“, sagte Stoiber auf der Podiumsdiskussion im Rahmen des WM-Kongresses "Visions of Football (MOPO 27.7.05).

[...] Die Probleme mit gewalttätigen Hooligans hält Speck für beherrschbar. In Deutschland gebe es etwa 7000 davon. «Ich glaube schon, dass wir überwiegend wissen, was die tun.» Die Hooligans ständen nicht nur während der Fußball-WM im Fokus der Polizei, «sondern jedes Wochenende». Bei den aus dem Ausland zu erwartenden Hooligans baut der Polizeigewerkschafter auf die Zusammenarbeit mit den jeweiligen ausländischen Kollegen, die während der WM auch in Deutschland präsent seien[...] (MOPO 2.4.06).

In der Berichterstattung finden sich sowohl Aussagen zu Hooligans allgemein als auch differenzierende Darstellungen von deutschen und ausländischen Hooligans. Bei letzteren werden überwiegend englische und polnische Hooligans genannt. Die Einschätzung des Gefahrenpotenzials ist dabei unterschiedlich. Die Gefährdung durch englische Hooligans wird als überwiegend bewältigbar angesehen. Hierbei wird auf Sicherheitsmaßnahmen wie internationale Polizeizusammenarbeit, die Verhinderung der Ausreise durch Passentzug und präventive Gefährdungsansprachen, sowohl in Großbritannien wie auch in Deutschland (vor allem durch Polizeikräfte aus Großbritannien, die während der WM in Deutschland stationiert sind), verwiesen. Als Restrisiko gelten Hooligans, denen es gelingen könnte, die bestehenden Sicherheitsmaßnahmen zu umgehen und nach Deutschland einzureisen.

Osteuropäische Hooligans werden demgegenüber als unbekannte bzw. unkalkulierbare Gefahr angesehen. Ihnen wird eine hohe Gewaltbereitschaft unterstellt (Timm SKB im HA 25.10.05). Die MOPO berichtet in diesem Zusammenhang über die Unklarheit eines wachsenden Gewaltpotenzials in Osteuropa und verweist auf nicht namentlich genannte Experten, die die Hooliganszene unter anderem in Kroatien, Polen und der Ukraine mit Sorge beobachten würden. In dem gleichen Artikel beziffert der Berliner Innensenator Körting die Anzahl mit 1.500 gewaltbereiten Fans aus Kroatien und 20.000 aus Polen. Körting beruft sich dabei auf „Schätzungen“, deren Quellen ebenfalls nicht weiter benannt werden (MOPO 25.5.06). In einem früheren Artikel im Hamburger Abendblatt warnt hingegen der Fanforscher Pilz im Rahmen eines Interviews vor überzogenen Horrormeldungen über polnische Fans.

[...] Experten beobachten die Hooliganszene unter anderem in Kroatien, Polen und der Ukraine mit Sorge. «Die werden wir kennen lernen», befürchtet Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft

Presseanalyse

der Polizei. Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) rechnet mit bis zu 1500 gewaltbereiten Fans allein aus Kroatien. Und zur Szene in Polen sollen nach Schätzungen bis zu 20.000 Hooligans zählen (MOPO 25.5.06).

Horror Meldungen über polnische Hooligans, die zu Zehntausenden in Deutschland einfallen, hält der Soziologe für völlig überzogen. In der polnischen Szene gäbe es nicht, wie weithin angenommen, 20.000 Hooligans, sondern lediglich 4.000 bis 6.000. Davon kämen „vielleicht ein paar Hundert“ nach Deutschland. „Man darf bestimmt nichts verharmlosen, aber die Polizei ist darauf vorbereitet“, sagt Pilz (HA 17.11.05).

Das Problem konzentriert sich offensichtlich auf gewaltbereite «Hools» aus England und Polen. Ein Sprecher der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) der Polizei in Neuss sagte allerdings: «Die Horror Meldungen über polnische Hooligans können wir nicht bestätigen.» Unterdessen wurde in London bekannt, dass mehr als 300 englische Hooligans gegen die Auflagen der Polizei verstoßen und ihre Pässe nicht abgegeben haben. Das britische Innenministerium äußerte die Befürchtung, dass einige bereits nach Deutschland eingereist sind (MOPO 6.6.06).

Mit der Gefahreinschätzung verknüpft wird die Darstellung von vermeintlich weniger entwickelten Sicherheitsmaßnahmen und -organisation in osteuropäischen Ländern (bei gleichzeitiger höherer Gewaltbereitschaft seitens der Hooligans). Der deutsche Standard von Sicherheits- und Überwachungstechnik (hier die Datei Gewalttäter Sport) wird in der Berichterstattung als fortschrittlich und erstrebenswert dargestellt, da er eine höhere Sicherheit erzeuge. Derartige Argumentationen, die auf eine höhere Gewaltbereitschaft osteuropäischer Hooligans bei gleichzeitig „weniger entwickelten“ Sicherheitsstandards in diesen Ländern abzielen, deuten auf eine Überschneidung mit rassistischen Alltagsdiskursen (vgl. Jäger & Link 1993, Ruhrmann 1993) hin. Kritik an dieser Form der Berichterstattung u. a. von den polnischen Sicherheitsbehörden geübt:

Erschwerend kommt hinzu, dass die Sport-Gewalttäter in den osteuropäischen Ländern zumeist nicht zentral erfasst sind. Damit könnten sie weitgehend unerkannt trotz Passkontrollen nach Deutschland einreisen (MOPO 25.5.06).

Die polnische Polizei gebe auch Informationen über geplante Reisen polnischer Fangruppen an deutsche Behörden weiter, sagte Wasiak. Er kritisierte zugleich Medienberichte, die polnische Hooligans als Hauptgefahr für die WM darstellten. «Das Problem Hooliganismus existiert in ganz Europa. Ich wehre mich dagegen, dass die polnischen Hooligans und nur sie als die alleinige Gefahr dargestellt werden» (Rafal Wasiak, Pressesprecher der polnischen Nationalpolizei, MOPO 5.6.06).

Presseanalyse

Sicherheitsmaßnahmen sind häufiger Bestandteil der Berichterstattung zum Thema Hooliganismus. Das Spektrum der genannten Maßnahmen ist dabei sehr umfassend und reicht von allgemein präventiven Maßnahmen gegen Gewalttätigkeiten bei Großveranstaltungen hin zu speziellen Maßnahmen zur Abwehr von fußballspezifischer Gewalt, wie die Datei Gewalttäter Sport. Für die polizeilich durchgesetzte Sicherheit wird von Innenministern das Ausschöpfen des gesamten „Instrumentariums“ angekündigt, womit bestehende rechtliche und polizeilich-technische Maßnahmen gemeint sind. Hierzu zählen Platzverweise, Meldeauflagen, vorbeugende Ingewahrsamnahme und die Erfassung von Verdächtigen und Straftätern in der Datei Gewalttäter Sport.

«Gegen Gewaltbereite werden wir das ganze polizeiliche Instrumentarium von Platzverweisen und Meldeauflagen bis hin zum Gewahrsam ausschöpfen», sagte Rech (Innenminister Ba-Wü, 13.3.06 MOPO).

[...] Zudem sollen polizeibekannte Gewalttäter zeitweise in Gewahrsam genommen werden können. In der Datei "Gewalttäter Sport" sind nach Angaben von Rech 6200 Personen gespeichert. Das Potenzial gewaltbereiter Fans in Deutschland belaufe sich auf etwa 10.000 Personen (ders., 25.5.05, MOPO).

Als weitere Maßnahmen für die Abwehr von Hooliganausschreitungen werden in der Presse Passenzug (im Kontext mit britischen Hooligans) zur Verhinderung der Ausreise, Einreisekontrollen (vor allem für polnische / osteuropäische Hooligans), sowie die Aufhebung der Reisefreiheit des Schengener Abkommens (und damit die Wiedereinführung der Passkontrollen im EU-Reiseverkehr), internationale Polizeizusammenarbeit (Einsatz ausländischer Polizisten in Deutschland), der Einsatz szenekundiger Beamte sowie die Nutzung der Zentralen Informationsstelle Sporeinsätze (ZIS), deren Aufgabe in der Koordination von Einsätzen sowie die Bereitstellung und den Austausch von Daten besteht. Darüber hinaus werden erwähnt: Betretungsverbote in Hannover (Verbot des Betretens der innerstädtischen Fanmeile für 51 bekannte Hooligans unter Androhung von Zwangsgeldern und Arrest bis zu neun Tagen in MOPO 30.5.06), Videoüberwachung („zur rechtzeitigen Identifikation von „Hooligans, aber auch bereits bekannten Kriminellen und Straftätern“ Schily im HA vom 8.7.05), die Erfassung eines genetischen Fingerabdrucks (für bekannte Hooligans in Berlin und Niedersachsen in MOPO 25.5.06) und beschleunigte juristische Verfahren:

„Wir werden hart am Ball sein. Hooligans können in Sachsen nicht mit Nachsicht rechnen“. Der Minister verspricht sich von einer schnellen Bestrafung auch eine Abschreckung potenzieller weiterer Störer (Geert Mackenroth (CDU) sächsischer Justizminister, 1.6.06 MOPO).

Presseanalyse

Eine „Null-Toleranz-Strategie“ gegen Hooligans kündigen zwei Innenministerien und ein Polizeipräsident an, und zwar der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Fritz Behrens (MOPO 14.5.05), der Hamburger Polizeipräsident Werner Jantosch (taz 31.5.05) und Rainer Riedl, Sprecher des bayerischen Innenministeriums (MOPO 2.5.06).

Im Laufe der WM wird vereinzelt von Verhaftungen englischer und polnischer Fans berichtet, die im Verdacht stehen der Hooligan-Szene anzugehören, berichtet. Die Perspektive ist dabei meist auf die Polizeiarbeit gerichtet, die durchweg positiv dargestellt wird, wie z. B. in folgendem Ausschnitt:

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) setzt darauf, dass die Weltmeisterschaft ein zusätzliches Stück vom «neuen Bild der Polizei» vermittelt. «Die Polizei - dein Freund und Helfer», sagt er. Gewalttätern müsse durch Nichtachtung die Rote Karte gezeigt werden. Auch die Gewerkschaft der Polizei fand den Polizeieinsatz gegen die Hooligans in Dortmund umsichtig, obwohl das Gewaltpotential immens gewesen sei. [...] die Leipziger Polizei freut sich, dass Beamte mit Fans ins Gespräch kommen. Das sei ein Miteinander, sagt ein Sprecher (MOPO 16.6.06).

Teilweise finden sich während der WM Meldungen, die ein harmloses bis anekdotisches Bild von potentiellen Gefahrensituationen zeigen:

In Frankfurt zeigte ein Polizei-Kommunikator, wie eine heikle Situation aufgelöst wird. Bei einem Streit nach dem Sieg der Engländer schoss er einen Fußball ab, dem die Streithähne sofort hinterher rannten (MOPO 16.6.06).

Der Tenor der WM-Berichterstattung lässt sich als „Alles-im-Griff-Szenario“ beschreiben. Ausschreitungen werden als „unangenehme Begleiterscheinung“ oder „Scharmützel“ bezeichnet, bei denen „Passanten angepöbelt und Gegenstände in die Luft geschleudert“ werden. Dass es dabei offensichtlich zu Körperverletzungen kam, erfahren die LeserInnen nur indirekt durch die Aufzählung der Anklagepunkte, die den vermeintlichen Tätern zur Last gelegt werden. Ob es sich bei den Verletzten um Unbeteiligte oder Beteiligte handelt, wird nicht erwähnt. Dabei wird in der Berichterstattung betont, dass es trotz der geschilderten Vorfälle keine Änderungen am bestehenden Sicherheitskonzept gäbe. Diese Ausschreitungen werden als „unangenehme Begleiterscheinungen“ klassifiziert, d. h. als Vorfälle von geringer Relevanz gewertet.

Trotz der Krawalle englischer Hooligans in Stuttgart bleibt die Polizei in den noch verbleibenden knapp zwei Wochen der Fußball-Weltmeisterschaft bei ihrem Sicherheitskonzept. «Für uns war das eine unangenehme Begleiterscheinung. Das bringt uns weder aus dem Tritt, noch aus der Reihe», sagte Polizeipräsident Siegfried Stumpf. Am Wochenende waren 550 gewaltbereite betrunkene Fußball-

Presseanalyse

freunde von der Polizei abgeführt worden. Sie hatten Passanten angepöbelt und Gegenstände in die Luft geschleudert. Nach dem 1:0-Sieg der Engländer über Ecuador blieb es nach Angaben des Leiters der WM-Kommission Sicherheit, Michael Kühner, in der Nacht zum Montag abgesehen von einzelnen Scharmützeln ruhig. Es seien 15 Menschen - 12 Engländer und 3 Deutsche - vorläufig festgenommen oder in Gewahrsam genommen worden. Acht englische Fans würden dem Haftrichter vorgeführt. Ihnen werde unter anderem Körperverletzung und Sachbeschädigung vorgeworfen (MOPO 16.6.06).

Die Austragungsstadien der WM 2006 gelten in der Berichterstattung im Hinblick auf Hooligans als sichere bzw. ausreichend gesicherte Orte. Hierbei wird auf die Zugangsregulierungen bei der Ticketvergabe (personengebundenes Ticket, Offenbarungspflicht von persönlichen Daten), der Einreise (Passenzug insbesondere für britische Hooligans, Aussetzung des Schengener Abkommens zur Ermöglichung von Passkontrollen an den Grenzen), den strikten Sicherheitsmaßnahmen vor Ort (Taschenkontrollen, Videoüberwachung in den Stadien, Sicherheitsdienste, Trennung von Fanblöcken) verwiesen. Dadurch, dass Hooligans polizeilich erfasst seien, könne verhindert werden, dass sie in die Stadien gelangen.

[...] Die Sicherheit in den zwölf WM-Stadien zu garantieren, bereitet Freiberg aber kein Kopfzerbrechen. [...] Zu den Spielen hätten nur Personen Tickets erhalten, die vorher durch Verfassungsschutz und Polizei überprüft werden konnten. Außerdem gäbe es Einlasskontrollen und Durchsuchungen an den Stadien. Die Gefahr, dass etwa Hooligans trotzdem in die Arenen gelangen, schätzt Freiberg als relativ gering ein (Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei taz 6.5.06).

In öffentlichen (bzw. öffentlich zugänglichen Räumen) wird eine potentielle Gefährdung durch Hooligan-Gewalt, insbesondere im Vorwege der Fußball-Weltmeisterschaft im Kontext der Public Viewing Areas als eine potentielle Bedrohung der Öffentlichkeit bzw. des öffentlichen Raumes dargestellt. Die höhere Gefährdung von Fan Festen und Public Viewing Areas wird mit deren größeren Unkontrollierbarkeit begründet, wie der fehlenden Möglichkeit zum präventiven Ausschluss von Personen durch die Verweigerung von Tickets. Diese potentielle höhere Gefährdung dient dabei als Legitimation für Sicherheitsmaßnahmen und -standards auf den Fan Festen und Public Viewings. Genannt werden als Maßnahmen eine Einzäunung des Veranstaltungsgeländes, Einlasskontrollen durch die Polizei oder durch private Sicherheitsdienste, Videoüberwachung der Eingänge und des gesamten Veranstaltungsgeländes sowie ein Verbot, Flaschen und Gläser auf das Gelände zu bringen. Die Einschätzungen des Gefahrenpotenzials gehen stark auseinander, wie folgende Zeitungsausschnitte aus der Hamburger Morgenpost und des Hamburger Abendblattes exemplarisch belegen.

Größere Sorgen macht sich der Gewerkschaftschef [GdP, Anm. d. Verf.] um die Sicherheit bei den so genannten Public Viewing-Veranstaltungen. Das sind die großen Feste in den Innenstädten, bei denen tausende Menschen auf Großbildleinwänden die Spiele anschauen. Allein in Berlin gehen die

Presseanalyse

Behörden von 100.000 täglichen Besuchern des Fan Festes vor dem Brandenburger Tor aus. "Wir müssen damit rechnen, dass Hooligans sich Zutritt zu solchen Veranstaltungen verschaffen", sagte Freiberg. Deshalb fordert die Polizei einheitliche Sicherheitsstandards für alle etwa 400 Public Viewing-Feste: Die Fan-Partys sollten eingezäunt werden und mehrere kontrollierte Zugänge haben. Dort würden Polizeibeamte oder private Sicherheitsdienste Personen überprüfen. Außerdem sollten die Plätze per Video überwacht werden. Flaschen und Gläser dürften auch nicht mitgebracht werden. So könne man Situationen wie im Juni 2005 vermeiden, sagte Jürgen Matthies, Leiter des WM-Vorbereitungsstabs der Polizei. Während des Halbfinalspiels im Confederations-Cup zwischen Deutschland und Brasilien hatten Krawallmacher eine Public Viewing-Veranstaltung in Köln gestört. Die Hooligans verletzten 20 Personen, weil sie Flaschen und Gläser warfen (MOPO 6.5.06).

[...] «Hooligans wollen die dritte Halbzeit spielen. In die Fußball-Stadien werden sie eher nicht vordringen, sondern Fan Meilen oder Stadtränder suchen», schätzen Berliner Ermittler ein (MOPO 25.6.06).

Der Soziologe hält auch Befürchtungen, daß die Public Viewing-Zonen vor den Großbildleinwänden ein besonderes Sicherheitsrisiko darstellen könnten, für weitgehend unbegründet: "Gewaltbereite Hooligans werden diese Bereiche meiden wie die Pest. Solche Leute brauchen Auslauf und Bewegungsfreiheit, also das genaue Gegenteil von dem, was sie dort vorfinden. Alles andere ist altbekannte Bierzelt-Problematik. Dafür wird es Einlaßkontrollen und Videoüberwachung geben, die große Sicherheit gewährleisten" (Gunter A. Pilz, Sportsoziologe und Fanforscher, Professor der Universität Hannover; 17.11.05 HA).

Ausschreitungen in öffentlichen Räumen, insbesondere in Innenstädten, sind während der WM eher Randthemen. Wenn über diese Themen berichtet wird, liegt der Fokus der Berichterstattung auf dem Eingreifen der Sicherheitskräfte. Über eine potentielle Gefährdung von z. B. AnwohnerInnen oder unbeteiligten Fans oder das Ausmaß von Sachbeschädigungen wird nicht oder nur am Rande berichtet.

Nur sehr wenige Artikel weisen einen expliziten Hamburg Bezug auf. Ein Artikel befasst sich u. a. mit regionalen Hooligans und erwähnt dabei eine mögliche Gefahr durch den Zusammenschluss Hamburger und Hannoveraner Hooligans zu einer „Nordkoalition“ während der WM mit dem Ziel, Schlägereien mit Hooligans aus anderen Ländern zu organisieren (s. o.). Als Gegenmaßnahmen werden sowohl eine starke innerstädtische Polizeipräsenz (Model im HA 25.10.05) als auch nicht näher spezifizierte präventive Maßnahmen zur Verhinderung von gewalttätigen Ausschreitungen genannt. Nach Einschätzung des in der Berichterstattung zitierten szenekundigen Polizeibeamten Timm habe dies aber keine großen Chancen (Timm, HA 25.10.05). Insgesamt rechne die Hamburger Polizei mit Ausschreitungen von Hooligans zur Fußball-WM.

Im Vorfeld der WM wird der Bau einer zentralen Gefangenensammelstelle in Hamburg zur Fußball-Weltmeisterschaft in der lokalen Berichterstattung thematisiert. Dabei wird in den Artikel darauf verwiesen, dass diese Maßnahme zwar zur WM errichtet wird, darüber hinaus aber bei Demonstrationen und späteren Großereignissen weiter genutzt werden soll. Die Kosten für den Bau werden in der MOPO und dem Hamburger Abendblatt sehr unterschiedlich beziffert. In der MOPO werden die Kosten für den „*WM-Knast*“ für Randalierer und vorübergehenden Gewahrsam für Hooligans mit Kosten in Höhe von 3,8 Mio. € für „*Umbau sowie für Einsatz- und Betriebsmittel*“ angegeben (MOPO 22.3.06). Das HA gibt für den „*zentralen Ort zur Ingewahrsamnahme*“ Umbaukosten in Höhe von 300.000 € an, die für die Errichtung von 150 Zellen für Hooligans anfallen. Der Artikel weist daraufhin, dass die Maßnahmen auch ökonomisch sinnvoll seien, da die bisherigen Kosten und der logistische Aufwand für eine Verteilung von „*Randalierern und Gewalttätern*“ auf die Zellen in den 28 Polizeikommissariaten nach Demonstrationen oder Fußballspielen höher lägen (HA 22.3.06). Über die Nutzung bzw. Auslastung der zentralen Gefangenensammelstelle während der WM gibt es in den untersuchten Medien keine Aussagen. Die Kosten für den Hamburger Haushalt für Sicherheitsmaßnahmen werden mit insgesamt 8,8 Mio. € beziffert, davon werden die Überstunden des Personals der Innenbehörde (auch Polizei) mit ca. 3,2 Mio. € beziffert (HA 22.3.06).

Das Sicherheitskonzept für Hamburg wird als „Null-Toleranz-Konzept“ benannt, welches Hooligans keine Chance lassen soll (HA 31.5.05). In diesem Zusammenhang wird die Aussage von Polizeipräsident Jantosch zitiert, der auf den Einsatz von 4.000 Beamten hinweist, die die friedlichen Fußballfans aus aller Welt vor Übergriffen und sonstigen Gefährdungen schützen sollen. Als weitere Maßnahmen werden in dem Artikel die internationale Polizeizusammenarbeit und ein geplantes mobiles Fingerabdruckmesssystem zur Schnellkontrolle und zur Identifizierung potentieller Gewalttäter erwähnt.

Die Gefahreneinschätzung für Hamburg ist seitens der Polizei - trotz der zuvor befürchteten Hooliganausschreitungen - zu Beginn der WM eher gering. Begründet wird dies damit, dass keine Risikospiele in Hamburg stattfinden und kein hohes Aufkommen ausländischer Fans erwartet werde. Auch hier wird auf ein bestehendes Repertoire an Sicherheitsmaßnahmen verwiesen, das auch für einen WM-Einsatz tragfähig sei. Die potentiellen Gefahren seien aus dem Bundesligaalltag bekannt und mit den vorhandenen Mitteln bewältigbar. Hierbei decken sich die Aussagen für den Hamburger Kontext mit den bereits dargestellten Einschätzungen einer generellen Beherrschbarkeit des Phänomens Hooliganismus.

Presseanalyse

Thomas Model möchte, „daß sich die Leute in der Stadt wohlfühlen“. Seit August 2005 kümmerte sich der Polizeidirektor als Kopf des Hamburger Sicherheitsstabes um die Planungen für die WM. Streitigkeiten zwischen Fangruppen, das Stören von Trainingseinheiten, Hooligans, die sich zu einer Prügelei verabreden oder alkoholisierte Randalierer in der Innenstadt - all das wollen Strategie Model und die Einsatz-Verantwortlichen verhindern. "Es ist nicht nötig, das Rad neu zu erfinden", erklärt der 39jährige. "Wir greifen auf die Erfahrungen aus der Bundesliga und internationalen Spielen zurück." [...]Während der WM werden neun Hundertschaften der Polizei allein in Hamburg tätig sein. Model warnt jedoch vor übertriebenen Ängsten. "In Hamburg gibt es kein Risikospiel. Das bedeutet natürlich nicht, daß damit alles klar und gut ist." Ein Masseneinfall von Fans sei in Hamburg jedoch nicht zu erwarten (HA 7.7.06).

Nach der WM fällt das Sicherheitsfazit im Themenfeld Hooliganismus überregional positiv aus. Das Verhalten der Polizei wird in der Berichterstattung durchweg positiv und die Kriminalitätsbelastung insgesamt als gering dargestellt. Dabei wird dies zum einen auf das friedliche Verhalten von Fans und das Ausbleiben von größeren Hooligan-Ausschreitungen zurückgeführt, zum anderen auf eine erfolgreiche Polizeiarbeit bei den seltenen Auseinandersetzungen abgestellt. Auch den angereisten Fans wird für ihr friedliches Verhalten von der Polizei Lob ausgesprochen, die befürchtete Bedrohung durch ausländische Hooligans habe nicht stattgefunden und das Gewaltpotenzial sei geringer als erwartet ausgefallen, die eingesetzten Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere der Einsatz ausländischer Polizisten und das Ticket-System, seien durchweg erfolgreich gewesen.

Und als Uniformierte in Dortmund am Rande des Spiels Deutschland-Polen hart gegen randalierende Hooligans vorgingen, bescheinigte selbst die kritische Gewerkschaft der Polizei den Beamten einen umsichtigen Einsatz trotz des großen Gewaltpotenzials. Überall zeigte sich, dass die Zahl der Festnahmen von Störern angesichts der Massen eher gering waren (MOPO 7.7.06).

Zu den befürchteten größeren Hooligan-Ausschreitungen kam es nicht. Auch das Bundeskriminalamt (BKA) spricht von Straftatenzahlen «auf niedrigem Niveau» (MOPO 11.7.06).

Die Polizei hat den zur Fußball-Weltmeisterschaft angereisten Fans aus dem In- und Ausland ein großes Lob ausgesprochen. Vier Wochen Partystimmung hätten für eine sichere und friedliche WM gesorgt, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Ingo Wolf (FDP) bei einer bundesweiten Polizei-Bilanz in der Anti- Hooligan-Zentrale in Neuss bei Düsseldorf. Es habe keine größeren Ausschreitungen gegeben. Sich abzeichnende Krawalle in Gelsenkirchen, Dortmund und Köln hätten im Keim erstickt werden können. Dazu habe der Einsatz von mehr als 500 ausländischen Polizisten aus den Teilnehmer- und Nachbarländern beigetragen. «Sämtliche Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet (MOPO 10.7.06).

8.1.2 Terrorismusgefahr zur Fußball-WM

Im Themenbereich Terrorismus sind in 98 Artikeln insgesamt 47 verschiedene Akteure vertreten.

Diskursakteure Terrorismus	Anzahl Akteursnennung	Anzahl Artikel
Bundespolitik / -ministerien	10	28
Landespolitik / -ministerien	8	23
Kommunalpolitik / -verwaltung	1	1
Polizei / BKA / Verfassungsschutz	9	21
Datenschutzbeauftragte	2	3
Sport	12	13
NROs	1	1
Wissenschaft	1	1
Verkehrsdienstleister	1	1
Meinungsforschung	1	1
Botschaft	1	1
gesamt	47	93

Tabelle 8-3 Häufigkeiten von Akteursbereichen im Themenfeld Terrorismus

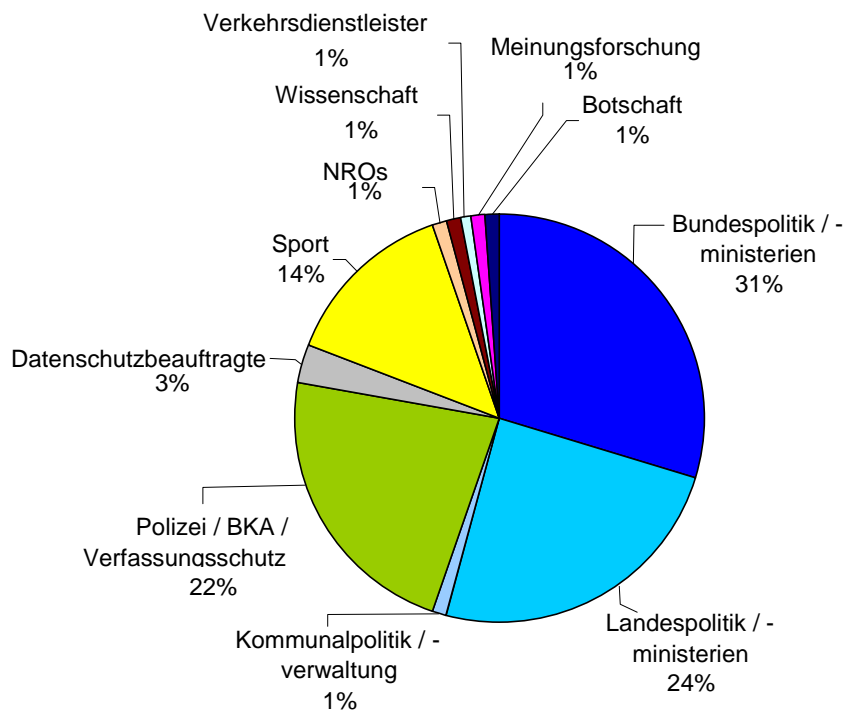


Abbildung 8-2 Akteursverteilung im Themenfeld Terrorismus

Das Themenfeld Terrorismus beinhaltet elf verschiedene Akteursgruppen, von denen insgesamt 47 Akteure in 93 Artikeln erwähnt werden. Die drei Hauptbereiche sind, wie auch im Themenfeld Hooliganismus (wenn auch in einer anderen Verteilung), Bundespolitik / -ministerien mit 31% (hauptsächlich Akteure aus der Innen- und Spitzenpolitik), Landespolitik / -ministerien mit 24% und Polizei / BKA / Verfassungsschutz mit 22%, gefolgt von dem Akteursbereich Sport mit 14%. Auch hier findet sich also ein überwiegender Anteil staatlicher Akteure (82% mit Kommunalpolitik und Datenschutzbeauftragten), wobei der Anteil internationaler Akteure (1% Botschaft) äußerst gering ausfällt. Der für das Themenfeld „Terrorismus“ überraschend hohe Anteil des Akteursbereichs „Sport“ verweist auf die Verknüpfung des Themenfeldes mit der Fußball-Weltmeisterschaft 06. Die Akteure aus dem Bereich Datenschutz (3%) kritisieren bzw. problematisieren in ihren Aussagen die Verhältnismäßigkeit von Sicherheitsmaßnahmen in Bezug auf Freiheits- und Datenschutzrechte.

Im Themenfeld „Terrorismus“ werden verschiedene Bereiche terroristischer Gefahren verhandelt. Am häufigsten geht es um die Abwehrmöglichkeiten von terroristischen Anschlägen und die dafür einsetzbaren Sicherheitsmaßnahmen. Dabei werden Bezüge auf islamistisch

motiviert Anschläge wie am 11. September 2001 in New York oder „Folgeereignisse“⁴⁶ wie Anschläge in London und Madrid hergestellt. In den meisten Artikeln werden diese Bezüge jedoch nicht explizit aufgeführt, sondern unspezifisch von „terroristischen Anschlägen / Terroranschlägen“ oder „Bombenlegern“ gesprochen.

Im Untersuchungszeitraum finden sich Gefahreinschätzungen verschiedener Akteure, die alle von einer „abstrakten Gefährdungslage“ ausgehen, d. h. die die Möglichkeit eines Anschlages betonen, dabei aber keine konkreten Gefährdungen (bestimmte Orte, Zeitpunkte) benennen können. In mehreren Artikeln wird ein „islamistisch motivierter“ Terroranschlag als gefährlichstes bzw. wahrscheinlichstes Szenario dargestellt:

„Die größte Gefahr drohe aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus. Es sei nicht auszuschließen, dass es auch in Deutschland autonome Zellen hier aufgewachsener Islamisten geben könnte“ (Ziercke, BKA Präsident, MOPO 24.5.06).

„Wir brauchen auch eine gute Portion Glück, dass nichts passiert. Die größte Bedrohung für die WM bleibe der islamistische Terrorismus, sagte der CSU-Politiker“ (Beckstein, MOPO 30.5.06).

Zu keinem Zeitpunkt wird eine konkrete Gefährdung durch terroristische Anschläge in den Medien verbreitet. Im Gegenteil, zu verschiedenen Zeitpunkten wird gemeldet, dass keine Hinweise auf Anschläge vorlägen. Kurz vor der WM häufen sich Artikel, in denen Akteure (meist von CDU und CSU) auf die guten Sicherheitsvorbereitungen zur WM hinweisen, das Fehlen konkreter Anschlagpläne erwähnen, aber gleichzeitig darauf verweisen, es könne keine absolute Sicherheit (vor allem nicht im Kontext von Großveranstaltungen) geben.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wiederholt in diesen Tagen immer wieder: Es gibt keinerlei konkrete Hinweise auf Anschläge des internationalen Terrorismus. Generell wird erklärt, die Bedrohung durch internationale Terrorgruppen sei bei großen Veranstaltungen grundsätzlich ein Anlass zur Besorgnis. (MOPO 5.6.06).

Auch wenn bisher Sportveranstaltungen nicht zu den bevorzugten Zielen islamistisch motivierter Terroristen gehörten, haben sich die Sicherheitsbehörden intensiv auf dieses Ereignis vorbereitet. Wir stehen in ständigem engen Austausch mit Polizeibehörden und Partnerdiensten. Bisher sind keine konkreten Anschlagpläne bekannt geworden. (Fromm, Verfassungsschutz-Chef, HA 6.6.06).

⁴⁶ Anschläge, die in den medialen und politischen Darstellungen durch Terroristen aus dem Umfeld eines „Terrornetzwerkes“ von Al-Kaida verübt werden und Bestandteil eines „Krieges gegen den Westen“ sein sollen. Infolgedessen wird die „westliche“ Welt zu einer Gefahrenzone deklariert, der die Länder qua ihrer kulturellen Verortung angehören (und nicht etwa aufgrund ihrer aktuellen Politiken).

Presseanalyse

Es gäbe nach wie vor keine konkreten Gefährdungshinweise für geplante terroristische Anschläge, betonte Beckstein[...]. Gleichwohl sei von einer generell abstrakten Gefährdungslage auszugehen (Beckstein, MOPO 7.6.06).

Kritische Einschätzungen zu diesen Gefahren Darstellungen und den getroffenen Sicherheitsvorkehrungen finden sich eher selten. Diese stammen zumeist nicht von politischen Akteuren, sondern werden von Akteuren von NROs oder von wissenschaftlichen Experten vorgenommen. Dabei ginge von übertriebenen Sicherheitsmaßnahmen eine Gefährdung von Grundrechten aus, während eine übertriebene Darstellung der Terrorismusgefahr die positiven Veranstaltungsatmosphäre zur WM schädigen könne.

Die Fußball-WM gerät nach Ansicht der Internationalen Liga für Menschenrechte zunehmend zu einer „Antiterrorübung“ mit überzogenen Sicherheitsmaßnahmen. „Die nationale Sicherheitskonzeption sei populistisch, überzogen und bürgerrechtsschädlich“ [...] Es gäbe schwer wiegende Grundrechtseingriffe. Die WM diene unter anderem als „willkommenes Exerzierfeld für Militäreinsätze“ im Inland [...]. Als größte Bedrohung werde die Gefahr des internationalen und islamistischen Terrorismus dargestellt. Dafür gebe es jedoch selbst nach offiziellen Angaben bis heute keinerlei Anzeichen (Gössner, Liga-Präsident, MOPO 31.5.06).

„Horrorszenarien, die seit dem 11. September 2001 überall verbreitet werden, und die Folgen davon, stellen nach Meinung des 61jährigen die größte Gefahr im Hinblick auf die WM dar“ (Pilz, Sportsoziologe und Fanforscher, HA 7.6.06 Interview).

Unter Berufung auf einen Bericht des Magazins Stern veröffentlicht die MOPO eine vergleichsweise konkretere Gefahren einschätzung des BKA, nach der 21 der 64 WM Spiele als hoch gefährdet einzustufen wären und zitiert im gleichen Artikel die Kritik von Wiefelspütz (SPD, innenpolitischer Fraktionssprecher). Kurz vor der WM veröffentlicht die MOPO eine beschwichtigende Pressemitteilung der Bundesregierung, die sich auch auf die BKA - Warnung bezieht.

„Es gibt keine konkreten Anschlagswarnungen, keine konkreten Anzeichen dafür, dass irgendwo ein Zuschauer, ein Fußballspieler, ein Betreuer sich einer konkreten Gefahr aussetzt, wenn er ein bestimmtes Stadion oder eine bestimmte Stadt betritt“ (MOPO 18.5.06).

Die Bundesregierung hat wenige Tage vor Beginn der Fußball-WM vor Angst und Hysterie wegen möglicher Gefahren von Terrorismus, Hooligan-Gewalt und Rechtsextremismus gewarnt. [...] Dem WM-Organisationskomitee lagen bisher keine Hinweise auf eine besondere Gefährdung der 48 Vorrunden-Spiele vor (MOPO 5.6.06).

Presseanalyse

Von den Akteuren aus dem Sportbereich bzw. der Veranstalter der Fußball-WM gibt es zum Themenfeld „Terror“ bzw. Sicherheit nur wenige und sehr allgemein gehaltene Aussagen, die sich darauf beziehen, dass die WM auf jeden Fall stattfinden wird:

„Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht, aber wenn wir uns terrorisieren lassen, können wir den Laden dicht machen“ (Beckenbauer, OK-Chef, MOPO 27.7.05).

„Wenn wir vor dem Terror kapitulieren, wäre das die Bankrotterklärung des Fußballs und des Sports“ (Johannson, UEFA-Präsident + Vorsitzender FIFA WM OK, MOPO 27.7.05).

Ein weiteres, nur sehr kurz in den Medien aufgegriffenes Randthema, stelle die Möglichkeit von Anschlägen auf die Iranische Fußballmannschaft durch oppositionelle iranische Gruppen dar. Diese Gefahr sei seitens iranischer Politiker geäußert worden (MOPO 4.5.06).

In einem Artikel wird auf die mögliche Gefahr von Brandanschlägen durch linksradikale Gruppe auf Sponsoren der Fußball-WM verwiesen (Glietsch, Polizeipräsident, MOPO 25.6.06). Ansonsten spielt Linksterrorismus in der Berichterstattung keine weitere Rolle.

Zur Abwendung der postulierten Gefahrensituationen werden verschiedene Maßnahmen in der Berichterstattung aufgegriffen. Die im Folgenden genannten werden dabei explizit im Zusammenhang mit der Verhinderung von Terroranschlägen genannt bzw. gefordert. Gensondert (siehe 8.1.4) wird die Forderung nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Fußball-WM betrachtet, da sich hier sehr spezifische Begründungs- bzw. Kritikpunkte finden.

Grundsätzlich lassen sich hier zwei Darstellungsweisen unterscheiden: zum einen die Darstellung von Forderungen (meist nach Verschärfung von Sicherheitsmaßnahmen) von Akteuren der (Innen-)Politik und zum anderen Berichte über die Einführung von Sicherheitsmaßnahmen. Solche Forderungen sind dabei sowohl allgemein formuliert, wie die nach schärferen Gesetzen, die insbesondere von Innenministern der CDU/CSU (Bouffier 2.9.05. MOPO) vertreten werden als auch sehr konkret, d. h. sie beziehen sich direkt auf bestimmte Maßnahmen (u. a. Einführung einer Anti-Terror-Datei, Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz). Diese werden im Folgenden dargestellt.

Überwiegend werden die Sicherheitsmaßnahmen und ihre Auswirkungen in der Berichterstattung nicht detailliert geschildert, sondern lediglich über ihre Einführung berichtet. Eine Erwähnung von Maßnahmen, die zur WM eingeführt werden, findet sich im gesamten Untersuchungszeitraum, wobei das Spektrum von „klassischen“ Maßnahmen (wie einer Verstär-

Presseanalyse

kung der Polizeipräsenz), bis hin zu technischen (und rechtlichen) Neuerungen, z. B. neue Formen von Datenerfassungen, reicht:

„Eines der effektivsten Mittel ist immer noch massive Polizeipräsenz auf der Straße. Streifen, Patrouillen, Kontrollen an allen sensiblen Punkten werden daher zur Tagesordnung gehören, auch wenn Schily immer wieder betont, man wolle nicht den Eindruck eines Polizeistaats vermitteln“ (HA 8.7.05).

Seitens der FIFA wird den Sicherheitsmaßnahmen großes Vertrauen ausgesprochen (UEFA-Präsident und Vorsitzender des FIFA WM-Organisationskomitees Johansson, MOPO 27.07.05), ansonsten gibt es in der Berichterstattung kaum Verlautbarungen oder Bewertungen zu Gefahreinschätzungen oder konkreten Maßnahmen aus dem Sportbereich (DFB, Sportverbände etc).

Eine Ausweitung der Videoüberwachung öffentlicher Plätze, wo „*massenhaft Besucher erwartet werden oder die Gefahr besteht, dass Anschläge verübt werden*“ (taz Nord 1.3.06) ,fordert u. a. der niedersächsische Innenminister Schünemann (CDU). Laut dem Artikel werde die Polizei in Hannover Zugriff auf 870 Kameras haben und die erfassten Daten mindestens 24 Stunden bis zu 5 Tagen speichern können.

Im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Terror“ werden das Akkreditierungsverfahren für HelferInnen (sog. Volunteers) und MitarbeiterInnen in Stadien und die Speicherung der Personalausweisnummern auf den WM-Tickets thematisiert. Zumeist werden diese Maßnahmen lediglich erwähnt, nur selten finden sich bewertende Stellungnahmen wie die folgende Aussage des Bundesdatenschutzbeauftragten, der die Speicherung bzw. Verwendung von Personalausweisnummern im Ticketingverfahren kritisiert. Im gleichen Artikel wird auch vor möglichem Missbrauch der gesammelten Daten gewarnt und die Akkreditierungspraxis kritisiert (PolitikerInnen von FDP und Grünen MOPO 30.6.06).

„Ich bin nach wie vor nicht davon überzeugt, dass die Verwendung der Personalausweisnummer ein geeignetes Mittel ist, um terroristischen Gefährdungen bei der Fußball-Weltmeisterschaft zu begegnen“ (Schaar, Bundesdatenschutzbeauftragter, MOPO 30.3.06).

Aus einer in der MOPO zitierten Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Emnid geht hervor, dass es für Verfahren „*wie die biometrische Datenerfassung*“ nur geringe Zustimmung gäbe (bei 1.000 Befragten, MOPO 23.5.06). Als Gegenreaktion auf diese und andere Kritik folgt kurze Zeit später die Erklärung des BKA Präsidenten Ziercke, das Akkreditierungsverfahren habe lediglich zu einem Prozent Ablehnungen geführt. Gründe für die Ablehnungen werden in der Berichterstattung nicht erwähnt, d. h. es ist nicht nachvollziehbar, ob es sich z.

Presseanalyse

B. um die Verhinderung eines terroristischen Anschlags oder die Verhinderung von kriminellen Handlungen handelte oder z. B. die Abgelehnten keine gültigen Arbeitsgenehmigungen vorweisen konnten. Es handle sich bei den Datensammlungen nur um eine temporäre Maßnahme zur Fußball-Weltmeisterschaft:

Das BKA habe über die WM hinaus an diesen Daten keinerlei Interesse. Das BKA habe dem Bundesdatenschützer angeboten, dies im BKA zu überprüfen (BKA Präsident Ziercke, MOPO 24.5.06).

Die WM wird verschiedentlich als Argument für eine beschleunigte Einführung von Maßnahmen angeführt, so auch im Falle der zentralen Anti-Terror-Datei. Hierbei wird gefordert, den notwendigen Bundestagsbeschluss durch eine Sondersitzung in den Parlamentsferien herbeizuführen, da die Datei unbedingt bei der Fußball-WM eingesetzt werden solle.

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) forderte eine Sondersitzung des Bundestags in der Sommerpause, um die Schaffung einer zentralen Anti-Terror-Datei zu beschließen: „Wir müssen das schnell machen, denn wir brauchen die Datei spätestens bis zur Fußball-WM“ (MOPO 14.7.05)

Im Kontext WM wird auch über Institutionen zur Terrorabwehr berichtet, wobei auch hier vertiefende Informationen über die Funktionsweise o. ä. meist spärlich sind. Erwähnt wird das Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ), welches eine „*wirksame und bundesweite Terrorismusbekämpfung*“ garantieren soll (Schäuble MOPO 13.3.06) und als Voraussetzung für rechtzeitige Gefahrenabwehr bezeichnet wird (Ziercke MOPO 24.5.06). Eine ausführliche Darstellung der Datensammlungen und Arbeitsweise im GTAZ und der GIAZ (Gemeinsame Informations- und Auswertungszentrum in Niedersachsen) findet sich lediglich in der taz Nord. Im selben Artikel wird auch Kritik seitens der niedersächsischen Grünen an der GIAZ veröffentlicht, die sich auf verfassungsrechtliche Bedenken (Umgehung des Trennungsverbotes von Polizei und Verfassungsschutz) bezieht und darüber hinaus auf mangelnde Erfolge bei der GTAZ verweist.

[...] Je vier Mitarbeiter von Landeskriminalamt (LKA) und Verfassungsschutz (VS) führen im LKA Informationen in einer gemeinsam genutzten Datei zusammen. Für die Fußball-WM wurden Daten über 2.300 Hooligans gesammelt, 28 Meldeauflagen und 54 Aufenthaltsverbote erteilt, erklärte Schünemann. Auch bei der Abstimmung über Aktivitäten auf dem, vom Rechtsextremisten Jürgen Rieger in Dörverden gekauften, Heisenhof habe das GIAZ geholfen. Bei der Fahndung nach islamistischen Strukturen hätten die Behörden "ein besseres Lagebild" erreicht. Das GIAZ führe Fotos und Infos über Wohnorte, Telefonnummern und Kontakte von Verdächtigen zusammen, erklärt Kommissar Michael Fischer (taz Nord 27.6.06).

Presseanalyse

Effektive und für Zuschauer möglichst „unsichtbare“ Maßnahmen kündigt Schäuble im Vorfeld der WM an. Eine kritische Auseinandersetzung über solche Maßnahmen, die sich eben durch ihre Nicht-Sichtbarkeit auch einer demokratischen Kontrolle durch die BürgerInnen entziehen und auch ethische Bedenken hinsichtlich ihres Potentials zu einer breiten und heimlichen Überwachung der Bevölkerung auslösen, findet sich in der Berichterstattung nicht.

Er setze bei der WM im Juni und Juli auf zugleich effektive und möglichst «unsichtbare» Maßnahmen. «Bund und Länder werden das Menschenmögliche tun, um uns allen eine ebenso fröhliche wie sichere WM zu ermöglichen», sagte Schäuble bei einer internationalen Fachtagung in Berlin. Je weniger die Zuschauer von den Sicherheitsvorkehrungen bemerkten, desto besser seien sie (MOPO 18.5.06).

Die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den Schengen-Staaten der EU während der WM wird mit dem zum Schutz vor Terror und Kriminalität (Schäuble, MOPO 25.5.06) begründet.

Generelle Kritik an der Verschärfung bzw. Einführung von Sicherheitsmaßnahmen übt u. a.: Hirsch, FDP und verweist darauf auf die gezielte Nutzung der WM zur Durchsetzung und Legitimation solcher Politiken:

Dagegen kritisierte der FDP-Politiker Burkhard Hirsch die Sicherheitsmaßnahmen für die WM als übertrieben. Der «tageszeitung» sagte der ehemalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen: «Man hat den Eindruck, dass die WM genutzt wird, um unter Beschwörung der Sicherheit nun alles Mögliche zu etablieren, was die Gesellschaft unter normalen Umständen nie akzeptieren würde.» Hirsch verwies unter anderem auf umfangreiche Grenz- und Personenkontrollen, Videoüberwachungen und Speicherung von DNA-Daten (MOPO 5.6.06).

Anlässlich des ersten Spiels der US-Mannschaft gegen Italien in Kaiserslautern berichtet die MOPO (17. und 18.6.06), dass nach Einschätzung von befragten Fans keine Terroranschläge zu erwarten sind, hingegen italienische Nationalspieler besorgt um die Sicherheit ihrer zuschauenden Familienangehörige seien. Der Polizei lägen keine konkreten Hinweise auf mögliche Anschläge vor, die Anzahl der Polizisten werde landesweit im Vergleich zum ersten WM-Spiel um 500 (auf 2.500) erhöht, davon seien 2.200 Polizisten während des Spiels in der Stadt Kaiserslautern stationiert.

Im Zusammenhang mit Terrorismus werden Stadien und Public Viewing Areas als besonders gefährdet angesehen. Begründet wird dies mit den Menschenmengen, die sich an diesen

Presseanalyse

Orten aufhalten. Während in den Stadien entsprechende Vorkehrungen getroffen werden könnten, sei dies bei öffentlich zugänglicheren Räumen (wobei meist die Public Viewing-Zonen gemeint werden) schwerer möglich, was ein Anschlagrisiko erhöhe:

„Attraktiver für Terroristen sei es, sich auf so genannte weiche Ziele zu konzentrieren [...]. Dazu könnten die Übertragungen der Fußballspiele auf Großleinwänden in den Innenstädten gehören“ (Freiberg, GdP-Vorsitzender MOPO 18.5.06; ähnlich Zwanziger, FIFA OK, ebd.).

„Wenn Anschläge passieren, dann werden sich die nicht gegen Mannschaften oder Spieler richten, sondern vermutlich gegen solche Menschenmassen“ [zuvor: Erwähnung von Großleinwänden, vor denen sich Hunderttausende versammeln werden, Anm. d. Verf.] (Schäuble, MOPO 05.06.06).

„Bei Menschenansammlungen in den WM-Stadien sowie in den Public Viewing-Zonen kann eine Gefährdung grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden“ (Beckstein MOPO 7.6.07), wobei auch hier wieder darauf verwiesen wird, dass es keine konkreten Hinweise gibt.

Im Themenfeld Terrorismus finden sich in der Berichterstattung kaum lokale Bezüge. Auch der Aufenthalt der US-amerikanischen Fußballmannschaft wird im Kontext von Sicherheitsmaßnahmen und Terrorismus nur selten thematisiert. Dabei wird betont, dass es trotz der Maßnahmen nicht zu Abriegelung von Stadtteilen kommen solle und es auch keine Hinweise auf konkrete Anschlaggefährden gäbe.

Da die Amerikaner aber auch „das öffentliche Leben in Hamburg wahrnehmen wollen“, wird es laut Nagel „zwar Personen- und Objektschutzmaßnahmen“ für sie geben, aber keine „Abriegelung“ ganzer Stadtteile. [...] Konkrete „Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Spiele durch Terroristen“ liegen Nagel zufolge derzeit nicht vor (taz Hamburg 14.12.05).

Auch im Verfassungsschutzbericht 2005 wird betont, dass keine Hinweise auf konkrete Gefährdung durch extremistische Gewalttäter für Hamburg vorliegen. Der Hamburger Innenminister Nagel verkündet in diesem Zusammenhang der Presse, er könne im Hinblick auf WM gut schlafen (taz Nord 30.6.06).

Während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 kommt es zu keinerlei terroristischen Anschlägen bzw. versuchten Anschlägen (erst 2 Monate später wird bei einem verhinderten Bombenanschlag bekannt, dass die Täter ihre Tat ursprünglich zur WM geplant, aber aufgrund der Sicherheitsmaßnahmen verschoben hatten, HA 25.9.06). Die nachträgliche Bewertung der Sicherheitslage bzw. der Sicherheitsmaßnahmen fällt durchweg positiv aus, auch im Bezug auf Terrorismus:

Presseanalyse

[...] Beckstein weiter: «Wir haben keine Probleme mit allgemeiner Kriminalität - von Taschendieben bis zur Rotlichtkriminalität - gehabt und Gott sei Dank natürlich auch im Zusammenhang mit Terrorismus keine Besonderheiten.» (MOPO 7.7.06).

„Wir hatten keine ernsthafte terroristische Bedrohung der WM“ (Schäuble, MOPO 11.7.06).

„Eine entspannte, fröhliche Stimmung ist in der Sicherheitspolitik immer die beste Prävention“ (Schäuble, MOPO 11.7.06).

Unmittelbar nach der WM wird die Diskussion um eine Verschärfung von Sicherheitsmaßnahmen und entsprechende Gesetzesvorhaben zur Abwehr von terroristischen Anschlägen fortgesetzt - mit direktem argumentativem Bezug zur WM.

«Die WM war für unser Land ein wirklicher Erfolg.» Man dürfe sich aber nicht im Glanze des Erfolges ausruhen, sagte Schäuble am Dienstag in Berlin. «Es geht darum, das Notwendige für die Sicherheit unseres Landes zu tun.» Das Kabinett werde deshalb an diesem Mittwoch über den Entwurf des Ergänzungsgesetzes zur Terrorismusbekämpfung entscheiden. Damit sollen die nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erlassenen und befristeten Sicherheitsgesetze um weitere fünf Jahre verlängert und ergänzt werden. Unter anderem soll der Bundesnachrichtendienst (BND) mehr Befugnisse erhalten und auch Flugdaten abfragen dürfen. Bisher unterliegen diese Abfragen auch den bei Eingriffen in das Post- und Fernmeldegeheimnis vorgeschriebenen Kontrollverfahren (G-10-Verfahren) (MOPO 11.7.06).

8.1.3 No-Go-Areas und die WM als Plattform für Rechtsextreme

Die Akteure im Themenfeld Rechtsextremismus lassen sich zehn verschiedenen Akteursgruppen zuordnen. Insgesamt handelt es sich dabei um 50 Akteure, die in 103 Artikeln vertreten sind.

Akteursbereiche Rechtsextremismus	Anzahl Akteursnennung	Anzahl Artikel
Bundespolitik / -ministerien	16	36
Landespolitik / -ministerien	5	14
Europapolitik	1	1
Polizei / BKA / Verfassungsschutz	9	18
Polizei / Staatsanwaltschaft Europa	1	1
Justiz	3	5
Sport	4	4
NROs	6	18
Tourismus	2	2
Wissenschaft	3	4
Gesamt	50	103

Tabelle 8-4 Häufigkeiten von Akteursbereichen im Themenfeld Rechtsextremismus

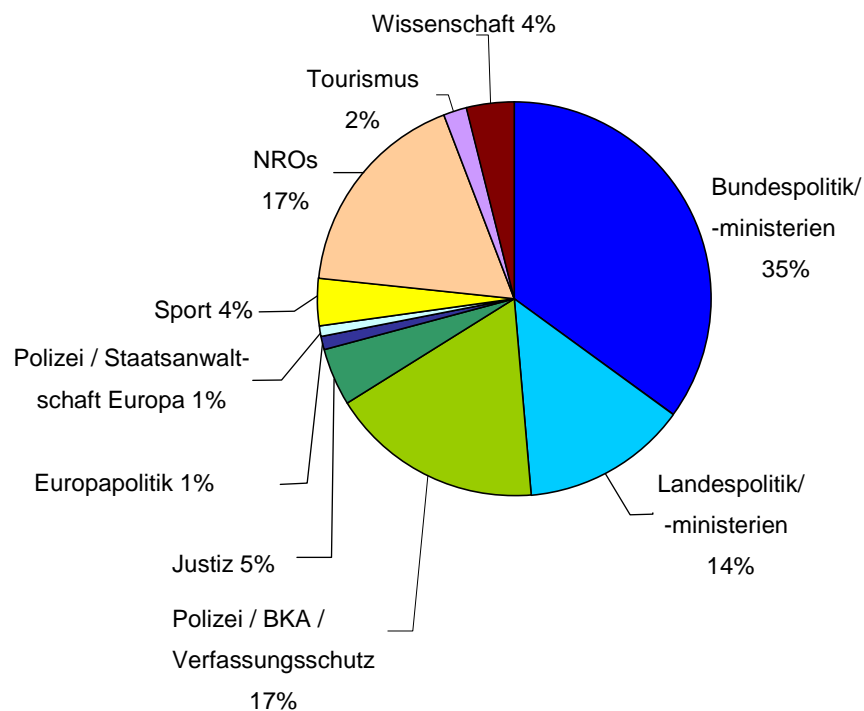


Abbildung 8-3 Akteursverteilung im Themenfeld Rechtsextremismus

Im Themenfeld „Rechtsextremismus“ finden sich vier Hauptbereiche von Akteuren, wobei auch hier ein deutliches Übergewicht bei staatlichen Akteuren (73%“ inklusive der Akteure

aus dem europäischen Ausland) liegt. Zusätzlich zeigt sich in diesem Themenfeld ein deutlicher Anteil von Akteuren aus dem Bereich NROs in der Berichterstattung (17%). Es handelt sich dabei um Akteure vom Verein „Gesicht Zeigen“ des ehemaligen Regierungssprechers Uwe Karsten Heye, des Afrika-Rates, der Amadeu-Antonio-Stiftung, des Zentralrats der Juden und des Goethe Instituts. Da die Diskussion um die No-Go-Areas zur WM 2006 seitens der NROs (siehe unten) angestoßen wird, ist deren Anteil am Rechtsextremismusdiskurs in der Berichterstattung nicht verwunderlich. Dennoch sind die meisten Akteure in der Berichterstattung dem Bereich Bundespolitik/ -ministerien zuzuordnen (35%), während deutsche Vollzugsorgane (Polizei / BKA / Verfassungsschutz) und NROs (je 17%) sowie die Landespolitik (14%), fast den gleichen Anteil in den Presseartikeln aufweisen.

Die potentiellen rechtsextremen Täter werden in den Berichterstattungen synonym bzw. nicht differenziert mit verschiedenen Bezeichnungen wie „Neonazis“, „Rechtsextremisten“, „Skinheads“ bezeichnet. Nähere Angaben zu Motivationen, Geschlecht, Altersstruktur etc. sind selten. Hintergrundinformationen zu den Ursachen von Rechtsextremismus finden sich kaum und wenn, dann nur in einer sehr verkürzten Darstellung. So zitiert die MOPO den Reiseführer Lonely Planet, der die hohe Arbeitslosigkeit und eine „Post-Wiedervereinigungs-Depression“ in Lichtenberg und Marzahn als Ursachen nennt (MOPO 2.5.06). Auf vielschichtigeren Ursachen verweist hingegen das folgende Zitat des Berliner Politologen und Mitglied des Afrika-Rats und Vizepräsidenten der Internationalen Liga für Menschenrechte, Yonas Endrias, der das Phänomen Rassismus als grundlegendes gesellschaftliches Problem thematisiert:

Armut oder Arbeitslosigkeit als Ursache für Gewaltbereitschaft im Osten wollte Endrias allein nicht gelten lassen. «Rassismus ist ein gesellschaftliches Problem», sagte der Politologe, der aus Eritrea stammt und seit mehr als 25 Jahren in Deutschland lebt. (MOPO 7.6.06)

Der als durch Rechtsextremismus gefährdet geltende Personenkreis wird in der Berichterstattung als „nicht deutsch aussehende“ oder „dunkelhäutige Ausländer“, „Farbige“, „Schwarze“ bezeichnet, die insbesondere in Gegenden gefährdet seien, in denen es einen hohen Anteil an Neonazis gäbe. Auch „erkennbare Homosexuelle“ werden als gefährdet eingestuft. Geschlechtsspezifische Gefährdungen werden in der Berichterstattung nicht thematisiert.

Hinsichtlich des Themenfeldes Rechtsextremismus im WM-Kontext lässt sich die Presseberichterstattung in folgende verschiedene Szenarien bzw. Themenbereiche unterscheiden: „WM als Plattform für Rechtsextreme“, „Rechtsextreme Hooligans“ und „No-Go-Areas“.

Presseanalyse

Die Presseberichterstattung thematisiert die Möglichkeit, dass Rechtsextreme die WM aufgrund der allgemeinen Öffentlichkeitswirksamkeit als Plattform nutzen könnten, um Aufmerksamkeit zu erregen und ihre politischen Forderungen zu verbreiten. Dabei sei Rechtsextremismus sowohl nach Einschätzung der Polizeigewerkschaft wie auch in repräsentativen Umfragen ein ernstzunehmendes gesellschaftliches Problem.

Die Gefahr rechtsextremistischer Übergriffe sollte man zwar nicht überbewerten, meinte Speck. Rechtsradikale machten immer vor Großveranstaltungen mobil. «Aber wir müssen vorbereitet sein. Diese Geschichte von rechts müssen wir einfach ernst nehmen» (Speck DPoIG, MOPO 2.4.06).

Nach repräsentativen Umfragen des Instituts OmniQuest unter 1000 Deutschen im Alter ab 14 Jahren befürchteten über 70 Prozent, dass rechtsextremistische Gruppierungen die WM für Aktionen nutzen könnten (MOPO, 5.6.06).

Akteure aus den Bereichen Politik und Sport schätzen die Gefahr, dass Rechtsextreme die WM als Plattform erfolgreich nutzen können, als gering ein, da sie eine kleine Minderheit seien und „echte“ Fußballfans keine Rassisten sein könnten. Darüber hinaus werden die Deutschen vom DFB-Vorsitzenden Zwanziger dazu aufgefordert, sich aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu positionieren.

Zur Gefahr, dass Neonazis die Fußball-WM zu einem Propaganda- Schauplatz machen könnten, sagte Schäuble der «Süddeutschen Zeitung»: «Die Neonazis sind eine kleine Minderheit, eine erbärmliche noch dazu. Die werden nicht die Chance haben, das Gesicht dieser Weltmeisterschaft zu prägen.» Steinmeier betonte in der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung»: «Ein echter Fußball-Fan kann kein Rassist sein.» Zwanziger sagte dem Deutschlandfunk, die Deutschen müssten sich bekennen, wenn Minderheiten glaubten, «diese Plattform WM nutzen zu können, um dümmliche Botschaften in die Welt zu tragen» (MOPO, 5.6.06).

Hinsichtlich rechtsextremer Demonstrationen wird seitens der Polizei gefordert, diese während der WM nicht zuzulassen, da aufgrund der ohnehin hohen Sicherheitsanforderungen nicht auch noch die Sicherheit bei solchen Aufmärschen garantiert werden könne. Bemerkenswert ist, dass die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit eher durch Gegendemonstrationen befürchtet wird und nicht durch die Neonazis selbst. In diesem Zusammenhang lässt sich auch die hier zitierte Einschätzung Fromms sehen, der die Zunahme der rechten Gewalttaten hauptsächlich auf vermehrte gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremen zurückführt:

«Die Neonazis haben die Fußball-Weltmeisterschaft als willkommene Bühne für ihre Propagandazwecke entdeckt und bereits fünf Aufmärsche angemeldet», sagte der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg

Presseanalyse

in Berlin zum Abschluss eines Sicherheitsforums seiner Gewerkschaft. Wo Neonazis aufkrenzten, müsse die Polizei die Orte mit erheblichem Personaleinsatz vor Gegendemonstranten schützen. «Das können wir während der WM nicht noch zusätzlich leisten.» Freiberg kritisierte, dass die Verwaltungsgerichte in den meisten Fällen polizeiliche Verbote von Neonazi-Demonstrationen wieder aufgehoben hätten. Die GdP wolle nicht das Versammlungsrecht aufheben. Aber die Gerichte müssten erkennen, dass gerade während der WM wegen der Einsatzbelastung der Polizei die öffentliche Sicherheit bei Neonazi-Aufmärschen nicht mehr gewährleistet werden könne (MOPO 5.5.06).

Hauptursächlich für das starke Anwachsen der Zahl rechtsextremistischer Gewaltdelikte 2005 ist jedoch die Zunahme gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten⁴⁷, etwa bei Demonstrationen (Fromm, Verfassungsschutz-Chef, HA, 6.6.06).

Mögliche Gegenmaßnahmen gegen den Missbrauch des öffentlichen Interesses an der WM durch Rechtsextreme werden zum einen in juristischen Mitteln (Demonstrationsverbote) und zum anderen durch eine deutliche Positionierung der demokratischen Öffentlichkeit gesehen, die durch Präsenz und Verhalten („fröhliches Fan Fest“) zu einer friedlichen Verdrängung von Rechtsextremen beitragen sollen⁴⁸.

Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Sebastian Edathy (SPD), hat einen «nationalen Pakt» gegen Rechtsextremismus gefordert. Die rechte Szene dürfe die Fußball-WM nicht für ihre Zwecke missbrauchen, sagte Edathy in einem Rundfunk-Interview. Es solle geprüft werden, inwieweit Demonstrationen von Neonazis im Rahmen des Versammlungsrechts verboten werden könnten, sagte Edathy im Südwestrundfunk. Wichtiger sei aber, dass alle Demokraten Flagge zeigten - zum Beispiel durch ein fröhliches Fanfest im Rahmen der Fußball-WM, um den Rechtsextremen nicht Straßen und Plätze zu überlassen (MOPO 23.5.06).

Der Zentralrat der Juden rief Fußballfans und andere Bürger auf, rechtsextreme Aufmärsche während der Fußball-WM friedlich zu blockieren (HA 31.5.06).

In der Berichterstattung wird über den Stand von Demonstrationsverboten bzw. deren Aufhebung durch Gerichte ausführlich berichtet. Begründet werden die Verbote mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit:

⁴⁷ Eine mögliche Gefährdung im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft durch Linksextremismus wird in der Presseberichterstattung kaum behandelt (vgl. Themenfeld „Terrorismus“).

⁴⁸ Entsprechende Aussagen von PolitikerInnen (CDU, SPD, Die Grünen, FDP, Linkspartei), die die Öffentlichkeit zur Teilnahme an Gegendemonstrationen und zu einem Bekenntnis der Demokratie auffordern, finden sich parteiübergreifend.

Presseanalyse

In den WM-Städten Gelsenkirchen und Frankfurt sind Aufmärsche der rechtsextremistischen NPD untersagt worden. Außerdem verbot die Polizei in Gelsenkirchens Nachbarstadt Herne eine Demonstration von Rechtsextremen (MOPO 8.6.06) .

Die rechtsextreme NPD darf nun doch in der WM-Stadt Gelsenkirchen demonstrieren. Das Bundesverfassungsgericht gab einem Eilantrag der Partei gegen ein Verbot des Oberverwaltungsgerichts Münster statt. Für den Aufmarsch am zweiten Tag der Fußball-Weltmeisterschaft erteilten die Richter keine Auflagen. Eine Gegenkundgebung unter dem Motto «Für bunte Vielfalt, gegen braune Einfalt» soll ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen. Dazu werden Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) und Bundestagspräsident Norbert Lammert erwartet (MOPO 9.6.06).

Gegendemonstrationen gegen rechtsextreme Aufmärsche werden in der Berichterstattung durchgängig positiv dargestellt und besonders deren friedlicher Verlauf betont:

Etwa 5000 Menschen haben am Samstag in der WM-Stadt Gelsenkirchen friedlich gegen Rechtsextremismus und Fremdenhass demonstriert. Anlass war ein Aufmarsch von knapp 200 Anhängern der rechtsextremen NPD, die von Mittag an durch die Ruhrgebietsstadt zogen (MOPO 10.6.06).

Ebenfalls zu diesem Themenbereich lassen sich Artikel zu rechtsextremen „Pro-Iran-Demonstrationen“ zählen. Der angekündigte Besuch des iranischen Staatspräsidenten wird in der Presse kontrovers diskutiert. Aufgrund seiner politischen Positionen (insbesondere die Leugnung des Holocaust) wird die Möglichkeit eines Einreiseverbotes bzw. dessen staatsrechtliche Nichtdurchsetzbarkeit thematisiert. Im Folgenden wird kurz auf die Berichterstattung über beabsichtigte rechtsextreme Unterstützungsdemonstrationen eingegangen. Insgesamt nimmt dieses Unterthema nur einen geringen Platz in der Gesamtdebatte ein:

Neonazis wollen nach einem Magazin-Bericht die Fußball-WM nutzen, um weltweit Aufmerksamkeit zu erregen. Im Internet werde für einen Aufmarsch zum Spiel Iran gegen Angola am 21. Juni in Leipzig aufgerufen. Dort wollen die Rechtsextremisten ihre Sympathie für den iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad demonstrieren, berichtet das Hamburger Nachrichtenmagazin «Der Spiegel». Ahmadinedschad leugnet den Holocaust und spricht Israel das Existenzrecht ab. (MOPO 20.5.06).

Im Internet protestierten iranische Studenten in Deutschland und dem Iran in einem offenen Brief an die rechtsextreme NPD gegen angekündigte Solidaritäts-Aktionen für Irans Nationalmannschaft. «Wir haben aus der Geschichte Lehren gezogen und wollen mit einer rechtsextremen Partei wie der NPD nichts zu tun haben» (MOPO, 6.6.06).

Kurz thematisiert wird im Untersuchungszeitraum und -kontext das Thema Rassismus innerhalb des Sportbetriebs bzw. Umgang mit diesem Thema seitens der Sportverbände. In

Presseanalyse

diesem Kontext werden die Möglichkeiten zur Verhinderung von rechtsextremen Erscheinungsformen in den Austragungsstadien erwähnt, wenn auch eher als Randerscheinung:

Fifa-Präsident Joseph Blatter kündigte an, Rassismus in den Stadien hart zu bekämpfen. "Die Nationalverbände sind von uns informiert, daß wir dann als Weltverband einschreiten werden", sagte er (HA 31.5.06).

Positiv erwähnt wird die Unterstützung Gerald Asamoas seitens des DFB. Hintergrund ist eine diffamierende Kampagne von Neonazis gegen den deutschen Nationalspieler, die sich auf seine Teilnahme an der Sozial-Marketing-Kampagne „Du bist Deutschland“ (2005) bezieht.

So hatte eine Neonazi-Organisation Poster und Hemden mit seinem Foto und der Parole «Nein, Gerald, du bist nicht Deutschland» verbreitet. «Das hat mich sehr verletzt», gestand der Spieler [Gerald Asamoah, deutscher Nationalspieler, gebürtiger Ghanaer, Anm. d. Verf.]. Mit Unterstützung des DFB habe er jetzt rechtliche Schritte eingeleitet und per Einstweiliger Verfügung die Veröffentlichung und Verbreitung des Plakates und des dazugehörigen Bildes untersagen lassen (MOPO 25.7.06).

Die Internationale Liga für Menschenrechte und der Afrika-Rat kritisieren hingegen die FIFA, den DFB und die Bundesregierung dafür, dass keine Mittel für potentielle Opfer rassistischer Gewalt bereitgestellt werden:

Kritisiert wurden aber der Welt-Fußballverband FIFA, der Deutsche Fußball-Bund und die Bundesregierung, die trotz millionenschwerer WM-Kampagnen keine Hilfsangebote für potenzielle Opfer rassistischer Gewalt vorbereitet hätten. Dagegen wollen mehrere nichtstaatliche Beratungsstellen ab Donnerstag eine Notruf-Hotline für Opfer rassistischer Gewalt schalten (MOPO, 7.6.06).

Eine Überlappung mit dem Themenfeld Hooligans findet sich in der Thematisierung von rechtsextremen Hooligans (hauptsächlich aus Deutschland, England und Italien) und der Beteiligung von Rechtsextremen an Aktionen von Hooligans. Im Vergleich zu den Debatten um „No-Go-Areas“ und Demonstrationen nimmt dieses Thema nur einen sehr geringen Platz ein und wird auch nicht kontrovers verhandelt. Vielmehr werden in der Berichterstattung Einschätzungen (von Sicherheitsorganen) zu Gefahrenpotenzialen veröffentlicht und über Sicherheits- bzw. Vorkehrungsmaßnahmen berichtet:

Die Sicherheitsbehörden sind auch darauf eingestellt, dass Rechtsextremisten aus Deutschland und anderen Nationen sich an gewalttätigen Aktionen von Hooligans beteiligen bzw. die WM als Plattform für propagandistische Aktivitäten nutzen werden (HA 4.5.06).

Presseanalyse

Generell schätzt der Verfassungsschutz den Anteil von Rechtsextremisten innerhalb von Fangruppen gering ein und verneint auch einen Anstieg rechtsextremer Einstellungen innerhalb von Fanggruppierungen. Insgesamt werden Rechtsextreme hier als eine Minderheit dargestellt:

ABENDBLATT: In vielen Fangruppen scheint sich eine rechtsextremistische Einstellung durchgesetzt zu haben. Wie viele der Fans sind von diesem Gedankengut „unterwandert“?

FROMM: Die Fanszene im Fußball umfasst unterschiedliche gesellschaftliche Schichten, darunter auch Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen. Wir sehen allerdings keine generelle Zunahme rechtsextremistischen Gedankenguts in Fanggruppierungen. Für rechtsextremistisch motivierte Aktionen ist nur eine Minderheit unter den Fußballfans verantwortlich (HA 6.6.06).

Auch die Gefahr einer internationalen Vernetzung von Neonazis zur WM wird seitens des Verfassungsschutzes als gering eingeschätzt:

ABENDBLATT: Gibt es Verabredungen auch mit ausländischen Neonazis?

FROMM: Es sind bisher keine konkreten Absprachen und Planungen für gemeinsame Aktionen von deutschen und ausländischen Neonazis bekannt, möglich wäre es jedoch. Wir sind darauf vorbereitet und werden versuchen, solche Aktionen schon im Vorfeld durch eine intensive Zusammenarbeit mit den zuständigen inländischen und ausländischen Sicherheitsbehörden zu verhindern (HA 6.6.06).

Das Gefahrenpotenzial einreisender rechtsextremer Hooligans wird nur am Rande erwähnt, benannt werden britische Hooligans und italienische Tifosi. Während erstere durch Zusammenarbeit der britischen und deutschen Polizei an der Aus- und Einreise gehindert werden sollen, stellten die Tifosi aufgrund geringer Mobilität kein Problem dar:

Wer zur Krawallmache nach Deutschland reisen wolle, bekomme bereits am Airport die Rote Karte, versprach der für die Hooligan-Abwehr verantwortliche stellvertretende Polizeichef des Großraums Manchester, Stephen Thomas. Zudem werde man versuchen, britischen Reisenden alle eventuell mitgeführten Nazi-Symbole abzunehmen (MOPO 2.6.06).

Italienische Tifosi gelten zwar als ausgesprochen radikal und gewaltbereit, immer wieder kommt es zwischen Mailand und Palermo zu Zwischenfällen, nicht selten sind Neonazis dabei. Aber die Fans sind zugleich ausgesprochen reisefaul, ihre Squadra Azzurra lassen sie praktisch ohne heimische Fanbegleitung ins Ausland. «Die Tifosi, die zur WM in die deutschen Stadien kommen, sind ganz überwiegend in Deutschland lebende Italiener», meint ein Experte in Rom (MOPO 6.6.06).

Einen breiten Raum nimmt in der Berichterstattung die Diskussion um potentielle „No-Go-Areas“ vor allem in (Ost-)Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern ein. Ausgelöst wird die Debatte durch Äußerungen des ehemaligen Regierungssprechers Heye in einem Interview, der sich zu einem rassistischer Überfall auf einen „Deutsch-Äthiopier“ (MOPO 4.5.06) in Potsdam äußert und durch die Ankündigung des Afrika-Rates, einen Katalog mit Vorsichtsmaßnahmen für „dunkelhäutige WM-Besucher“ zu erstellen:

Wenige Wochen vor Beginn der Fußball-WM in Deutschland hatte Heye gesagt: «Es gibt kleine und mittlere Städte in Brandenburg und anderswo, wo ich keinem, der eine andere Hautfarbe hat, raten würde, hinzugehen. Er würde sie möglicherweise lebend nicht mehr verlassen» (MOPO, 18.5.06).

Der Afrika-Rat für Berlin und Brandenburg will nächste Woche seinen angekündigten Katalog mit Vorsichtsmaßnahmen für dunkelhäutige Besucher der Fußball-WM vorstellen. Bereits die Ankündigung, eine Broschüre mit Hinweisen auf so genannte «No-Go-Areas» («Geh' da nicht hin-Gebiete») zusammenzustellen, hatte für Wirbel gesorgt (MOPO, 18.5.06).

Ausführliche Berichterstattungen zu diesem Themenbereich in direktem Kontext zur WM gibt es insbesondere in der MOPO, seltener im Hamburger Abendblatt und der taz. Die Artikel beziehen sich hauptsächlich auf zustimmende oder ablehnende Kommentare von Politikern, Initiativen und Polizei bzw. Polizeigewerkschaften zu den o. g. Warnungen. Diejenigen, die die Warnungen für überzogen halten und die Existenz von No-Go-Areas verneinen, räumen teilweise aber ein, dass es in bestimmten Gebieten Deutschlands, insbesondere in Ostdeutschland, eine erhöhte Gefahr rassistisch motivierter Gewalttaten gibt. Sie kritisieren jedoch gleichzeitig die negative Außenwirkung der Warnungen - zum einen im Hinblick auf einen möglichen Imageschaden Deutschlands zur WM, zum anderen wegen ihrer möglichen positiven Resonanz bei Rechtsextremen.

Mit Blick auf die Anfang Juni beginnende Fußball-WM erklärte die Vorsitzende des Tourismus-Ausschusses des Bundestages, Marlene Mortler (CSU), Heye habe ein Eigentor geschossen, indem er «Deutschland als ausländerfeindliches Land "empfiehlt"» (MOPO 18.5.06).

Überwiegend fiel das Echo negativ aus. So kritisierte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) Heyes Äußerungen als «verkürzt». Allerdings wurde auch darauf hingewiesen, dass die von Heye beschriebene Gefahr für Dunkelhäutige in bestimmten Regionen Realität sei. Für die Sorge des Sprechers der früheren rot-grünen Regierung gebe es zwar mancherlei Anlass, seine Einlassungen würden dem Thema aber nicht gerecht, sagte Schäuble in Berlin. SPD-Fraktionschef Peter Struck nannte die Äußerungen kurz vor dem Beginn der WM «überhaupt nicht hilfreich» (MOPO 18.5.06).

Presseanalyse

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, sagte dem «Tagesspiegel», er würde Begriffe wie No-Go-Areas nicht benutzen. Die Statistiken aber zeigten, dass die rechten Gewalttaten zunähmen und immer weniger dagegen getan werde (MOPO 18.5.06).

In derselben Sendung bezeichnete Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) Warnungen vor sogenannten „No-go-Areas“ als „nicht vernünftig“. Ein Türke lebe in München „im Zweifel sicherer als in Ankara oder Istanbul“ (HA 23.5.06).

Auch Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) kritisierte Warnungen für Farbige, bestimmte Regionen zu meiden. Wenn das „eine Art Landkarte“ werde, gebe es die Gefahr, daß die Rechten sich hinsetzen und sagen: „Na, das haben wir schon mal hingekriegt, da können wir einen Haken dranmachen, jetzt müssen wir uns den nächsten drei Städten widmen“, sagte Platzeck in der ARD-Sendung „Sabine Christiansen“ (HA 23.5.06).

Die heftigste Kritik an den Warnungen übt der brandenburgische Innenminister Schönbohm, der von einer „*unglaublichen Entgleisung*“ spricht und den Rücktritt Heyses als Vereinsvorsitzenden fordert (MOPO 18.5.06). Schönbohm steht allerdings selbst in der Kritik, da er den fremdenfeindlichen Hintergrund eines Überfalls auf einen „dunkelhäutigen Deutschen“ in Potsdam bestreitet und die Übernahme des Falles durch den Bundesstaatsanwalt ablehnt (MOPO 19.5.08).

Seitens der Tourismusverbände und des Goethe-Instituts wird das Gefahrenpotenzial für ausländische WM-Besucher als eher gering gesehen und lediglich verbale Belästigungen eingeräumt bzw. die Nichtbegehbarkeit von Stadtteilen als normale Erscheinung in Städten dargestellt (die sich nicht auf bestimmte Personengruppen bezieht):

„Wir warnen nicht vor Fremdenfeindlichkeit“, sagt Sprecherin Beate Kilian [Deutsche Zentrale für Tourismus (Frankfurt/Main), Anm. d. V.]. Von Übergriffen oder Beleidigungen gegenüber ausländischen Reisegruppen habe sie noch nie gehört. Auch im Goethe-Institut in Berlin ist Ähnliches zu vernehmen, die Erfahrungen von fremd aussehenden Studenten reichten über „dumme Bemerkungen in der U-Bahn“ nicht hinaus. Der Tourismuschef der Hauptstadt, Hanns Peter Nerger, hält den angekündigten Warnkatalog für „abwegig“: „Es gibt Gebiete, wo ich auch nicht hingehen würde - aber das ist in jeder Stadt so“ (HA 3.5.06).

Ähnlich wie Nerger (s. o.) bezieht sich auch Innenminister Schäuble darauf, dass verschiedene Personengruppen in unterschiedlichen Gebieten nicht gleich sicher seien und weist darauf hin, dass es sich dabei um kein deutsches Phänomen handele, d. h. das Phänomen wird als bekannt und bedauerlich aber auch als ein nicht Veränderbares dargestellt:

Presseanalyse

Der Minister setzte sich in dem Interview auch kritisch mit dem Begriff «No-Go-Area» auseinander, der für Gebiete gebraucht worden war, in denen Ausländer gewalttätige Übergriffe von Rechten fürchten müssten. «Wir wissen, dass man in großen Städten nicht nur in Europa, sondern auch etwa in den Vereinigten Staaten bestimmte Orte nach Einbruch der Dunkelheit nicht aufsuchen sollte, wenn man eine bestimmte Hautfarbe, vielleicht auch eine weiße, hat.» Schäuble fügte hinzu: «Und nicht jede Frau und auch nicht jeder Mensch, der ein bisschen anders aussieht, ist an jedem Platz in der Bundesrepublik gleich sicher. Das ist schlimm, aber es ist so» (MOPO 25.6.06).

Der BKA-Präsident Ziercke verneint deutlich die Existenz von „No-Go-Areas“ und verweist auf die hohe Polizeipräsenz und die gute Überwachung der rechtsextremen Szene:

Die drei WM-Lagezentren haben nach Angaben von BKA-Präsident Ziercke die Hooligan-Szene und die rechtsextreme NPD sowie deren Sympathisanten genau im Blick. Im Osten Deutschlands und Berlins gebe es keine Gebiete, die wegen der Gefahr rechtsextremistischer Übergriffe gemieden werden müssten. «Die Präsenz der Polizei in Deutschland war noch nie so dicht wie während dieser WM, bei der 260.000 Sicherheitskräfte im Einsatz sind. Da kann man von No-Go-Areas doch überhaupt nicht sprechen» (MOPO, 17.6.06, gleiches Zitat im HA 19.6.06).

Der Verfassungsschutzbericht 2004 für Brandenburg stellt hingegen fest, dass zumindest temporär öffentliche Plätze von „rechten Jugendcliquen“ dominiert würden und räumt damit zumindest indirekt das Vorhandensein von No-Go-Areas ein.

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Landes erwähnt, vorsichtig umschrieben, «rechte» Jugendcliquen, deren «demonstratives Revierverhalten» auf manchen öffentlichen Plätzen zu bestimmten Zeiten die Bürger verängstige. Deren Gewalt «richtet sich gegen alles "Fremdartige"» (MOPO 19.5.06).

Zustimmung zu den Warnungen von Heye gibt es seitens antirassistischer Initiativen sowie der Parteien Die Grünen und der Linkspartei, die sich ebenfalls darauf beziehen, dass Rassismus ein verbreitetes Phänomen in der Gesellschaft sei.

Statt sich zu empören, sollten die verantwortlichen Politiker lieber gegen den zunehmenden Rassismus in Deutschland angehen, forderte der Fraktionsvize der Linkspartei im Bundestag, Bodo Ramelow. Union und SPD sollten nicht den Boten für die harsche Botschaft verantwortlich machen, meinte die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth. Auch die Berliner Amadeu-Antonio-Stiftung begrüßte Heyes Vorstoß. Ihre Vorsitzende Anetta Kahane sagte der dpa, natürlich könne man einem dunkelhäutigen Afrikaner keinen Ausflug in bestimmte Ecken Brandenburgs und der Nachbarländer empfehlen. «Jedermann weiß das. Der Skandal ist, dass man eine Binsenwahrheit nicht aussprechen darf», sagte Kahane (MOPO 18.5.06).

Presseanalyse

In dem Kontext „No-Go-Areas“ wird in der MOPO (2.5.06) und dem Hamburger Abendblatt (3.5.06) in sehr ähnlicher Weise über die Darstellung Berlins im Hinblick auf gefährliche Orte (Lichtenberg, Marzahn) in englischsprachigen Reiseführern berichtet, wobei hier neben Menschen mit „nicht deutschem“ Aussehen auch Homosexuelle als gefährdet eingestuft werden.

Wenige Tage nach diesen Äußerungen wird der jährliche Verfassungsschutzbericht veröffentlicht und in der Berichterstattung wird die Zunahme rechtsextremer Gewalt thematisiert, deren Hauptursache nach Ansicht des Verfassungsschutzes in zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten zu sehen ist. In der Hamburger Berichterstattung zum Verfassungsschutzbericht findet sich keine Definition, was als „rechtsextremistisch motivierte Straftat“ in den Bericht einfließt, ebenso gibt es keine umfassenden Angaben über die Opfer (Nationalität, Geschlecht etc.), Täter (Herkunft, Alter etc.) oder die räumliche Verteilung der Gewalttaten.

Hauptursächlich für das starke Anwachsen der Zahl rechtsextremistischer Gewaltdelikte 2005 ist jedoch die Zunahme gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten, etwa bei Demonstrationen (Fromm, Verfassungsschutz-Chef, HA 6.6.06).

In dem Themenfeld „Rechtsextremismus“ nimmt die Diskussion um Sicherheitsmaßnahmen einen eher geringen Raum ein. Die Maßnahmen werden im Kontext Rechtsextremismus in der Berichterstattung weder kontrovers verhandelt, noch werden neue oder verstärkte Maßnahmen gefordert. Erwähnt werden Personalüberprüfungen in den WM-Stadien, durch die potentielle Terroristen wie auch Rechtsextreme ferngehalten werden sollen:

In erster Linie geht es darum, islamistische Terrorverdächtige aus den Stadien herauszuhalten. Aber es kann natürlich auch um Rechtsextreme gehen, die dort womöglich Nazisymbole hochhalten wollen (Freiberg GdP, taz 18.3.06).

Gegen rechtsextreme Gewalttäter und rechtsextreme Hooligans werden behördliche Maßnahmen der Überwachung, Ansprachen von Verdächtigen und verstärkte Polizeipräsenz zum Schutz von ausländischen WM-Besuchern, sowie eine schnelle Strafverfolgung angekündigt. Darüber hinaus solle eine sichtbare Verstärkung von Polizeikräften an öffentlichen Orten dazu dienen, das Sicherheitsgefühl ausländischer BesucherInnen zu stärken.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte auf dem DGB-Kongress in Berlin: «Wer in unserem Land andere Menschen angreift, sie bedrängt oder gar töten will, zum Beispiel weil sie aus einem anderen Land kommen oder weil sie eine andere Hautfarbe haben, der muss mit der ganzen Härte des Gesetzes unseres Staates rechnen.» Nach den Worten des hessischen Generalstaatsanwalts

Presseanalyse

Dieter Anders ist die Justiz auf eine rasche Bearbeitung möglicher Fälle vorbereitet, um Straftäter während der Fußball-WM umgehend vor Gericht zu bringen. Rund zwei Wochen vor Turnierbeginn überprüft die Polizei erneut Hooligans aus der rechtsextremen Szene. Erkannte potenzielle Gewalttäter sollen von den Behörden gezielt angesprochen werden, teilte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm mit (MOPO 24.5.06).

Zudem sollen während des vierwöchigen Großereignisses mehr Polizisten an öffentlichen Orten eingesetzt werden, um Gewalttäter abzuschrecken und das Sicherheitsgefühl der ausländischen Gäste zu stärken (MOPO 25.5.06).

Die MOPO berichtet über Maßnahmen von NROs, wie die Einrichtung einer Hotline mit Veröffentlichung der Telefonnummer und Internetseiten mit Ratschlägen für ausländische WM-Besucher (MOPO 6.6.06 „World Cup Racism Help Line“ und MOPO 7.6.06 mit dem Verweis auf die Homepage: www.prevent-racist-attack.org).

Wie bereits in dem Abschnitt über „No-Go-Areas“ dargestellt, wird die größte Gefährdung in Gebieten in Ostdeutschland angesiedelt. Namentlich benannt werden Lichtenhagen und Marzahn, zum einen wegen dortiger stattgefundener rassistischer Übergriffe wie auch aufgrund der Nähe zum Austragungsort Berlin. Dass bestimmte (ost-)deutsche Gebiete ein besonderes Gefährdungspotenzial aufweisen, ist in der Debatte weitgehend unstrittig. Kontrovers verhandelt werden hauptsächlich der Umfang der Gefährdung und die Sinnhaftigkeit der veröffentlichten Warnungen, bestimmte Gebiete zu meiden. Die Austragungsorte der WM werden hinsichtlich der Belastung der Polizei bei möglichen rechtsextremen Demonstrationen bzw. Gegendemonstrationen als in der öffentlichen Sicherheit gefährdete Orte erwähnt.

Nach bzw. zum Ende der WM werden in den Fazits zur Sicherheitslage die Rechtsextremisten als „*Verlierer der WM*“ (s. u.) bezeichnet, die sich mit ihren Forderungen und Plänen nicht hätten durchsetzen können. Begründet wird dieses Scheitern mit der allgemeinen Stimmungslage, die sich nicht für rechtsextreme Propaganda nutzen ließ. Sicherheitsmaßnahmen werden hier nicht als Erfolgsfaktor erwähnt. Dennoch wird in einem Artikel unter Bezug auf das BKA von einem Anstieg rechtsextremer Taten während der WM berichtet. Die verschiedenen Abschlussbewertungen stammen von Sicherheitsbehörden bzw. Innenministerien, exemplarisch die Folgenden:

Die Rechtsextremisten seien die großen Verlierer der WM - ihre Pläne, die WM für ihre Propaganda zu nutzen, seien am offenen Klima und am unverkrampften Patriotismus gescheitert, sagte Wolf (Ingo Wolf (FDP), Innenminister NRW, MOPO 6.7.06).

Presseanalyse

Anders als angekündigt hätten rechtsextremistische Organisationen weitgehend davon Abstand genommen, die WM für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Neonazis hätten auf Demonstrationen und politische Aktionen verzichtet, «um nicht in Misskredit bei der Bevölkerung zu geraten» (Fromm, Präsident Bundesverfassungsschutz MOPO 2.7.06).

Rechtsextremen angekündigten Propaganda-Aktionen seien ausgeblieben. Dennoch habe es während der WM einen nicht näher bezifferten Anstieg rechtsextremistischer Taten gegeben (Mitteilung des BKA, MOPO 11.7.06).

8.1.4 Verfassungsänderung dank WM? Die Debatte um Bundeswehrein-sätze im Inland

Im Themenfeld Bundeswehr lassen sich sechs verschiedene Akteursbereiche identifizieren in denen insgesamt 23 Akteure in 40 Artikeln auftreten.

Akteursbereiche Bundeswehrdebatte	Anzahl Akteursnennungen	Anzahl Artikel
Bundespolitik / -ministerien	13	29
Landespolitik / -ministerien	4	5
Polizei / BKA / Verfassungsschutz	1	1
Bundeswehr / NATO	3	3
Sport	1	1
NROs	1	1
Gesamt	23	40

Tabelle 8-5 Häufigkeiten von Akteursbereichen im Themenfeld Bundeswehreinsatz

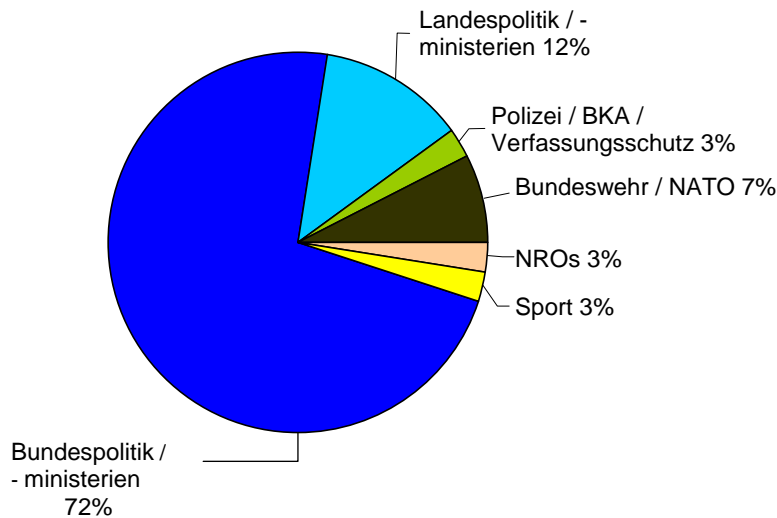


Abbildung 8-4 Akteursverteilung im Themenfeld Bundeswehr

Mit 72% stellen Akteure aus der Bundespolitik / -ministerien hier den deutlich größten Anteil im Themenfeld. Da sich inhaltlich die Debatte auf ein pro / contra einer Grundgesetzänderung zugunsten einer Einsatzmöglichkeit der Bundeswehr im Inneren konzentriert, ist dies thematisch nahe liegend. Insgesamt liegt der Anteil der staatlichen Akteure neben Bundespolitik /-ministerien bestehend aus Landespolitik / -ministerien, Polizei / BKA / Verfassungsschutz und militärischen Akteuren von Bundeswehr und NATO bei 94%. Aufgrund der vergleichsweise geringeren Anzahl der Artikel in diesem Themenfeld (40 Artikel), bezieht sich der 3%ige Anteil von NROs, Sportakteuren sowie Polizei / BKA / Verfassungsschutz auf jeweils einen Akteur in je einem Artikel.

Eng verbunden mit dem Themenfeld „Terrorismus“ wird im WM Kontext die Thematisierung von Bundeswehreinsätzen im Inneren, wie z. B. die Aussage des hessischen Innenministers Bouffier (CDU) zeigt:

„Die Bundeswehr ist keine Ersatzpolizei, aber ich sehe wichtige Einsatzmöglichkeiten im Terrorbereich, auch mit Blick auf die Fußball-WM 2006“ (MOPO 2.9.05).

Die WM wird dabei als Argument für zeitliche Beschleunigungen von Gesetzesvorhaben und / oder als Beispiel für Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr herangezogen bzw. dient als Legitimation und Bedarfsauslöser für eine Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten. Stark geprägt wird das Themenfeld durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz, welches als das markanteste Diskursereignis angesehen werden kann. In

der Presse finden sich Forderungen nach erweiterten Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr auf verschiedenen Konkretisierungsebenen. Überwiegend werden unspezifische Forderungen einzelner Politiker bzw. Kritik an diesen Vorstößen durch andere Politiker dargestellt. Vereinzelt werden auch spezifische Einsatzmöglichkeiten, wie Objektschutz oder Sicherung des öffentlichen Nahverkehrs thematisiert. Die Forderungen nach erweiterten Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr zur WM werden verschieden begründet, wobei zumeist von einer abstrakten Gefahr ausgegangen und gleichzeitig die Zugehörigkeit Deutschlands zu einem „weltweiten Gefahrenraum“ betont wird (Rech MOPO 13.3.06). Darüber hinaus werden Großereignisse per se als gefährdet eingestuft (Beispiele siehe 9.1.2 Terrorismus). Diese Argumentation findet sich auch bei den Forderungen nach einer allgemeinen Verschärfung von Sicherheitsgesetzen und -maßnahmen. Zu Beginn der Debatte wird mit den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland und bei Naturkatastrophen im Inland argumentiert:

Unionsfraktionschef Volker Kauder sagte der «Schwäbischen Zeitung» (Samstag) in Leutkirch: «Warum sollen unsere Soldaten nicht auch in Deutschland Gefahren abwehren, wenn sie es auf der ganzen Welt tun.» Weiter meinte er: «Wenn es nötig ist, dass junge Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden, damit wir in unserem Land friedlich und ungestört Fußball-Weltmeisterschaft feiern können, wird das breite Zustimmung finden.» Der CDU-Politiker hält dazu auch die Zustimmung des Koalitionspartners SPD für vorstellbar, «wenn genau festgelegt wird, in welchen Bereichen die Bundeswehr eingesetzt wird. Ich sehe nicht ein, dass man sie im Fall einer Naturkatastrophe um Hilfe bitten kann, dass sie aber bei einer noch größeren Herausforderung in der Kaserne bleibt» (MOPO 17.12.05).

Eher ambivalent äußert sich der Hamburger Innensenator Nagel, der zwar grundsätzlich einen Bundeswehreinsatz im Inneren auf Grundlage einer Grundgesetzänderung befürwortet, allerdings einen Einsatz zur Fußball-Weltmeisterschaft ablehnt, da sich dieses Event nicht als „Bühne für einen Verfassungskonflikt“ eigne (MOPO 16.2.06).

Die Verfechter eines Bundeswehreinsatzes bzw. einer entsprechenden Gesetzesänderung verweisen auf die spezifischen technischen Möglichkeiten der Bundeswehr hin, insbesondere bei der Abwehr von Gefahren aus dem Küstenbereich und Luftraum. Die Bundeswehr soll ihrer Ansicht nach im Inlandseinsatz Aufgaben übernehmen, die die Polizei nicht leisten kann oder - im Falle einer terroristischen Gefährdung (wobei diese nicht weiter konkretisiert wird) - Polizeiaufgaben übernehmen soll, wenn deren Kapazität nicht ausreicht. Hierbei werden Aufgaben in innerstädtischen Bereichen erwähnt, wie z. B. Gebäudebewachungen. Für solche Einsätze sei jedoch eine entsprechende Verfassungsänderung erforderlich.

Presseanalyse

«Wir wollen die Bundeswehr nicht zur Hilfspolizei machen, aber sie dann einsetzen dürfen, wenn nur die Bundeswehr dazu in der Lage ist, eine bestimmte Bedrohung abzuwehren. Zum Beispiel bei Gefahren aus der Luft, von See her oder bei atomaren Gefahren» (Wolfgang Bosbach, Unions-Fraktionsvize MOPO 4.5.06).

„Wenn wir (...) eine Gefährdung durch islamistischen Terror haben, wäre es gut, wenn wir zumindest die verfassungsrechtliche Möglichkeit hätten, die Bundeswehr einzusetzen.“ Ein Einsatz habe aber nur Sinn, wenn die Kräfte der Polizeien der Länder und des Bundes nicht ausreichend seien. Die Bundeswehr könne beispielsweise in einer „Extremsituation“ für Objektschutz eingesetzt werden (Schünemann CDU, Innenminister Niedersachsen MOPO 2.12.05).

Relativ unstrittig bleibt in der politischen Diskussion der Einsatz von AWACS-Flugzeugen der NATO, die in den letzten Jahren regelmäßig bei Großveranstaltungen zur Luftraumüberwachung eingesetzt wurden. Dabei signalisieren auch Vertreter der Parteien SPD und Grüne ihre Unterstützung solcher Einsätze.

Die Awacs-Flotte wurde Firman zufolge bereits bei zahlreichen Großereignissen zur Luftraum-Überwachung eingesetzt - etwa beim Besuch von Papst Benedikt XVI. beim Weltjugendtag in Köln 2005 oder den Olympischen Spielen 2004 in Athen. [...]. SPD und Grüne signalisierten Zustimmung zu den Schäuble-Plänen [der den Einsatz von AWACS gefordert hatte, Anm. d. Verf.]. «Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass der Luftraum während der WM besonders gesichert wird», sagte SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz. Wolfgang Wieland (Grüne) verwies auf die fehlenden Möglichkeiten der Polizei bei der Luftraum-Überwachung. Daher sei in diesem Fall eine «begrenzte Amtshilfe» durch die Awacs- Aufklärer zu begrüßen (MOPO 5.1.06).

Andere angedachte Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr sind hingegen teilweise heftig umstritten, insbesondere solche, die eine kurzfristige Änderung des Grundgesetzes erfordern bzw. die ansonsten verfassungswidrig wären. Insbesondere die MOPO berichtet ausführlich über den von Bundesinnenminister Schäuble und dem bayerischen Innenminister Beckstein initiierte Vorstoß, die Bundeswehr zum Objektschutz (vor allem Stadien oder innerstädtischen Räumen) heranzuziehen, der auch innerhalb der CDU umstritten ist und u. a. vom CDU Verteidigungsminister Jung abgelehnt wird. Auch die Forderung nach einem Einsatz von ABC-Einheiten der Bundeswehr wird seitens der Grünen kritisiert. Hierbei wird darauf verwiesen, dass diese Einsätze auch von entsprechenden Polizeikräften bzw. dem Technischen Hilfswerk geleistet werden könnten und somit kein Handlungsdruck bestehe.

Trotz des Einsatzes von 2000 Soldaten während der Fußball-Weltmeisterschaft wird die Bundeswehr keine Polizeiaufgaben übernehmen. Das bekräftigte Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) am Donnerstag in Taormina (Sizilien) mit Blick auf die andauernde Debatte über einen erweiterten

Presseanalyse

Bundeswehreinsatz im Inland. «Ich habe klar und deutlich gesagt, dass wir uns so verhalten, wie es derzeit die Verfassungslage gebietet», sagte er am Rande des NATO-Verteidigungsministertreffens. Über den Einsatz der Bundeswehr vor öffentlichen Gebäuden und Stadien während der WM wollte am Donnerstagabend der Bundestag debattieren. [...] Auch der rheinland-pfälzische Justizminister Herbert Mertin (FDP) und der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, sprachen sich gegen einen erweiterten Einsatz der Streitkräfte aus. «Man sollte nicht der Bevölkerung erst durch Schreckensszenarien Angst machen, dann mit einem Federstrich die Verfassung ändern, um letztlich den Menschen eine Scheinsicherheit vorzuspiegeln», sagte Mertin in Mainz. Gertz sagte in der ARD, die Bundeswehr werde «mit tausenden von Soldaten im Hintergrund beteiligt sein, aber das, was als Objektschutz gewünscht wird, das kann und das sollte sie auf keinen Fall leisten». Dazu seien die Soldaten gar nicht ausgebildet. Der Grünen-Innenexperte Volker Beck beurteilt den geplanten Einsatz von ABC-Abwehrspezialisten der Bundeswehr zur Fußball-WM skeptisch. Er sei der Meinung, dass es genügend «ABC-Einheiten bei Polizei und Technischem Hilfswerk gibt», sagte Beck am Donnerstag im RBB-Inforadio. [...] Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) hat zugesagt, dass die Bundeswehr mit etwa 2000 Sanitätern, ABC-Abwehrspezialisten und Besatzungen in AWACS-Aufklärungsflugzeugen zur Unterstützung der Sicherheit während der Weltmeisterschaft zur Stelle sein wird. Die Bewachung von Stadien durch Soldaten lehnt er ab. Das fordern wiederum Unions-Politiker. (MOPO 9.2.06)

Da sich die von den Initiatoren der Debatte (vor allem die CDU/CSU) gewünschte Grundgesetzänderung wenige Wochen vor der WM nicht durchsetzen lässt, verkündet Kanzlerin Merkel kurze Zeit später, dass eine solche Gesetzesänderung vor der WM nicht mehr angestrebt werde.

Die Union hat ihren Plan aufgegeben, durch eine Grundgesetzänderung den Einsatz der Bundeswehr im Innern noch vor der Fußball-Weltmeisterschaft zu ermöglichen [...]. Nun werde geprüft, was dennoch möglich sei. "Vielleicht die Abordnung einzelner Soldaten zur Unterstützung der Polizei, das geht auch nach der jetzigen rechtlichen Grundlage", sagte die Kanzlerin. [...] Bei CDU/CSU gebe es die Meinung, daß innere und äußere Sicherheit nicht mehr so zu trennen seien wie früher und deshalb in bestimmten Fällen der Einsatz der Bundeswehr im Innern ermöglicht werden sollte, allerdings nicht für polizeiliche Aufgaben, sondern zu deren Ergänzung. "Niemand wollte Soldaten in den Stadien", betonte sie mit Blick auf die Fußball-Weltmeisterschaft. Zuvor hatten führende Unionspolitiker trotz des Widerstands von Seiten der Sozialdemokraten weiter auf eine Grundgesetzänderung gedrängt. (HA 17.2.06).

Trotz dieser Entscheidung wird die Diskussion eine zeitlang weitergeführt, wobei seitens der Befürworter des Einsatzes insbesondere der Koalitionspartner SPD als Verhinderer dargestellt wird. Der Kreis der in der Presse zitierten Ablehner umfasst jedoch einen erheblich größeren Kreis, bestehend aus Vertretern von SPD, Grüne, Die Linke, Polizeigewerkschaft und Bundeswehr (siehe auch oben):

Presseanalyse

Speck begrüßte, dass Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Bundeswehr nun nicht mehr während der WM einsetzen will. «Wenn Schäuble sage, es sei nie daran gedacht gewesen, die Bundeswehr in und um Stadien einzusetzen, akzeptieren wir das als schon lange fällige Kehrtwendung.» Gegen Überwachung aus der Luft habe die Polizei nichts, sagte Speck. «Wir begrüßen es, wenn uns da die Bundeswehr hilft» (Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft MOPO 2.4.06).

Wie bei solchen öffentlichen Debatten in der Medienlandschaft üblich, ist auch dieses Thema Bestandteil einer repräsentativen Umfrage zur Meinung in der Bevölkerung. Was die hier benannte „entsprechende“ Grundgesetzänderung im Einzelnen umfasst oder was die Befragten damit assoziiert haben, geht aus der Berichterstattung nicht hervor. Das Ergebnis dieser Umfrage wird mit einer Befürwortung einer Grundgesetzänderung, die einen Bundeswehreininsatz zur Fußball-WM ermöglichen würde, von 55% der Befragten angegeben.

In einer Umfrage des "Stern" sprachen sich 55 Prozent für eine entsprechende Grundgesetzänderung aus, damit die Bundeswehr etwa bei der Fußball-WM eingesetzt werden kann (HA 23.2.06).

Ein vorläufiges Ende findet die Debatte (zumindest im Kontext WM) durch eine entsprechende Ankündigung Schäubles, einem der stärksten Befürworter der Grundgesetzänderung. Hierbei wird darauf verwiesen, dass sich eine entsprechende Gesetzesänderung zeitlich nicht mehr umsetzen ließe und daher das Thema für die WM zurückgestellt würde. Die grundsätzliche Debatte sei damit allerdings nicht beendet:

[...] nach der Fußball-WM wolle er den Einsatz der Bundeswehr im Innern gegen den Widerstand der SPD durchsetzen. «Das Thema ist nicht vom Tisch.» Er habe sein Drängen nur vorübergehend eingestellt, weil vor der Weltmeisterschaft die notwendige Änderung des Grundgesetzes nicht mehr möglich gewesen sei (MOPO 5.4.06).

Seitens der FIFA bzw. des OK gibt es im Untersuchungszeitraum lediglich ein Statement von Beckenbauer auf die Frage, was er zur Diskussion um den Bundeswehreininsatz zur WM sage: *„Dies entscheiden unsere Behörden. Wichtig ist, dass wir die bestmögliche Sicherheit haben. Und wenn die Bundeswehr diesen Auftrag erhalten sollte, ist dies aus Sicht des OK in Ordnung“* (MOPO 14.3.06). Bemerkenswert ist hierbei, dass Beckenbauer fälschlicherweise Behörden als Entscheidungsträger benennt und nicht das Parlament.

Während der WM wurden nach Medienberichten insgesamt 2.000 Bundeswehrsoldaten eingesetzt und zwar: Sanitäter, ABC-Abwehrspezialisten und Besatzungen der AWACS-Aufklärungsflugzeugen, 5.000 seien in Bereitschaft versetzt worden (Jung, Verteidigungsminister CDU, MOPO 09.2.06; Schäuble HA 31.3.06).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sowohl BefürworterInnen wie auch GegnerInnen eines Bundeswehreinsatzes im Inneren mit der Gefahrenlage argumentieren. BefürworterInnen gehen dabei von der Möglichkeit aus, dass es zu einem terroristischen Anschlag in Deutschland kommen könnte und verweisen darauf, dass es keine hundertprozentige Sicherheit gäbe (trotz beruhigender Prognosen von Sicherheitsbehörden). Die GegnerInnen argumentieren hingegen, dass keine konkreten Hinweise auf Anschläge vorlägen und daher eine Grundgesetzänderung bzw. ein Bundeswehreinsatz im Inneren vollkommen überzogen sei.

Die Gegenpositionen zum Bundeswehreinsatz lassen sich nach verschiedenen Argumentationsebenen unterscheiden:

- Juristische begründete Ablehnungen (SPD, FDP, Grüne) argumentieren mit dem BVG-Urteil zum Luftsicherheitsgesetz und verweisen auf die aktuelle Rechtslage (Grundgesetz).
- Historische Argumentationen (u. a. FDP) verweisen auf die deutsche Geschichte und die bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland Einführung der strikten Trennung von Polizei und Militär (mit dem Ziel dadurch die Demokratie zu schützen bzw. zu stabilisieren).
- Technisch-praktische Argumente, die gegen einen Bundeswehreinsatz angeführt werden, beziehen sich darauf, dass Soldaten nicht für Inneneinsätze ausgebildet seien: *„Das wäre politisch falsch und außerdem hochgradig gefährlich, weil Soldaten eine völlig andere Ausbildung als Polizisten haben“* (u. a. Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Bundestag MOPO 02.12.05; ähnlich: Beck, MOPO 9.2.06).
- Die FDP-Politikerin Leutheusser-Schnarrenberger (Fraktionsvizevorsitzende) unterstellt dem Innenminister Schäuble, seine Forderung nach einem Bundeswehreinsatz sei finanziell motiviert: *„Schäuble wolle sich davor drücken, «seine eigene Bundespolizei für die WM aufzustocken» [und solle] «endlich aufhören, einer Militarisierung der Innenpolitik das Wort zu reden»“* (MOPO 16.2.06).

Die positiven Sicherheitsbewertungen der WM werden von GegnerInnen des Bundeswehreinsatzes im Inneren als Argument für die Aufrechterhaltung der Aufgabentrennung von Polizei und Bundeswehr (d. h. Erhalt des Status quo) angeführt:

[...] Die Sicherheitsexpertin der FDP, Partei-Vize Birgit Homburger, nannte die Bundeswehrdebatte absurd. Alle Großereignisse der letzten Jahre, zuletzt die Fußball-WM, hätten gezeigt, dass die

Sicherheit gewährleistet werden könne. Die FDP halte an der strikten Trennung der Aufgaben von Polizei und Bundeswehr fest (MOPO 11.8.07).

Die Fußball-Weltmeisterschaft wird von den BefürworterInnen eines Inneneinsatzes der Bundeswehr deutlich als Legitimation und zeitliche Beschleunigung verwendet. Dabei wird mit entsprechenden Angstscenarien gearbeitet, die einen solchen Einsatz notwendig erscheinen lassen sollen (Hinweise auf besondere Gefährdungslagen etc.). Durch konkrete Einsatzbeispiele, die eindeutig temporär und situativ auf WM bezogen sind (Einsatz zum Schutz der Stadien), wird suggeriert, es handle sich tatsächlich „nur“ um den Einsatz der Bundeswehr bei der Fußball-WM. Dass ein solcher Einsatz allerdings eine Änderung des Grundgesetzes erfordert und damit grundsätzlich einen Inneneinsatz der Bundeswehr ermöglicht, wird von den Befürwortern in diesem Kontext nicht erwähnt. In der Berichterstattung werden verschiedene Pro- und Contra-Positionen dargestellt. Im Kontext WM wird das Thema abgebrochen, als klar wird, dass sich die Forderungen nicht mehr rechtzeitig zur WM erfüllen lassen.

8.1.5 Rückblick der lokalen Presse auf die Sicherheitslage der Fußball-WM

Die Medien ziehen ein durchweg positives Fazit hinsichtlich der Sicherheitslage und den Sicherheitsmaßnahmen zur WM 2006. Gründe für den friedlichen Verlauf werden dabei hauptsächlich im Fanverhalten und der positiven Stimmung gesehen. Explizit erwähnt wird dabei auch das friedliche Verhalten von auswärtigen WM-BesucherInnen bzw. Fanverbänden.

„Sämtliche Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet. Auch die Fans aus England, Polen und den Niederlanden haben sich überwiegend vorbildlich verhalten“. (Michael Endler, Chef der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS), 10.7.06 MOPO).

Fast „südländische Ausgelassenheit“ der Fans habe dazu geführt, dass es keine Chance für Hooligans und Krawallmacher gab (Ehrhart Körting, Berliner Innensenator, MOPO 7.7.06).

Vereinzelt wird dabei auch dem hohen Anteil an Frauen ein Teil der Friedfertigkeit zugeschrieben und damit geschlechtsspezifische Stereotype als Argument angeführt. So hätte der Frauenanteil insbesondere auf den Public Viewing Areas eine aggressionsreduzierende Wirkung gehabt:

Presseanalyse

Ein großer Teil der Friedfertigkeit ist darauf zurückzuführen, dass Fußball Frauensache geworden ist.» Sie hätten durch ihr fröhliches Mitfeiern mögliche Aggressivität der Männer begraben. Solche Fröhlichkeit lasse sich bei der Sicherheitsplanung nicht kalkulieren. «Sie hat uns ungeplant das Leben leichter gemacht (Körting, MOPO 7.7.06).

Das Verhalten und die Einsatzstrategien der Polizei und sonstiger Sicherheitskräfte werden in der Berichterstattung durchweg positiv beurteilt. Vor allem sei es dem als „zurückhaltend und freundlich“ beschriebenen Verhalten der Polizeikräfte zu verdanken, dass sich Fußballfans willkommen gefühlt hätten. In den entsprechenden Presseartikeln wird dabei auf Aussagen von politischen Akteuren und auch Akteuren aus der Fanarbeit verwiesen.

So viel Lob von allen Seiten für Polizei und Sicherheitskräfte war selten. Sie haben nach Einschätzung des Innenministers entscheidend zum Gelingen der WM beigetragen. Das bescheinigt auch die Koordinationsstelle Fan-Projekte in Frankfurt und sieht als eine Erklärung: «Die Fans wurden als elementarer Bestandteil und nicht als Sicherheitsrisiko der WM betrachtet.» Den Fußballfans sei auf allen Ebenen mit Respekt begegnet worden. [...] Die Fan-Betreuer beschreiben die Polizei mit den Worten: präsent, kommunikativ, freundlich (MOPO 7.7.06).

Auch in Hamburg wird kurz nach der WM eine positive Sicherheitsbilanz gezogen. Hierbei dienen statistische Daten über Festnahmen, Ingewahrsamnahmen, Platzverweise und Aufenthaltsverbote als Bestätigung eines grundsätzlich friedlichen und sicheren WM-Verlaufs. Die Fallzahlen hätten dabei leicht über dem Niveau anderer Großveranstaltungen gelegen. Ob die trotzdem positive Bewertung der Sicherheitsbilanz auf einer höheren Gewalterwartung oder auf einer höheren Besucherzahl beruht, lässt sich in der Berichterstattung allerdings nicht erkennen. In der Berichterstattung werden lediglich Gesamtdaten für Hamburg veröffentlicht, daher lässt es sich nicht nachvollziehen, wo beispielsweise die meisten Platzverweise ausgesprochen werden. Ebenso wenig finden sich Informationen über TäterInnen bzw. Tatverdächtige oder Vergleichsdaten, die Aufschluss über andere Großveranstaltungen oder auch über großveranstaltungsfreie Zeiten geben könnten. Hier zeigt sich deutlich eine generell in der Berichterstattung bzw. bei politischen Akteuren anzutreffende Tendenz, Statistiken als Belege anzuführen, diese aber nicht zu kontextualisieren.

Erfreut zeigte sich von Beust auch bei der Sicherheitsbilanz. Lange war vor dem Turnier über das Thema Sicherheit diskutiert worden, doch anschließend sei es weitgehend ruhig geblieben. „Es war eine schwierige Gratwanderung“, sagte von Beust. An den 38 Einsatztagen wurden etwa 500 000 Stunden Dienst geschoben. 2500 Polizisten waren im Durchschnitt täglich im Einsatz. Insgesamt nahmen sie 193 Personen fest, 324 in Gewahrsam. Sie sprachen 418 Platzverweise und 869 Aufenthaltsverbote aus. Das Ergebnis liege leicht über dem Niveau anderer Großveranstaltungen, sagte von Beust - aber: „Es war eine friedliche und sichere WM.“ Neun Millionen Euro habe die Sicherheit

Presseanalyse

gekostet. Insgesamt wurden mit 48 Millionen Euro drei Millionen mehr ausgegeben als geplant (HA 11.7.06).

Lediglich das Hamburger Abendblatt nimmt in einem Artikel eine etwas andere Bewertung für die Hamburger Sicherheitslage vor und beruft sich dabei auf einen internen Bericht der Innenbehörde. Demnach hätte die Ausschöpfung neuer polizeilicher Handlungsmöglichkeiten nach dem neuen Polizeigesetz von 2005 zur Sicherheit der WM beigetragen. Genannt werden die Erklärung von Stadtteilen zu „Gefahrenzonen“ und damit die Legitimierung von verdachtsunabhängigen Personenkontrollen in diesen Gebieten sowie der Möglichkeit von Videoüberwachung in öffentlichen Stadträumen. Nach dieser Auslegung hätte also eine Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen im Vorwege der WM entscheidend zu deren friedlichen Verlauf beigetragen und nicht defensive Polizeistrategien.

Friedlich und fröhlich - die Bilanz, die Innensenator Udo Nagel (parteilos) nach der Fußball-WM gezogen hatte, war durchweg positiv. Doch daß so ein Großereignis in der Hansestadt fast ohne schlimme Zwischenfälle verlief, lag vor allem daran, daß die Polizei Maßnahmen, die das neue Polizeigesetz erlaubt, während der Fußball-Weltmeisterschaft so konsequent wie noch nie ausgeschöpft hat - das geht aus einem internen Papier der Innenbehörde vor, das dem Abendblatt vorliegt. Das Papier zeigt weiter, daß die Polizei vier Stadtgebiete zu „Gefahrenzonen“ während der WM erklärt hatte - und damit das Recht hatte, in diesen Gebieten Personen unabhängig von Verdachten zu kontrollieren und auch ihre Taschen zu durchsuchen. Insgesamt 2019 solcher „lageabhängigen Kontrollen“ gab es laut Behörden-Papier während der WM - und zwar in den „Gefahrenzonen“ Innenstadt, rund um das Heiligengeistfeld und den Kiez, St. Pauli, und in Bergedorf (HA 22.7.06).

Ob diese verdachtsunabhängigen Kontrollen in den genannten Gefahrenräumen einen tatsächlichen Zusammenhang zur Fußball-Weltmeisterschaft 06 aufweisen und die aufgeführten Polizeimaßnahmen im Kontext der Veranstaltungssicherheit stehen, lässt sich zumindest teilweise bezweifeln. So sind die Ausstellung von Platzverweisen und Kontrolle auf Rauschgift Bestandteil gängiger Polizeistrategien in Hamburg - auch jenseits von Großevents (vgl. 5.4.1). Allerdings wird die Fußball-Weltmeisterschaft hier als Erfolg für diese lageabhängigen Kontrollen gewertet und dient damit als Legitimation für eine Polizeimaßnahme, deren Einsatz sich zur WM bewährt habe.

Nach der Beendigung der WM tauchen in der Berichterstattung nicht nur Aussagen zur allgemeinen Sicherheitslage, sondern auch Aussagen über die Bewertung einzelner Sicherheitsmaßnahmen und deren künftigen Einsatzmöglichkeiten auf (siehe auch Artikel oben). Neben den auch von Fanbetreuern geforderten defensiven Polizeistrategien, werden auch präventive Sicherheitsmaßnahmen, wie Ein- und Ausreisekontrollen sowie internationale

Polizeizusammenarbeit (vgl. 4.4.1) genannt. Letztere ist dabei keine neue WM-spezifische Maßnahme, sondern ist ein gängiger Bestandteil bei der Sicherheitskonzeption von internationalen Sportgroßveranstaltungen. Deutlich wird in der im Folgenden zitierten Aussage des Innenministers Schäuble, dass die als erfolgreich bewerteten Maßnahmen nicht nur im Hinblick auf spätere Großereignisse angewendet werden sollen, sondern darüber hinaus in die „Alltagsarbeit“ einfließen sollen. Dies ist ein eindeutiger Hinweis auf eine Festivalisierungsdynamik von Sicherheitsmaßnahmen und -konzepten im Kontext mit der Fußball-Weltmeisterschaft und macht deutlich, dass auch eine als friedlich geltende Fußball-Weltmeisterschaft zur Verschärfung und Legitimation von Sicherheitsmaßnahmen beitragen kann

«Die Kommunikation darf nicht nach der WM beendet sein, sondern sollte im Hinblick auf künftige Großereignisse fortgesetzt werden und in die Alltagsarbeit einfließen», sagte Schäuble in einem dpa-Gespräch. [...] Zudem habe sich gezeigt, dass ohne internationale Zusammenarbeit ein Ereignis dieser Dimension nicht bewältigt werden könne. [...] Bewährt hätten sich zum Beispiel präventive Maßnahmen zur Aus- und Einreisekontrolle. Das Bundesinnenministerium kooperiere bereits seit längerem mit Sicherheitsbehörden anderer europäischer Länder, um die Sicherheit von internationalen Sportereignissen zu gewährleisten, hob der Minister hervor. «Die enge Kooperation mit den ausländischen Polizeibeamten, die die Polizeien des Bundes und der Länder unterstützt haben, hat ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieses Fußball-Festes geliefert», sagte Schäuble (MOPO 9.7.06).

8.2 Zwischenfazit und Zusammenfassung der Ergebnisse der Medienanalyse

8.2.1 Akteure in der Hamburger Presseberichterstattung zur WM-Sicherheit

Vergleicht man die Akteursbereiche der einzelnen Themenfelder, zeigt sich eine deutliche Dominanz staatliche Akteure in der lokalen Berichterstattung. Am stärksten zeigt sich dies im Themenfeld Bundeswehr (94%), gefolgt von den Themenfeldern Hooliganismus (91%) und Terrorismus (82%). Der niedrigste Anteil staatlicher Akteure findet sich im Themenfeld Rechtsextremismus, wobei diese dort mit 73% immer noch die überwiegende Mehrheit darstellen.

Im Gesamtvergleich der Themenfelder ist die Hamburger Berichterstattung überwiegend von bundespolitischen Akteuren geprägt, in drei Themenfeldern (Terrorismus, Rechtsextremismus und Bundeswehr) stellen die Bundespolitik / -ministerien das stärkste Akteursfeld. Lediglich im Themenfeld Hooliganismus sind Akteure der Vollzugsorgane (Polizei / BKA / Verfassungsschutz), NROs sowie aus der Landespolitik / -ministerien stärker vertreten. Insofern lässt sich feststellen, dass in den untersuchten Hamburger Tageszeitungen das Thema WM-Sicherheit deutlich von einer bundespolitischen Ausrichtung geprägt ist. Staatliche Vollzugsorgane (Polizei / BKA / Verfassungsschutz) finden sich am häufigsten im Themenfeld Hooliganismus, wo sie mit 34% den größten Akteursanteil in der Berichterstattung einnehmen, gefolgt vom Themenfeld Terrorismus, wo sie mit 22% die drittstärkste Akteursgruppe darstellen und im Themenfeld Rechtsextremismus (17%), in dem sie, zugleich mit Akteuren von NROs, der zweitstärkste Akteursbereich sind. Im Bundeswehrdiskurs haben die Vollzugsorgane hingegen nur einen marginalen Anteil von 3%. Akteure aus dem Bereich Sport sind in allen untersuchten Themenfeldern vertreten, den größten Anteil haben sie mit 14% im Terrorismusdiskurs, in den anderen Themenfeldern treten Sportakteure nur mit einem geringen Anteil in Erscheinung (3 bis 6%). Wissenschaftliche Akteure finden sich nur marginal in der Berichterstattung, der höchste Anteil findet sich im Themenfeld Rechtsextremismus (4%), während sie in den Themenfeldern Terrorismus und Hooliganismus lediglich mit 1% und im Themenfeld Bundeswehr nicht vertreten sind. Insgesamt führt diese Akteursauswahl der Medien zu einem Fehlen bzw. einer Marginalisierung von Expertenmeinungen, sich in ihren Einschätzungen teilweise deutlich von den Äußerungen politischer Akteure unterscheiden, wie z. B. im Themenfeld „Hooligans“ (vgl. Kapitel 7).

Presseanalyse

Eine Betrachtung der Einzelakteure in der Berichterstattung macht deutlich, wer in der Tagespresse wie häufig erwähnt wird und ermöglicht somit Rückschlüsse darauf, welche Positionen wie dominant in der Berichterstattung vertreten sind. In dem folgenden Diagramm (Abb. 8-5) sind die jeweils am häufigsten genannten Einzelakteure (und die Anzahl der Artikel) nach Themenfeldern dargestellt. Die Tabelle 8-6 enthält ergänzend nähere Informationen über die Parteizugehörigkeit und das jeweilige Amt des Akteurs.

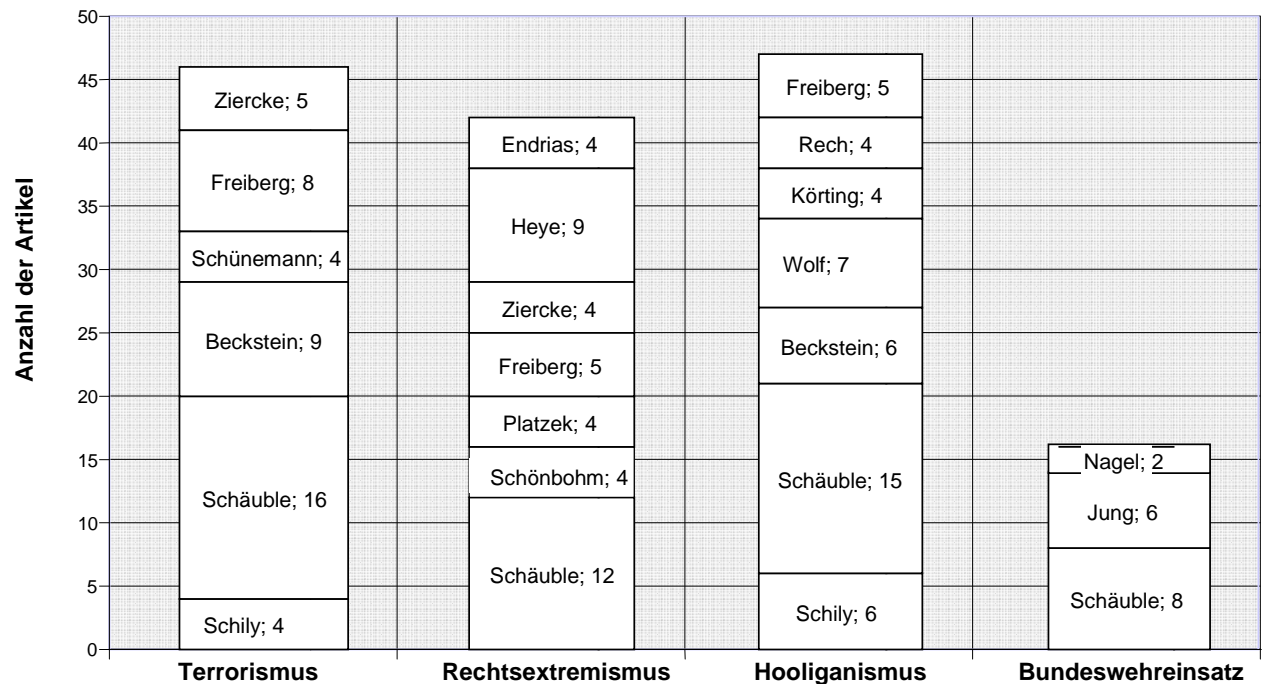


Abbildung 8-5 Hauptakteure in den einzelnen Themenfeldern

Hauptakteure aus der Bundespolitik /-ministerien	Hauptakteure Polizei / BKA
Otto Schily (SPD), Bundesinnenminister (bis Okt. 2005)	Konrad Freiberg, Vorsitzender Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Wolfgang Schäuble (CDU), Bundesinnenminister	Jörg Ziercke, Präsident Bundeskriminalamt (BKA)
Franz Joseph Jung (CDU), Verteidigungsminister	
	Hauptakteure NROs
Hauptakteure aus Landespolitik /-ministerien	Uwe Karsten Heye, Vorsitzender des Berliner Vereins «Gesicht zeigen!»
Günther Beckstein (CSU), Ministerpräsident Bayern	Yonas Endrias, Mitglied im Afrika-Rat und Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte
Uwe Schünemann (CDU), Innenminister Niedersachsen	
Jörg Schönbohm (CDU), Innenminister Branden-	

burg
Matthias Platzek (SPD), Ministerpräsident Brandenburg
Ingo Wolf (FDP), Innenminister Nordrhein-Westfalen
Ehrhart Körting (SPD), Berliner Innensenator
Udo Nagel (parteilos), Innensenator Hamburg
Heribert Rech (CDU), Innenminister Baden-Württemberg

Tabelle 8-6 Angaben über die Hauptakteure

Vergleicht man die Hauptakteure der einzelnen Themenfelder mit ihren Aussagen, so wird deutlich, dass sich in der Berichterstattung hauptsächlich Befürworter von verstärkten Sicherheitsmaßnahmen auftreteten. Am stärksten zeigt sich dies in den Themenfeldern „Terrorismus“ und „Hooliganismus“, wo Befürworter und Verteidiger von verschärften Sicherheitsmaßnahmen die Diskurse bestimmen. Das Themenfeld „Rechtsextremismus“ stellt insofern eine Ausnahme dar, dass hier Akteure von NROs vor einer Gefährdung durch Rechtsextreme warnen, was von politischen VertreterInnen teilweise heftig zurückgewiesen wird. Die beiden Vertreter staatlicher Vollzugsorgane (Ziercke BKA und Freiberg GdP) treten in der Presse mit unterschiedlichen Positionierungen auf. Während erster auf die gute Überwachung der rechten Szene und die Gewährleistung der Sicherheit durch hohe Polizeipräsenz verweist, betont letzterer die gestiegene Anzahl rechter Gewalttaten (vgl. 9.1.3). Im Themenfeld „Bundeswehr“ wird die Forderung nach einem Inlandseinsatz vor allem von Bundesinnenminister Schäuble vertreten, die der Hamburger Innensenator Nagel zwar grundsätzlich befürwortet, allerdings einen solchen Einsatz während der Fußball-Weltmeisterschaft ausschließt. Unter Hinweis auf die Verfassungslage lehnt auch Verteidigungsminister Jung einen solchen Einsatz zur WM ab (vgl. 9.1.4).

Bei einer näheren Betrachtung der Akteure von Landespolitik und -ministerien (Abb. 8-6) zeigt sich, dass Hamburger Akteure nur selten in der untersuchten Hamburger Berichterstattung zitiert bzw. erwähnt werden. Am stärksten sind lokale Akteure in dem Themenfeld Hooliganismus vertreten, gefolgt von den Themenfeldern Terrorismus und Bundeswehr. Nicht vertreten sind Hamburger Akteure im Themenfeld Rechtsextremismus. Hier finden sich vor allem Landespolitiker aus ostdeutschen Bundesländern. Dies erklärt sich aus der Diskussion um die No-Go-Areas, die sich schwerpunktmäßig auf Gebiete in den neuen Bundesländern bezieht. Insgesamt stark vertreten sind landespolitische Akteure aus Bayern, was vermutlich zum einen an der inhaltlichen Positionierung der Akteure als Befürworter von

verschärften Sicherheitsmaßnahmen und zum anderen an der Rolle von Bayerns Innenminister Beckstein als Vorsitzender der Innenministerkonferenz liegt.

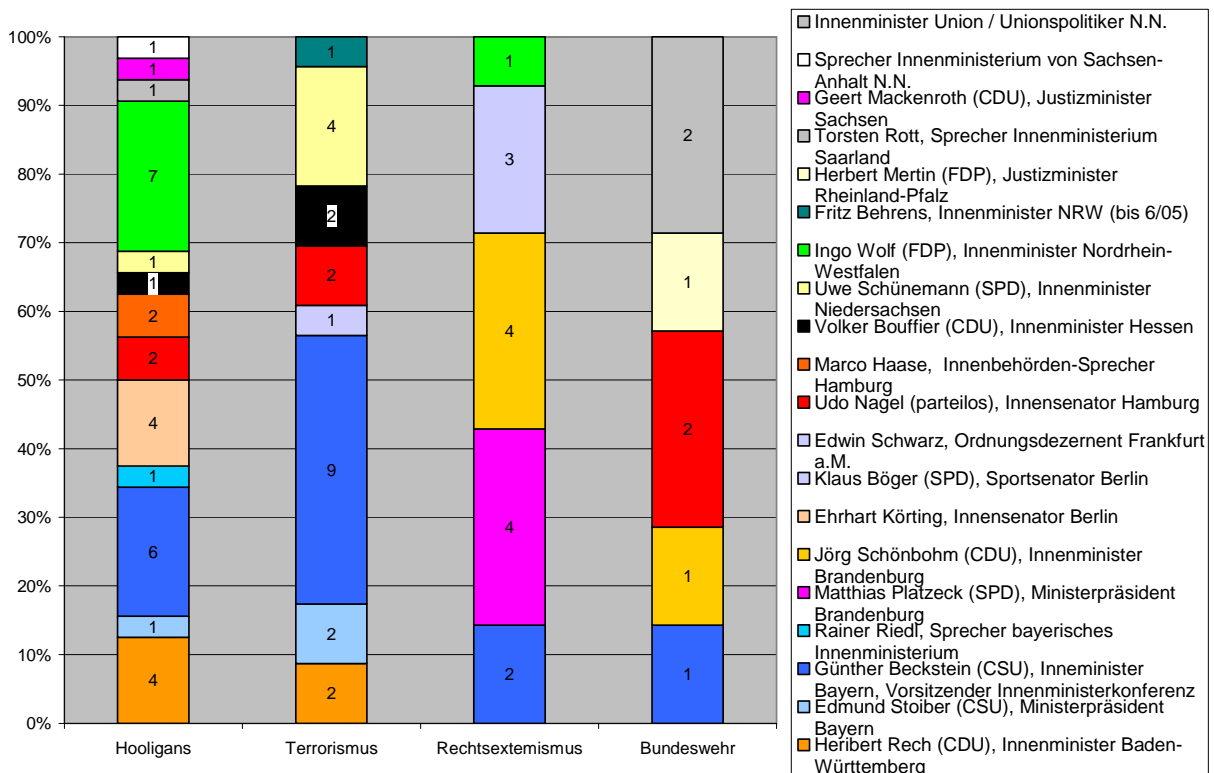


Abbildung 8-6 Häufigkeit von Akteuren der Landespolitik/-ministerien in einzelnen Themenfeldern

Nicht oder nur marginal in der Berichterstattung präsent sind hingegen private Akteure aus dem Bereich der privaten Sicherheit, die im Kontext der WM nicht nur einen erheblichen Anteil an der Durchsetzung von Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen haben (Schmidt 2007), sondern auch das Event als wichtig für einen Ausbau ihres Geschäftssektors einstufen (Glowka 2006, Roost 2006). Insofern zeigt sich, dass die Medienberichterstattung nur einen Teil von Sicherheits- und Ordnungsinteressen bzw. ihren jeweiligen Akteuren abbildet. Hier lassen sich grundsätzliche Parallelen zu der Hamburger Berichterstattung über Sicherheitsthemen im Kontext mit der Bürgerschaftswahl 2001 erkennen (Carini & Speit 2002, vgl. 6.2)

8.2.2 Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Bedrohungsszenarien und Themenfelder

In den Bedrohungsszenarien und auch in der Ableitung von sicherheitspolitischen Forderungen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Themenfeldern. Das terroristische Bedrohungsszenario ist das vergleichsweise undefinierteste, d. h. es wird zwar mit

Befürchtungen hinsichtlich eines Anschlages argumentiert und auf die Notwendigkeit von präventiven Sicherheitsvorkehrungen verwiesen, gleichzeitig aber beschwichtigend das Fehlen konkreter Anschlagpläne betont. Vereinzelt wird in der Berichterstattung in diesem Kontext erwähnt, dass Sportgroßveranstaltungen - zumindest in jüngerer Vergangenheit - nicht das Ziel von Terroristen gewesen sind. Trotzdem wird das terroristische Szenario stark als Begründung für die Verschärfung von Sicherheitsmaßnahmen (auch außerhalb des WM Kontextes) bemüht. In den entsprechenden Artikeln wird überwiegend allgemein formuliert von „terroristischen Anschlägen“ oder „Terroristen“ gesprochen, dass hierbei so genannter islamistisch motivierter Terrorismus gemeint ist, ergibt sich lediglich aus vereinzelt Verweisen auf Anschläge in New York 2001 bzw. London oder Madrid seit 2002. Argumentiert wird seitens der BefürworterInnen verstärkter Sicherheitsmaßnahmen mit einer unspezifischen Gefährdung und der Postulierung eines weltweiten Gefahrenraums, zu dem auch Deutschland gehöre. KritikerInnen verweisen hingegen auf das Fehlen von konkreten Anschlagplänen und argumentieren, dass die geforderten Sicherheitsmaßnahmen überzogen seien und darüber hinaus den Datenschutz verletzen sowie grundrechtliche Freiheiten beschränken. Diese unkonkrete aber dennoch im Mediendiskurs sehr präsente Terrorismusfurcht weist hinsichtlich ihrer Funktionsweise eine deutliche Parallele zur städtischen Kriminalitätsfurcht auf. Auch hier wird Angst (Kriminalitätsfurcht) zur Grundlage und Legitimation von politischem Handeln (vgl. 3.2.1 und 5.2), wobei weder Ursachen und konkreten Risiken im öffentlichen medialen Diskurs sichtbar werden.

Forderungen nach Verschärfungen von Sicherheitsmaßnahmen bis hin zu einer Verfassungsänderung für einen Bundeswehreinlandseinsatz werden zumeist ebenfalls mit der Abwehr von terroristischen Anschlägen begründet. Diese Forderungen sind weder neu, noch WM-spezifisch, vielmehr wird die Fußball-Weltmeisterschaft hier von Akteuren bewusst verwendet, um einen zeitlichen und inhaltlichen Handlungsdruck zu kreieren und so bestimmte Positionen durchzusetzen. Besonders deutlich zeigt sich dies daran, dass die zunächst sehr intensive und kontroverse Debatte um Bundeswehreinsätze im Inland nahezu abrupt endet, nachdem Bundeskanzlerin Merkel verkündet, es gäbe keine Möglichkeit mehr, die erforderliche Verfassungsänderung vor der WM umzusetzen. Im Nachhinein gibt es zwar weiterhin vereinzelte Bestrebungen, eine solche Gesetzesänderung herbeizuführen, aber diese sind bei weitem nicht so medial präsent und werden auch nicht in mit einer vergleichbaren Intensität geführt wie zuvor. Bei der Debatte um den Bundeswehreinsatz wird von dessen GegnerInnen angeführt, dass diese nicht notwendig sei, da die Polizei die Sicherheit im Inland zu gewährleisten könne. Hierbei handelt es sich vor allem um Akteure aus dem Bereich Polizei und von den Parteien SPD, Grüne, FDP und der Linken. Darüber hinaus wird auf die historisch begründete Gewaltenteilung der Bundesrepublik verwiesen, die beibehal-

ten werden sollte und auch eine mangelnde fachliche Ausbildung der Bundeswehr zu solchen Einsätzen thematisiert. Letzteres wird dabei auch von Akteuren aus dem Bereich Bundeswehr angeführt. Insgesamt zeigen der Diskursverlauf und die Argumentationsstrategien in der Debatte um eine Erweiterung des Grundgesetzes für einen Inlandseinsatz der Bundeswehr eindeutige Festivalisierungsdynamiken. Insbesondere der argumentativ von den BefürworterInnen aufgebaute Zeit- und Handlungsdruck belegt den Versuch, die eigenen politischen Ziele im Zuge der Fußball-Weltmeisterschaft gegen bestehende Widerstände durchzudrücken. Vergleichbare Dynamiken bzw. Strategien sind mehrfach für den Kontext von Großevents und Stadtentwicklungsprozessen nachgewiesen worden (Häußermann & Siebel 1993, vgl. 2.2).

Im Bereich Hooliganismus ist die Darstellung der Sicherheitsmaßnahmen hingegen fast unkritisch. Es handelt sich hier mehr um Aufzählungen und Erwähnungen von bekannten und bereits bestehenden Sicherheitsmaßnahmen (dem „üblichen“ Sicherheitspaket bei Großveranstaltungen bzw. Fußballereignissen). Positiv bilanziert wird nach der WM hier vor allem die internationale Polizeizusammenarbeit, Ein- und Ausreiseverbote (für in entsprechenden Datenbanken erfasste Personen) und die temporäre Aussetzung des Schengener Abkommens. Die meisten Akteure vertreten ein „Alles-im-Griff-Szenario“ und verweisen darauf, dass die potentiellen Täter bekannt und die Abwehrmaßnahmen jahrelang erfolgreich erprobt seien. Lediglich bei ausländischen, insbesondere osteuropäischen Hooligans, gäbe es ein unbekanntes Bedrohungspotenzial. Dieses wird sowohl auf ein höheres Gewaltpotential dieser Hooligans, wie auch auf Mängel bei den dortigen Sicherheitsstrategien zurückgeführt. Dies wird allerdings von wissenschaftlichen Experten sowie von Polizeivertretern der entsprechenden Länder als überzogen kritisiert. Im Kontext der Berichterstattung zu osteuropäischen Hooligans werden Verknüpfungen mit rassistischen Alltagsdiskursen und Stereotypen deutlich (vgl. Jäger & Link 1993, Ruhrmann 1993). Diese beziehen sich sowohl auf die Darstellung einer besonderen Gefährlichkeit bzw. Gewaltbereitschaft osteuropäischer Hooligans als auch auf mangelnde Sicherheitsmaßnahmen in osteuropäischen Ländern, die einem westeuropäischen Standard nicht entsprächen. Aus diesen Aspekten wird eine potentielle Gefährdung für die WM in Deutschland abgeleitet. Das Fehlen von Forderungen nach weiteren Verschärfungen von Sicherheitsmaßnahmen deckt sich einerseits mit dem Rückgang des Phänomens Hooliganismus (Krahm 2008). Andererseits gestaltet sich die Darstellung von existierenden und angewendeten Maßnahmen als zumeist unkritisch im Hinblick auf ihre Notwendigkeit oder rechtliche Zulässigkeit (wie beispielsweise bei der Datenbank „Datei Gewalttäter Sport“ vgl. Krahm 2008).

Im Vorwege der WM wird von einigen Akteuren befürchtet, dass Rechtsextreme die mediale Aufmerksamkeit während der WM nutzen könnten, um sich Aufmerksamkeit zu verschaffen. In der Diskussion sind hier vor allem Demonstrationen von Rechtsextremen und den Versuchen, diese zu untersagen. Nach der WM wird in der Berichterstattung bilanziert, dass der Versuch von Rechtsextremen, die WM als Plattform für politische Botschaften zu nutzen, gescheitert sei. Den größten Raum im Themenfeld Rechtsextremismus nimmt die Diskussion um so genannte No-Go-Areas ein. Die mediale Aufmerksamkeit wird hier von NROs genutzt, um auf eine mögliche Gefährdung von nicht - weißen WM BesucherInnen in bestimmten Regionen (vor allem in Ostdeutschland) aufmerksam zu machen und eine Diskussion um gesellschaftlichen Rassismus in Deutschland zu initiieren. In der Berichterstattung werden verschiedene pro- und contra Positionen aufgegriffen. Seitens parteipolitischer Akteure finden sich in der Berichterstattung überwiegend beschwichtigende Aussagen bzw. die Zurückweisung der Existenz von No-Go-Areas. Hierbei wird auch der Vorwurf formuliert, eine solche Debatte über die Existenz dieser Orte schade dem Image Deutschlands zur WM. Sowohl die Nutzung der medialen Aufmerksamkeit des Events für politische Zielsetzungen wie auch Gegenargumente, die sich auf eine befürchtete Imageschädigung beziehen, sind im Kontext von Großevents häufig anzutreffende Strategien. Während sich erstere einer Instrumentalisierung des Events (ungeachtet von der politischen Ausrichtung) bedient (vgl. 2.2), offenbart die Zurückweisung von Kritik hier den politischen Willen zur Bündelung und Fokussierung von Interessen auf die Veranstaltung (Häußermann & Siebel 1993).

Sicherheitsthemen haben im Vorwege der Fußball-Weltmeisterschaft einen größeren Anteil in der Berichterstattung als während der WM. Dies liegt sicherlich auch daran, dass es während der WM zu kaum berichtenswerten Zwischenfällen kommt. Ein weiterer Grund liegt allerdings in der Art der Berichterstattung, in der vor allem über Forderungen und Sicherheitsmaßnahmen (unter Verweis auf verschiedene Akteure) berichtet wird und eben diese im Vorfeld der WM thematisiert bzw. debattiert werden. Wie die Akteursanalysen deutlich zeigen, ist dabei keineswegs eine Gleichverteilung von Positionen und Meinungen in der Berichterstattung gegeben. Während der WM finden sich hauptsächlich kurze statistische Informationen wie die Anzahl von Festgenommenen oder Mitteilungen der Polizei, dass es zu keinen nennenswerten Vorkommnissen gekommen sei. Insgesamt wird nach der WM ein sehr einhelliges positives Sicherheitsfazit gezogen. Dabei werden sowohl die Wirksamkeit der eingesetzten Sicherheitsmaßnahmen hervorgehoben, wie auch die defensive Polizeiarbeit und die friedliche Stimmung der Fans, die größere Ausschreitungen schon im Vorwege verhindert hätten. Diese positiven Mediendarstellungen decken sich mit den Ergebnissen der Evaluationsstudien zur WM (Pilz 2007 a, b, Albrecht et al. 2006, vgl. 4.4.2), in denen ein hohes Sicherheitsgefühl bei BesucherInnen von WM-Veranstaltungen festgestellt wird.

8.2.3 (Gefahren-)Raumkonstruktionen zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in der Presseberichterstattung

Zum Abschluss der Medienanalyse werden die Ergebnisse hinsichtlich ihrer Aussagen zu räumlichen Verortungen von Bedrohungen, Gefahren und Sicherheitsmaßnahmen betrachtet. Hierbei zeigt sich, dass in der Berichterstattung für unterschiedliche Räume verschiedene Gefahrenkonstruktionen kreiert bzw. transportiert werden. Die unterschiedlichen WM-Räume lassen sich dabei untergliedern in Stadien als Austragungsstädten der WM-Spiele, in Public Viewing Areas bzw. Fan Feste als Orte der Fußballfans, in öffentliche innerstädtische Räume als Orte für WM Touristen und Konsumzonen während der WM, nationale Grenzräume als Abwehrlinien für Gefahrenpotentiale und vermeintlich rechtsfreie Räume, die als No-Go-Areas im Kontext von Rechtsextremismus diskutiert werden.

a) Stadien (Orte der WM Spiele)

Stadien werden unter Bezug auf strenge Sicherheitsvorkehrungen, insbesondere der Zugangsregulierungen durch Akkreditierungsverfahren und Ticketvergaben, in der Berichterstattung als sicher dargestellt. Dies wird sowohl in entsprechenden Darstellungen im Themenfeld „Terrorismus“ wie auch im Hinblick auf Hooliganismus deutlich. Kritik an überzogenen Sicherheitsmaßnahmen bzw. datenschutzrechtliche Bedenken, die sich auf die Speicherung von Personalausweisnummern auf den Tickets und Datenabgleiche im Akkreditierungsverfahren beziehen, finden sich nur selten. Ob und wie sehr Stadien überhaupt einer besonderen Gefährdung unterliegen, wird in der Berichterstattung nicht vertieft thematisiert.

b) Public Viewing Areas und innerstädtische Veranstaltungsflächen zur Fußball-WM (Orte der WM Fans)

Vor allem im Hinblick auf Hooliangewalt werden öffentlich zugängliche Veranstaltungsflächen, insbesondere Public Viewing Areas, in der untersuchten Berichterstattung als die am stärksten gefährdeten Orte dargestellt. Dabei werden politische und staatliche Akteure zitiert, die solche Gefährdungseinschätzungen verbreiten. Gegenpositionen (z. B. aus dem wissenschaftlichen Kontext) finden hingegen nur sehr selten Eingang in die Berichterstattung. Diese bezweifeln eine Gefährdung in öffentlichen Räumen bzw. der Allgemeinheit und gehen davon aus, dass Hooligans überwiegend ein Interesse daran haben, untereinander und in entlegenen Gebieten Prügelwettkämpfe („Fights“) auszutragen. Auch im Hinblick auf terroristische Gefährdungen werden PVAs als potentiell gefährdet erwähnt, die aufgrund ihrer öffentlichen Zugänglichkeit sehr viel leichter zum Ziel von Anschlägen werden könnten, als die WM-Stadien mit ihren strengeren Sicherheitsvorkehrungen (vor allem Zugangsregulierungen). Die Standardisierung von Sicherheitsmaßnahmen auf den Public Viewings soll nach

deren Befürwortern zu einer Erhöhung der Sicherheit beitragen, wobei allerdings keine Begründungen hierfür genannt werden. Kritisch wird in der Berichterstattung angemerkt, dass in den letzten Jahren Sportgroßveranstaltungen und Megaevents (in Europa) nicht Ziel so genannter islamistischer terroristischer Anschläge gewesen seien und insofern von einer solchen Bedrohung nicht auszugehen sei.

c) Städtische öffentliche Räume (innenstadtnahe Orte der WM Gäste)

Innerstädtische öffentliche Räume werden nur selten in der Berichterstattung erwähnt und wenn, dann zumeist als Veranstaltungsflächen von WM-Events (s. o.). Lediglich im Zusammenhang Hamburgs als Gastgeberstadt für die US-amerikanische Nationalmannschaft werden Sicherheitsmaßnahmen im innerstädtischen Raum kurz thematisiert. Demnach sollen Personen- und Objektschutzmaßnahmen für die Teammitglieder eingesetzt werden, wobei es aber zu keinen flächendeckenden Maßnahmen (wie einer Abriegelung ganzer Stadtteile) kommen soll. Lediglich ein Artikel, der sich auf ein internes Dokument der Hamburger Innenbehörde beruft, erwähnt die im Zuge des neuen Polizeigesetzes von 2005 verstärkten Sicherheitsmaßnahmen als Erfolgsfaktor für die Durchführung der WM in Hamburg (vgl. 9.1.5)

d) Nationale Grenzen (Zugangslinien: Küste, Luftraum, Grenzstationen)

Positiv bilanziert wird nach der WM hier vor allem die internationale Polizeizusammenarbeit, Ein- und Ausreiseverbote (für in entsprechenden Datenbanken erfasste Personen) und die temporäre Aussetzung des Schengener Abkommens, wodurch potentielle Täter (die Berichterstattung bezieht sich hier auf Hooligans) gar nicht erst ins Austragungsland Deutschland gelangen sollen. Die meisten staatlichen Akteure beziehen sich auf ein „Alles-im-Griff-Szenario“: die potentiellen Täter seien bekannt und die entsprechenden Abwehrmaßnahmen jahrelang erfolgreich erprobt. Lediglich bei ausländischen, insbesondere osteuropäischen Hooligans gäbe es ein unbekanntes Bedrohungspotenzial. Dieses wird allerdings von wissenschaftlichen Experten sowie von Polizeivertretern der entsprechenden Länder als überzogen kritisiert bzw. zurückgewiesen wird.

e) Rechtsfreie Räume (No-Go-Areas)

No-Go-Areas werden im Zusammenhang mit rechtsextremer Gewalt vor allem in ostdeutschen Bundesländern thematisiert und stehen räumlich daher nur mittelbar im Kontext zur Fußball-Weltmeisterschaft. Im Gegensatz zu den anderen erwähnten Gefahrenräumen werden hier nicht nur Gebiete (vor allem in Ostdeutschland) benannt, sondern auch direkt Adressaten angesprochen (die gefährdeten Personengruppen), die davor gewarnt werden, bestimmte Gebiete zu betreten. Diese Debatte wird, im Gegensatz zu den übrigen hier

Presseanalyse

dargestellten, von NROs ausgelöst, während politische Akteure auf diese reagieren. In der Berichterstattung werden die verschiedenen pro und contra Positionen aufgegriffen, wobei sich die Anteile hier als ausgewogen bezeichnen lassen. Seitens parteipolitischer Akteure gibt es überwiegend beschwichtigende Aussagen und auch den Vorwurf, eine solche Debatte schade dem Image Deutschlands zur WM.

9 Dokumentenanalyse im Kontext WM-Sicherheit

Die vorliegende Dokumentenanalyse bezieht sich auf öffentlich zugängliche Quellen, die von „offizieller Seite“, d. h. von staatlichen Organen oder im Kontext staatlicher Tätigkeit verfasst sind und sich inhaltlich mit Sicherheitsthemen der Fußball-WM 2006 in Deutschland befassen. Zwei der im Folgenden untersuchten Dokumentationen beziehen sich dabei explizit auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Hierbei handelt es sich um die Kurzfassung des Nationalen Sicherheitskonzeptes der FIFA WM 2006, welche einen Überblick über Schwerpunktsetzungen und den geplanten Maßnahmenkatalog ermöglicht und um den Abschlussbericht der Bundesregierung zur FIFA WM 2006, der u. a. die sicherheitsrelevanten Aspekte der WM bilanziert. Darüber hinaus werden noch weitere einschlägige Dokumentationen zum Themenbereich Sicherheit 2006 betrachtet, die sich in Teilen auf die Sicherheitslage im Kontext der WM beziehen. Dieses sind der Verfassungsschutzbericht 2006 und der Hamburger Polizeibericht 2006. Alle die hier verwendeten Dokumente sind im Internet veröffentlicht und frei zugänglich.

Nicht mit in die Analyse aufgenommen werden Dokumentationen, die inhaltlich keinen Bezug zur Fußball-Weltmeisterschaft aufweisen. Hierzu zählen der 2. Periodische Sicherheitsbericht der Bundesregierung von 2006 und die Polizeiliche Kriminalstatistik 2006. Ebenfalls nicht in diese Analyse einbezogen sind die Vortragsdokumentationen des 9. Europäischen Polizeikongresses 2006 (www.europaecher-polizeikongress.de), der zwar unter dem Motto „Sicherheit bei Großlagen - Risikomanagement, Operationsführung, Technikeinsatz“ stattfand, allerdings keine Informationen und Aspekte enthält, die über die bereits berücksichtigten Dokumente hinausgehen.

Zum einen verfolgt die Dokumentenanalyse das Ziel, aufzuzeigen, welche Sicherheitskonzeptionen und -maßnahmen im Zuge der WM 2006 angewendet und wie diese nach dem Event von staatlichen Akteuren evaluiert werden. Zum anderen wird auch bei der Analyse der Dokumente der Frage nach eventbedingten bzw. eventinduzierten Dynamiken im Kontext mit Sicherheitsmaßnahmen und -konzepten nachgegangen. Die Dokumentenanalyse wird ebenfalls mittels der qualitativen Inhaltsanalyse (Marying 2008) durchgeführt, wobei hier allerdings aufgrund der geringen Textmenge auf eine umfassende strukturierende Reduktion verzichtet wird. Im Vordergrund der Analyse steht die Herausarbeitung von Bedrohungsszenarien und den Darstellungsweisen bzw. Bilanzierungen von Sicherheitsmaßnahmen.

9.1 Regierungsgarantie „Sicherheit“

Für die Durchführung der WM 2006 sind verschiedene Regierungsgarantien gegenüber der FIFA gegeben worden, eine davon auch für die Gewährleistung der Sicherheit des Events.

Solche Regierungsgarantien sind bei einer Bewerbung um die Ausrichtung einer Fußball-Weltmeisterschaft Pflicht für die sich bewerbenden Länder. Auch wenn es sich hierbei um eine sehr generelle Erklärung handelt, wird bereits hier eine enge Verknüpfung staatlicher und privater Akteure im Kontext des Events sichtbar.

4. Sicherheit

Der Bundesminister des Innern sagt zu (Schreiben vom 30.06.1999 an den DFB), dass er den internationalen Fußball-Verband FIFA, den DFB und alle betroffenen Stellen nachhaltig unterstützen wird, damit bei den Spielen, für die Delegationen der FIFA und teilnehmenden Mannschaften, für die Medienvertreter und Zuschauer ein größtmöglicher Sicherheitsstandard geschaffen wird. (Bundesministerium des Inneren 1999, S. 3).

Weitere Details finden sich an dieser Stelle nicht. Nähere Informationen enthält der Abschlussbericht der Bundesregierung (vgl. 9.3).

9.2 Nationales Sicherheitskonzept FIFA WM 2006

Öffentlich zugänglich ist eine Kurzfassung des Nationalen Sicherheitskonzeptes der FIFA WM 2006. Es ist als Einzeldokument im Internet zugänglich und befindet sich darüber hinaus auch als Anhang im Abschlussbericht der Bundesregierung. Das Nationale Sicherheitskonzept wird auf der Sonderkonferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (IMK) am 25. Mai 2005 in Stuttgart beschlossen. In der hier betrachteten elfseitigen Zusammenfassung finden sich Hinweise auf die sicherheitsrelevanten Schwerpunkte im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 und die geplanten Sicherheitsmaßnahmen:

Die Beschreibung der relevanten Kriminalitätsbereiche im Nationalen Sicherheitskonzept verdeutlicht, welche Gefahren in den Vorbereitungen auf die WM berücksichtigt werden müssen: Hooliganismus, politisch motivierte Kriminalität und die Allgemeine und Organisierte Kriminalität mit Veranstaltungsbezug. Ein wesentlicher Teil des Sicherheitskonzepts beinhaltet die Maßnahmen und Vorkehrungen, die Deutschland ergreift, um Gefahren in den einzelnen Kriminalitätsbereichen abzuwehren (Bundesministerium des Inneren 2005, S. 2).

Hooligans werden hier in zwei Kategorien (analog zu den Kategorien der Datei Gewalttäter Sport, vgl. 4.4.1) unterschieden, denen ein hohes Gefahrenpotential unterstellt wird:

[...] bei Gelegenheit gewaltgeneigte (Kategorie B) und gewalttätige Personen (Kategorie C) als veranstaltungstypische Störer. Straftaten, die von Personen dieser Problemgruppen begangen werden, können zu einer erheblichen Beeinträchtigung der objektiven Sicherheit und des Sicherheitsgefühls der Stadionbesucher und der Menschen in den Innenstädten und auf Reisewegen führen. Was den Bereich des Hooliganismus angeht, ist den Sicherheitsbehörden bekannt, dass die WM seit geraumer Zeit in einschlägigen Szenen und Publikationen thematisiert wird. Die Sicherheitsbehörden verfolgen die Entwicklungen sehr genau und werden alle rechtlichen Möglichkeiten im Vorfeld und vor Ort ausschöpfen, um Ausschreitungen von Gewaltbereiten aus dem In- und Ausland zu verhindern. Konkrete Erkenntnisse über eine mögliche Mobilisierung der deutschen Problemfanszene zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 liegen bisher noch nicht vor (Bundesministerium des Inneren 2005, S. 4).

Zu dem Bereich politisch motivierte Ausländerkriminalität wird insbesondere die Gefahr von terroristischen Anschlägen erwähnt, die besondere Aufmerksamkeit erfordere, dennoch wird auch festgestellt, dass keine konkreten Hinweise auf terroristische Gefährdungen vorliegen:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind allerdings keine Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung der Fußball-WM durch terroristische Netzwerke bekannt. (ebd., S. 5)

Unter anlassbezogener bzw. allgemeiner und organisierter Kriminalität werden verschiedenste Diebstahldelikte genannt (Taschen- und Trickdiebstahl, Kfz-Diebstahl).

Als Sicherheitsmaßnahmen führt das Nationale Sicherheitskonzept verschiedene Maßnahmen auf, die sich schwerpunktmäßig auf die Verhinderung von Hooligan-Aktivitäten beziehen:

a) Abwehr von gewaltbereiten Fußballfans aus dem Ausland:

- lageangepasste Aufklärungs-, Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen an den Land- und Seegrenzen sowie auf den relevanten deutschen Verkehrsflughäfen durch den Bundesgrenzschutz (BGS)
- enge Zusammenarbeit der für Hooliganismus zuständigen Dienststellen in Europa - den Nationalen Fußballinformationspunkten (NFIP)
- Zentrale Informationsstelle WM 2006 (ZIS 2006) mit den folgenden Aufgabenbereichen
 - Sammlung, Aus- und Bewertung sowie Steuerung der für den polizeilichen Einsatz aus Anlass der Weltmeisterschaft 2006 bedeutsamen Erkenntnisse aus dem In- und Ausland für bzw. an in- und ausländische Bedarfsträger.
 - Gezielte Zusammenfassung und Fortschreibung der vorgenannten Informationen in einem Lagebild Fußball-WM.

Dokumentenanalyse

- Einsatz und Betreuung von zentralen ausländischen Verbindungsbeamten, die in den Informationsfluss integriert werden.
- Vorbereitung, Koordinierung und logistische Begleitung des Einsatzes der vorrangig für die Spielorte vorgesehenen polizeilichen Unterstützungskräfte aus dem Ausland, insbesondere der szenekundigen bzw. vergleichbaren Kräfte (ebd., S. 6).
- Internationale Polizeizusammenarbeit mit Anrainer-, Transit- und Teilnehmerstaaten zur Kontrolle und Verhinderung von Reiseaktivitäten von Hooligans
- Einsatz ausländischer Polizeikräfte, d. h. Entsendung von Verbindungsbeamten
- Maßnahmen gegen Personen, die als Gefährdung eingestuft werden, d. h. entsprechend in der Datei Gewalttäter Sport erfasst sind:
 - In der Vergangenheit haben sich insbesondere Gefährderansprachen, die Erteilung von Meldeauflagen nach Polizei- oder Ordnungsbehördenrecht sowie die Verfügung von Aufenthaltsverboten als grundsätzlich geeignete Maßnahmen erwiesen, um die Anwesenheit von Gewaltbereiten an Veranstaltungsorten zu reduzieren.
 - In Fällen, in denen diese Maßnahmen keinen Erfolg versprechen oder Gewalttäter behördliche Verfügungen nicht befolgen, kommen weitere Maßnahmen wie z. B. Gewahrsamnahmen nach den Bestimmungen der Polizeigesetze in Betracht (ebd.).
- Als weitere Maßnahmen gegen „Problemfangruppen“ werden genannt: zielgruppenorientierte Kontrollen, Raumschutzmaßnahmen und Gewahrsamnahmen

b) Politisch motivierte Kriminalität, insbesondere internationaler Terrorismus:

- Informationsbeschaffung und -koordinierung mit nationalen und internationalen Stellen durch das Bundeskriminalamt
- Erstellung von Gefährdungslagebildern im Vorfeld und während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Zusammenarbeit von BKA, Landeskriminalämter, Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und dem Bundesnachrichtendienst (BND)

c) Kooperation von Veranstalter Organisationskomitee und staatlichen Organen

Das Nationale Sicherheitskonzept enthält auch die Aufteilung der Sicherheitsverantwortung zwischen staatlichen Organen und privater Sicherheit, die von den Veranstaltern der WM zu leisten ist.

Der Veranstalter der WM 2006 sorgt durch umfassende Maßnahmen für die Sicherheit in den Stadien und in den Hotels der Mannschaften und der offiziellen Delegationen. Die Polizei unterstützt diese Maßnahmen im Rahmen einer engen Zusammenarbeit mit dem Organisationskomitee und den Komitees an den Spielorten. Die Einsatz führenden Polizeibehörden gewährleisten die Sicherheit der

Dokumentenanalyse

Veranstaltungen darüber hinaus durch ein umfassendes Konzept an Vorfeldmaßnahmen wie Aufklärungs- und Raumschutzmaßnahmen auf Reisewegen, in Innenstädten und Stadionbereichen sowie durch Bereitstellung von Eingreif- und Reservekräften (ebd., S. 8).

d) Nationales Informations- und Kooperationszentrum (NICC)

Das NICC ist dem Bundesinnenministerium angegliedert und wird speziell für die Durchführung der WM eingerichtet. Zum Confederations Cup im Juni 2005 wurde es einem „Testlauf“ (ebd., S. 8) unterzogen. Im Nationalen Sicherheitskonzept werden die Aufgaben dieses Zentrums wie folgt definiert:

Aufgabe des NICC ist es u. a., Informationen zu sammeln, zu bündeln und im Verantwortungsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI) beziehungsweise der Bundesressorts zu steuern, Auskünfte zu erteilen, Anfragen zu beantworten und täglich ein „Nationales Lagebild WM 2006“ zu erstellen. Personell wird das NICC mit Vertretern aus Ministerien, wie z. B. dem BMI und anderen Bundes- wie Landesministerien, den Sicherheitsbehörden des Bundes sowie externer Stellen, wie zum Beispiel dem Organisationskomitee WM 2006, der ZIS, INTERPOL, EUROPOL und EUROJUST besetzt. Soweit erforderlich werden Vertreter beteiligter Nationen hinzugezogen (ebd.).

e) Internationale Sicherheitskooperation

Neben den bereits oben erwähnten internationalen Kooperationen wird in einem gesonderten Abschnitt die Zusammenarbeit mit den Organisationen EUROPOL, EUROJUST und INTERPOL erwähnt.

Die bewährte Zusammenarbeit mit EUROPOL wird auch für die Fußball-Weltmeisterschaft genutzt. Ergänzend hierzu wird EUROPOL aus Anlass der WM 2006 Verbindungsbeamte zum BKA und NICC entsenden. Die Unterstützung Deutschlands bei der Bewältigung der Sicherheitsaufgaben durch EUROJUST schafft die Möglichkeit, auf justiziellen Feldern Abstimmungen in den Bereichen der Strafverfolgung zu erzielen. Die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation INTERPOL wird im Rahmen der WM 2006 über das BKA als Nationales Zentralbüro seinen weltweiten Informationsverbund zur Verfügung stellen. Zusätzlich werden Verbindungsbeamte von INTERPOL in die Arbeitsstrukturen des NICC und des BKA integriert (ebd., S. 9).

Darüber hinaus werden bilaterale Absprachen und Kooperationen im Bereich Strafverfolgung und Informationssammlung erwähnt, deren Inhalte u. a. in fünf vom BMI organisierte „internationale Expertenkonferenzen“ (ebd.) definiert werden.

f) Weitere Sicherheitsaspekte im Nationalen Sicherheitskonzept

Als weitere Punkte werden in dem Konzept die Stadionsicherheit, Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden, Veranstalter und Ausrichter und Ticketingsystem angesprochen. Dabei

wird auch die Organisation von Fan- und Besucherbetreuung erwähnt, bei der auch Fanbeauftragte mit eingebunden sind.

Das OK FIFA WM 2006 hat eine Arbeitsgemeinschaft (AG) eingesetzt, die sich mit der komplexen Thematik „Fan- und Besucherbetreuung“ bei der WM 2006 beschäftigt. Die AG setzt sich aus Vertretern des DFB, OK FIFA WM 2006, Fanbeauftragten der Vereine, Fanprojekten, der Koordinationsstelle Fan-Projekte (KOS), Wissenschaftlern, Polizei und der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen und dient als Beratungs- und Kompetenzgremium (ebd., S. 10).

Das Ticketingsystem soll gewährleisten, dass nur „*berechtigte Personen* Zutritt zu den Stadien erhalten, bekannte Gewalttäter vom Verkauf ausgeschlossen werden, Ticketfälschungen nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich sind, ein Schwarzmarkt erschwert und die Fantrennung gewährleistet wird“ (ebd.).

9.3 Abschlussbericht der Bundesregierung

Der Abschlussbericht der Bundesregierung (2006) enthält ein Gesamtfazit zur Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland. Der Bericht ist in drei Teile gegliedert: A) Bilanz, Dank und Perspektiven (u. a. Pressestimmen, Berichte von Ehrungen und Empfängen, Bilanzen zu Finanzen, Standortinitiativen und zum Image Deutschlands), B) Dokumentation des WM 2006-Gastgeberkonzeptes und weitere Themen (auch Evaluationen und Bewertungen, auch im Themenbereich Sicherheit) und C) Anhänge (u. a. das Nationale Sicherheitskonzept in Kurzfassung, Abdrucke von Briefwechseln zwischen Ministerien und FIFA). In mehreren Abschnitten sind Sicherheitsthemen vertreten, die im Folgenden genauer betrachtet werden.

9.3.1 Finanzierung der Sicherheit

Der Abschlussberichts enthält auch Angaben über die Finanzierung von Sicherheitsleistungen zur WM, wobei festgestellt wird, dass „*gesamte Investitionsvolumen für die Sicherheit der WM 2006 kann nicht verlässlich beziffert werden, da zu den Gesamtausgaben neben Aufwendungen des Bundes und der Länder auch Ausgaben des privaten Veranstalters für dessen Sicherheitsmaßnahmen gehören*“ (Bundesregierung 2006, S. 19).

Hinsichtlich der Ausgaben des Bundes werden die Kosten von Unterstützungsleistungen der Bundeswehr (im Rahmen von technischer Amtshilfe) in Höhe von 4,4 Mio. Euro (Vollkostenbasis) bzw. 600.000 Euro (Amtshilfesätzen), wobei zivile Organisationen die Vollkosten erstatten müssen, Länder und Kommunen die Amtshilfesätze. Als kostenneutral werden die Einsätze der NATO AWACS-Flugzeuge und der Bundespolizei zur WM erwähnt:

- Für den Einsatz der NATO AWACS-Flugzeuge bei der WM 2006 wurden der Bundesrepublik Deutschland seitens der NATO keine gesonderten Kosten in Rechnung gestellt. Der Einsatz der NATO AWACS-Flugzeuge erfolgte - wie schon bei den Olympischen Spielen in Griechenland 2004 und der Fußball-Europameisterschaft 2004 in Portugal - im Rahmen von Flügen, die aus dem laufenden Betriebshaushalt des NATO E-3A Verbandes bestritten werden.
- Die Gesamtkosten für den Einsatz der Bundespolizei im Rahmen der WM 2006 wurden aus den im Haushalt 2006 zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln bestritten. Zusätzliche Ausgabemittel wurden dafür nicht eingestellt. (ebd.)

Etwaige Kosten für Polizei - Einsätze werden in dem Bericht nicht aufgeführt und finden sich auch nicht in anderen Publikationen des Bundesinnenministeriums oder der Polizeigewerkschaften. Da für die Dauer der WM eine allgemeine Urlaubssperre für PolizistInnen galt, ist jedoch von erheblichen Kosten (bzw. Überstunden) auszugehen.

Im Gesamtetat des deutschen Organisationskomitees, welches mit 430 Millionen Euro beziffert wird (und keine öffentlichen Gelder beinhaltet), sind die Kosten für Sicherheit mit 6% angegeben. Im Abschlussbericht wird allgemein erwähnt, dass die Kosten insgesamt niedriger seien als erwartet, für den Bereich Sicherheit wird dies aber nicht beziffert, sondern lediglich festgestellt: *„Auch Rücklagen mussten nicht angegriffen werden, insbesondere im Bereich Sicherheit, da aufgrund des friedlichen Verlaufs dieser WM keine Sondermaßnahmen notwendig wurden“* (ebd., S. 20).

9.3.2 Abschlussbewertung der Bundesregierung zur Sicherheitslage

Für den Bereich Sicherheit wird im Abschlussbericht ein nahezu euphorisches Fazit gezogen, wobei besonders betont wird, dass es gelungen sei, ein hohes Maß an Sicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig eine positive Veranstaltungsatmosphäre zu erhalten. Dies sei durch die Anwendung präventiver und kommunikativer Sicherheitsstrategien gelungen.

Im Bereich der Sicherheit ist etwas gelungen, was manche im Vorfeld kaum für realisierbar hielten. Es konnte auf wunderbare Weise erlebt werden, dass Fröhlichkeit und Sicherheit keine Gegensätze sind. Die Zuschauer in den Stadien und die Fans aus aller Welt im ganzen Land konnten unbeschwert feiern und fröhlich sein, weil sie sich jederzeit genauso willkommen wie sicher fühlten. Das ist auch ein Ergebnis der vor der WM 2006 erarbeiteten nationalen und internationalen Sicherheitsstrategie, die vor allem auf Prävention und auf umfassende Kommunikation angelegt war (ebd., S. 36).

Das Nationale Sicherheitskonzept wird durchgängig als erfolgreich bewertet, insbesondere werden präventive und kommunikative Sicherheitsmaßnahmen sowie die fröhliche Stimmung

als deutliche Erfolgsfaktoren gewertet. Im Folgenden wird die Bewertung von einzelnen Sicherheitsbereichen im Abschlussbericht zusammengefasst:

- Im Bereich Hooliganismus wird von einer weitgehenden Verhinderung von Auseinandersetzungen zwischen deutschen und ausländischen Problemfans berichtet. Als erfolgreiche präventivpolizeiliche Maßnahmen erwähnt der Bericht gezielte Gefährderansprachen, Meldeauflagen sowie Betretungsverbote von Innenstädten und Stadionbereiche.
- Zur politisch motivierten und allgemeinen und organisierten Kriminalität im WM-Zusammenhang bilanziert der Abschlussbericht durchgängig ein geringes Straftatenaufkommen und verweist auf die guten Gefährdungsbewertungen „*von den beteiligten nationalen und internationalen Stellen unter Federführung des BKA*“ (2006, S. 37f.).
- Weder in den Stadien noch bei den ca. 2000 Public Viewing Veranstaltungen sei es zu größeren Störungen gekommen. „*Hierfür waren die von der PG UA FEK [Projektgruppe des Unterausschusses für Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung: Vertreter aller Polizeien der Länder, des Bundes sowie der Justiz, Anm. d. Verf.] entwickelten und durch die IMK [Innenministerkonferenz, Anm. d. Verf.] beschlossenen Sicherheitsstandards, die in Form von Auflagenbescheiden gegenüber den Veranstaltern einheitlich umgesetzt wurden, wesentliche Grundlage für den Erfolg*“ (ebd., S. 38).
- Die zeitweise Wiedereinführung von Grenzkontrollen, im Bericht als „*temporäre und lageangepasste Schengen-Binnengrenzkontrollen*“ bezeichnet, die zur Zurückweisung von „*Personen fremder Staatsangehörigkeiten, die eine Gefahr für die Sicherheit und Ordnung in Deutschland darstellten*“ dient, wird zwar im Bericht erwähnt, allerdings ohne Veröffentlichung von statistischen Angaben, wie die Anzahl der Kontrollen bzw. der ausgesprochenen Reiseverbote etc. (ebd., S. 39).
- Während der WM hätte das Rollenverständnis der Polizei während der WM zur positiven Gesamtstimmung beigetragen: „*Priorität besaß der Servicegedanke, die dennoch angemessenen umfassenden Sicherheitsmaßnahmen wurden nicht als belastend empfunden. Das besonnene Verhalten der Polizei hat im In- und Ausland eine positive Resonanz und Anerkennung gefunden*“ (ebd.).
- Die Arbeit des mit „*22 Kooperationspartnern gemeinsam errichtete Nationale Informations- und Kooperationszentrum (NICC)*“ habe „*seine Aufgaben der Informationssammlung, -bündelung und -steuerung erfolgreich wahrgenommen. Hierdurch wurde eine jederzeitige „Sprechfähigkeit“ der Bundesregierung im Rahmen der übernommenen Regierungsgarantie „Sicherheit“ gewährleistet. Das NICC, angesiedelt im Bundesministerium des Innern, hat ca. 50 Nationale Lagebilder erstellt und rund 80 Fachbesuche (Einzelpersonen sowie Gruppen) empfangen*“ (ebd.).

Dokumentenanalyse

- Den größten Raum in der Darstellung nimmt die der vielfältigen *internationalen Zusammenarbeit* im Sicherheitsbereich ein, zu der zusammenfassend festgestellt wird:

Die Einsatzkräfte aus 13 europäischen Staaten, die in den originären Aufgaben der Bundespolizei eingesetzt waren, haben hervorragende Arbeit geleistet und waren kompetente Ansprechpartner für ihre Landsleute. Insgesamt haben die über 570 ausländischen Beamten in beratender und unterstützender Funktion einen erheblichen Beitrag zum friedlichen und sicheren Verlauf des Fußballfestes in Deutschland geleistet (ebd.).

Im Kontext der internationalen Zusammenarbeit werden folgende Einzelthemen behandelt:

- Grundsätzlich wird die die Notwendigkeit von internationalen Abstimmungen bei der Durchführung von Großereignissen trotz der Sicherheitsverantwortung des Gastgeberlandes betont und die Nutzung bestehender Sicherheitskooperationen.
- Positiv bewertet wird auch die Zusammenarbeit mit den entsandten ausländischen Verbindungsbeamten, vor allem den szenekundige Beamte, die entscheidende Tipps über die Anhänger ihrer jeweiligen Nationalmannschaften an die deutsche Polizei (ebd.) gegeben haben.
- Als zusätzlichen Sicherheitsgewinn und anlassbezogene internationale Kooperation werden die erstmalig konzipierten „*Gemeinsamen Erklärungen*“ (ebd.) bei den internationalen Sicherheitsvorbereitungen zur WM erwähnt. Was diese Erklärungen im Detail enthalten, wird allerdings nicht dargestellt.
- Als weitere neue Maßnahme wird die *Übertragung „hoheitlicher Befugnisse an ausländische Polizeivollzugskräfte im Aufgabenbereich der Bundespolizei sowie von dem Einsatz ausländischer Verbindungsstaatsanwälte aus zwei Teilnehmernationen der WM 2006“* (ebd.) positiv evaluiert.

In dem gesamten Abschlussbericht finden sich keinerlei kritische Anmerkungen hinsichtlich der polizeilichen Sicherheitsarbeit bzw. -maßnahmen (was allerdings deckungsgleich mit dem Rest des durchweg positiven Abschlussberichtes ist). Hintergrundinformationen über einzelne Maßnahmen erhält der Bericht nicht, einzelne Maßnahmen werden zwar benannt aber nicht erläutert (s. o.). Auch ist der Abschnitt Sicherheit weitestgehend statistikfrei, d. h. es fehlen Angaben zu Straftaten oder von der Zahl von Sicherheitsmaßnahmen betroffenen Personen etc.

9.4 Verfassungsschutzbericht 2006

Eine zusammenfassende Bewertung oder ein Resümee der Sicherheitslage im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft findet sich im Verfassungsschutzbericht 2006 nicht. Allerdings wird an drei Stellen die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 erwähnt: zweimal im Zusammenhang mit Rechtsextremismus und einmal in Verbindung mit Werbemaßnahmen von Scientology.

Der Bericht (Bundesministerium des Inneren 2006, S. 80) erwähnt zwei von der NPD herausgegebene WM-Planer, die sich in rassistischer und volksverhetzender Weise gegen nicht-weiße Spieler der deutschen Fußballnationalmannschaft richten und die beide mit gerichtlichen Verboten belegt wurden. Kläger war in ersten Fall der Nationalspieler Patrik Owomoyela, im zweiten der Deutsche Fußballbund. Darüber hinaus haben rechtsextremistische Musikbands einen Musiksampler „*Zu Gast bei uns - Der Fußballsampler*“ veröffentlicht, der aufgrund gewaltverherrlichenden und volksverhetzenden Inhalts (u. a. Lieder mit Hooliganbezug) verboten ist (ebd., S. 109).

Hinsichtlich der Aktivitäten von Scientology während der Fußball-WM 2006 erwähnt der Verfassungsschutzbericht die Steigerung von Werbeaktivitäten der Organisation, die thematisch mit dem Fußballturnier verbunden sind:

Während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland hat die SO ihre öffentlichen Werbeaktionen intensiviert. Besonders in den Städten, in denen die Spiele ausgetragen wurden, führte sie viele kleinere Versammlungen durch und stellte Informationsstände auf. Dabei versuchte die SO auch, thematisch an das Fußballturnier anzuknüpfen, indem sie Sonderausgaben ihrer Broschüre „Way to Happiness“ mit einem Fußball auf der Titelseite drucken ließ und verteilte (ebd., S. 339).

9.5 Polizeibericht Hamburg 2006

Der seit 1996 jährlich erscheinende Polizeibericht Hamburgs vermittelt in der Art eines „Geschäftsberichts“ (so Polizeipräsident Jantosch, Polizei Hamburg 2006, S. 4) einen Überblick über die wichtigsten Einsatzfelder, Aufgaben und Veränderungen der Polizei im jeweils vergangenen Jahr. Unter dem Titel „WM-Fieber. Wenig Straftaten und ausgelassene Stimmung“ wird in dem Bericht eine Bilanz der WM Sicherheit in Hamburg gezogen. Im Jahr 2006 werden in Hamburg insgesamt 236.547 Straftaten registriert. Die Fallzahl liegt damit um 3,4% unter der von 2005 (d. h. es wurden 8.260 Fälle weniger erfasst). In der Tendenz ist die Anzahl der Straftaten in Hamburg seit Jahren rückläufig (ebd., S. 8).

Dokumentenanalyse

Während der gesamten Fußball-Weltmeisterschaft wurden insgesamt 418 Platzverweise und 869 Aufenthaltsverbote ausgesprochen. 324 Menschen kamen vorübergehend zur Gefahrenabwehr in polizeilichen Gewahrsam. In 194 Fällen kam es zu einer Festnahme wegen einer Straftat. Das entspricht 13 Platzverweisen und sechs Festnahmen pro Tag. Gemessen an dem vierwöchigen Zeitraum und den Menschenmassen (insgesamt 1,2 Millionen), die bei den verschiedenen öffentlichen Public Viewing-Points in Hamburg immer wieder zusammenkamen, liegen diese Zahlen auf einem niedrigen Niveau (ebd., S. 17).

Auch hier wird wieder einmal auf die positive und friedliche Stimmung seitens der BesucherInnen der WM bzw. der Rahmenveranstaltungen verwiesen. *Die Fans und Fußballfreunde zeigten sich von ihrer besten Seite* (ebd., S. 16). Die Arbeit der Hamburger Polizei sei durch das auf Prävention und Kommunikation ausgerichtete Nationale Sicherheitskonzept definiert gewesen. „Für die Polizei Hamburg war die Weltmeisterschaft eine ungewöhnliche Herausforderung: Ziel sollte es sein, größtmögliche Sicherheit bei gleichzeitiger Weltoffenheit zu garantieren“ (ebd.). Als weitere Erfolgsfaktoren für die polizeiliche Arbeit werden die Zusammenarbeit mit ausländischen Polizeibeamten und das bereits erprobte Akkreditierungsverfahren⁴⁹ für das WM-Stadion (Prüfung der Personalien von Akkreditierten durch die Polizei) genannt.

9.6 Zwischenfazit und Ergebniszusammenfassung der Dokumentenanalyse

Mit der Erklärung der Regierungsgarantie, einen größtmöglichen Sicherheitsstandard bei der Fußball-Weltmeisterschaft zu schaffen, hat sich die Bundesregierung (vertreten durch den hierfür zuständigen Bundesinnenminister) gegenüber dem DFB und der FIFA zu umfassenden, wenn auch nicht näher spezifizierten, Sicherheitsleistungen verpflichtet. Im Kontext dieses Events ist somit eine staatliche Gewährleistungszusage gegenüber privaten Akteuren abgegeben worden. Aus dem Abschlussbericht der Bundesregierung wird der Umfang der Sicherheitsmaßnahmen ersichtlich, wobei allerdings detaillierte Aufstellungen über Einsatzstärken und Personalaufwand weitgehend fehlen. Bemerkenswert ist auch die Erklärung, dass sich die Ausgaben für die Sicherheitsleistungen nicht beziffern ließen (so fehlen z. B. Angaben über die Kosten von Polizeieinsätzen) und nur zu einzelnen Teilbereichen (Unterstützungsleistungen der Bundeswehr) Angaben über konkrete Kosten gemacht werden (s.

⁴⁹ Insgesamt sind nach Angaben des Bundesministerium des Inneren in Deutschland 250.000 Personen dieser sicherheitsbehördlichen Zuverlässigkeitsprüfung auf Wunsch des für die WM Organisation zuständigen Organisationskomitees (OK) unterzogen worden (Kunst 2007, S. 36).

o.). Als mögliche bzw. wahrscheinliche Bedrohungsszenarien werden Gefährdungen durch Hooligans, politische Kriminalität (insbesondere internationaler Terrorismus) sowie anlassbezogene bzw. allgemeine und organisierte Kriminalität benannt und eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen zu deren Abwehr aufgeführt. Den größten Anteil an den genannten Maßnahmen nehmen verschiedene Arten von internationaler Zusammenarbeit von staatlichen Sicherheitsorganen sowie Datensammlungen, -prüfungen (Akkreditierungsverfahren) und Datenaustausch ein. Hinsichtlich der Sicherheitslage während der WM zieht der Abschlussbericht eine positive Bilanz und verweist auf eine erfolgreich umgesetzte Sicherheitsstrategie, die auf präventiven und kommunikativen Strategien beruht hätte.

Im Verfassungsschutzbericht 2006 finden sich weniger Angaben zur Fußball-Weltmeisterschaft als im Vorfeld erwartet. Hier wird lediglich dreimal auf die WM 2006 Bezug genommen (zweimal im Kontext von rechtsextremistischen Publikationen und einmal im Kontext von Werbeaktionen von Scientology). In den Ausführungen zu möglichen Gefährdungen durch politische Kriminalität werden hingegen keinerlei Bezüge zur Fußball-Weltmeisterschaft hergestellt. Der Polizeibericht Hamburg vermeldet eine im Vergleich zu 2005 gesunkene Zahl registrierter Straftaten (-3,4%) und bewertet die Sicherheitslage in der Hansestadt während der WM als positiv. Die Straftaten hätten (gemessen an der Dauer der Veranstaltung und den 1,2 Millionen BesucherInnen auf Public Viewings) auf einem niedrigen Niveau gelegen und verweist auf die entscheidenden Erfolgsfaktoren: die friedlichen Fans, die präventive und kommunikative Sicherheitsstrategie, internationale Polizeizusammenarbeit und das Akkreditierungsverfahren für das Stadion.

Sowohl im lokalen Polizeibericht wie auch im Abschlussbericht der Bundesregierung werden präventive und kommunikative Einsatzstrategien als ein zentraler Bestandteil für die stabile Sicherheitslage zur WM gewertet. Diese Strategien orientieren sich grundsätzlich an den zur EM 2004 in Portugal eingesetzten „low profile“ Polizeistrategien. Die EM 2004 gilt im Hinblick auf Sicherheitsaspekte als eines der erfolgreichsten internationalen Fußballturniere, was eben auf die Anwendung defensiver Polizeistrategien zurückgeführt wird (Stott et al. 2006a). Weitere Erfolgsaspekte werden Maßnahmen zugeschrieben, deren rechtlichen Grundlagen als umstritten gelten. Es handelt sich hierbei vornehmlich um Datensammlungen, insbesondere die „Datei Gewalttäter Sport“, deren Datenbasis auch Verdachtsfälle erfasst und den internationalen Austausch von solcher Daten (Krahm 2008, vgl. 4.4.1). Diese bilden die Grundlage für eine Vielzahl der in den Dokumenten erwähnten Maßnahmen, vor allem im präventiven Bereich (wie Reisebeschränkungen, Gefährderansprachen etc.). Die in den untersuchten Dokumenten erwähnten Sicherheitsmaßnahmen beziehen sich auf verschiedene Räume, die in den Kontext der WM eingebunden sind (vgl. auch 8.2.3).

Dokumentenanalyse

a) Stadien (Orte der WM Spiele)

Im Zusammenhang mit den WM-Stadien werden Maßnahmen wie das Akkreditierungsverfahren und der Austausch von Daten erwähnt. Insgesamt finden sich nur wenige Angaben über Sicherheitsmaßnahmen, die sich explizit auf die Stadien beziehen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die Stadien sich juristisch im Bereich des Privatrechts befinden. Für die Durchführung der WM obliegt das Hausrecht in allen Austragungsstadien der FIFA, insofern ist die Gewährleistung der Veranstaltungssicherheit primär durch private Sicherheitsdienste zu leisten.

b) Public Viewing Areas und innerstädtische Veranstaltungsflächen zur Fußball-WM (Orte der WM Fans) und c) städtische öffentliche Räume (innenstadtnahe Orte der WM Gäste)

Die Public Viewing Areas und innerstädtischen Veranstaltungsflächen können sowohl dem Privatrecht als auch dem öffentlichen Recht unterliegen - je nach Art der Veranstaltung. Für den öffentlichen Raum werden bestehende polizei- und ordnungsrechtliche Maßnahmen angewendet, wie die im Polizeibericht Hamburg erwähnten Platzverweise und Aufenthaltsverbote sowie Festnahmen. Darüber hinaus werden eventspezifische Maßnahmen wie präventive Betretungsverbote Public Viewings und Fan Feste, die als offizielle FIFA-Rahmenveranstaltungen stattfinden, unterliegen einem hohen Standardisierungsgrad - auch in Bezug auf Sicherheitsmaßnahmen. Die Definition entsprechender Sicherheitsrahmenbedingungen ist das Ergebnis der Zusammenarbeit privater (u. a. FIFA, DFB, Fanprojekte, private Sicherheitsdienstleister) und staatlicher Akteure (u. a. Polizei, Vertreter der Stadt, Innenministerien). Hierbei zeigt sich die für Großevents typische projektorientierte Organisationsstruktur, die sich von den „traditionellen“ Verwaltungsstrukturen abhebt (Häußermann & Siebel 1993).

d) Nationale Grenzen (Zugangslinien: Küste, Luftraum, Grenzstationen)

Eine zentrale Strategie bezieht sich auf die Verhinderung der Einreise von potentiell gewalttätigen Personen aus dem Ausland. Hierbei wird eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die die Ein- oder auch Ausreise von solchen Personen verhindern soll, u. a. die Wiedereinführung der Grenzkontrollen in den Schengen-Mitgliedsstaaten und der Einsatz szenekundiger Beamter an Grenzübergängen und Transitorten (Flughäfen, Bahnhöfen). Darüber hinaus werden zur WM - wie zuvor schon bei den Olympischen Spielen 2004 und der EM 2004 zur Verhinderung von Terroranschlägen aus der Luft AWACS Flugzeuge der NATO zur Überwachung des Luftraumes eingesetzt.

In den analysierten Dokumenten werden überwiegend bereits bestehende und erprobte Sicherheitsmaßnahmen genannt. Eventsspezifische Effekte zeigen sich hier vor allem auf organisatorischer Ebene, insbesondere durch die enge Zusammenarbeit privater und staatlicher Akteure. Darüber hinaus ist der Umfang von Datensammlungen und der Austausch von Daten (behördenübergreifend und international) sowie die enge internationale Polizeizusammenarbeit (z. B. Austausch von szenekundigen Beamten) eventbedingt. Das Nationale Sicherheitskonzept benennt zwei im Zuge der WM eingerichtete Zentren: Das Nationale Informations- und Kooperationszentrum (NICC) und die Zentrale Informationsstelle WM 2006 (ZIS 2006). Diese Form der überbehördlichen und internationalen Zusammenarbeit in Zentren lässt sich als strukturelle Dynamisierung im Zuge des Events definieren. Inwieweit solche außerhalb der „traditionellen“ Verwaltungsstrukturen auch nach der WM Anwendung finden, lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht beantworten. Allerdings zeigt sich in den letzten Jahren die Tendenz einer verstärkten internationalen Sicherheitszusammenarbeit, so dass eine generelle Zunahme von Datenaustausch, dem Austausch von institutionellem Wissen sowie und der Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen zu beobachten ist⁵⁰.

⁵⁰ Hierzu gibt es eine Reihe von Maßnahmen - vor allem auf EU Ebene: „Im Juni 1997 wurde auf dem EU-Gipfel eine detaillierte Strategie zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens mit 30 Empfehlungen angenommen. Ein Plan mit Folgemaßnahmen (Strategie für ein neues Jahrtausend) wurde im Mai 2000 vereinbart, um den derzeitigen Elan zu nutzen. Überdies gibt es mehrere EU-Programme in diesem Bereich. Dazu gehören das Programm OISIN über den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden, das Programm STOP zur Verstärkung der Kontakte zwischen Personen, die für die Bekämpfung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung von Kindern zuständig sind, und das Programm Falcone, ein Austausch-, Ausbildungs- und Kooperationsprogramm für Personen, die in der Bekämpfung des organisierten Verbrechens tätig sind.“ (http://ec.europa.eu/justice_home/faq/police/faq_police_de.htm)

IV FESTIVALISIERUNG STÄDTISCHER SICHERHEITSPOLITIK?

10 Ergebnisdiskussion

Im Folgenden werden die Ergebnisse der eigenen empirischen Untersuchungen im Kontext der eingangs erläuterten Forschungsstände und den in Kapitel 4 aufgeführten Ergebnisse der Studien zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 diskutiert. Hierbei werden zunächst die Auswirkungen der WM auf den Veranstaltungsort Hamburg betrachtet und dargestellt, welche Festivalisierungsdynamiken sich für den städtischen Kontext aufzeigen und welche sozialräumlichen Wirkungen sich feststellen lassen. Anschließend werden die Auswirkungen und Dynamiken der Sicherheitsdebatten im Kontext der Fußball-WM 2006 für den überregionalen Kontext betrachtet und die Wirkungsweisen von Großevents auf Sicherheitspolitiken erläutert. Die räumlichen Dimensionen im Sicherheitsdiskurs werden im darauf folgenden Abschnitt aufgezeigt. Zum Abschluss wird auf die unbenannten Selbstverständlichkeiten des Sicherheitsdiskurses eingegangen.

10.1 Auswirkungen der Fußball-WM 2006 auf den Veranstaltungsort Hamburg

Zunächst werden die Auswirkungen der Fußball-WM im Hinblick auf Infrastrukturmaßnahmen, sozial-räumliche Auswirkungen sowie auf mögliche Effekte auf den Standort Hamburg betrachtet. Hierbei liegt der Bezug vor allem auf den Ergebnissen der Experteninterviews und Evaluationsstudien zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 (vgl. Kapitel 4). Anschließend folgt eine ausführliche Betrachtung von Sicherheitsmaßnahmen und -debatten im Kontext des Events auf den Veranstaltungsort Hamburg, bei der sowohl die Ergebnisse der Experteninterviews, der Analyse der lokalen Berichterstattung sowie der Dokumentenanalyse einfließen.

Im Bereich Infrastrukturmaßnahmen sind nur wenige Maßnahmen mit direktem Bezug zur Fußball-Weltmeisterschaft umgesetzt worden. Diese sind hauptsächlich im Stadionumfeld zu finden (Modernisierung der S-Bahnhöfe Eidelstedt und Stellingen, Instandsetzung von Zufahrtstrassen). Dabei handelt es sich um bereits seit längerem geplante Maßnahmen, die jedoch durch das Event einem erhöhten Fertigstellungsdruck unterliegen. Sonstige Infrastrukturmaßnahmen, wie die Fertigstellung der vierten Elbtunnelröhre, die Umgestaltung des Jungfernstiegs oder die Fertigstellung des Spielbudenplatzes St. Pauli stehen nicht in einem

Ergebnisdiskussion

planerischen Zusammenhang mit der Fußball-WM, auch wenn hier ebenfalls eine planmäßige Fertigstellung zum Event erfolgreich angestrebt wird. Insofern lässt sich feststellen, dass von der Fußball-Weltmeisterschaft kaum infrastrukturelle Effekte in Hamburg ausgehen. Die getätigten Maßnahmen stehen hauptsächlich im Zusammenhang mit einer Attraktivitätssteigerung der Stadt im Hinblick auf (Event-)Tourismus. Das Austragungsstadion (das während der WM zum Schutz der Sponsorenrechte nicht AOL - Arena heißen darf) verfügt zur WM über rund 50.000 Sitzplätze (im Ligabetrieb, d. h. mit Stehplätzen, fasst das Stadion 57.000 Plätze). Das alte Volksparkstadion von 1953 wurde von 1998 - 2002 zu einem internationalen Fußballstadion bzw. zu einer Mehrzweckveranstaltungsarena umgebaut und erfüllt seitdem die Vorgaben der FIFA für die Durchführung von internationalen Begegnungen und WM-Spielen. Im Hinblick auf die WM 2006 werden lediglich Umbauten im Zugangsbereich (erhöhte Sicherheitsmaßnahmen) und die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur für MedienvertreterInnen vorgenommen (Pressemitteilung FHH vom 24.5.2005). Aufgrund der Vorgabe, dass bei internationalen Fußballspielen nur Sitzplätze angeboten werden dürfen, liegt die Anzahl der ZuschauerInnen bei den WM-Spielen niedriger als bei ausverkauften Bundesligaspielen. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass es bei der Durchführung der WM in Hamburg erwartungsgemäß zu keinen infrastrukturellen Problemen bei der Bewältigung des Zuschaueraufkommens gekommen ist. Hinsichtlich der Auswirkungen auf den Tourismusbereich decken sich die verhaltenen Einschätzungen der befragten lokalen ExpertInnen (vgl. 7.2.1) mit den Erhebungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, das für Deutschland nur sehr geringe und kurzfristige ökonomische Effekte, auch im Bereich Tourismus und Gastgewerbe, bilanziert (Brenke & Wagner 2007, S. 26, vgl. 4.2).

Inwieweit bzw. ob die Stadt Hamburg die Fußball-WM zur eigenen Imagesteigerung genutzt hat, lässt sich nur ansatzweise schlussfolgern. Zum einen liegt dies an der grundsätzlich schwierigen Messbarkeit von (Stadt-)Image (vgl. 4.2), zum anderen stellt sich die Frage, ob bzw. in welchem Umfang Hamburg überhaupt imagesteigernde Maßnahmen mit speziellem WM-Bezug initiiert hat. Die Interviewergebnisse mit den lokalen ExpertInnen sind hierbei überwiegend durch Skepsis geprägt. Trotz der - im Vergleich zu anderen Austragungsorten - aufwändigen Betreuungsprogramme für auswärtige JournalistInnen und Fußball-TouristInnen (Fan Office, Fan Guide), lässt sich kein öffentlichwirksames Werbeimage Hamburgs zur Fußball-WM identifizieren. Dies wird von einigen ExpertInnen auch mit Verweis auf die gescheiterte Olympia-Bewerbung Hamburgs als wiederholter Fehler bzw. nicht genutzte Chance kritisiert. Auch die Tatsache, dass die Fußball-Weltmeisterschaft in insgesamt elf Austragungsorten stattfindet, lässt Zweifel aufkommen, ob trotz der umfangreichen medialen Beachtung (vgl. 4.3) der Spiele, die Fußball-WM überhaupt viel Potential für eine lokale Imagesteigerung bietet. Allerdings ist auch die Gefahr eines negativen Imageeffektes in

Ergebnisdiskussion

Bezug auf mögliche Ausschreitungen gering, da in Hamburg keine so genannten Risikospiele stattfinden und auch tendenziell von einem friedlichen Verlauf der WM ausgegangen wird. Trotz der geringen Erwartungen an positiven Effekten für den WM-Austragungsort Hamburg, gelten Großevents in den Experteninterviews als ein mittlerweile unverzichtbarer Bestandteil von Stadtmarketing, vor allem, da Hamburg zwar über einen hohen Freizeitwert, aber nicht über herausragende bauliche oder naturlandschaftliche Attraktionen verfüge. Allerdings geben die meisten der Befragten an, persönlich kein besonderes Interesse an Massenveranstaltungen zu haben. Überspitzt zusammengefasst scheinen Großevents deshalb wichtig zu sein, weil alle Städte solche durchführen, aber nicht, weil direkt messbare Effekte erwartet werden.

Im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft werden die begrenzten Kapazitäten der Stadien und die im Vorfeld erheblich kritisierte Ticketvergabe (insbesondere die geringe Anzahl der auf dem freien Markt vorhandenen Tickets bzw. die hohen Ticketkontingente für die Sponsoren) durch kostenlose Leinwandübertragungen auf offiziellen FIFA Fan Festen ergänzt. Das FIFA Fan Fest findet während der WM auf der Veranstaltungsfläche Heiligengeistfeld im Stadtteil St. Pauli statt und bietet, neben den Spielübertragungen, eine Vielzahl von weiteren Unterhaltungsprogrammen (wie Konzerte an spielfreien Tagen). Während der Fußball-Weltmeisterschaft haben bis zu 70.000 ZuschauerInnen auf dem Fan Fest die Spieleübertragungen verfolgt⁵¹. Die 20 Hektar große Freifläche Heiligengeistfeld wird regelmäßig für Veranstaltungen genutzt, davon insgesamt drei Monate im Jahr für das Volksfest Hamburger Dom (jeweils einen Monat im Frühjahr, Sommer und Winter). Durch die unmittelbare Nähe zur Amüsiermeile Reeperbahn hatten die BesucherInnen des Fan Festes nach dessen Schließung (um 24 Uhr) die Möglichkeit, in unmittelbarer Nähe weitere gastronomische und sonstige Freizeiteinrichtungen zu nutzen. Kritisch angemerkt wird hierzu - vor allem von Befragten aus der Stadtteilarbeit - eine generelle Überlastung des Stadtteils St. Pauli durch die Vielzahl von Großevents, die mit erheblichen Lärm und Schmutzbelästigungen für die BewohnerInnen einhergehen. Dennoch wird überwiegend von einer hohen Akzeptanz von Veranstaltungen im Kontext der Fußball-WM ausgegangen, da es sich bei der Fußball-WM zum einen um ein sehr seltenes Ereignis handelt und sich im allgemeinen Fußball einer hohen Beliebtheit erfreut. Die Fußball-Weltmeisterschaft ist im städtischen Raum hauptsächlich durch Begleitveranstaltungen spürbar und sichtbar geworden. Die Vielzahl von größeren

⁵¹ Das Fan Fest in Hamburg war zunächst für 50.000 Personen konzipiert worden. Da hier wie auch in anderen Orten bereits in der Vorrunde die Public Viewings wegen Überfüllung geschlossen werden mussten, genehmigte die FIFA eine grundsätzliche Erweiterung der Veranstaltungskapazitäten (HA 19.6.06).

und kleineren Public Viewings (Fan Feste, private und öffentliche PV-Veranstaltungen, Übertragungen in sozialen, kulturellen und kirchlichen Einrichtungen - zumeist für Jugendliche) und Übertragungen von Spielen in Kneipen und Cafés haben vier Wochen lang das innerstädtische Leben, nicht nur in Hamburg, erheblich geprägt. Dennoch sind kaum nachhaltig sichtbare Effekte geblieben - die Veranstaltungsflächen der Fan Feste waren temporäre Nutzungen, die entweder auf vorhandenen Veranstaltungsflächen (wie in Hamburg) oder auf zeitweise gesperrten Straßen bzw. Parksperrungen (z. B. Berlin) stattfanden. Trotz der vierwöchigen Dauer und des erheblichen Umfangs an konsumierendem Publikum unterscheidet sich die Fußball-WM im Hinblick auf andere in Hamburg stattfindende Großveranstaltungen strukturell nur gering. Hierdurch erklärt sich der mangelnde Bedarf an umfangreichen städtebaulichen Maßnahmen. Großevents mit tausenden von BesucherInnen gehören mittlerweile zur städtischen Alltagskultur und somit sind - zumindest in größeren Städten - die infrastrukturellen Bedingungen in der Regel vorhanden. Von einer Steigerung der Identifikation der Bevölkerung mit der Stadt durch die Fußball-WM ist nicht auszugehen, allerdings ist das Hamburger Fan Fest sehr positiv (vor allem von einem jüngeren Publikum) aufgenommen worden⁵².

Hinsichtlich der Organisation für die Durchführung der Fußball-WM gibt es in den Experteninterviews verschiedene Bewertungen. Aus dem Bereich Fanarbeit wird die Einbeziehung von FanbetreuerInnen in die Planungen und auch die Erstellung des Hamburger Fan Guides in mehreren Sprachen (der Basisinformationen für auswärtige Fußballfans, wie Telefonnummern der Fan Helpline, Ärztlicher Notdienst, Polizei, Lage des Fan Festes und Stadion, Kurzbeschreibung der Stadt Hamburg etc.) sowie die Einrichtung eines Fan Offices positiv bewertet. Befragte aus der Stadtteilarbeit kritisieren hingegen die mangelnde Berücksichtigung von Anwohnerinteressen insbesondere im eventbelasteten Stadtteil St. Pauli. Auch in diesem Bereich lässt sich eine Eventorientierung von Maßnahmen zugunsten touristischer bzw. eventbezogener Zielgruppen feststellen, während mögliche Belastungen von Stadtteilen durch das Event kaum berücksichtigt werden. Ein zentrales Argument in diesem Zusammenhang ist der Verweis auf die Seltenheit und gleichzeitige überragende Bedeutung des Megaevents Fußball-Weltmeisterschaft (vgl. 7.2.1), was eine häufig anzutreffende Legitimationsstrategie bei der Umsetzung von Großevents ist (vgl. Kapitel 2).

⁵² Laut der ARD kamen insgesamt ca. 1,5 Millionen BesucherInnen auf das Hamburger Fan Fest und übertrafen damit die vorherigen Schätzungen der Veranstalter, die von ca. 1 Mio. ausgegangen waren (http://sport.ard.de/wm2006/wm/vorort/ndr/news07/02/060702_bilanz_hamburg.jhtml).

Die Nutzung der Fußball-Weltmeisterschaft zu einer Umgestaltung der Stadt, wie sie als Festivalisierungsstrategie der Stadtpolitik von Häußermann und Siebel (1993) beschrieben wird, hat also in Hamburg nicht stattgefunden. Dennoch zeigen die empirischen Untersuchungen, dass von verschiedenen Akteuren versucht wird, die Dynamik des Events zur Durchsetzung und Legitimierung von Politiken zu nutzen. Im Fokus der vorliegenden Arbeit wurden diese Strategien und ihre Wirkungen im lokalen Sicherheitsdiskurs und im Hinblick auf mögliche Veränderungen in der Zugänglichkeit öffentlicher Räume untersucht.

Auswirkungen auf die Zugänglichkeit öffentlicher Räume (bzw. öffentlich zugänglicher Räume) lassen sich mit Ausnahme der temporär privatisierten Veranstaltungsfläche Heiligengeistfeld und anderen Veranstaltungsflächen nur in geringem Maße nachweisen. Ein deutliches Beispiel für den Versuch der Instrumentalisierung der Fußball-WM für die Umsetzung von Interessenlagen stellt die Forderung der Handelskammer Hamburg dar, einige Einkaufsstraßen der Hamburger Innenstadt mit einem temporären Bettelverbot zu belegen. Die Instrumentalisierung von Großevents zur Durchsetzung von Verdrängungsstrategien tritt nicht selten auf, ähnliche Bestrebungen lassen sich beispielsweise auch im Kontext der EXPO 2000 in Hannover beobachten (vgl. Simon 2001, S. 23). Bei der Forderung nach einem Bettelverbot in Hamburg wird der Bezug zur WM deutlich formuliert und soll durch die zeitliche Befristung an Glaubwürdigkeit gewinnen. Inhaltlich begründet wird der Vorstoß mit ökonomischen bzw. imagebezogenen Argumenten, wonach die BettlerInnen geschäftsschädigende Auswirkungen hätten und auf WM-TouristInnen einen negativen Eindruck hinterlassen könnten. Sicherheitsbezogene bzw. auf Kriminalitätsfurcht abzielende Argumente, die auf eine argumentative Nähe zur Broken-Windows-Theorie verweisen könnten, finden sich hier nicht⁵³. Die befragten ExpertInnen lehnen das geforderte Bettelverbot einhellig ab, verweisen dabei auf humanistische Grundprinzipien und argumentieren damit, dass Betteln eine städtische Alltagserscheinung sei, die niemanden gefährden würde. Lediglich im Falle von so genannter organisierter Bettelei gehen die Meinungen auseinander. Hier halten einige wenige Befragte Verdrängungsmaßnahmen für angemessen, da es sich um eine Form der Kriminalität handle, die Form des Bettels mit der Zurschaustellung körperlicher Gebrechen einhergehe sowie eine Benachteiligung (durch die Konkurrenz der auswärtigen BettlerInnen) von lokalen BettlerInnen zu befürchten sei. Insgesamt bestehen erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Befristung des Bettelverbotes. Vielmehr wird dies als Strategie identifiziert, die die Einführung eines generellen Bettelverbots erleichtern soll. Wie von fast allen

⁵³ Ob dies auf eine neue Entwicklung einer „Post-Broken-Windows-Argumentation“ hinweist, in der ausschließlich ökonomische Argumente angeführt werden, müsste durch weitere Untersuchungen geklärt werden.

Ergebnisdiskussion

ExpertInnen erwartet, scheitert der Vorstoß der Handelskammer ebenso wie die vorherigen ähnlichen Bestrebungen an einer parteiübergreifenden politischen Opposition und einer breiten öffentlichen Ablehnung, die nicht zuletzt durch intensive Öffentlichkeitsarbeit der Obdachlosenzeitung Hinz & Kunzt befördert wird.

Sicherheit wird im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft stark als nationales und internationales Thema verhandelt und enthält nur selten lokale Bezüge. Dies hat die durchgeführte Analyse der Inhalte sowie der Akteure der Hamburger Berichterstattung deutlich gezeigt (vgl. Kapitel 8). Im Folgenden werden die Ergebnisse der eigenen Untersuchungen diskutiert, die lokale Bezüge aufweisen. Die umfangreicheren nationalen und überregionalen Sicherheitsdebatten werden im darauf folgenden Abschnitt 11.2 gesondert betrachtet.

Unter der Betonung des Sicherheitsaspektes werden temporäre Beschränkungen in der Nutzbarkeit öffentlicher Räume bzw. Straßen im Zusammenhang mit dem Aufenthalt des US-amerikanischen Fußballteams in Hamburg sowohl in der lokalen Presse als auch in den Experteninterviews thematisiert. Als Maßnahmen werden Straßensperrungen und besondere Sicherheitsmaßnahmen im Umfeld des Mannschaftshotels des US-amerikanischen Teams und des Trainingsplatzes genannt, die in der lokalen Berichterstattung mit einer erhöhten Terrorgefahr durch so genannte islamistische Terroristen⁵⁴ begründet werden. Dabei wird allerdings auch Hamburgs Innensenator Nagel mit der Aussage zitiert, es gäbe keine Hinweise auf eine konkrete Gefährdung durch einen terroristischen Anschlag und auch eine Abriegelung ganzer Stadtteile zum Schutz der US-amerikanischen Fußballmannschaft werde nicht stattfinden. Insgesamt finden sich in der lokalen Berichterstattung kaum Artikel über Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Team, was unter anderem wohl auch in der verkürzten Aufenthaltsdauer aufgrund des Ausscheidens des Teams in der Vorrunde liegt.

Grundsätzlich erwarten die lokalen ExpertInnen nur sehr geringe Gefährdungen durch Terrorismus oder politisch motivierte Gewalttaten in Hamburg, was sich auch an einer offenen Gestaltung des Fan Festes zeige. Ebenfalls gering wird die Gefährdung durch Hooligans in Hamburg eingeschätzt. Dies liegt auch darin begründet, dass die in Hamburg spielenden Fußball-Mannschaften auch nach Einschätzung der befragten ExpertInnen (insbesondere

⁵⁴ In diesem Kontext wird „islamistischer Terrorismus“ im Kontext von Anschlägen bzw. terroristischen Bedrohungen durch das so genannte „Al Quaida“ Netzwerk gemeint.

Ergebnisdiskussion

aus den hier relevanten Bereichen Sicherheit und Fanarbeit) nicht nur als risikoarm⁵⁵ gelten, sondern auch erwartungsgemäß nicht von größeren Fanverbänden begleitet wurden. In Hamburg fanden die folgenden fünf WM-Spiele statt:

10.6.2006 Argentinien - Ecuador

15.6.2006 Ecuador - Costa Rica

19.6. 2006 Saudi Arabien - Ukraine

22.6. 2006 Tschechien - Italien

30.6. 2006 Italien - Ukraine (Viertelfinalspiel)

Trotz der positiven Gefahreneinschätzungen für Hamburg werden im Zuge der Fußball-Weltmeisterschaft mehrere Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt, die mehr oder weniger direkt mit dem Event legitimiert werden. Diese finden in der lokalen Berichterstattung allerdings nur selten Berücksichtigung, auch generell zeigen sich in den Pressedarstellungen zu Sicherheitsaspekten im WM-Kontext nur selten hamburgspezifische Themenstellungen. Die in der Berichterstattung präsenten Maßnahmen lassen sich dahingehend unterscheiden, ob sie direkt und hauptsächlich mit der WM legitimiert werden oder ob das Event nur zur unterstützenden Legitimation herangezogen wird. Direkt mit der Durchführung der Fußball-Weltmeisterschaft und den damit verbundenen Sicherheitsanforderungen werden Maßnahmen legitimiert, wie die Einrichtung einer zentralen Gefangenensammelstelle, die Videoüberwachung der Veranstaltungsfläche Heiligengeistfeld (gemäß den Vorgaben der FIFA für die Fan Feste) und die Sicherheitsüberprüfungen im Rahmen der Akkreditierungsverfahren. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Maßnahmen nach Beendigung des Events wieder zurückgenommen werden - sowohl die Gefangenensammelstelle wie auch die Videoüberwachung des Heiligengeistfeldes sind weiterhin in Betrieb (bei der Datenprüfung für die Akkreditierungen handelt es sich um einmalige Maßnahme⁵⁶). Zur unterstützenden Legitimation wird die Fußball-WM bei der Einführung der Videoüberwachung der Hamburger Reeperbahn angeführt, wobei die befragten ExpertInnen deren Einführung entweder sehr viel stärker auf die von der WM unabhängigen Kriminalitätsentwicklung zurückführen oder die Maßnahme generell als symbolische Politik im Hinblick auf Wahlergebnisse werten.

⁵⁵ Im italienischen Fußball sind Ausschreitungen, insbesondere durch rechtsradikale Tifiosi, zwar ein erhebliches Problem, dies gilt aber hauptsächlich für Spiele in Italien, da diese Problemfans in der Regel nicht zu internationalen Auswärtsspielen fahren.

⁵⁶ Inwieweit die Form von Datenaustausch von staatlichen Organen und privaten Akteuren (hier die FIFA) zu einer Standardisierung solcher Verfahren beigetragen hat, müsste anhand von weiteren Untersuchungen ermittelt werden.

Ergebnisdiskussion

Einige der in den Experteninterviews angesprochenen Aspekte, wie die Befürchtung, dass es im Zuge der WM zu verstärkten asylrechtlichen Kontrollen kommen könnte, finden sich in der lokalen Berichterstattung nicht wieder. Auch die von den ExpertInnen geforderten (gewalt-)präventiven nicht-polizeilichen Maßnahmen, wie z. B. Fanarbeit oder Kinder- und Jugendprojekte finden nur marginale Beachtung in der Presse. Dies deckt sich mit der überwiegenden Kritik der ExpertInnen an der Hamburger Berichterstattung, die viel zu wenig über positive Beispiele und zuviel und übertrieben über Sicherheitsrisiken und Bedrohungen berichtet. Die Ergebnisse der Presseanalyse zeigen auch, dass in der Berichterstattung eine Darstellung von Bedrohungsszenarien vorherrscht, während kritische Auseinandersetzungen über die Auswirkungen oder die Angemessenheit von Sicherheitsmaßnahmen im Kontext der Fußball-WM ebenso wie ausführliche Hintergrundinformationen selten sind.

Die Sicherheitsresümees fallen nach der Fußball-Weltmeisterschaft sowohl im Hamburger Polizeibericht als auch in der lokalen Berichterstattung deutlich positiv aus. Insgesamt wird im Jahr 2006 in Hamburg eine rückläufige Fallzahl bei Straftaten verzeichnet (zur beschränkten Aussagekraft der PKS vgl. 3.2.1). Sowohl in der Presseberichterstattung wie auch im Polizeibericht Hamburg werden als entscheidende Erfolgsfaktoren für den guten Verlauf der Fußball-WM in Hamburg die friedliche Stimmung der Fans und die erfolgreich umgesetzten defensiven Polizeistategien, die auch in den Interviews insbesondere von FanbetreuerInnen gefordert werden sowie die erfolgreiche internationale Polizeizusammenarbeit angeführt.

Insgesamt lässt sich bei der Betrachtung des lokalen Kontextes der Stadt Hamburg feststellen, dass die WM als Begründung und Legitimation einzelner Sicherheitsmaßnahmen dient. Eine weitergehende oder gar umfassende Tendenz zur Versicherheitlichung öffentlicher Stadträume im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft lässt sich anhand der durchgeführten Untersuchungen nicht feststellen. Generell zeigen sich solche Tendenzen jedoch bei der Betrachtung der Entwicklung von städtischen Sicherheits- und Kontrollpolitiken (vgl. Kapitel 3 und 5.2) der letzten Jahre. Als Erklärung, warum das Event nicht stärker für die Legitimation von Kontroll- und Sicherheitspolitiken verwendet wird, kommen mehrere Aspekte in Betracht. Großevents gehören als Veranstaltungsform in Hamburg ebenso wie Fußballspiele mit großer Zuschauerbeteiligung zum städtischen Alltag. Im Hinblick auf Gewaltprävention im Fußballzusammenhang gibt es seit Jahren bewährte Konzepte sowohl im sozialpräventiven Bereich (Fanarbeit bei den Clubs St. Pauli und HSV), wie auch im Bereich polizeilich-technischer Prävention. Insofern stellt die Fußball-Weltmeisterschaft zwar im Hinblick auf die Dauer der Veranstaltung und den Menschenmengen auf dem Heiligengeistfeld eine Herausforderung dar, aber grundsätzlich handelt es sich bei der Durchführung der WM um keine neuartige Veranstaltungsform. Darüber hinaus bewegen sich die Sicherheits-

und Kontrollmaßnahmen in Hamburg bereits auf einem hohen Niveau, d. h. die Durchsetzung solcher Politiken lässt sich auch unabhängig von Großevents erreichen. Insbesondere bei der Betrachtung der Entwicklung der städtischen Sicherheitspolitik der letzten zehn Jahre (vgl. 4.4.2) wird deutlich, dass verstärkte Sicherheitspolitiken mit dem Argument Kriminalitätsfurcht legitimiert werden. Diese ist jedoch im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft im allgemeinen öffentlichen Diskurs kaum sichtbar.

10.2 Bewertung der Sicherheitsdebatten im Kontext der Fußball-WM 2006

Im folgenden Abschnitt werden zunächst die in den Untersuchungen identifizierten Themenfelder des Sicherheitsdiskurses, ihre Inhalte und Akteure im Hinblick auf den Forschungsstand zusammenfassend betrachtet. Im Fokus stehen dabei die Fragestellungen, welche Wirkungen das Megaevent Fußball-Weltmeisterschaft 2006 auf Sicherheitsdebatten und -politiken hat und welche Funktionen bzw. Funktionalisierungen nachweisbar sind. Hierbei werden auch zeitliche und räumliche Dimensionen berücksichtigt. In dieser Darstellung werden exemplarisch die jeweils wichtigsten Ergebnisse der einzelnen Themenfelder im Hinblick auf diese Fragestellungen analysiert.

Im Sicherheitsdiskurs der Fußball-Weltmeisterschaft lassen sich verschiedene Hauptthemenfelder identifizieren, die sich inhaltlich an unterschiedlichen Bedrohungsszenarien bzw. Risiken orientieren: Bedrohungen durch Terrorismus, Hooliganismus oder Rechtsextremismus sowie eine intensive Debatte um einen möglichen Bundeswehreinsatz zur Fußball-WM, die eng mit dem Themenfeld Terrorismus verknüpft ist. In allen drei durchgeführten empirischen Untersuchungen finden sich deutliche Hinweise darauf, dass die Fußball-Weltmeisterschaft erhebliche Auswirkungen auf Sicherheitspolitiken und -maßnahmen hat. Dabei geht es nicht um das Entstehen neuer WM-spezifischer Themenfelder, sondern um eine Verstärkung oder stärkere Sichtbarwerdung bereits vorhandenen Themen, die allerdings zu diesem Event gebündelt im öffentlichen Diskurs auftreten und die durch eine (begrenzte) zeitliche Dimension eine besondere Aufmerksamkeit bzw. Dringlichkeit erhalten.

Wenn von terroristischen Bedrohungen in der Presseberichterstattung die Rede ist, dann beinhaltet dies (soweit nicht deutlich anders formuliert) einen impliziten Bezug zum islamistischen Terrorismus, was allerdings oft nur durch Randbemerkungen deutlich wird. Terrorismus scheint mittlerweile im öffentlichen Diskurs (in Deutschland) unmittelbar mit einer unspezifischen Gefährdung durch islamistische Terroristen verbunden zu sein und dies, obwohl

in Deutschland bisher noch keine Anschläge verübt worden sind. Die erklärte Zugehörigkeit Deutschlands zu einem „weltweiten Gefahrenraum“ und die damit verbundene Vorstellung einer permanenten, wenn auch sehr unkonkreten Bedrohung, findet sich auch in Aussagen lokaler ExpertInnen wieder und scheint ein gesellschaftlich akzeptiertes Szenario darzustellen. Auch im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft wird eine terroristische Gefährdung von Befürwortern verschärfter Sicherheitspolitiken als Argument angeführt. Hierbei dient das Event sowohl zur inhaltlichen Zuspitzung, d. h. es wird sowohl mit einer verschärften Sicherheitslage durch die WM argumentiert als auch mit einer zeitlichen Dimension, indem auf einen Handlungsdruck verwiesen wird. Neben der ohnehin permanenten Bedrohung wirkt die WM im Rahmen einer solchen Argumentationsstrategie als zusätzliche Verstärkung, zum einen weil die große öffentliche Aufmerksamkeit und das weltweite mediale Interesse zu einer Attraktivitätssteigerung für Terroristen führen könnte, zum anderen wegen des Aufenthalts der US-amerikanischen Fußballmannschaft in Deutschland bzw. Hamburg. Darüber hinaus findet sich das Argument, dass vor allem Fan Feste bzw. Public Viewings aufgrund ihrer relativen Ungeschütztheit Ziel von Anschlägen werden könnten, während die hoch gesicherten und nur sehr selektiv zugänglichen Stadien als sicher gelten. Ein Teil der befragten ExpertInnen bewertet (Sport-)großveranstaltungen jedoch als nicht durch Terrorismus gefährdet und argumentieren mit dem terrorfreien Verlauf der Olympischen Spiele 2004, sowie mit einer anderen Zielsetzung der Terroristen, denen es eher darum gehe, Menschen mit Anschlägen in ihrem Alltag zu treffen. In diesem Argumentationszusammenhang wird auch kritisiert, dass Terrorismus häufig als Totschlagargument verwendet wird, da es als Legitimation für eine Verstärkung von Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen dient, wobei aber gleichzeitig die zugrunde liegenden Gefahreinschätzungen aus Sicherheitsgründen geheim gehalten werden müssten und sich somit einer allgemeinöffentlichen Überprüfbarkeit bzw. Bewertung entziehen.

Trotz der Verwendung des Events als Argument für eine Verstärkung und Legitimation von Sicherheitspolitiken wird gleichzeitig das Fehlen einer konkreten terroristischen Gefahr hervorgehoben. Dies lässt sich als argumentative Gratwanderung deuten, da eine zu starke Annahme einer Gefährdung, d. h. ein zu hohe Terrorismusfurcht, das Event selbst schädigen könnte, z. B. durch Vermeidungsverhalten seitens des Publikums oder durch negative Imageeffekte. Ein sehr deutliches Beispiel für die beschriebene Argumentationsstrategie stellt die Debatte um erweiterte Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr während der WM dar (vgl. 8.1.4). Nachdem sich die Nichtdurchsetzbarkeit einer entsprechenden Verfassungsänderung zur Fußball-Weltmeisterschaft herausstellt, verschwindet das Thema fast vollständig aus dem öffentlich-medialen Diskurs, da der entsprechende Handlungs- und Durchsetzungsdruck entfällt. Im Themenbereich Terrorismus findet sich eine diskursive Verknüpfung des

Ergebnisdiskussion

Einwandererdiskurses mit dem ökonomischen, dem sozialen und dem Diskurs über Innere Sicherheit (vgl. Jäger 2006, S. 244). Dies zeigt sich u. a. anhand der in der Berichterstattung verbreiteten Ansicht, dass eine potentielle Gefahr durch terroristische Anschläge während der WM von in Deutschland lebenden (bzw. geborenen) Islamisten besteht.

Bezüglich des Themenfeldes Hooliganismus halten fast alle befragten ExpertInnen die Gefahr von Ausschreitungen für äußerst gering und die vorhandenen Sicherheitsmaßnahmen für ausreichend. Dies wird von den befragten FanbetreuerInnen, unter Bezug auf den wissenschaftlichen Forschungsstand, auch damit begründet, dass seit den 1980er Jahren ein Rückgang von Hooliganismus zu verzeichnen ist. Besonders wichtig seien insgesamt defensive Polizeistrategien, die sich auch bei der Fußball-Europameisterschaft 2004 in Portugal als sehr erfolgreich erwiesen hätten, worauf auch in Begleitstudien (vgl. 4.4.1) verwiesen wird. In der Presseberichterstattung wird das Themenfeld vor allem im Hinblick auf osteuropäische Hooligans als bedrohlich dargestellt, wobei einerseits eine höhere Gewaltbereitschaft dieser Hooligans angeführt wird und andererseits eine Bedrohung dadurch erzeugt wird, dass osteuropäische Hooligans als „unbekannte Gefahr“ inszeniert werden, deren zahlenmäßige Größe und Verhaltensweisen nicht einschätzbar seien. Bei der Analyse der Berichterstattung wird ein Bezug zu kulturellen Hegemonien im öffentlichen Diskurs ersichtlich, in dem Deutschland bzw. westeuropäische EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf den Standardisierungsgrad und internationaler Polizeizusammenarbeit abgegrenzt werden von osteuropäischen Staaten (insbesondere Polen und Ukraine). Diesen Mediendarstellungen widersprechende Experteneinschätzungen finden nur marginal Eingang in die Berichterstattung. Stattdessen finden sich häufiger Forderungen staatlicher Akteure, die eine höhere Standardisierung von Sicherheit in osteuropäischen Ländern (in diesem Kontext wird vor allem auf Datenerfassung von Hooliganverdächtigen verwiesen) und eine engere polizeiliche Zusammenarbeit sowie Ausreisebeschränkungen für Hooligans bzw. Hooliganverdächtige fordern. Im Gegensatz dazu, werden deutsche Hooligans als gut überwacht und daher ungefährlich eingeschätzt sowie die gute internationale Polizeizusammenarbeit z. B. mit der britischen Polizei hervorgehoben. Nach der WM wird in der Berichterstattung eine rein positive Sicherheitsbilanz gezogen: Lediglich kleinere, aber schnell unter Kontrolle gebrachte, Ausschreitungen werden erwähnt, ansonsten wird insbesondere die internationale Polizeizusammenarbeit (und Grenzkontrollen) und die erfolgreichen defensiven Polizeistrategien gewürdigt.

Im Vorfeld der Fußball-WM werden seitens innenpolitischer Akteure mehrfach „Null-Toleranz-Strategien“ angekündigt, die als Abschreckung und Demonstration von staatlicher bzw. polizeilicher Handlungsfähigkeit dienen sollen. Im Nationalen Sicherheitskonzept wird

eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen zur Abwehr von Hooligangewalt aufgeführt, die von Ein- und Ausreisebeschränkungen bis zu Gefährderansprachen⁵⁷, Meldeauflagen und Betretungsverboten bis hin zu vorbeugendem Gewahrsam reichen. Auf die ersten drei genannten Maßnahmen verweist der Abschlussbericht der Bundesregierung als erfolgreiche präventiv-polizeiliche Maßnahmen. Eine Auseinandersetzung über den Umfang polizeilicher oder rechtlicher Maßnahmen findet sich in der lokalen Berichterstattung nicht. Dies wird allerdings in den Experteninterviews thematisiert, wo die Gefahr des Lüchow-Dannenberg-Effektes⁵⁸ aufgrund einer derzeitigen Überausstattung der Polizei befürchtet wird (vgl. 7.2.2). Auch wird die Darstellung von Hooligans in der Hamburger Presse seitens der befragten ExpertInnen aus den Bereichen Sport und Fanbetreuung als übertrieben dargestellt und in diesem Zusammenhang auch über eigene Erfahrungen über falsch wiedergegebene Interviews berichtet.

Das Themenfeld Rechtsextremismus weist im Gegensatz zu den anderen Themenbereichen im öffentlichen Diskurs eine Besonderheit auf, da hier nicht-staatliche Akteure als Promotoren von Bedrohungsszenarien auftreten, sondern NROs eine Debatte über No-Go-Areas, insbesondere in ostdeutschen Regionen, anstoßen. Politische Akteure reagieren hierauf überwiegend ablehnend, wobei sich zwei verschiedene Hauptargumentationen bzw. -strategien identifizieren lassen:

a) Erstens, eine Strategie der Leugnung und des Gegenangriffs, die das Vorhandensein von No-Go-Areas bestreitet bzw. eine solche Gefahr durch Rechtsextreme negiert und in der Thematisierung eine Verleumdung der angesprochenen Regionen sieht bzw. eine Image-schädigung Deutschlands befürchtet.

b) Zweitens, eine Strategie der Normalisierung, bei der darauf verwiesen wird, dass es in jeder Stadt gefährliche Orte gäbe, was zwar bedauerlich, aber nicht zu verhindern sei.

⁵⁷ Hierunter werden präventive Ansprachen von Personen, die in der Datei Gewalttäter Sport erfasst sind durch Polizeikräfte verstanden. Ziel der Maßnahme ist zum einen das Sammeln von Informationen und zum anderen soll es eine Warnung an mutmaßliche Täter dienen, sich bei bevorstehenden Events nicht auffällig zu verhalten bzw. sich von Ausschreitungen fern zu halten. Fanverbände kritisieren in diesem Zusammenhang u. a. die mangelnde rechtliche Grundlage dieser Maßnahme und dass sie nicht nur per Hausbesuch, sondern teilweise auch am Arbeitsplätzen der Verdächtigen durchgeführt werden (vgl. <http://www.profans.de/index.php?page=gefaehrderansprache>)

⁵⁸ Der Lüchow-Dannenberg Effekt beschreibt eine Erhöhung der statistisch erfassten Vergehen und Verbrechen vor dem Hintergrund erhöhter Polizeipräsenz. Dadurch sieht es so aus, als ob mehr Polizei mehr Kriminalität verursacht. Tatsächlich schlagen sich in der Statistik lediglich eine höhere Aufklärungsquote und die intensivere Verfolgung von Bagatelldelikten nieder.

Ergebnisdiskussion

Darüber hinaus wird von staatlichen Akteuren die Existenz und das Funktionieren staatlicher Kontrolle angeführt, also staatliche Handlungsfähigkeit betont.

Ein weiteres Thema in der Berichterstattung über Rechtsextremismus, welches auch in den Experteninterviews angesprochen wird, befasst sich mit der Nutzung der WM als Plattform durch Rechtsextreme. Hierbei handelt es sich um eine durchaus gängige Strategie von RechtsextremistInnen, Großevents bzw. deren mediale Aufmerksamkeit zu nutzen. In der Berichterstattung finden sich Darstellungen von gerichtlichen Auseinandersetzungen um die Zulassung rechtsextremer Demonstrationen während der WM sowie Aufforderungen von politischen Akteuren, sich an friedlichen Gegendemonstrationen zu beteiligen, um so ein Gegengewicht zu rechter Präsenz zu schaffen und ein gast- und ausländerfreundliches Deutschland zu repräsentieren.

Die starke Zurückweisung der Existenz von bzw. der Diskussion über No-Go-Areas und die gleichzeitige Aufforderung zur Beteiligung an friedlichen Gegendemonstrationen verweist auf das bekannte Phänomen der Ablehnung von militantem Rassismus bei gleichzeitiger Reproduktion bzw. Verdrängung von institutionellem und alltäglichem Rassismus dar (vgl. Jäger 2006, S. 246f.⁵⁹).

Geschlechtsspezifische Differenzierungen sind in dem betrachteten Sicherheitsdiskurs zur Fußball-Weltmeisterschaft kaum auszumachen. Im Hinblick auf den Forschungsstand zu städtischer (Un-)sicherheit (vgl. 3.2.1) werden Frauen als potentielle Opfer oder als Trägerinnen von Kriminalitätsfurcht thematisiert, während sie im öffentlichen Diskurs zur WM als „Befriederinnen“ männlichen Verhaltens genannt werden und damit eine Erklärung für die friedlichen Stimmung auf WM-Veranstaltungen auf den hohen Frauenanteil zurückgeführt wird. Als Akteurinnen treten Frauen in der Berichterstattung kaum in Erscheinung, ebenso wenig wie sie als potentielle Ziele von Verdrängungsstrategien sichtbar werden, wie etwa als Bettlerinnen in der Debatte um ein Bettelverbot in der Hamburger Innenstadt.

In der Gesamtbetrachtung der Ergebnisse lassen sich Abgrenzungen bzw. Grenzziehungen als ein räumliches bzw. räumlich-soziales Mittel zur Herstellung von Sicherheit identifizieren.

⁵⁹ „Ablehnung eines militanten Rassismus bei gleichzeitiger Reproduktion des alltäglichen und institutionellen Rassismus ist im übrigen nicht neu; dieses Phänomen zieht sich lückenlos durch die Geschichte der Bundesrepublik und lässt sich vielfältig belegen und zwar auf allen wichtigen Diskursebenen“ (Jäger 2006, S. 246f.).

Ergebnisdiskussion

Gemeinsam ist diesen Grenzziehungen der Versuch einer Abgrenzung nationalstaatlicher bzw. westeuropäische Hegemonien gegenüber anderen Regionen bzw. potentiellen Tätern aus nicht-westeuropäisch hegemonialen Kontexten:

- a) Aus- und Einreiseverbote: Die Aussetzung des Schengener Abkommens ermöglicht die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und soll so dazu dienen, potentielle Gefährder von Außen an der Einreise zu hindern (ausschließende Kontrolltechnik). Innerhalb des hegemonialen Kontextes soll potentiellen Gefährdern mithilfe von einschließenden Kontrolltechniken, wie Ausreiseverboten, Passenzug, Meldeauflagen etc., das Erreichen von Veranstaltungsorten verwehrt werden.
- b) Der Schutz vor potentielle Angriffen auf dem „Wasser“, aus der „Luft“ (s. Terrorismus), woraus die Notwendigkeit einer militärischen Grenzsicherung seitens der NATO und Bundeswehr abgeleitet wird.
- c) Einer unspezifischen Abgrenzung, die zur Verhinderung des Eindringens von islamistischen Terroristen von „Außen“ dienen soll, wobei sowohl das „Außen“ geographisch undefiniert bleibt, wie auch die Art des Eindringens.
- d) Innere Ausgrenzungen zeigen sich in der Thematisierung von terroristischen Gefährdungen, die von in Deutschland lebenden, aufgewachsenen bzw. geborenen Islamisten ausgeht, wobei auch hier ein Bedrohungsszenario entworfen wird, ohne dass in vertiefender Weise eine inhaltliche Aufarbeitung eines solche Phänomens stattfindet und daher ein Potential solcher Äußerungen in der Beförderung rassistischer Alltagsdiskurse liegt.

Die Standardisierung von Sicherheitskonzepten und -maßnahmen sowie verschiedene Arten der internationalen Sicherheitszusammenarbeit stellen dominante Strategien bei der Herstellung von Sicherheit im WM-Kontext dar. Das Nationale Sicherheitskonzept der FIFA WM 2006 verweist an mehreren Stellen auf verschiedene Formen von internationalen Polizeikooperationen, die von Datenaustausch über eine Zusammenarbeit zur Verhinderung von Grenzüberschreitungen reichen und der Stationierung von ausländischen Verbindungsbeamten in Deutschland, die vor Ort Informationen über Fanverbände liefern sollen. Darüber hinaus wird eine Beteiligung von EUROPOL und INTERPOL im NICC und beim BKA sowie eine Beteiligung von EUROJUST für internationale Abstimmungen bei Strafverfolgungen erwähnt. Obwohl einzelne Maßnahmen auch in der Presseberichterstattung genannt werden (wie Grenzkontrollen, Verbindungsbeamte, NICC), entfällt insgesamt betrachtet eine kritische Auseinandersetzung oder eine detaillierte Darstellung in der untersuchten Berichterstattung fast völlig. Hier lässt sich ein Merkmal von Kontrollgesellschaften identifizieren, welches in der Oberflächlichkeit der öffentlichen Diskursebene besteht, die sich hier in der Verwendung

von Fachtermini bei gleichzeitigem Fehlen von Erläuterungen zeigt, wodurch eine wirkliche Nachvollziehbarkeit als notwendige Grundlage für eine breitere gesellschaftliche Debatte nicht gegeben ist (vgl. Riethmüller 2005). Ein weiterer Aspekt bei der Herstellung von Sicherheit ist die Ansammlung von Wissen im Sinne von Datensammlungen über potentielle Täter (vor allem im Kontext Hooliganismus und Terrorismus), welches als Kontrollinstrument dient, indem es die Grundlage für präventive Maßnahmen bietet. Im öffentlichen Diskurs findet sich nur selten eine Problematisierung der Rechtmäßigkeit solcher Maßnahmen, die teilweise auf Verdachtsfällen beruhen (vgl. 4.4.1 - Datei Gewalttäter Sport) oder die Zulässigkeit über den Austausch von Daten sowohl auf internationaler Ebene, wie auch mit privaten Akteuren (mit der FIFA im Zuge des Akkreditierungsverfahrens). Im Abschlussbericht der Bundesregierung wird die Vereinheitlichung von Sicherheitsvorgaben auf den Public Viewing Areas als entscheidender Faktor für deren Erfolg gewertet (vgl. 9.3.2), was allerdings nicht weiter erläutert wird und sich somit einer Prüfung entzieht. Die Sicherheitsstrategien zur Fußball-WM zeigen eine deutliche Präferenz im Hinblick auf standardisierte und internationalisierte Sicherheitskonzepte, sowie von Grenzziehungen in Orientierung am westeuropäischen kulturellen Hegemonialverbund. Deutlich zu Tage tritt hierbei auch, dass die Definitionsmacht von Sicherheitsstandards hegemonial verortet ist und sich z. B. osteuropäische Länder (in der Berichterstattung werden Polen und Ungarn genannt) an diesen Standards orientieren sollen, um die Sicherheitsbedürfnisse der westeuropäischen Nachbarländer im Kontext des Events erfüllen zu können.

Die folgende Abbildung fasst die Wirkungsweisen von Großevents als Verstärker von Sicherheitspolitiken zusammen und macht dabei deutlich, dass sich Forderungen nach einer Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen durchaus unabhängig vom Verlauf der Veranstaltung begründen lassen. Hierbei soll die Abbildung aber keine Kausalkette suggerieren, sondern veranschaulichen, welche Effekte bei der Herstellung von Sicherheit bzw. sicheren Räumen zum Tragen kommen.

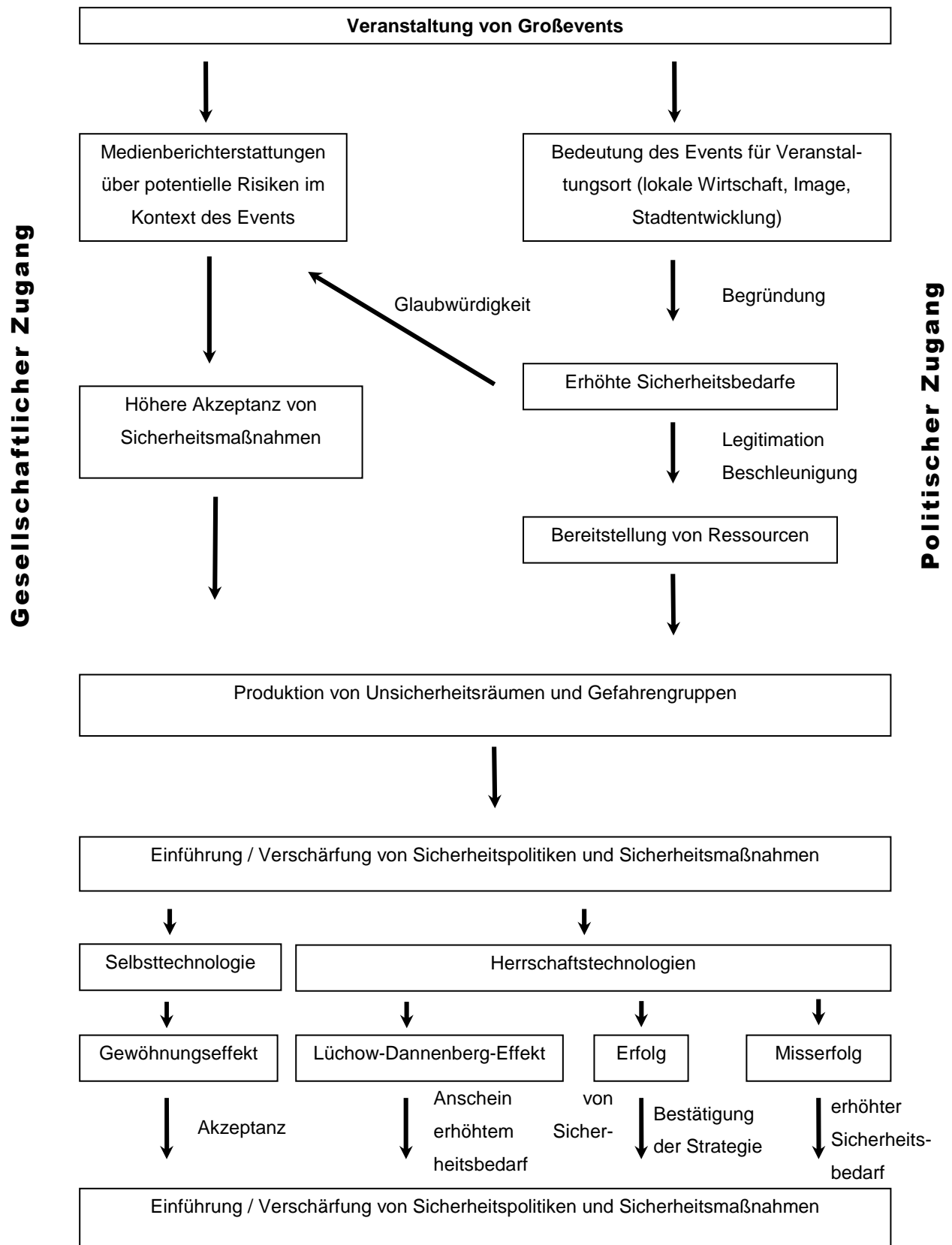


Abbildung 10-1 Wirkung von Großevents auf Sicherheitspolitiken

(eigene Darstellung)

Durch die Medienberichterstattung über potentielle Risiken im Kontext des Events werden Bedrohungsszenarien sowie erhöhte Sicherheitsbedarfe vermittelt, was zu einer höheren Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen führt. Auf der politischen Umsetzungsebene werden im Zuge des Events höhere Sicherheitsbedarfe formuliert und entsprechende Mittel für die Herstellung von Sicherheit bereitgestellt. Die zuvor identifizierten (bzw. konstruierten) gefährlichen Räume und gefährliche Gruppen sind das Ziel dieser Sicherheitsmaßen. Die eingeführten Praktiken (im Untersuchungsbeispiel u. a. internationale Polizeizusammenarbeit, Standardisierungen auf nationalstaatlicher Ebene sowie auf lokaler Ebene z. B. die Einführung von Videoüberwachung auf dem Heiligengeistfeld) können eine weitere Gewöhnung an einen erhöhten Sicherheitsstandard bzw. die Akzeptanz dessen Notwendigkeit bewirken (Selbsttechnologie). Eine Beibehaltung des erhöhten Standards sowie eine weitere Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen lassen sich nach dem Event paradoxerweise sowohl bei einer Überausstattung staatlicher Sicherheit (Lüchow-Dannenberg-Effekt), wie auch bei einem friedlichen Verlauf des Events (Erfolg) oder bei auftretenden Mängeln (Misserfolg) begründen (Herrschaftstechnologien). Im ersten Fall können hohe Fallzahlen den Anschein eines erhöhten Sicherheitsbedarfs erwecken, im zweiten Fall gilt der Erfolg als grundsätzliche Bestätigung der Sicherheitsstrategie und im letzteren Fall kann mit einem Mangel (vermeintliche Minderausstattung bzw. fehlende rechtliche Handhabungen) an Sicherheit argumentiert werden. Im Fall der untersuchten Fußball-WM 2006 wird eine positive Sicherheitsbilanz gezogen, sowohl im Abschlussbericht der Bundesregierung, im Polizeibericht Hamburg, wie auch in der lokalen Berichterstattung und wirkt damit als nachträgliche Bestätigung der Richtigkeit und Angemessenheit der getroffenen Maßnahmen. Dass dieses positive Ergebnis als Legitimationsgrundlage für weitere Verschärfungen bzw. für einen Ausbau internationaler Sicherheitskooperationen dienen kann, zeigen entsprechende Ankündigungen des Bundesinnenministers (vgl. 8.1.5). Dies verweist auf die Entstehung bzw. Etablierung einer permanenten Kontrolle, wie sie Deleuze (1993, vgl. Kapitel 1) als symptomatisch für Kontrollgesellschaften bezeichnet.

10.3 (Stadt-)Räumliche Dimensionen des Sicherheitsdiskurses im Kontext der Fußball-WM 2006

Räumliche Dimensionen finden sich im betrachteten Sicherheitsdiskurs sowohl in der Konstruktion von potentiellen Gefahrenräumen (vgl. 8.2.3), indem konkrete Orte (sowohl Veranstaltungsorte wie Stadien und Public Viewing Areas, als auch innerstädtische Stadträume) hinsichtlich ihrer möglichen Gefährdung thematisiert werden. Darüber hinaus werden Innen- und Außenräume durch Grenzziehungen bzw. -sicherungen durch Sicherheitsmaßnahmen

Ergebnisdiskussion

konstruiert oder konstituiert (vgl. 10.2.). Bei der Debatte um No-Go-Areas wird Räumen hingegen ein Gefahrenpotential durch die Präsenz und Machtartikulation von Rechtsextremen attestiert, welches insbesondere für ausländische (bzw. gemäß einer rechtradikalen Ideologie nicht deutsch aussehende) Bevölkerungs- bzw. Touristengruppen gilt.

Grundsätzlich ist dieser Sicherheitsdiskurs von einer überregionalen Betrachtungsebene geprägt, lokale Bezüge finden sich - auch in der Untersuchung der lokalen Berichterstattung - nur selten. Neben Grenzstrategien finden sich auch Strategien der Raumüberwachung zur Gewährleistung von Sicherheit, hierbei zeigt sich im Hamburg-Kontext eine permanente Erhöhung des Sicherheitsstandards anhand der zur WM eingeführten und darüber hinaus fortgesetzten Videoüberwachung der Veranstaltungsfläche Heiligengeistfeld. Das Ziel von raumwirksamen Sicherheitsmaßnahmen ist die Herstellung sicherer Räume, indem der Zugang verdächtigen bzw. als gefährlich eingestuften Gruppen und Personen verwehrt bleibt, was nicht nur für nationalstaatliche Grenzen gilt, sondern eben auch auf lokaler Ebene Anwendung findet. Der Polizeibericht Hamburg 2006 führt an, dass während der WM in Hamburg 418 Platzverweise und 869 Aufenthaltsverbote ausgesprochen wurden, womit diese exkludierenden Techniken die am häufigsten angewendeten Polizeimaßnahmen darstellen. Eine Differenzierung, z.B. nach Stadtteilen findet sich hier allerdings nicht.

Eine Vielzahl von Sicherheitskonzepten und -maßnahmen zur WM bezieht sich auf räumliche Ebenen. Hierzu zählen die Konstruktion von Verbundräumen (transstaatliche Kooperationsräume) und Verräumlichung von Sicherheitsstrategien (hegemoniale Räume) bzw. deren Aufhebung (Wiedereinführung der Binnengrenzkontrollen zwischen Staaten des Schengen-Abkommens). Dabei werden im Kontext der WM staatenübergreifende Sicherheitsräume konstruiert, in denen durch bestimmte Maßnahmen (u. a. Grenzkontrollen, internationale Polizeizusammenarbeit mit Austausch von Daten und Personal) eine Aus- oder Einreise verdächtiger Personen kontrolliert bzw. verhindert werden soll. Des Weiteren lässt sich ein Funktionalisieren von Raum für Legitimationsstrategien (Gefahrenräume) vor allem für den Kontext No-Go-Areas in ostdeutschen Bundesländern aufzeigen. Als lokale Maßnahmen lassen sich die Anwendung von Ausgrenzungen bzw. entsprechende Bestrebungen nachweisen, die sich vornehmlich auf innerstädtische Räume und Veranstaltungsorte der WM beziehen (wie Zugangsregulierungen zum Stadion, Einzäunungen und Einlasskontrollen auf dem FIFA Fan Fest). Darüber hinaus werden Ausgrenzungen auch im WM-Kontext als polizeiliche Maßnahme in Form von Platzverweisen und Aufenthaltsverboten durchgesetzt. Über den Sicherheitskontext hinaus finden sich auch aus ökonomischen Erwägungen heraus Bestrebungen zu einer Exklusivierung von Räumen (z. B. Bettelverbot in der Innenstadt).

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Fußball-Weltmeisterschaft zu einer bisher in diesem Ausmaß nicht vorhandenen Nutzung von öffentlichen Stadträumen im Kontext eines Großevents geführt hat. Auch wenn die Public Viewing Areas in temporär privatisierten Räumen stattfinden und deren Zugänglichkeit eine Akzeptanz der dortigen Sicherheitsbestimmungen (Videoüberwachung, teilweise Taschenkontrollen und Körperabtastungen etc.) voraussetzt, besuchen nach Angaben des Abschlussberichts der Bundesregierung insgesamt achtzehn Millionen Menschen die verschiedenen Public Viewings in Deutschland. Die im Kontext der Fußball-WM durchgeführten Besucherbefragungen (siehe 4.2.2) zeigen als Momentaufnahme eine sehr positive Sicherheitseinschätzung, auch wenn diese Ergebnisse hinsichtlich ihrer speziellen Befragungssituation (euphorischen Stimmung, evtl. Alkoholeinfluss) zurückhaltend interpretiert werden sollten. Auf welche Faktoren sich diese positiven Einschätzungen stützen (und wie verschiedene Sicherheitsmaßnahmen auf das Sicherheitsgefühl wirken), müsste bei ähnlichen Folgeveranstaltungen genauer untersucht werden.

10.4 Abschließende Anmerkungen: Unbenannte Selbstverständlichkeiten des Sicherheitsdiskurses

Im Vergleich der Aussagen der ExpertInneninterviews und der lokalen Berichterstattung haben sich deutliche Unterschiede in der Einschätzung von Risiken gezeigt, was sich auch darauf zurückführen lässt, dass ExpertInnen (aus wissenschaftlichen Kontexten, aus der Fanarbeit und für den lokalen Kontext aus der Stadtteilarbeit) im Gegensatz zu politischen und staatlichen Akteuren in der Presse kaum oder gar nicht vertreten sind. Auch haben die durchgeführten Akteursanalysen ein deutliches Übergewicht von Vertretern verstärkter Sicherheitspolitiken aufgezeigt, so dass im öffentlichen Diskurs sehr viel häufiger Forderungen nach mehr Sicherheit (im Sinne polizeilicher und technischer Sicherheit) in Erscheinung treten, als entsprechende Gegenpositionen. Inwieweit dies, zusammen mit der Darstellung von Bedrohungsszenarien in der Berichterstattung, Auswirkungen auf Kriminalitätsfurcht hat (die ja als Legitimationsgrundlage für kommunale Sicherheitspolitiken verwendet wird), lässt sich mit dem gewählten Untersuchungsansatz zwar nicht ausreichend klären, ist jedoch hinsichtlich ihrer Entstehungsfaktoren (siehe 3.2.1) nahe liegend.

Kriminalitätsfurcht im Alltagskontext ist im Rahmen der WM kein Thema im öffentlichen Diskurs, obwohl ExpertInnen verschiedene Formen der Alltagskriminalität (Diebstähle etc.) als größtes Veranstaltungsrisiko einstufen. Ebenso werden spontane Gewalttätigkeiten unter Alkoholeinfluss (die nicht von Hooligans, sondern von „normalen Veranstaltungsteilnehmern“ ausgehen) kaum thematisiert, schon gar nicht im Hinblick auf die Ursachen solcher Gewalt.

Ergebnisdiskussion

Ein gewisses Maß an Gewalt, solange sie nicht aus definierten gefährlichen Gruppen kommt, scheint also zumindest insoweit akzeptiert zu sein, dass es kein Themenfeld im öffentlichen Diskurs ist. Dies mag zunächst banal klingen, übertrüge man die Deliktzahlen der Fußball-Weltmeisterschaft aber auf einen anderen Kontext, beispielsweise auf Demonstrationen, so wäre die Bewertung der Gefährlichkeit mit Sicherheit eine andere (oder man stelle sich vor wie die Berichterstattung ausgesehen hätte, wenn diese Form von Delikten überwiegend von Frauen begangen worden wären).

Die Fußball-Weltmeisterschaft ist als friedliches und fröhliches Event in die kollektive Erinnerung eingegangen. Dennoch zeigen sich deutliche Effekte auf eine internationale Standardisierung und Ausweitung von Sicherheits- und Überwachungskonzepten, bei denen die WM als Legitimation dient und darüber hinaus auch zu einer längerfristigen Erhöhung von Sicherheitsstandards beigetragen hat. Hierbei lässt sich auch feststellen, dass potentielle Bedrohungen bzw. Bedrohungsszenarien im öffentlichen Diskurs in Erscheinung treten, eine Debatte über die Ursachen von solchen Bedrohungspotentialen aber ebenso fehlt, wie eine inhaltlich fundierte Auseinandersetzung über die Sinnhaftigkeit oder Auswirkungen von Sicherheits- und Kontrollpolitiken. Die Gefahr solcher Entwicklungsdynamiken besteht vor allem in einer stetigen Reproduktion und Ausweitung von Sicherheits- und Kontrollpolitiken, die sich einer öffentlichen Nachvollziehbarkeit weitgehend entziehen, obwohl sie erhebliche Konsequenzen auf eine Beschränkung von Freiheitsrechten aufweisen können.

11 Dokumentenverzeichnis

BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (2006a): Polizeiliche Kriminalstatistik 2006. Download 12.08.08:

http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2007/Polizeiliche_Kriminalstistik__2006__de,templateId=raw,property=publicationFile.pdf / Polizeiliche_Kriminalstatistik_2006_de.pdf

BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (2006b): Verfassungsschutzbericht 2006. Download 12.08.08: http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2007/Verfassungsschutzbericht__2006__de,templateId=raw,property=publicationFile.pdf / Verfassungsschutzbericht_2006_de.pdf

BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (2005): Nationales Sicherheitskonzept FIFA WM 2006 - Zusammenfassung -. In: BUNDESREGIERUNG (2006): Fußball-WM 2006. Abschlussbericht der Bundesregierung. Teil C, Anhang V.

BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (1999): Regierungsgarantien zur FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006 - Zusammenfassung -. In: BUNDESREGIERUNG (2006): Fußball-WM 2006. Abschlussbericht der Bundesregierung. Teil C, Anhang II.

BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN & BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ (2006): Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. Paderborn: Bonifazius. Download 10.11.07 auch als pdf unter www.bmi.bund.de / www.bmj.bund.de / www.bka.de

BUNDESREGIERUNG (2006): Fußball-WM 2006. Abschlussbericht der Bundesregierung. Download 12.08.08:

http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2007/WM2006__Abschlussbericht__der__Bundesregierung,templateId=raw,property=publicationFile.pdf / WM2006_Abschlussbericht_der_Bundesregierung.pdf

POLIZEI HAMBURG (2006): Polizeibericht Hamburg 2006. Download 11.01.08: www.hamburg.de/servlet/contentblob/202382/polizeibericht-2006-pdf/data.pdf

Literaturverzeichnis

ACHE, PETER (2004): Intelligentes Wachstum in der Metropolregion. In: Altröck, Uwe & Schubert, Dirk (Hrsg.). Wachsende Stadt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 339-348.

AHLERT, GERD (2001): Fußball-WM 2006: Makroökonomische Analyse alternativer Finanzierungsstrategien. In: Horch, Heinz-Dieter; Heydel, Jörg & Sierau, Axel (Hrsg): Finanzierung des Sports: Probleme und Perspektiven. Aachen: Meyer & Meyer. 99-110.

ALBRECHT, UWE; KÖKGIRAN, GÜRCAN; SCHMIDT, ANNA-LENA & SCHOTT, ANDREAS (2006): WM 2006 Deutschland. Ein Bericht über den optionalen Einfluss der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ auf bestehende Heterostereotype der Gäste. Hochschule Fulda.

Download 17.04.2008: www.fh-fulda.de/fileadmin/Fachbereich_SK/Aktuelles/WM_Bericht_HS_Fulda_31.01.2007_01.pdf

ALISCH, MONIKA & DANGSCHAT, JENS S. (1996): Die Akteure der Gentrifizierung und ihre „Karrieren“. In: Friedrichs, Jürgen & Kecskes, Robert (Hrsg.): Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse. Opladen: Leske + Budrich. 95-129.

BAHRDT, HANS-PAUL (2006): Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Herausgegeben von Ulfert Herlyn, Opladen: Leske + Budrich. Original von 1961

BARGEL, MARCO (2005): FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006™ – Deutsche Wirtschaft steht als Gewinner bereits fest. In: Postbank Research, Februar 2005.

BAURIEDL, SYBILLE (2008): Räume lesen lernen: Methoden zur Raumanalyse in der Diskursforschung. In: Historical Social Research. 33(1). 278-313.

BAURIEDL, SYBILLE (2007): Spielräume nachhaltiger Entwicklung. Die Macht stadtentwicklungspolitischer Diskurse. München: oekom.

BEHN, SABINE; KUHLMANN, DETLEF; PILZ, GUNTER A.; RITZ, FRANK & WÖLKI, FRANCISKA (2007): Evaluation des Fan- und Besucherbetreuungsprogramms zur FIFA WM

2006™ in Deutschland. Abschlussbericht für den Deutschen Fußballbund und die Daniel Nivel Stiftung. Hannover. Download 17.04.2008:

http://gunter-a.pilz.phil.uni-hannover.de/imperia/md/content/de/uni-hannover/phil/gunter-a_pilz/190307_wm_evaluationsabschlussbericht.pdf.

BELINA, BERND (2006): Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. Münster: Westfälisches Dampfboot.

BELINA, BERND (2000): Kriminelle Räume. Funktion und ideologische Legitimierung von Betretungsverboten. Schriftenreihe Urbs et Regio 71/2000. Kassel: Gesamthochschule.

BELINA; BERND & MICHEL, BORIS (2007): Raumproduktionen. Zu diesem Band. In: dies. (Hrsg.): Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot. 7-34.

BENTHIN, RAINER (2004): Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten. Frankfurt: Campus.

BESTE, HUBERT (2000a): Morphologie der Macht. Urbane "Sicherheit" und die Profitorientierung sozialer Kontrolle. Opladen: Leske + Budrich.

BESTE, HUBERT (2000b): Zonale Raumkontrolle in Frankfurt/M. im ausgehenden 20. Jahrhundert. In: Dinges, Martin & Sack, Fritz (Hrsg.). Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne. Konstanz: UVK. 333-353.

BEUST, OLE VON (2004): Das Leitbild: „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“. In: Altrock, Uwe & Schubert, Dirk (Hrsg.). Wachsende Stadt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 23-37.

BIRKLHUBER, DANIELA (1993): Expo '86: Ein Fest für Vancouver? In: Häußermann, Hartmut & Siebel, Walter (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen: Westdeutscher Verlag. 89-107.

BLASCHKE, RONNY (2008): Im Schatten des Spiels. Rassismus und Randalen im Fußball. Göttingen: Die Werkstatt GmbH. 2.Aufl.

BLECHNER, NOTKER (1999): Public-Private-Partnership in der Stadtentwicklung. Ein deutsch-französischer Vergleich zwischen der Fußball-WM 1998 und der EXPO 2000. Diplomarbeit. Oldenburg.

BOERS, KLAUS (1991): Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems. Pfaffenweiler: Centaurus.

BOHNSACK, RALF; LOOS, PETER; SCHÄFFER, BURKHARD; STÄDTLER, KLAUS & WILD, BODO (1995): Die Suche nach Gemeinsamkeit und die Gewalt in der Gruppe. Hooligans, Musikgruppen und andere Jugendcliquen. Opladen: Leske + Budrich.

BÖSEBECK, ULRICH (2002): Stadtluft macht frei - und unsicher. Innere Sicherheit, Randgruppen und Stadtentwicklung. In: Munier, Gerald (Hrsg.). Kriminalität und Sicherheit. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. 119-133.

BRENKE, KARL & WAGNER, GERT G. (2007): Zum volkswirtschaftlichen Wert der Fussball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland. Berlin: DIW Research Notes. Download 02.04.2008: <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/56559/rn19.pdf>

BRENNER, NEIL & THEODORE, NIK (2002): Cities and the geographies of 'actually existing neoliberalism'. In: dies. (Hrsg.): Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe. Oxford: Blackwell. 2-32.

BRUNETT, REGINA & GRÄFE, STEFANIE (2003): Gouvernamentalität und Anti-Terror-Gesetze. Kritische Fragen an ein analytisches Konzept. In: Pieper, Marianne & Gutiérrez Rodríguez, Encarnación. Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault. Frankfurt am Main: Campus. 50-67.

BURBANK, MATTHEW J.; ANDRANOVICH, GREGORY D. & HEYING, CHARLES H. (2001): Olympic Dreams. The Impact of Mega-Events on Local Politics. Boulder, CO: Lynne Rienner.

BÜRGERRECHTE & POLIZEI (1998): Überwachungstechnologien I. (Cilip 60), 2.

BÜRGERRECHTE & POLIZEI (1998): Überwachungstechnologien II. (Cilip 61), 3.

CASTELLS, MANUEL (2001): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.

CRAWFORD, ADAM (1997): The Local Governance of Crime: Appeals to Community and Partnerships. Oxford: Clarendon Press.

DANGSCHAT, JENS S. (1994): Concentration of Poverty in the Landscapes of 'Boomtown' Hamburg: The Creation of a New Urban Underclass? In: Urban Studies 31(7). 1133-1174.

DELEUZE, GILLES (1993a): Kontrolle und Werden. In: ders. Unterhandlungen 1972-1990. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S.243-253.

DELEUZE, GILLES (1993b): Postskriptum über Kontrollgesellschaften. In: ders. Unterhandlungen 1972-1990. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S.254-262

DETTMANN, MARLENE-ANNE; HAAS, OLIVER J. & REIMER, ROMY (2006): Paradigmen der Hamburger Stadtentwicklung. In: Volkmann, Rainer (Hrsg.): Erfolgsmodell „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt? Ein neoliberales Leitbild und seine Folgen. Hamburg: VSA. 59-68.

DIHK - DEUTSCHER INDUSTRIE UND HANDELSKAMMERTAG (2006): Fußball-WM 2006 Auswirkungen auf die Unternehmen Januar 2006. Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensbefragung. Download 10.02.08:
http://www.dihk.de/inhalt/download/wm_umfrage.pdf

DUBET, FRANÇOIS. & LAPEYRONNIE, DIDIER (1994): Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft. Stuttgart:Klett-Cotta.

DZIOMBA, MAIKE (2007): Städtebauliche Grossprojekte der Urbanen Renaissance Projektziele im Spannungsfeld zwischen öffentlicher Steuerung und Immobilienmarktmechanismen. In: DISP 171(4). 12-24.

EHRENBERG, ECKHART & KRUSE, WILFRIED (2000): Soziale Stadtentwicklung durch große Projekte? EXPOs, Olympische Spiele, Metropolen-Projekte in Europa: Hannover, Sevilla, Barcelona, Berlin. Eine Studie der Sozialforschungsstelle Dortmund. Münster: LIT.

EUROPÄISCHE UNION (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt.
Download 02.03.08:
www.eu2007.de/de/News/download_docs/Mai/0524-AN/075DokumentLeipzigCharta.pdf

FANELSA, DENNIS (2003): Regionalwirtschaftliche Effekte sportlicher Großveranstaltungen: die Internationalen Galopprennen Baden-Baden. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Gesell.

FHH - Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (2007): Räumliches Leitbild. Entwurf.
Hamburg.

FHH - PRESSEMELDUNG 06.09.2005: Die Reeperbahn wird videoüberwacht.
<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/pressemeldungen/2005/september/06/2005-09-06-bfi-pm-videoueberwachung.html>

FHH - PRESSEMELDUNG 09.06.2005: Bürgerschaft beschließt neues, modernes Polizeigesetz.
<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/pressemeldungen/2005/juni/09/2005-06-09-bfi-polizeigesetz.html>

FHH - PRESSEMELDUNG 22.05.2005: SOD: Bahn frei für Modellversuch ab 1. März 2005.
<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/pressemeldungen/2005/februar/22/2005-02-22-bfi-ordnungsdienst.html>

FHH - Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (2005): Ratgeber Business Improvement Districts (BID). Hamburg: BSU.

FHH (2002): Freie und Hansestadt Hamburg - Staatliche Pressestelle. Leitbild: Metropole - Hamburg - Wachsende Stadt. Hamburg.

FLADE, ANTJE; GREIFF, RAINER; DAUWE, ELISABETH & GUDER, RENATE (1996): Die sichere Stadt. Stuttgart: Frauenhofer IRB Verlag

FOUCAULT, MICHEL (2008): Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses.
Frankfurt am Main: Suhrkamp. Original (1975): Surveiller et punir - la naissance de la prison.
Paris.

FOUCAULT, MICHEL (1981): Archäologie des Wissens. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

FOUCAULT, MICHEL (1978): Dispositive der Macht. Berlin:Merve.

FOUCAULT, MICHEL (1976): Die Mikrophysik der Macht. Berlin: Merve.

FOUCAULT, MICHEL (1971). Die Ordnung der Dinge. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

FRANZ, EINIKO B. & GÜNTHER, THOMAS (2006): Fußball-Weltmeisterschaft 2006: Die Welt zu Gast bei Irren? – Nein, bei Freunden! Polizei- und ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen Hooligans bei Sportgroßveranstaltungen. In: Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter: NWVBL. 20(6). Stuttgart. 201-210.

FREYER, WALTER (2005): Rolle und Bedeutung von Großveranstaltungen für den Tourismus. In: Pechlander, Harald, Bieger, Thomas & Bausch, Thomas (Hrsg.). Erfolgsrezepte im Tourismus III. Wien: Linde. 59-84.

FROSDICK, STEVE & MARSH, PETER (2005): Football Hooliganism. Cullompton: Willan Publishing.

GAMM, STEFANIE (2006): Freizeitimmobilien und Stadtentwicklung in Hamburg : Immobilien-Projektentwicklung, Veranstaltungsmanagement und Standortfaktoren : dargestellt anhand der Entwicklung einer multifunktionalen Großveranstaltungshalle in der Freien und Hansestadt Hamburg. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.

GANS, PAUL; HORN, MICHAEL & ZEMANN, CHRISTIAN (2003): Sportgroßveranstaltungen - ökonomische, ökologische und soziale Wirkungen : ein Bewertungsverfahren zur Entscheidungsvorbereitung und Erfolgskontrolle. Schorndorf: Hofmann.

GANS, PAUL; HORN, MICHAEL & ZEMANN, CHRISTIAN (2002): Alternative Konzepte zur Erfassung regionalwirtschaftlicher Wirkungen von Sportgroßveranstaltungen. In: Büch, Martin-Peter; Maenning, Wolfgang; Schulke, Hans-Jürgen. Regional- und sportökonomische Aspekte von Sportgroßveranstaltungen: Dokumentation des Hamburger Workshops "Sport und Ökonomie" anlässlich der HEW Cyclassics vom 17. - 18.8.2001. Köln: Sport & Buch. 123-138.

GARLAND, DAVID (2001): The culture of control: crime and social order in contemporary society. Oxford: University Press.

GARLAND, DAVID (1997): 'Governmentality' and the problem of crime: Foucault, criminology, sociology. In: Theoretical Criminology. Vol. 1(2). 173-214

GARLAND, DAVID (1996): The Limits of the Sovereign State. Strategies of Crime Control in Contemporary Society. In: The British Journal of Criminology. Vol.36(4). 445-471

GEESE, STEFAN; ZEUGHARDT CLAUDIA & GERHARD, HEINZ (2006): Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 im Fernsehen. Daten zur Rezeption und Bewertung. In: Media Perspektiven 9/2006. Frankfurt am Main. Online-Version. Download 09.04.2008: http://www.media-perspektiven.de/uploads/tx_mppublications/09-2006_Geese.pdf. 454-464.

GEIPEL, ROBERT; HELBRECHT, ILSE & POHL, JÜRGEN (1993): Die Münchner Olympischen Spiele von 1972 als Instrument der Stadtentwicklungspolitik. In: Häussermann, Hartmut & Siebel, Walter (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen: Westdeutscher Verlag. 278-304.

GERHARD, HEINZ (2006): Die Fußball-WM als Medienevent. Analyse der Zuschauerakzeptanz bei Fußball-Weltmeisterschaften 1954 bis 2006. In: Media Perspektiven 9/2006. Frankfurt am Main. Online-Version. Download 09.04.2008: <http://www.media-perspektiven.de/1657.html>. 465-474.

GESTRING, NORBERT (2005): Öffentlicher Raum und Intergration. In: Burmeister, Hans-Peter (Hrsg.). Stadt als Lebensraum. Europäische Perspektiven. Rehburg-Loccum: Loccum Protokolle.

GLAESSNER, GERT-JOACHIM (2003). Sicherheit in Freiheit. Die Schutzfunktion des demokratischen Staates und die Freiheit der Bürger. Opladen: Leske + Budrich.

GLÄSER, JOCHEN & LAUDEL, GRIT (2006): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden: VS Verlag. 2. Aufl.

GLASZE, GEORG; PÜTZ, ROBERT; ROLFES, MANFRED (2005): Die Verräumlichung von (Un-)Sicherheit, Kriminalität und Sicherheitspolitiken - Herausforderungen kritischer Kriminalgeographie. In: dies. (Hrsg.). Diskurs - Stadt - Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld: transcript. 13-58.

GLOWKA, JANUSZ (2006): Die WM-Stadt ist startklar! In: Berliner Wirtschaft 1/2006. Download 02.04.2008:

http://www.berlin.ihk24.de/servicemarken/presse/berl_wirt/bwarchiv/Anlagen/2006/_verlinkungen/0601006.jsp

GÖSCHEL, ALBRECHT (2004): Lokale und regionale Identitätspolitik. In: Siebel, Walter (Hrsg.). Die europäische Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 158-181.

GÖSCHEL, ALBRECHT (1997): Soziale und räumliche Besucherselektionen von Kultureinrichtungen. Anmerkungen zur lokalen Identitätsbildung durch Dienstleistungen. In: IRS - Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Raum und Identität. Potentiale und Konflikte in der Stadt- und Regionalentwicklung. Erkner (bei Berlin): IRS. 149-166.

GROSS, PETER & HITZLER, RONALD (1996): Urbanes Erschrecken. Die Ängste der Bürger und die Produktion von ‚Sicherheit‘. In: Zeitschrift für Politische Psychologie, Nr.3+4, S.365-372.

HABERMAS, JÜRGEN (1990): Die Moderne – Ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze. Leipzig: Reclam.

HÄFELE, JOACHIM (2006): "Incivilities", Kriminalität und Kriminalpolitik. Aktuelle Tendenzen und Forschungsergebnisse. In: Neue Kriminalpolitik, 18 (2). 104-109.

HÄFELE, JOACHIM & SCHLEPPER, CHRISTINA (2006): Die attraktive Stadt und ihre Feinde. Neue Trends in der Hamburger Verdrängungspraxis. In: Forum Recht 03/2006. 76-77.

HAGN, FLORIAN & MAENNIG, WOLFGANG (2007): Labour Market Effects of the 2006 Soccer World Cup in Germany. Hamburg Contemporary Economic Discussions. Download 01.04.2008: http://www.uni-hamburg.de/onTEAM/grafik/1098966615/WP2007-08_FH_WM_Labour_Market_Effects.pdf.

HAHN, KORNELIA (1996): Soziale Kontrolle als soziologischer Grundbegriff. Klassische und neuere Theorien revisited. In: Kriminologisches Journal 28(4). 261-280.

HALL, C. MICHAEL (2006): Urban entrepreneurship, corporate interest and sports mega events: the thin policies of competitiveness within the hard outcomes of neoliberalism. In:

Horne, John & Manzenreiter, Wolfram (Hrsg.). Sports mega-events: social scientific analyses of a global phenomenon. Malden, Mass.: Blackwell. 59-70.

HARVEY, DAVID (1989): From managerialism to entrepreneurialism: the transformation in urban governance in late capitalism. In: Geografiska Annaler 71B (1). 3-17.

HASSENPFUG, DIETER (2006): Reflexive Urbanistik. Reden und Aufsätze zur europäischen Stadt. Weimar: Verlag der Bauhaus-Universität.

HAUBOLD, DOROTHEA (1997): Nachhaltige Stadtentwicklung und urbaner öffentlicher Stadtraum. Oldenburg: Verlag der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg.

HÄUSSERMANN, HARTMUT; LÄPPLE, DIETER & SIEBEL, WALTER (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

HÄUSSERMANN, HARTMUT & SIEBEL, WALTER (1997). Stadt und Urbanität. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 51(4). 293-307.

HÄUSSERMANN, HARTMUT & SIEBEL, WALTER (1993): Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. Große Ereignisse in der Stadtpolitik. In: dies. (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen: Westdeutscher Verlag. 7-31.

HÄUSSERMANN, HARTMUT & SIEBEL, WALTER (1987): Neue Urbanität. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

HEINEMANN, KARL (1997): Ökonomische Effekte sportlicher Großveranstaltungen: Das Beispiel Olympische Spiele. In: von der Lippe, Peter; Rehm, Nobert; Strecker, Heinrich, Wiegert, Rolf. Wirtschafts- und Sozialstatistik heute, Theorie und Praxis, Eine Festschrift zum 60. Geburtstag von Walter Krug. Sternenfels: Verlag Wissenschaft und Praxis. 257-271.

HEINZ, WOLFGANG & SPIESS, GERHARD (2001). Kriminalitätsfurcht - Befunde aus neueren Repräsentativbefragungen. In: Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.). Raum und Kriminalität: Sicherheit in der Stadt; Migrationsprobleme. Mönchengladbach: Forum-Verl. Godesberg. 147-194.

HERLYN, ULFERT (2004): Zum Bedeutungswandel der öffentlichen Späre – Anmerkungen zur Urbanitätstheorie von H.P. Bahrtd. In: Siebel, Walter (Hrsg.). Die europäische Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 121-130.

HESS, HENNER (2000): Neue Sicherheitspolitik in New York City. In: Dinges, Martin & Sack, Fritz (Hrsg.). Unsichere Großstädte. Konstanz: UVK. 355-380.

HESS, HENNER.(1998): Die Zukunft des Verbrechens. In: Kritische Justiz 31(2). 145-161.

HEYNE, MALTE (2006): Die ökonomischen Effekte von Fußball-Weltmeisterschaften. Das Beispiel "Fußball-WM 2006". Marburg: Tactum.

HICKEL, RUDOLF (2006): Die ökonomische Bedeutung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006: Sportliche Werbung für Deutschland, jedoch ohne nachhaltige Belebung der Konjunktur. Download 01.04.2008:
http://www.iaw.uni-bremen.de/rhickel/pdf_dateien/hickel-FussballWM06b.pdf

HOFFMANN-AXTHELM, DIETER (1993): Die dritte Stadt. Bausteine eines neuen Gründungsvertrages. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

JACOBS, JANE (1993): Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Braunschweig: Vieweg. Original (1961): The death and life of great American cities. New York.

JÄGER, SIEGFRIED (2006): Diskursive Vergegenkunft. Rassismus und Antisemitismus als Effekte von aktuellen und historischen Diskursverschränkungen. In: Eder, Franz X. (Hrsg.). Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 239-252.

JÄGER, SIEGFRIED; LINK, JÜRGEN (1993): Die Vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Einleitung. In: dies. (Hrsg.). Die Vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg: DISS. 7-20.

JEFFERY, C. RAY (1971): Crime prevention through environmental design. Beverly Hills: Sage Publications.

JESSOP, BOB (1997): The Entrepreneurial City. In: Jewson, Nick & Mac Gregor, Susan (Hrsg.): Transforming Cities. New Spatial Divisions and Social Transformation. London: Routledge. 28-41.

JÜTTING, DIETER H.; SCHÖNERT, DANIEL & RECKELS, FLORIAN (2007): Die FIFA WM 2006 und Gästebilder: Eine Analyse. In: Jütting, Dieter H. (Hrsg.). Die Welt ist wieder heimgekehrt. Studien zur Evaluation der FIFA WM 2006. Münster: Waxmann. 119-171.

KASTER, BERNHARD (2006): Stadtluft macht - noch immer - frei! In: Walcha, Henning (Hrsg.). Diskurs kommunal 2006. Der Stadt Bestes finden. Wer rettet unsere Städte jetzt? Konrad-Adenauer-Stiftung. 79-82.

KECSKES, ROBERT (1996): Die Dynamik der Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel. Zur Begründung unterschiedlicher Prozessverläufe der Gentrification. In: Friedrichs, Jürgen & Kecskes, Robert (Hrsg.): Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse. Opladen: Leske + Budrich. 55-94.

KELLER, REINER (2004): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 2. Aufl.

KELLERMANN, GUIDO (2007): Deutschland als Ausrichter der Fußball-WM 2006 – kritische Rückblicke. In: Jütting, Dieter H. (Hrsg.). Die Welt ist wieder heimgekehrt. Studien zur Evaluation der FIFA WM 2006. Münster: Waxmann. 146-171.

KILLISCH, WINFRIED. & SIEDHOFF, MATHIAS (2005): Probleme schrumpfender Städte. In: Geographische Rundschau. 57(10). 60-67.

KIRCHBERG, VOLKER (1998): Stadtkultur in der Urban Political Economy. In: Kirchberg, Volker & Göschel, Albrecht (Hrsg.). Kultur in der Stadt. Soziologische Analysen zur Kultur. Opladen: Leske + Budrich. 41-54.

KLEIN, MARIE-LUISE (1996): Der Einfluss von Sportgroßveranstaltungen auf die Entwicklung des Freizeit- und Konsumverhaltens sowie das Wirtschaftsleben einer Kommune oder Region. In: Anders, Georg & Hartmann, Wolfgang (Red.): Wirtschaftsfaktor Sport. Attraktivität von Sportarten für Sponsoren. Wirtschaftliche Wirkungen von Sportgroßveranstaltungen. Dokumentation des Workshops vom 2. Juli 1996. Köln: Sport und Buch Strauß. 55-60.

KORFF, RÜDIGER (1991): Die Weltstadt zwischen globaler Gesellschaft und Lokalitäten. In: Zeitschrift für Soziologie. 20(5), 357-368.

KRAHM, BASTIAN (2008): Polizeiliche Maßnahmen zur Eindämmung von Hooligangewalt. Stuttgart: Richard Boorberg Verlag.

KRÄMER-BADONI, THOMAS (1992). Die Stadt als sozialwissenschaftlicher Gegenstand. In: Häußermann, Hartmut; Ipsen, Detlev; Krämer-Badoni, Thomas; Läßle, Dieter; Rodenstein, Marianne & Siebel, Walter: Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Pfaffenweiler: Centaurus. 1-29. 2. Aufl.

KRÄTKE, STEFAN (1995): Stadt. Raum. Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Basel: Birkhäuser.

KRASMANN, SUSANNE (2003): Gefährdungsausweitung. Die Kriminologie und die Transformation des Sozialen. In: Pieper, Marianne & Rodríguez, Encarnación Gutiérrez (Hrsg.). Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault. Frankfurt am Main: Campus. 39-49.

KRASMANN, SUSANNE & DE MARINIS, PABLO (1997): Machtintervention im urbanen Raum. In: Kriminologisches Journal. (29) 3. Weinheim: Juventa. 162-185.

KRESS, CELINA (2005): Wachsende und schrumpfende Städte. In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte. (2). 92-95.

KRÖNIGER, BIRGIT (2005): Der Freiraum als Bühne. Zur Transformation von Orten durch Events und inszenierte Ereignisse. München: Technische Universität München. Online-Dissertation: <http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=97782473X>

KÜHNE, HANS-HEINER (2002): Gegenstand und Reichweite von Präventionskonzepten. In: Kühne, Hans-Heiner; Jung, Heike; Kreuzer, Artur & Wolter, Jürgen (Hrsg.). Festschrift für Klaus Rolinski. Baden-Baden: Nomos. 1-18.

KUNST, THOMAS (2007): Die FIFA WM 2006 aus Sicht des Bundesministeriums des Innern. In: Stober, Rolf (Hrsg.). Der Beitrag des Bewachungsgewerbes zur Sicherheit bei Großveranstaltungen. Ergebnisse des 7. Hamburger Sicherheitsgewerbereichtstages und

des FORSI-Workshops „Private Sicherheitsdienste bei der WM 2006 – Einsatzerfahrung und Evaluierung. Köln: Carl Heymanns Verlag. 33-36.

KUNZ, THOMAS (2005): Der Sicherheitsdiskurs. Die Innere Sicherheitspolitik und ihre Kritik. Bielefeld: transcript

KURSCHEIDT, MARKUS (2004): Erfassung und Bewertung der wirtschaftlichen Effekte der Fußball-WM 2006. Unabhängiges wissenschaftliches Gutachten (Manuskriptfassung) für „wegweiser GmbH, Berlin“, Bochum. Download 17.04.2008: http://www.ruhr-uni-bochum.de/fussball/Kurscheidt_GutachtenWegweiser.pdf

LADIS, HARRY (2005): Olympische Besatzung. In: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung 20/2005. 32-33.

LANDRY, CHARLES (2000): *The Creative City*. London: Earthscan Publications Ltd.

LÄPPLE, DIETER (2004): Thesen zur Renaissance der Stadt in der Wissensgesellschaft. In: Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hannemann, Christine; Petrowsky, Werner; Pohlan, Jörg (Hrsg.): *Jahrbuch StadtRegion 2003*. Schwerpunkt: Urbane Regionen. Opladen: Leske + Budrich. 61-77

LAUE, CHRISTIAN (2002). Broken Windows und das New Yorker Modell – Vorbilder für die Kriminalprävention in deutschen Großstädten? In: Landeshauptstadt Düsseldorf (Hrsg.): *Düsseldorfer Gutachten: Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen*. Düsseldorf. 333-436. Download am 05.05.2008: www.duesseldorf.de/download/dg.pdf

LEFEBVRE, HENRI (1991): *The production of space*. Malden/Oxford/Carlton: Blackwell.

LEGNARO, ALDO (1997): Konturen der Sicherheitsgesellschaft: Eine polemisch-futurologische Skizze. In: *Leviathan* 25(2). 271-284.

LEGNARO, ALDO (1998): Die Stadt, der Müll und das Fremde – plurale Sicherheit, die Politik des Urbanen und die Steuerung der Subjekte. In: *Kriminologisches Journal* 30(4). 262-283.

LEHNE, WERNER (2003): Die begrenzte Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik. In: Leopold, Nils & Schiek, Sebastian. Innere Sicherheit als Gefahr. HU-Schrift 23. Berlin: Humanistische Union e.V. 110-124.

LEITERER, SUSANNE PAULA (2007): „Zero Tolerance“ gegen soziale Randgruppen? Hoheitliche Maßnahmen gegen Mitglieder der Drogenszene, Wohnungslose, Trinker und Bettler in New York City und Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot.

LENSKYI, HELEN JEFFERSON (2002): The Best Olympics Ever? Social Impacts of Sidney 2000. Albany: State University of New York Press.

LESTING, WOLFGANG (1997): Polizeirecht und offene Drogenszene. In: Kritische Justiz (2). 214-223

LINDENBERG, MICHAEL & SCHMIDT-SEMISCH, HENNING (1995): Sanktionsverzicht statt Herrschaftsverlust: Vom Übergang in die Kontrollgesellschaft. In: Kriminologisches Journal 27(1). 2-14.

LÖSEL, FRIEDRICH; BLIESENENER, THOMAS; FISCHER, THOMAS & PABST, MARKUS A. (2005): Hooliganismus in Deutschland: Ursachen, Entwicklung, Prävention und Intervention. Abschlussbericht eines Forschungsprojektes für das Bundesministerium des Innern. Berlin: Bundesministerium des Inneren.

LUHMANN, NIKLAS (2004): Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 3.Aufl.

LUHMANN, NIKLAS (1999): Gesellschaft der Gesellschaft. Bd.2. Frankfurt: Suhrkamp.

MAENNIG, WOLFGANG (2007): One year later: A re-appraisal of the economics of the 2006 soccer World Cup. Hamburg Contemporary Economic Discussions. 10/2007. Download 01.04.2008: <http://www.uni-hamburg.de/onTEAM/grafik/1098966615/WP2007-10.pdf>

MARCUSE, PETER (1995): Not Chaos, but Walls: Postmodernism and the Partitioned City. In: Watson, Sophie & Gibson, Katherine. Postmodern Cities and Spaces. Cambridge: Blackwell. 243-253.

MARKS, JOHN: Control Society. In: Parr, Adrian (Hrsg.). The Deleuze Dictionary. Edinburgh: University Press. 53-55.

MASSEY, DOREEN (2007): Politik und Raum/Zeit. In: Belina, Bernd & Michel, Boris (Hrsg.): Raumproduktionen: Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster : Westfälisches Dampfboot. 111-132.

MATHESON, VICTOR A. (2006): Mega-Events: The effect of the world's biggest sporting events on local, regional and national economies, Working Paper Series „International Association of Sport Economists“, Paper No. 06-22, Worcester. Download 10.07.08:
http://www.holycross.edu/departments/economics/RePEc/Matheson_MegaEvents.pdf

MAYER, HANS-NORBERT (2004): Projekte in der Stadtentwicklung – Chancen und Risiken einer projektorientierten Planung. In: Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hannemann, Christine; Petrowsky, Werner; Pohlan, Jörg (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2003. Schwerpunkt: Urbane Regionen. Opladen: Leske + Budrich. 133-143.

MAYRING, PHILIPP (2008): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel: Belz. 10. Aufl.; Erstauflage 1983.

MAYRING, PHILIPP (1993): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel: Deutscher Studienverlag. 4. erw. Auflage.

MCCANN, EUGENE J. (2007): Rasse, Protest und öffentlicher Raum. Lefebvres in der US-amerikanischen Stadt. In: Belina, Bernd & Michel, Boris (Hrsg.). Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot. 235-255.

MCKINSEY & COMPANY (2001): Hamburg Vision 2020. Vom nationalen Zentrum zur europäischen Metropole. Präsentation auf dem Hamburger Forum Zukunft 11/2001.

MEUSER, MICHAEL & NAGEL, ULRIKE (2002): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, Alexander, Littig, Beate & Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen: Leske und Budrich . 71-93.

MICHEL, BORIS (2005): Stadt und Gouvernementalität. Münster: Westfälisches Dampfboot.

MINGIONE, ENZO (2004): Soziale Ausgrenzung und lokale Fürsorge in europäischen Städten. In: Siebel, Walter (Hrsg.). Die europäische Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 321-331.

MITCHELL, DON (2007): Die Vernichtung des Raums per Gesetz: Ursachen und Folgen der Anti-Obdachlosen-Gesetzgebung in den USA. In: Belina, Bernd & Michel, Boris (Hrsg.). Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot. 256-289.

MITSCHERLICH, ALEXANDER (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt am Main: Suhrkamp

MITSCHERLICH, ALEXANDER (1972): Wege in die städtische Zukunft. Marburg: Trautvetter & Fischer.

MOSCOVICI, SERGE (1981): On social representations. In: Forgas, Joseph P. (Hrsg.). Social Cognition. Perspectives on everyday understanding. London: Academic Press. 181-209.

NASSMACHER, HILTRUD (2006): Baustelle Stadt. Effizienz und Bürgernähe ohne Demokratie und Nachhaltigkeit? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

NEWMAN, OSCAR (1972): Defensible Space. Crime Prevention through Urban Design. New York: Macmillan.

NOGALA, DETLEF (1989): Polizei, avancierte Technik und soziale Kontrolle. Funktion und Ideologie technikbesetzter Kontrollstrategien im Prozess der Rationalisierung von Herrschaft. Hamburger Studien zur Kriminologie, Bd. 6. Praffenweiler: Centaurus.

OBERMAIR, CHRISTINE (1993): ITALIA '93 – eine verpasste Chance der Stadtpolitik? In: Häußermann, Hartmut & Siebel, Walter (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen: Westdeutscher Verlag. 208-229.

OSSENBRÜGGE, JÜRGEN; HEEG, SUSANNE & KLAGGE, BRITTA (2004): Entwicklungstrends europäischer Metropolregionen und konzeptionelle Bausteine für das Hamburger Leitbild „Wachsende Stadt“. In: Altrock, Uwe & Schubert, Dirk (Hrsg.). Wachsende Stadt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 41-56.

PASSLACK, JÖRG (2006): Die Leitbildvorgabe als Partizipationsverlust der Hamburger Politik? In: Volkmann, Rainer (Hrsg.): Erfolgsmodell „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt? Ein neoliberales Leitbild und seine Folgen. Hamburg: VSA. 79-82.

PETERS, FLORIAN; REIMER, ROMY; HAAS, OLIVER J. (2006): Partizipation in der Wachsenden Stadt? In: Volkmann, Rainer (Hrsg.): Erfolgsmodell „Metropole Hamburg - Wachsende Stadt? Ein neoliberales Leitbild und seine Folgen. Hamburg: VSA. 91-98.

PILZ, GUNTER A (2007a): Die Welt zu Gast bei Freunden – Evaluation des Fan- und Besucherbetreuungskonzeptes der FIFA WM 2006. In: Hebeker, Ernst & Wildmann, Philipp W. (Hrsg.). Fröhlicher Patriotismus? Eine WM - Nachlese. München : Hanns-Seidel-Stiftung, Akad. für Politik und Zeitgeschehen. 77-90.

PILZ, GUNTER A. (2007b). Evaluation und wissenschaftliche Begleitung des Fan- und Besucherbetreuungskonzeptes der FIFA WM 2006. . In: Jütting, Dieter H. (Hrsg.). Die Welt ist wieder heimgekehrt. Studien zur Evaluation der FIFA WM 2006. Münster: Waxmann. 73-98.

PILZ, GUNTER A. (2005): Fußballfankulturen und Gewalt– Wandlungen des Zuschauerverhaltens: Vom Kuttelfan und Hooligan zum postmodernen Ultra und Hooltra. Online Artikel. Download 10.02.2008: http://gunter-a.pilz.phil.uni-hannover.de/imperia/md/content/de/uni-hannover/phil/gunter-a_pilz/fankulturen_und_gewalt_bzpb.doc

PILZ, GUNTER A. (1991): Die Suche nach dem Abenteuer. Hooliganismus als Modernisierungsrisiko - Hooligans als Avantgarde eines neuen Identitätstyps?. In: Sozial Extra. 6. 5-7.

PFNÜR, ANDREAS (1997): Großveranstaltungen als Elemente des Stadtmarketings: Effizienzmessung am Beispiel des Hamburger Kirchentags 1995. In: ZfB (Zeitschrift für Betriebswirtschaft). Ergänzungsheft 1/97. Wiesbaden: Gabler. 45-66.

PRIGGE, ROLF & SCHWARZER, THOMAS (2006): Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

PRÖMMEL, ERDMANN (2002): Kontrolle statt Disziplinierung oder Kontrolle durch Disziplinierung. Überlegungen zum Verhältnis von Kontrollgesellschaft und sozialer Disziplinierung. In: Kriminologisches Journal 34(4). 242-256.

RADA, UWE (1998): Die Urbanisierung der Angst. Von einer kulturellen zur sozialen und räumlichen Technik der Verdrängung. In: Kirchberg, Volker & Göschel, Albrecht (Hrsg.). Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur. Opladen: Leske + Budrich. 101-119.

RAHMANN, BERND (1999): Kosten-Nutzen-Analyse der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland - Ausgewählte konzeptionelle Aspekte und Ergebnisse. In: Horch, Heinz-Dieter; Heydel, Jörg & Sierau, Axel (Hrsg.): Professionalisierung im Sportmanagement: Beiträge des 1. Kölner Sportökonomie-Kongresses, Aachen: Meyer & Meyer. 355-373.

RAHMANN, BERND; WEBER, WOLFGANG; GROENING, YVONNE; KURSCHEIDT, MARKUS; NAPP, HANS-GEORG & PAULI, MARKUS (1998): Sozio-ökonomische Analyse der Fußball-WM 2006 in Deutschland: Gesellschaftliche Wirkungen, Kosten-Nutzen-Analyse und Finanzierungsmodelle einer Sportgroßveranstaltung. Köln: Sport und Buch Strauß.

RIETHMÜLLER, JÜRGEN (2005): Kontrollgesellschaft außer Kontrolle. Perspektiven kritischer Theorie im Zeitalter der Globalisierung. Stuttgart: Merz Akademie.

ROLFES, MANFRED (2003): Sicherheit und Kriminalität in deutschen Städten. Über die Schweißigkeiten, ein soziales Phänomen räumlich zu fixieren. Berichte zur deutschen Landeskunde 77(4). 329-348.

RONNEBERGER, KLAUS (2001): Konsumfestungen und Raumpatrouillen. Der Ausbau der Städte zu Erlebnislandschaften. Becker, Jochen (Hrsg.). Bignes? Size does matter. Image/Politik. Städtisches Handeln. Kritik der unternehmerischen Stadt. Berlin: b_books. 28-41.

RONNEBERGER, KLAUS (2000): Die revanchistische Stadt. Überwachen und Strafen im Zeitalter des Neoliberalismus. In: In: Dinges, Martin & Sack, Fritz (Hrsg.). Unsichere Großstädte. Konstanz: UVK. 313-332.

RONNEBERGER, KLAUS; LANZ, STEPHAN & JAHN, WALTER (1999): Die Stadt als Beute. Bonn: Dietz.

ROOST, ANISSA (2006): Die Einbindung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in das Stadtmarketing am Beispiel Berlins. Lüneburg: Magisterarbeit.

RUHNE, RENATE (2003a): Raum Macht Geschlecht. Zur Soziologie eines Wirkungsgefüges am Beispiel von (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum. Opladen: Leske + Budrich.

RUHNE, RENATE (2003b): ‚Sicherheit‘ ist nicht die Abwesenheit von ‚Unsicherheit‘ - Die soziale Konstruktion geschlechtsspezifischer (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum. In: Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hannermann, Christine; Petrowsky, Werner; Pohlan, Jörg (Hrsg.). Jahrbuch StadtRegion 2002. Schwerpunkt: Die sichere Stadt. Opladen: Leske + Budrich. 55-73.

RUHRMANN, GEORG (1993): Die Konstruktion des „Fremden“ in den Medien. Struktur und Folgeprobleme. In: Jäger, Siegfried & Link, Jürgen (Hrsg.). Die Vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg: DISS. 190-212.

SACK, FRITZ (2004): Wie die Kriminalpolitik dem Staat hilft. Governing through crime als neue politische Strategie. In: Lautmann, Rüdiger; Klimke, Daniela; Sack, Fritz (Hrsg.): Punitivität, 8. Beiheft zum Kriminologischen Journal, Weinheim: Juventa. 30-50

SALIN, EDGAR (1971): Von der Urbanität zur Urbanistik. In: Der Aufbau. Gesellschaft für Städtebau. 25(2).47-49.

SALIN, EDGAR (1960): Urbanität. In: Der Städtetag. Zeitschrift für kommunale Praxis und Wissenschaft. (7). 329-332.

SAMATAS, Minas (2008): From thought control to traffic control: CCTV politics of expansion and resistance in Post-Olympic Greece. In: Deflem, Mathieu (Hrsg.). Surveillance and governance: crime control and beyond. Bingley: Emerald Group Publishing Limited. 345-369.

SAMBALE, JENS & VEITH, DOMINIK (1998): Der Raum als Beute. Sozialräumliche Konflikte in Berlin. In: Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge, 17. 35-50.

SASSEN, SASKIA (2004): Die Verflechtungen unter der Oberfläche der fragmentierten Stadt. In: Siebel, Walter (Hrsg.). Die europäische Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 373-384.

SASSEN, SASKIA (2000): Cities in a world economy. London: Thousand Oaks. 2.Aufl.

SCHAFFRATH, MICHAEL (2006): Das Fernsehen ist als Sieger vom Platz gegangen – Daten, Fakten und Ansichten zum TV-Hype rund um die WM 2006. In: Henbeker, Ernst & Hildmann, Philipp W. (Hrsg.). Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese. München: Hanns-Seidel-Stiftung. 91-97.

SCHAFFRATH, MICHAEL (1999): Fußball-WM '98 - Analyse, Akzeptanz, Akquise. Münster: LIT.

SCHEERER, SEBASTIAN (1994): Kriminalität und Kontrolle. In: Konkret (2). 14ff.

SCHINDLER, CHRISTIAN & STEIB, STEFAN (2005): WM 2006 - Fanartikel oder „Kick“ für die Börse? Mainz: LRP - Landesbank Rheinland-Pfalz.

SCHMID, CHRISTIAN (2005): Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. München: Franz Steiner Verlag.

SCHMIDT, PETER (2007): Zur Qualifizierung der Sicherheitsdienstleister bei Großveranstaltungen. In: Stober, Rolf (Hrsg.). Der Beitrag des Bewachungsgewerbes zur Sicherheit bei Großveranstaltungen. Ergebnisse des 7. Hamburger Sicherheitsgewerberechtag und des FORSI-Workshops „Private Sicherheitsdienste bei der WM 2006 – Einsatzerfahrung und Evaluierung. Köln: Carl Heymanns Verlag. 27-32.

SCHMITT-BECK, RÜDIGER (1990): Über die Bedeutung der Massenmedien für Soziale Bewegungen. In: KZfSS 4(42). 642-662.

SCHNEIDER, ULRIKE (1993): Stadtmarketing und Großveranstaltungen. Berlin: Duncker und Humblot.

SCHNITTGER, ANGELA & SCHUBERT, HERBERT (2005): Beispiele für Kriminalprävention im Städtebau und in der Wohnungsbewirtschaftung. In: Schubert, Herbert (Hrsg.). Sicherheit durch Stadtgestaltung. Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention. Konzepte und Verfahren, Grundlagen und Anwendungen. Köln: Verlag Sozial Raum Management. 33-108.

SCHUBERT, HERBERT (2005): Sicherheit als Thema der Stadtgestaltung - eine Einführung. In: ders. (Hrsg.). Sicherheit durch Stadtgestaltung. Städtebauliche und wohnungswirtschaftli-

che Kriminalprävention. Konzepte und Verfahren, Grundlagen und Anwendungen. Köln: Verlag Sozial Raum Management. 13-32.

SCHULKE, HANS-JÜRGEN (2007a): Megaereignisse zwischen Magie und Massenware. In: Olympisches Feuer 2/2007. Online-Version. Download 08.04.2008:
<http://www.hjschulke.de/documents/megaevents.pdf>

SCHULKE, HANS-JÜRGEN (2007b): Fan und Flaneur: Public Viewing bei der Fifa-Weltmeisterschaft 2006 – Organisatorische Erfahrungen, soziologische Begründungen und politische Steuerung bei einem neuen Kulturgut. In: Jütting, Dieter H. (Hrsg.). Die Welt ist wieder heimgekehrt. Studien zur Evaluation der FIFA WM 2006. Münster: Waxmann. 25-71.

SCHULKE, HANS-JÜRGEN (2006a): Sportliche Großveranstaltungen als Stadtmarketing und Sportentwicklung. Ein Werkstattbericht aus der Sportstadt Hamburg für den Zeitraum 2001 bis 2006. Online-Dokument. Download 08.04.2008:
http://www.hjschulke.de/documents/sportliche_grossveranstaltungen.pdf

SCHULKE, HANS-JÜRGEN (2006b): Fan und Flaneur: Public Viewing bei der FIFA Weltmeisterschaft 2006. Online-Dokument. Download 08.04.2008:
http://www.hjschulke.de/documents/public_viewing_muenster.pdf

SCHURACK, CHRISTIAN (2003): Die Bedeutung von Großveranstaltungen im Sport-Tourismus – dargestellt am Beispiel des Berlin Marathons 2001. Marburg: Tectum-Verlag.

SEITZ, NORBERT (2007): Das Wunder von Berlin - Über die Nachhaltigkeit des Sommermärchens 2006. In: Henbeker, Ernst & Hildmann, Philipp W. (Hrsg.). Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese. München: Hanns-Seidel-Stiftung. 27-31.

SELLE, KLAUS (2004): Öffentliche Räume in der europäischen Stadt - Verfall und Ende oder Wandel und Belebung? Reden und Gegenreden. In: Siebel, Walter (Hrsg.). Die europäische Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 131-157.

SELLE, KLAUS (2002): Stadt und öffentlicher Raum - Thema mit Variationen. In: Kornhardt, Diethild; Pütz, Gabriele & Schröder, Thies (Hrsg.). Mögliche Räume. Hamburg: Junius. 51-65.

SELLE, KLAUS (1993): Expo 2000. Ein Großprojekt als Mittel der Stadtentwicklung? In: Häußermann, Hartmut & Siebel, Walter (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen: Westdeutscher Verlag. 164-207.

SIEBEL, WALTER (2002): Urbanität ohne Raum. Der Möglichkeitsraum. In: Kornhardt, Diethild; Pütz, Gabriele & Schröder, Thies (Hrsg.). Mögliche Räume. Hamburg: Junius. 32-41.

SIEBEL, WALTER (2000): Wesen und Zukunft der europäischen Stadt. In DISP 141

SIMON, TITUS (2001): Wem gehört der öffentliche Raum. Zum Umgang mit Armen und Randgruppen in Deutschlands Städten. Opladen: Leske + Budrich

SIMONS, KATJA (2003): Politische Steuerung großer Projekte. Berlin Adlershof, Neue Mitte Oberhausen und Euralille im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.

SINGELNSTEIN, TOBIAS & STOLLE, PEER (2008): Die Sicherheitsgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 2. vollständig überarbeitete Auflage.

SMITH, NEIL (1997): Social Justice and New American Urbanism: The Revanchist City. In: Merrifield, Andy & Swyngedouw, Erik (Hrsg.). The Urbanization of Injustice. New York: New York University Press. 117-136.

SMITH, NEIL (1996): The new urban frontier. Gentrification and the revanchist city. London/New York: Routledge.

STEINBRINK, MARTIN (2007): Gewalt und Sicherheit - Eine Untersuchung in den Printmedien während der FIFA-Weltmeisterschaft 2006. In: Jütting, Dieter H. (Hrsg.). Die Welt ist wieder heimgekehrt. Studien zur Evaluation der FIFA WM 2006. Münster: Waxmann. 173-189.

STOTT, CLIFFORD J. (2005): „Ordnungswidrige Durchführung?“. Sozialpsychologie und die Kontrolle von Massen bei der Europameisterschaft 2004. Download 20.05.2008
http://www.liv.ac.uk/Psychology/staff/CStott/Crowd_control_bei_der_EM2004.pdf

STOTT, CLIFFORD J. & ADANG, OTTO (2003): Policing Football Matches with an International Dimension in the European Union: understanding and managing risk. Download 20.05.2008

http://www.liv.ac.uk/Psychology/staff/CStott/Understanding_and_managing_risk.pdf

STOTT, CLIFFORD J.; ADANG, OTTO; LIVINGSTONE, ANDREW; SCHREIBER, MARTINA (2006a): Policing, Crowd Dynamics and Public Order at Euro2004. A report to the Home Office on the project 'A European study of the interaction between police and crowds of foreign nationals considered to pose a risk to public order'. Download 10.01.2008:

http://www.liv.ac.uk/Psychology/staff/CStott/Final_Report_2004.pdf

STOTT, CLIFFORD J.; SCHREIBER, MARTINA; ADANG OTTO (2006b): Abschlussbericht des ESRC-Projekts zur Untersuchung von Gruppendynamik, Polizeimaßnahmen und 'Hooliganismus' bei der Fußball Europameisterschaft 2004 in Portugal. Download 10.01.2008:

http://www.liv.ac.uk/Psychology/staff/CStott/Abschlussbericht_EURO2004.pdf

STÜRENBURG, HOLGER (2002): Ronald B. Schill. Der Eisbrecher? Chronik eines Wechsels in Hamburg. Köln: Verlag Manfred Rouhs.

SZYMANSKI, STEFAN (2002): The Economic Impact of the World Cup. In: World Economics 3(1). 169-177.

THÖNI, ERICH (1999): Zur Evaluierung der sozio-ökonomischen Effekte von Sportgroßereignissen (Olympische Spiele, Weltmeisterschaften). In: Horch, Heinz-Dieter; Heydel, Jörg & Sierau, Axel (Hrsg.), Professionalisierung im Sportmanagement, Aachen u. a.: Meyer & Meyer Verlag. 343–354.

TNS EMNID (2004): Image von Deutschland - Fußball-Weltmeisterschaft 2006 -. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in den Ländern Brasilien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Mexiko, Niederlande, Polen, Russland, Südafrika und USA. Download 17.04.2008:

http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/hausderniederlande/zentrum/projekte/niederlanden/d-nl/studie_fussballwm_2006.pdf

TREGER, ULF (2003): Feuer und Flamme. Kurze Betrachtung der Entwicklung eines großformatigen Stadtentwicklungsprojekts. In: tetrapak (Hrsg.). Ready2capture! Klar zum Entern! Hafencity – ein urbaner Raum? Berlin: b_books. 10-13.

VOLKMANN, UWE (1999): Broken Windows, Zero Tolerance und das deutsche Ordnungsrecht. NVwZ, Heft 3, 225-232.

WALDSCHMIDT, ANNE (2006): Der Humangenetik-Diskurs der Experten: Erfahrungen mit dem Werkzeugkasten der Diskursanalyse. In: Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner & Viehöfer, Willi (Hrsg.). Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 2 Forschungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 147-168.

WALTHER, UWE-JENS (2004): Die europäische Stadt als Soziale Stadt? Das deutsche Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt". In: Siebel, Walter (Hrsg.). Die europäische Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 332-344.

WARDENGA, UTE (2002): Alte und neue Raumkonzepte für den Geographieunterricht. In: Geographie heute 200. 8-11.

WEIGELT, INA (2004): Die Subkultur der Hooligans. Merkmale, Probleme, Präventionsansätze. Marburg: Tectum Verlag.

WENDLAND, ANJA (2002): Mitbestimmung oder Beteiligung im Laufstall? Zur Diskussion um Partizipation in der sozialen Stadtentwicklung. Bielefeld: Kleine.

WERHEIM, JAN (2002): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Leske + Budrich: Opladen

WILSON, JAMES Q. & KELLING, GEORGE L. (1982): Broken Windows. The police and neighborhood safety, in: The Atlantic Monthly, Vol. 249, 29-38. Online:

<http://www.theatlantic.com/doc/print/198203/broken-windows>

Deutsche Fassung: (1996): Polizei und Nachbarschaftssicherheit: Zerbrochene Fenster. In: Kriminologisches Journal. 28 (2).

WOLF, JOACHIM (1999): Das Recht des Lebens auf der Straße. Rechtsgutachten zur Privatisierung öffentlicher Flächen und zum Grundrechtsschutz wohnungsloser Menschen. Dortmund: ILS.

WOOD, GERALD (2003): Die Wahrnehmung städtischen Wandels in der Postmoderne. Untersucht am Beispiel der Stadt Oberhausen. Opladen: Leske + Budrich.

ZEMANN, CHRISTIAN (2005): Erfolgsfaktoren von Sportgroßveranstaltungen. Entwicklung eines verfahrens zur Ex-ante-Analyse sportlicher Großereignisse. Mannheim: Geographisches Institut Universität Mannheim.

ZIMBARDO, PHILIP (2007): The Lucifer Effect. How good people turn evil. London: Rider.

ZINGANEL, MICHAEL (2003): Real Crime. Architektur, Stadt & Verbrechen. Wien: Edition Selene.

ZUKIN, SHARON (1998): Städte und die Ökonomie der Symbole. In: Göschel, Albrecht & Kirchberg, Volker (Hrsg.). Kultur und Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur. Opladen: Leske + Budrich. 27-40.

ZUKIN, SHARON (1995): The Culture of Cities. Cambridge/Oxford: Blackwell Publishers.

ZUKUNFTSRAT HAMBURG (2002): Wachsende Stadt und nachhaltige Entwicklung. Stellungnahme zum neuen Leitbild des Hamburger Senats.

www.zukunftsrat.de/download/Stellungnahme.pdf

ZURAWSKI, NILS (2006): Gefährliche Stadtviertel. In: Telepolis vom 29.06.2006

Online Publikation: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22732/1.html>